Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen.

Neue Folge der Zeitschriften der Historischen Gesellschaft für Posen und des Deutschen Naturwissenschaftlichen Vereins und der Polytechnischen Gesellschaft zu Posen, zugleich Veröffentlichung der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Bromberg und des CoppernicusVereins für Wissenschaft und Kunst in Thorn,

Begründet von Dr. Hermann Rauschning. Herausgegeben von Dr. Alfred Lattermann.

Heft 21. (Sonderheft)

WOLFGANG KOHTE

DEUTSCHE BEWEGUNG UND PREUSSISCHE POLITIK IM POSENER LANDE 1848-49._{11. 21}

(Mit einer Karte)



Posen 1931.

lm Verlag der Historischen Gesellschaft für Posen, Poznań, ul. Zwierzyniecka 1.

Auslieferung für das Deutsche Reich: Verlag «Das junge Volk», Plauen i.V.



In der Deutschen Wissenschaftlichen Zeitschrift für Polen. Verlag: Poznań. Zwierzyniecka 1, sind folgende Sonderhefte und grössere Aufsätze erschienen:

- Heft 1, 6, 7 u. 8: Einige zurückgekaufte Exemplare können nur bei Abnahme der ganzen Reihe abgegeben werden.
- 3 u. 5: Prof. Dr. Hermann Schütze: Das Posener Land. (Nur noch als Sonder-druck: Preis 15 zl. im Ausl. 7,50 M.).
- 6: Dr. Kurt Lück: Der Bauer im poln. Roman des 19. Jahrh.; D. Th. Wotschke: Joh. Theob. Blasius, ein Lissaer Rektor des 16. Jahrh.; Walter Kuhn: Der Bauerntumult auf den Teschener Kammergütern im Jahre 1736; Dr. Alfred Lattermann: Uebersicht der polnischen Veröffentlichungen 1918/24. (Verkauf wie Heft 1.)
- 7: Dr. Ilse Rhode: Das Nationalitätenverhältnis in Westpreussen und Posen zur Zeit der polnischen Teilungen. Lic. Wilh. Bickerich: Joh. Metzig, ein deutscher Idealist im Posener Lande. (Verkauf wie Heft 1.)
- 8: Prof. Dr. Jos. Strzygowski: Die Holzkirchen in der Umgebung von Bielitz-Biala. (Sonderdruck 6 zl); D. Th. Wotschke: Aus den Berichten eines Warschauer Gesandten; Dr. Alfred Lattermann: Polnische Veröffentlichungen 1925. (Verkauf wie Heft 1.)
- 9: Naturwissenschaftliches Sonderheft zum 90jährigen Bestehen des Deutschen Naturwissenschaftlichen Vereins zu Posen.
- 10: Dr. Walter Maas: Die Entstehung der Posener Kulturlandschaft. Beiträge zur Siedlungsgeographie.
- 11: Prof. Dr. Manfred Laubert: Studien zur Geschichte der Provinz Posen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, 2. Band.
- 12: Ing. Walter Kuhn: Die innere Entwicklung von Bielitz im Mittelalter; D. Th. Wotschke: Die Mitarbeiter an den Acta historico-ecclesiastica in Polen; Hugo Sommer: Die Stadt Posen als preussischer Truppenstandort 1815—1918. 21 Besprechungen.
- 13: Dr. W. Maas: Beziehungen zwischen ältester Besiedlung, Pflanzenverbreitung und Böden in Ostdeutschland und Polen; Dr. Franz Doubek: Ein deutsches Sprachdenkmat aus der Gegend von Łańcut; Prof. Dr. Albert Steuer: Deutsche Domherren in Posen und Gnesen; H. Sommer: Die Festung Posen und ihre preussischen Kommandanten. 21 Besprechungen.
- 14: Dr. Albrecht Schubert: Die Entwicklung der Posener Landwirtschaft seit 1919.
 18 Besprechungen.
- 15: Piarrer Reinhold Heuer: Die altstädtische evangelische Kirche in Thorn; D. Th. Wotschke: Hilferufe nach der Schweiz; H. Sommer: Kammerdepartement Warschau zu südpreussischer Zeit. 23 Besprechungen.
- 16: D. W. Bickerich: Ein Programm des polnisch-christlichen Universalismus; H. Sommer: Militärische Beziehungen zwischen Deutschland und Polen; Dr. W. Maas: Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Posener Landes. — 14 Besprech.
- 17: Dir. Ernst Fleischer: Die Entstehung der Farbtöne; Prof. Julius Hammling: Ornithologische Beobachtungen aus dem Posener Lande; Dr. Fr. Doubek: Das Zunftbuch der Wilnaer Zinngiesser: Dr. W. Maas: Steuern und Zölle. 35 Besprechungen.
- 18: Dir. G. Schulz: Unions- und Verfassungsbestrebungen der protestantischen Kirchen im Grossherzogtum Warschau; D. Th. Wotschke: Der Pietismus in Moskau; Prof. M. Laubert: Die Rittergutsmatrikel in der Provinz Posen. 34 Besprechungen.
- 19: Prof. M. Laubert: Posen bei Ausbruch des Warschauer November-Aufstandes; H. Sommer: Das Generalkommando Posen 1815—1918; D. Th. Wotschke: Der Pietismus in Petersburg; Lissaer Studenten bis 1800: Alb. Brever: Das Schrifttum über das Deutschtum in Kongresspolen. — 18 Besprechungen.
- Dir. Ernst Fleischer: Zur Entstehung der Lichtempfindungen; Altansässiges Deutschtum: Domherr Dr. Paul Panske: Familien der Koschnaewjerdörfer und drei kürzere Aufsätze; A. Kronthal: Adolf Warschauer; Dr. Fr. Doubek: Raimund Friedrich Kaindl. 24 Besprechungen.
- Dr. Wolfg. Kohte: Deutsche Bewegung und preussische Politik im Posener Lande 1848—49.

Preis jeden Heftes 8,40 zl. im Auslande 4,20 M. Bezug auf 1 Jahr (3 Hefte) 20 zl bzw. 10 M. Ab Heft 12 sind auch die meisten Aufsätze als Sonderdruck erhältlich. Auch von der früheren Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen und den Historischen Monatsblättern sind noch eine Reihe Einzelhefte und Sonderdrucke zu haben.

Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen.

Neue Folge der Zeitschriften der Historischen Gesellschaft für Posen und des Deutschen Naturwissenschaftlichen Vereins und der Polytechnischen Gesellschaft zu Posen, zugleich Veröffentlichung der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Bromberg und des Coppernicus-

Vereins für Willenschaft und Kunst in Thorn.

Begründet von Dr. Hermann Rauschning. Herausgegeben von Dr. Alfred Lattermann.

Heft 21. (Sonderheft)

WOLFGANG KOHTE

DEUTSCHE BEWEGUNG UND PREUSSISCHE POLITIK IM POSENER LANDE 1848-49.

(Mit einer Karte)







Posen 1931.

Im Verlag der Historischen Gesellschaft für Posen, Poznań, ul. Zwierzyniecka 1.

Auslieferung für Deutschland: Verlag «Das junge Volk», Plauen i. !

00540

ks 1

4559 1941 JE 82

Persönliche Nachrichten.

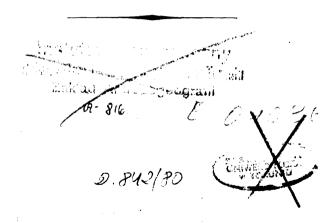
Adolf Warschauer +

Im letzten Heft vorliegender Zeitschrift hat die Historische Gesellschaft für Posen zum 75. Geburtstag des Nestors der Posener deutschen Geschichtsschreibung ein ausführliches, mit innerer Anteilnahme geschriebenes Lebensbild aus der Feder von Stadtrat a. D. Arthur Kronthal gebracht. Niemand konnte ahnen, daß diese Ehrung seine letzte große Freude sein sollte. Kurz danach, am 26. Dezember 1930, hat der Tod den Gefeierten von seinen jahrelangen, mit großer Geduld ertragenen Leiden, die ihn an das Krankenlager fesselten, erlöst. Da die betreffenden Bogen von Heft 20 schon ausgedruckt waren, konnte diese Nachricht nicht mehr im vorigen Heft gebracht werden. So erscheint sie erst jetzt.

Die Historische Gesellschaft für Posen wird ihrem verewigten Mitbegründer und ältesten Ehrenmitglied stets ein dankbares Gedenken bewahren.

Theodor Wotschke 60 Jahre alt.

Am 23. März 1931 begeht Pastor D. Dr. Lic. Theodor Wotschke aus Meseritz, jetzt in Pratau, Bez. Halle, seinen 60. Geburtstag. Die Historische Gesellschaft für Posen, die zahlreiche geschichtliche Beiträge des unermüdlich tätigen Forschers in ihren früheren und jetzigen Zeitschriften besonders zur Kirchen- und Kulturgeschichte des Ostens veröffentlicht hat, hat seine Verdienste schon im Jahre 1927 durch die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an ihn gewürdigt und in Heft 12 dieser Zeitschrift einen kurzen Lebenslauf und ein Verzeichnis seiner bis dahin verfaßten Schriften veröffentlicht. Wir wünschen unserm treuen Mitarbeiter zu seinem Ehrentage noch viele Jahre weiterer ungebrochener Schaffenskraft.



Inhalts-Verzeichnis.

Personliche Nachrichten. Adolf Warschauer †	II II
Deutsche Bewegung und Preußische Politik im Posener	
Lande 1848—49.	
Von Dr. Wolfgang Kohte in Charlottenburg.	
Inhaltsverzeichnis	III
Vorbemerkungen	V
merkungen gebrauchten Abkürzungen und Zeichen	VII
Abschnitt I. Volksbewußtsein und politisches Leben der Posener Deutschen vor 1848	1.
A b s c h n i t t II. Die Märzbewegung unter den Posener Deutschen Verbrüderung in der Stadt Posen S. 19. — Die ersten deutschen Komitees S. 22. — Polnische Gewaltherrschaft auf dem flachen Lande S. 23. — Deutscher Widerstand in den Randgebieten S. 25. — Die Kabinettsorder vom 24. März und die Anfänge der deutschen Erhebung S. 27. — Der Aufbruch in Bromberg und dem Netzedistrikt S. 31. — In Meseritz und den Westkreisen S. 35. — Umschwung in Posen S. 39. — Die Deutschposener Abgeordneten in Berlin S. 43.	19
Abschnitt III. Die preußische Regierung und die Posener Frage Mierosławskis Absichten S. 45. — Stellungnahme der Konservativen und der liberalen Minister S. 46. — Heinrich v. Arnims Polenpolitik S. 49. — Die Haltung des Königs S. 51. — Die gemäßigten Polen und die Märzministerien S. 52. — Zurückhaltung der Großmächte S. 55. — Die öffentliche Meinung Deutschlands S. 57. — Entsendung Willisens durch das Ministerium Camphausen, seine Persönlichkeit S. 61. — Die Anfänge seiner Tätigkeit S. 64. — Das Abkommen von Jaroslawiec S. 69. — Ausschluß der deutschen Gebiete von der Reorganisation S. 71.	45
Abschnitt IV. Der deutsche Sturm im Posener Lande Die Wendung der polnischen Revolution S. 74. — Willisens Rückkehr S. 77. — Przyłuskis Aktion gegen den Anschluß an Deutschland und die deutschen Katholiken S. 79. — Die Deutschposener Volksgemeinschaft und ihre Organe S. 83. — Konstitutioneller Klub und Nationalkomitee in Posen S. 84. — Die Ausschüsse im Westen S. 88. — Der Zentral- ausschuß des Netzedistrikts S. 91. — Vorstoß der Deutsch- posener in Berlin S. 92. — Der König und das Ministerium gegenüber Willisen S. 94. — Versuch einer umfassenden Lösung S. 97. — Deutsche Volksbewaffnung und Wahlen zu den Nationalversammlungen S. 100.	73

Abschnitt V. Wiederkehr der Ruhe	Seite 104
Abschnitt VI. Die Werbearbeit der Posener Deutschen In Breslau und in Berlin S. 128. — Der Verein zur Wahrung der deutschen Sache im Osten in Leipzig S. 130. — Die Entwicklung in Frankfurt bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung S. 133. — Die Vorbereitung der Entscheidung durch Deutsche und Polen S. 137. — Die Polendebatte und ihre Folgen S. 141.	
Abschnitt VII. Die Deutschposener Bewegung vom Junibis in den Oktober	143
Abschnitt VIII. Das Wiederaufflammen der Bewegung im Herbst	157
Abschnitt IX. Der Ausklang der Deutschposener Bewegung im Jahr 1849	172
Abschnitt X. Die Erledigung der Posener Frage 1849-51 Artikel 1 der preußischen Verfassung in beiden Kammern angenommen S. 185. — Der Aufteilungsplan vom Oktober 1849 S. 187. — Erfolgreicher Widerstand gegen die Aufteilung S. 190. — Verhandlungen der zweiten Kammer Mitte Dezember S. 192. — Im Februar S. 197. — Veränderte Polenpolitik S. 200. — Ausscheiden der Ostprovinzen aus dem Deutschen Bund S. 201.	
Abschnitt XI. Nachwirkung und bleibende Bedeutung der Posener Kämpfe von 1848	203
Anhang. Die westpreußischen Deutschen im Nationalitäten- kampf von 1848	211



Vorbemerkungen.

Die erste Aufgabe der vorliegenden Arbeit soll sein, die deutsche Gegenbewegung gegen den polnischen Aufstand in Posen 1848 in ihrem Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Bewegung dieses Jahres aus den Quellen eingehend darzustellen. Um ihr wissenschaftlichen Wert zu geben, war es notwendig, sie aktenmäßig besser zu unterbauen. als es bei den meisten bisher über dies Gebiet erschienenen Schriften der Fall ist. Welche Archive zu diesem Zwecke benutzt wurden, ist aus dem nachfolgenden Verzeichnis ersichtlich. Dabei konnte eine wichtige Erkenntnisquelle in den Hunderten von Deutschposener Petitionen in den Archiven zu Berlin und Frankfurt a. M. neu erschlossen werden. Weitere wichtige Aufschlüsse gab eine genaue Durchsicht der "Zeitung des Großherzogtums Posen" und ihrer Beilagen, der zeitgenössischen Briefwechsel und Erinnerungen und — zum Teil — der Flugschriften zur Polenfrage. Ferner konnte ich die Akten der Kreisstadt Meseritz und eine Anzahl ungedruckter Briefe benutzen: Fräulein Agnes Goeden (Stettin), Herr Generalleutnant a. D. Viktor v. Hepke (Potsdam), Fräulein Emma Jordan (Frankfurt a. M.) und Frau Clara Viebig (Berlin-Zehlendorf) hatten die Güte, mir Einblick in die Nachlässe ihrer Väter zu gewähren, wofür ihnen nochmals wärmstens gedankt sei. Besonderen Dank schulde ich dem Herrn Grafen Yorck von Wartenburg, auf dessen Schloß Klein-Oels in Schlesien ich im Oktober 1928 den wertvollen Nachlaß Wilhelm v. Willisens durcharbeiten durfte. Schließlich danke ich . auch allen denen, die mich durch mündlichen oder schriftlichen Gedankenaustausch bei der Sammlung und Gestaltung meines Stoffes unterstützten, vor allem den Herren Archivbeamten.

Von einem Schrifttumsverzeichnis glaube ich absehen zu können: Den größten Teil der bis vor zwanzig Jahren erschienenen Werke findet man in der Einleitung von Hans Schmidt, Die polnische Revolution des Jahres 1848 im Großherzogtum Posen (Weimar 1912), verzeichnet, nahezu sämtliche in Betracht kommenden Flugschriften bei Walter Bleck, Die Posener Frage auf den National-Versammlungen der Jahre 1848-49 (Phil. Diss. Greifswald 1914) und im Katalog der Friedländerschen Sammlung der Berliner Magistratsbibliothek (Berlin 1891), die wichtigsten neueren Erscheinungen auch im Anhang zum ersten Band von Veit Valentins Geschichte der deutschen Revolution von 1848-49 (Berlin 1930) zusammengestellt, einem Werk, das leider auch für die letzte Durcharbeitung vorliegender Schrift nicht mehr herangezogen werden konnte. Von der polnischen Literatur habe ich nur das allerwichtigste benutzt; ich glaube indessen, keine für mein engeres Thema wichtige Quelle übersehen zu haben; die Durchforschung der polnischen Zeitungen war mir allerdings unmöglich.

Mit polemischen Auseinandersetzungen habe ich die Darstellung nicht belasten wollen. Warum ich nach Christian Meyer (Die Deutschen der Provinz Posen gegenüber dem polnischen Aufstand 1848) diesen Gegenstand noch einmal behandele, brauche ich den nicht zu begründen, der seine und meine Arbeit auch nur durchblättert. Was über Hans Schmidts Buch zu sagen ist, hat Laubert 1913 in den Göttinger Gelehrten Anzeigen ausgesprochen; es wird daher hier möglichst nicht herangezogen. Hallgartens gediegene und vieles neue bringende Arbeit hat mir natürlich viele wertvolle Hinweise und Anknüpfungspunkte geboten, wenn unsere Ansichten auch nicht in allem übereinstimmen. Daß wichtige Nebenfragen, besonders staatsrechtlicher und ökonomisch-sozialgeschichtlicher Art, nur gestreift werden konnten, hat sich leider nicht vermeiden lassen, wenn nicht der Rahmen überschritten werden sollte, der dieser Arbeit als Dissertation ursprünglich gesteckt war.

Besonderen Wert legte ich auf die Beigabe der Karte. Keine der bisherigen Darstellungen scheint mir dem Leser recht zu veranschaulichen, was für sonderbare Früchte das Durcheinander von Ideenpolitik (Nationalitätenprinzip) und Machtpolitik 1848 gezeitigt hat. Deutlicher als durch kartographische Darstellung wird man die seltsamen Wege damaliger Ostpolitik nicht klarmachen können. Sie macht auch ein näheres Eingehen auf die Einzelheiten der Demarkationslinien überflüssig.

Der Hauptakzent dieser Forschungen liegt, der historischen Bedeutung ihres Gegenstandes entsprechend, auf dem National-Ideellen. Ich habe versucht, die eigene Gestalt der Deutschposener Bewegung von 1848-49 zu umreißen und die Entwicklung der Posener Frage in diesen Jahren historisch zu verstehen. Ein richtendes Verfahren wäre unwissenschaftlich; wir haben heute genügend Abstand von den hier behandelten Dingen. Der bescheidene Gewinn dieser Arbeit für die Wissenschaft würde sich auf drei Gebiete verteilen: sie soll zum Verständnis der Geschichte der ersten deutschen Revolution ein wenig beitragen, einen wichtigen Wendepunkt in der Posener Landesgeschichte näher aufklären helfen und einen kleinen Baustein zur allgemeinen Nationalitätenkunde herbeischaffen. Wenn ich hoffen darf, zum Ziele gekommen zu sein, und nicht nur für mich etwas erreicht zu haben, so hat mein Dank dafür an erster Stelle jenen akademischen Lehrern zu gelten, deren Lehre mir Wesentliches mitgab, besonders Herrn Geheimrat Erich Marcks, der mir so oft Rat und Hilfe lieh.

Charlottenburg, im März 1931.

W. K.



Verzeichnis der benutzten Akten

und Erklärung der in den Anmerkungen gebrauchten Abkürzungen und Zeichen.

PrStB = Preußische Staatsbibliothek.

GStA = Preußisches Geheimes Staatsarchiv. Repositur 75 (Bundestagsgesandtschaft), 77 (Ministerium des Innern) und 89 (Kgl. Zivilkabinett) werden ohne dieses Zeichen angeführt.

Ausw. Amt = Akten des Auswärtigen Amts im GStA.

HeA = Akten des Kriegsministeriums im Heeresarchiv, jetzt GStA.

HaA = Brandenburg-Preußisches Hausarchiv. Sämtlich in Berlin.

ABV = Archiv der Bundesversammlung.

ANV = Archiv der Nationalversammlung.
In der Zweigstelle des Reichsarchivs zu
Frankfurt am Main.

KlÖ = Nachlaß des Generals Wilhelm v. Willisen im Gräflich Yorck von Wartenburg'schen Majoratsarchiv zu Klein-

Oels, Kr. Ohlau.

DZNK = Akten des Deutschen Zentral-Nationalkomitees zu Posen.

HDV = Akten des Hauptvereins der Deutschen Verbrüderung zu Posen.

Im Besitz der Historischen Gesellschaft für Posen, Vereinigung reichsdeutscher Mitglieder, zu Berlin.

ZAWG = Akten betr. die im Jahre 1848 ausgebrochenen Unruhen = und die Tätigkeit des Zentralausschusses für den Westgürtel der Provinz Posen. Im Besitz der Kreisstadt Meseritz.

VWDSO = Akten des Vereins zur Wahrung der deutschen Sache im Osten, im Nachlaß des Professors Heinrich Wuttke, Depositum im Ratsarchiv zu Dresden.

ZBAND = Zentral-Bürgerausschuß für den Netzedistrikt in Bromberg (Akten anscheinend verloren).

FBPG = Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte.

ZOG = Zeitschrift für osteuropäische Geschichte.

ZHG = Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für Posen.

HM = Historische Monatsblätter für die Provinz Posen.

DWZ = Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen.

Ztg. d. Ghzt. P. = Zeitung des Großherzogtums Posen (bis zum 30. Juni 1848, dann:)

Pos. Ztg. = Posener Zeitung.

DKB = Deutsches Konstitutionelles Blatt für das Großherzogtum. Beilage der Ztg. d. Ghzt. P.

EB = Ergänzungsblätter, Beilage der Pos. Ztg.

Dt. Ztg. = Deutsche Zeitung (Heidelberg).

Bartolomäus = Richard Bartolomäus, Die Provinz Posen auf dem Frankfurter Parlament. ZHG XIV S. 1—66.

Bleck = Walter Bleck, Die Posener Frage auf den Nationalversammlungen in den Jahren 1848-49. ZHG XXIX S. 1-96, auch Greifswalder Dissertation 1914.

Hallgarten = Wolfgang Hallgarten, Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution, München und Berlin 1928.

Circourt = A. Comte de Circourt, Souvenirs d'une mission à Berlin en 1848, hsg. v. G Bourgin, Paris 1908/09,

L. v. J. = Die polnische Insurrektion im Großherzogtum Posen im Frühjahr 1848. Nach eigener Anschauung, mit Benutzung amtlicher Quellen und der Nachrichten zuverlässiger Berichterstatter, von L. v. J. Glogau 1849.

Jaffé = Moritz Jaffé, Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft. Leipzig 1909, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 119. Band zweiter Teil III 2.

Im Polenaufruhr = (Frh. Juncker v. Ober-Conreuth), Im Polenaufruhr 1846-48. Aus den Papieren eines Landrats. Gotha 1898.

Meyendorff = Peter von Meyendorff. Ein russischer Diplomat an den Höfen von Berlin und Wien. Politischer und privater Briefwechsel 1826 — 63. Hsg. v. O. Hoetzsch, Berlin und Leipzig 1923.

Meyer = Christian Meyer, Die Deutschen der Provinz Posen gegenüber dem polnischen Aufstand 1848. München 1903, Lissa 1904. (Im Anhang die Briefe des Meseritzer Abgeordneten Kerst aus Frankfurt vom Frühjahr und Sommer 1848. Sie wurden zusammen mit der einleitenden Studie über die Posener Deutschen von Meyer erstmalig in der Zeitschrift für Geschichte und Landeskunde der Provinz Posen 1882-84 veröffentlicht, Bd. I S. 123 bis Bd. III S. 128 passim.).

Schmidt = Hans Schmidt, Die polnische Revolution des Jahres 1848 im Großherzogtum Posen. Weimar 1912.

A. u. B. = Wilhelm v. Willisen, Aktenstücke und Bemerkungen über meine Sendung nach dem Großherzogtum Posen. Berlin 1849.

Wuttke = Heinrich Wuttke, Städtebuch des Landes Posen. Leipzig 1863.

P. = Posen, Stadt und Land.

Abschnitt I.

Volksbewußtsein und politisches Leben der Posener Deutschen vor 1848.

In der Geschichte des mitteleuropäischen Ostens bedeutet die Bewegung von 1848 einen großen Wendepunkt: Hier wird zum ersten Mal die Entwicklungslinie weithin sichtbar, welche von der friedlichen Nebeneinanderordnung der Völker zum Gegeneinander, zum Kampf der Nationalitäten führt.1) Ein kurzes Vorspiel findet dieser Kampf schon im Zeitalter der Märzrevolution. Das Erlebnis der Revolution und ihre Errungenschaften - Preßfreiheit, freies Vereins- und Versammlungsrecht. Bürger-Bewaffnung, Wahl der Parlamente - rufen politisches Leben in den Massen wach. Im ersten Augenblick überwiegt die Begeisterung über die konstitutionelle Freiheit, dann aber erweist es sich in den völkisch gemischten Landschaften, daß Deutsche und Slawen diese ganz verschieden ausgestalten wollen. Der nationalstaatliche Gedanke scheidet die Völker wieder, und an die Stelle weltbürgerlich-freiheitlicher Begeisterung tritt das nüchterne Abwägen der Machtbedürfnisse des eigenen Staates und die Gerechtigkeit zuerst gegen das eigene Volk, So bringen erst die Umwälzungen des Revolutionsjahres breiteren Schichten der Polen und Tschechen und der ihnen gegenüberstehenden Grenzdeutschen im Grenzkampf das Erlebnis völkischer Eigenart, und damit entsteht klares und kräftiges Nationalbewußtsein. Noch wurde dieses nur selten eine Macht, die Denken und Handeln aller Schichten ausschließlich beherrscht: immerhin - es war da und mußte sich mit den vorhandenen religiösen, staatlichen, wirtschaftlichen Kräften auseinandersetzen.

Denn die Massen der niederen Bevölkerung waren sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den meisten Völkern Europas ihrer Volkheit ja durchaus noch nicht klar bewußt. Volkheit, als geistige Gemeinschaft, ist gegliedert in Teilvolkheiten und mannigfaltig gestuft, weil die einzelnen Schichten am Kulturbesitz ihres Volkes in verschiedenem Maße und verschiedener Art Anteil haben. Die Einheit der völkischen Kulturgemeinschaft ist nur eine verhältnismäßige, keine starre.2) Wo Volkstum nicht ein in allen lebendiger Wert ist, können Staat, Religion oder Wirtschaft leicht zu bestimmenden Kräften werden, die den einzelnen in ein ihm ursprünglich fremdes Volk hinüberführen. Denn nicht jeder

ordnung" der Nationalitäten sind Kurt Tramplers Buch "Staaten und nationale Gemeinschaften" (München 1929) entnommen.

2) Ich folge hier Othmar Spann (Vom Wesen des Volkstums, Augsburg 1924).

kann in gleichem Maße jene Geistigkeit erringen, die das eigentliche Wesen völkischer Gemeinschaft ausmacht; je weniger einer an ihm Anteil hat, desto leichter kann er sein Volkstum wechseln, am leichtesten, wenn er in dumpfem Leben solcher Geistigkeit überhaupt fremd bleibt.

Das war nun bei den Massen der deutschen und polnischen Kleinbürger, Bauern und Landarbeiter Posens, hier mehr, dort weniger, oft aber in recht hohem Maße der Fall — selbst 1848 noch. Als die Generation, die 1848 in voller Manneskraft stand, um 1800 bis 1820 die Schule besuchte, war die Volkserziehung noch recht dürftig, so daß in den deutschen Streusiedlungen die Kinder oft nicht richtig hochdeutsch lernten. "Ein höchst verdorbener kassubisch-plattdeutscher Dialekt" soll damals dort gesprochen worden sein.³) Für das nationale Erwachen war daher die Verbreitung der Beherrschung der deutschen Schriftsprache und die Hebung der Bildung unter den deutschen Bauern durch die preußische Volksschule und den Heeresdienst von größter Bedeutung. Sie besserte diese Verhältnisse rasch und trug auch zur wirtschaftlichen Förderung bei.

Von ähnlicher Wichtigkeit war es, daß die Juden-Verordnungen der dreißiger Jahre die jüdischen Gemeinden der Posener Kleinstädte nötigten, ihren Kindern eine Erziehung in deutscher Sprache (nicht im Jargon) zu preußischen Staatsbürgern zu geben. So wuchs auch das Judentum allmählich hinein in den preußischen Staat und die deutsche Kulturgemeinschaft und konnte sich 1848 mit Wort und Tat in die Deutschposener Bewegung einreihen.

Der umfassende Ausbau des Volksschulwesens durch den preußischen Staat, der gerade während des ersten Menschenalters nach 1815 in der Provinz Posen gewaltige Fortschritte machte, hat für diese — bis zum heutigen Tage! — eine Bedeutung, die schwer unterschätzt werden kann. Indem die preußische Schule der niederen Bevölkerung deutscher wie polnischer Herkunft die Anfänge der Bildung vermittelte, machte sie sie fähig zu bewußtem Ergreifen ihres Volkstums und half damit, den späteren Nationalitätenkampf vorzubereiten, dessen Entwicklung ohne die Einsicht von der nur gradhaften Anteilnahme des einzelnen an allem Geistigen und so auch am inneren Leben seiner Volkheit schwerlich begriffen werden kann.4)

3) Nach den Bemerkungen Dannhauers über die Sprachenverhältnisse in Posen zu Peschells "Karte des Regierungs-Departements Posen" von 1833. (PrStB) — Noch jetzt wird in den deutschen Siedlungen Kongreßpolens und Wolhyniens die plattdeutsche Mundart als kaschubisch bezeichnet. — Ueber den Rückgang des Posener Deutschtums im 17. und 18. Jhdt. vgl. Wuttke S. 222 f.

Kongreßpolens und Wolhyniens die plattdeutsche Mundart als kaschubisch bezeichnet. — Ueber den Rückgang des Posener Deutschtums im 17. und 18. Jhdt. vgl. Wuttke S. 222 f.

4) Im Jahre 1816 besuchten im Ghzt. P. nur 17% aller schulpflichtigen Kinder die Schule — 1838 bereits etwa 62%! 1816 kam in Posen eine Schule auf 1030 Einwohner (im Durchschnitt des preußischen Staates auf 500) — 1855 aber auf 670 (Staatsdurchschnitt 685). Eine ungeheure Kulturleistung in so kurzer Zeit! (Nach Jochmus, Die materielle und geistige Entwicklung des Ghtz. P., Zs. f. preuß. Geschichte u. Landeskunde III S. 170 ff., 1866, und H. Berghaus, Kl. geograph.-statist. Atlas der preuß. Monarchie, Gotha 1842). Weitere Zahlen gibt Laubert, Die Verwaltung der Provinz P., S. 249 ff.

Zu preußischem Staatsbewußtsein wurde auch der polnische Bauer erzogen: in der Schule, im Heere, durch die wirtschaftliche Förderung. die er vom preußischen Staate erfuhr. Am Leben der polnischen Volkheit hatte er so gut wie gar keinen Anteil: das war ein Ergebnis der polnischen Geschichte. Ein Gefühl gesamtvölkischen Zusammenhangs mit dem Adligen kannte er nicht, er sah in ihm den früheren Herrn, aus dessen drückender Knechtschaft ihn erst die preußischen Regulierungsgesetze befreit hatten. Dem preußischen König, der ihn zum freien Mann gemacht hatte, war er treu ergeben, gerade wie der deutsche Bauer. Das polnische Landvolk stand eben auf einer niedrigen Stufe nicht nur wirtschaftlicher Entwicklung, sondern auch nationalen Bewußtseins. Daher wurde sein ganz unentwickeltes polnisches Volksgefühl leicht vom preußischen Staatsbewußtsein verdrängt. Es bestand also die Möglichkeit, daß es so auf dem Wege über die preußische Teilvolkheit in das deutsche Gesamtvolk übergeführt und seinem ursprünglichen Volkstum entfremdet werden könnte.

Was den Polen aber von den meisten Deutschen trennte, das war das religiöse Bekenntnis: die katholische Geistlichkeit hat den polnischen Bauern schließlich seinem Volkstum erhalten. Und auch sie verdankte die Hebung ihrer Bildung, die mit eine Voraussetzung dafür war, nicht zuletzt dem preußischen Staat! Der langwierige Streit, der zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche, damals den beiden stärksten Kräften im Leben des Posener Landes, Ende der dreißiger Jahre entbrannte, ließ auch die völkischen Verhältnisse des Landes nicht unberührt. Der damals vom westlichen Katholizismus wieder stärker betonte Gedanke, daß der Staat doch nur eine Ordnung des diesseitigen Lebens sei, konnte hier im Osten, wo Staat und Volk nicht wie in den westlichen Nationalstaaten zusammenfielen, leicht im polnisch-nationalen Sinne benutzt werden, und umgekehrt das schlummernde Volksgefühl leicht für kirchliche Zwecke eingespannt werden.⁵) Da wurde es von großer Bedeutung, daß 1845 in Leo Przyłuski ein ehrgeiziger Mann von national-polnischer Richtung den erzbischöflichen Stuhl bestieg, der nach der Führung des nationalen Lebens strebte.⁶) Die Schritte, die er 1846 und 1848 tat, sind von hier aus zu verstehen, und von hier aus wird auch die Schärfe der feindlichen Haltung verständlich, welche die Deutschposener Bewegung - diese Zusammenhänge wohl mehr dunkel ahnend als klar erkennend — gegen seine Person und gegen das Weiterbestehen des Erzbistums in den bisherigen Grenzen einnahm.

⁵⁾ Vgl. Meinecke; Radowitz und die deutsche Revolution, S. 534. - Am 30. 10. 44 schreibt der Oberpräsident v. Beurmann: "Ich zweifle nicht daran, daß, wenn wiederum ein Bruch zwischen Staat und Kirche ... sich ereignen sollte, die gesamte katholische Geistlichkeit der Provinz P. uns feindlich gegenüberstehen und neben den geistlichen Waffen auch von den nationalen Gefühlen der Bewohner der Provinz gegen Heimatbl. III, 2, Schneidemühl 1927).

(Angeführt von Laubert, Grenzmk.

P) Vgl. Ludwig Bernherd D.

Was die katholische Kirche für die Entwicklung des Polentums bedeutete, das konnte die evangelische für die Deutschen nie werden: ihr fehlte der hierarchische Aufbau, und sie war Staatskirche! Einzelne Pastoren haben sich 1848 in den deutschen Komitees einzelner Orte nach ihren Kräften betätigt; gelegentlich waren auch Rücksichten auf den evangelischen Glauben wirksam — im ganzen aber war der Schwung deutschen und preußischen Empfindens viel zu stark, als daß die konfessionellen Kräfte hätten aufgerufen werden müssen. Eine gewisse protestantische und liberale Abneigung gegen den Katholizismus macht sich freilich häufig bemerkbar.

Deutsch und evangelisch, polnisch und katholisch fallen ja im preußischen Osten vielfach zusammen und wurden auch oft synonym gebraucht. Etwa 5 bis 6% der Katholiken waren Deutsche, und nur ½% der Evangelischen Polen. Die deutschen Katholiken waren Bauern und Kleinbürger im Westen und Südwesten der Provinz, zum großen Teil im überwiegend deutschen Gebiet; die wenigen Tausende evangelischer Polen lebten in den Kreisen Adelnau und Schildberg, dazu im angrenzenden Schlesien. Soweit diese kleinen Gruppen verstreut unter Fremdvölkischen gleichen Bekenntnisses lebten, standen sie vor der Gefahr langsamer Entvolkung: das Jahr 1848 sollte das deutlich erweisen.

Die Konfessionsstatistik gibt auch die einzigen sicheren Anhaltspunkte für die Feststellung des ziffernmäßigen Verhältnisses beider Völker.7) In den zeitgenössischen Flugschriften wird gewöhnlich von 500 000 Deutschen und 700 000 Polen gesprochen. Die zuverlässigste neuere Berechnung nimmt 804 000 Polen, 453 000 christliche Deutsche und 81 000 Juden an. Für die einzelnen Kreise sind zuverlässige Ziffern nicht zu ermitteln. Es genügt festzuhalten, daß die 6 Kreise an der Westgrenze überwiegend deutsch, die Kreise Wirsitz, Bromberg, Schubin, Hohensalza, Obornik, Posen, Buk, Kröben und Krotoschin ungefähr zu gleichen Teilen gemischt waren, zum Teil mit geringen polnischen Mehrheiten; im Osten und Südosten der Provinz herrschten die Polen bei weitem vor. Auch hier waren eine Anzahl deutscher Hauländereien und Kolonien eingesprengt, dazu kamen die staatlichen Beamten und die hier besonders zahlreichen Juden in den Kleinstädten. Eine klare Abgrenzung der Völker war damals in Posen ebensowenig möglich wie später, ist aber 1848 trotzdem versucht worden.

⁷⁾ Zur Bevölkerungsstatistik vgl. E. v. Bergmann, Zur Geschichte der Entwicklung der deutschen, polnischen und jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen (Tübingen 1883), M. Laubert in den Gött. Gel. Anz. 1913 S. 390 f. (gegen die Entstellungen von Hans Schmidt) und Ilse Rhode, Das Nationalitätenverhältnis in P. und Westpreußen zur Zeit der polnischen Teilungen, DWZ, H. 7 (P. 1926). Die Verf. weist nach, daß sich das Zahlenverhältnis beider Völker zueinander während des 19. Jhdts. nicht wesentlich geändert hat. — Genaue sprachen- und konfessionsstatistische Angaben über die einzelnen Kreise nach der Volkszählung von 1846 enthält ein Auszug aus den Materialien des Statistischen Amts in Rep. 77 tit. 539 I adh. 2 f. 42, ungefähre Zahlen über die Nationalitätenverhältnisse die Denkschrift über die Polen im Ghzt. P. 1847 (Nachlaß Wilhelms I., HaA).



Fast 40% der deutschsprechenden Bevölkerung lebten um 1860 in Städten, von der polnischen nur etwa 16%, die sich zumeist von den niederen Handwerken oder als Ackerbürger ernährten. In der ländlichen Bevölkerung war unter den Deutschen das bäuerliche Element erheblich stärker als unter den Polen.8) Viele von diesen waren Landarbeiter. die von ihren Gutsherren in jeder Hinsicht abhängig waren ("komorniki"). Ihr Landhunger machte es den Herren 1848 leicht, dies unzufriedene Agrarproletariat für die Revolution zu begeistern. Doch der polnische Adel, stets das unruhige Element der Provinz, der alleinige Urheber der Insurrektionen von 1846 und 1848, hatte bei dieser nationalen Erhebung ganz andere Ziele als die, mit denen er die Arbeiterschaft für sich gewann. Er konnte die Zeiten, da er in Polen herrschte, so leicht nicht vergessen; der Gedanke der Wiederherstellung eines freien polnischen Staates stimmte durchaus mit seinen Klasseninteressen überein. Für die Entwicklung der unteren Schichten seines Volkes hat er so gut wie gar nichts getan. Er wußte wohl, warum er der Ausführung des Gesetzes über die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse von 1823 so beharrlichen Widerstand entgegensetzte, und Flottwell wußte ebensogut, warum die Ausführung so wichtig war. Die Hauptarbeit der Regulierung wurde, besonders dort, wo die Verhältnisse etwas schwieriger lagen, erst in den vierziger Jahren geleistet, so daß wahrscheinlich ein erheblicher Teil der polnischen Bauern zur Zeit der Märzrevolution noch ganz unter dem Eindruck der Befreiung stand. Bei den Aufstandsversuchen im Winter 1845/46 zeigte der polnische Bauer die gleiche Treue zu Preußen wie der deutsche; das konfessionelle Moment brachte sie nicht in feindlichen Gegensatz.9)

Die deutschen Bauern standen aber zum größten Teil nicht unter dem unkontrollierbaren Einfluß des polnischen Klerus. Für sie gab es keine andere Autorität als den König und seinen Landrat. Sie standen meist auch geistig und wirtschaftlich auf höherer Kulturstufe als die Polen: so konnten sie als "der kräftigste und bestgesinnte Teil der Provinz", als "das wesentlichste Element zur Festsetzung des Gouvernements" gelten. 10) Neue Ansiedlungen deutscher Bauern durch den preußischen Staat waren damals erst in geringem Umfang erfolgt.

Die evangelischen deutschen Dörfer waren auch in rein polnischer Umgebung in ihrem Volkstum durchaus sicher. Die kirchliche Zugehörig-

⁸⁾ Die Kreise, in denen der Grundbesitz unter 30 Morgen überwog, hatten fast alle eine deutsche Mehrheit (v. Bergmann S. 37). — S. auch K. Reis, Die polnische Bauernschaft Posens i. J. 1848, HM XI. S. 177 — 189 (1910).

⁹⁾ Eugène de Breza, De la russomanie dans le Grand-Duché de P. (1846). Zeitungsberichte der Bromberger Regierung aus dem Winter 1845/46 (Rep. 89 B X). — Vgl. L. Bernhard, Die Polenfrage, 3. Aufl. S. 91 f.

¹⁰⁾ Vgl. hierzu die angeführte Denkschrift "Die Polen im Ghzt. P. im Frühjahr 1847", die von einem ungenannten höheren Beamten oder Offizier dem Prinzen Wilhelm eingereicht wurde. Sie wird auch im folgenden mehrfach herangezogen.

keit bedeutete damals noch mehr als die nationale, besonders — aber nicht ausschließlich - in den niederen Kreisen. In den bildungslosen und armen Schichten gab es viele eigentlich volklose Zweisprachige. Die deutschen Katholiken im überwiegend polnischen Gebiet gingen auf diese Weise langsam dem Deutschtum verloren. 11) Lange war es in den Städten so gewesen, daß der sozial aufsteigende Pole deutsche Bildung und Sprache annahm und der wirtschaftlich heruntergekommene Deutsche im Polentum versank. Und dies kam oft vor in jenen Jahrzehnten, da die deutsche Tuchmacherei im Westen der Provinz, geschwächt durch die russische Grenzsperre, der jungen kapitalistischen Textilindustrie des inneren Deutschland erlag, und die Posener Kleinstädte überhaupt mit der Zeit immer weniger Schritt halten konnten.¹²)

Im ganzen aber haben Handel und Handwerk im ersten Menschenalter nach der preußischen Wiederbesitzergreifung durchaus teilgenommen am Aufschwung der gesamten deutschen Wirtschaft, ja ihn in einigen Punkten verhältnismäßig noch übertroffen. In der Zeit von 1822 bis 1846 hatte keine der Nachbarprovinzen eine ähnliche Vermehrung der handwerklichen Betriebe und eine ähnliche relative Zunahme der Betriebsgröße aufzuweisen wie Posen; in der Mehrzahl der statistisch erfaßten Gewerbe hatte sich sowohl die Zahl der Meister wie die der Gesellen und Lehrlinge stärker vermehrt als im Durchschnitt des preu-Bischen Staates. Für überwiegende Teile des Kleinbürgertums war also ebenso wie für das Bauerntum eine erhebliche Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten, die eine Wiederaufrichtung der polnischen Herrschaft nicht verlockend machte. 13)

Die Zahlen der für e	igene Rechui	nng Arbei-	Gesellen u.	Lehrlinge
tenden betrugen:	1822	1846	1822	1846
in ganz Preußen:	285 490	420 568	151 757	345 608
in der Provinz Posen	18 673	29 118	6 005	18 052

Die Zahl der Meister 1822 verhält sich zu der 1846 in ganz Preußen wie 100: 147, in Posen wie 100: 156. Die Zahl der auf 100 Meister entfallenden Gehilfen betrug 1846 in ganz Preußen 82, in Posen 62; trotz ihrer erheblicher Zunahme war also die Betriebsgröße der rein handwerklichen Betriebe geringer und die Zahl der Alleinbetriebe relativ größ er geblieben als im Staatsdurchschnitt. Das mußte sich 1848 politisch dadurch bemerkbar machen, daß die Wirtschaftskrise der vorangehenden Jahre

13) Vgl. Stenograph. Berichte der 1. Kammer v. 19. 1. 50 (S.

2298 ff.).

¹¹⁾ Beispiele gelegentlich in den katholischen Petitionen aus dem Frühjahr 1848 (Rep. 77 tit. 503 Nr. 22 vol. 1-4). Vgl. Abschnitt IV. 12) Über das Herabsinken der Kleinstädte s. Wuttke S. 231. –

Die Einwohnerzahlen der Posenschen Städte waren damals äußerst gering, auch im Vergleich mit den Nachbarprovinzen. Posen hatte 1838 32 755 Einwohner, Bromberg 7390, Meseritz 4598, Lissa 8727, Krotoschin 6337, Gnesen 5772. (Breslau 88 779, Danzig 56 257, Frankfurt a. O. 23 378, Kottbus 8219). (Nach W. F. C. Starke, Beiträge zur Kenntnis der bestehenden Gerichtsverfassung usw., III Atlas, Berlin 1839).

sich in Posen verhältnismäßig weniger scharf auswirkte als in den wirtschaftlich weiter entwickelten Provinzen, die mit den schwierigen sozialen Fragen der beginnenden Industrialisierung zu tun hatten — daß in der deutschen revolutionären Bewegung also diese Fragen um so mehr in den Hintergrund traten gegenüber den nationalen. Ernste soziale Probleme gab es damals in Posen nur auf polnischer Seite, verbunden mit den agrarischen.

Der Mittelstand und die höheren Schichten des Bürgertums waren rein deutsch und durchaus staatstreu. Der deutsche Bürger war unter preußischer Herrschaft wieder wie im Mittelalter zum Träger des Fortschritts geworden. Seit Flottwell seine Tatkraft der Schaffung eines "achtbaren Mittelstandes" zugewandt hatte, begann in so mancher kleinen Stadt nach der Einführung der revidierten Städteordnung (seit 1834) rechter deutscher Bürgersinn emporzukeimen, und sich in Verschönerungs- und Geselligkeitsvereinen ein erstes Tätigkeitsfeld zu suchen. 14) Auch auf dem Gebiet des Geisteslebens, in dem das Posener Land solange zurückgestanden hatte, begann das Posener Deutschtum seine Kräfte zu erproben; wesentlichen Anteil hatte dabei wohl die Beamtenschaft. So entstanden der Posener Kunstverein, der Wissenschaftliche Verein in Meseritz u. a. Das Theater der Hauptstadt konnte sich mit Hilfe von Gastspielen trotz seiner schwierigen Lage auf ganz anerkennenswerter Höhe halten und auch seine nationale Aufgabe im Sinne der Zeit erfüllen. 15) Eine tüchtige deutsche Presse konnte sich allerdings in dem armen und solange vernachlässigten Lande nicht entwickeln. Die "Zeitung des Großherzogtums Posen" (in deutscher und polnischer Ausgabe) blieb die einzige Tageszeitung und hat sich im Vormärz nie recht entwickelt, wenn auch Flottwell den Wert einer guten deutschen Zeitung in Posen bereits klar erkannt hatte. Was an Unterhaltungsblättern in deutscher Sprache erschien, konnte mit den polnischen Zeitschriften, die in jener Blütezeit geistiger Kultur des Posener Polentums herauskamen, nicht wetteifern und behielt ein kleinstädtischlokales oder konfessionelles Gepräge. Das bürgerliche Leben sollte hier noch lange einen ganz kleinstädtischen Anstrich behalten; in der Landeshauptstadt war ein kräftiges Bürgertum eben erst im Entstehen und noch ganz mit seinen Gemeindeangelegenheiten beschäftigt. Posen blieb länger im Biedermeier stecken als andere deutsche Landschaften.

Wenn man sich schon mit Politik befaßte, dann wandte man sich der großen Lebensfrage des preußischen Staates, dem Verfassungsproblem, zu. Doch von jenem leidenschaftlichen Drange, der das politische Leben von Breslau und Königsberg damals beherrschte, war hier nichts zu verspüren. Zur Zeit des Provinziallandtags von 1841 drängte die Posener Bürgerschaft den Oberbürgermeister Naumann dazu, im Landtag für

¹⁴) Vgl. Laubert, Eduard Flottwell, S. 51 f. u. S. 66; Wuttke S. 234;
Jaffé, Kap. IV. Ueber d. Städteordnung. Laubert, FBPG 42 S. 31-77 (1929)
¹⁶) Über Theater und Presse vgl. Lauberts , Studien zur Geschichte der Provinz P. in der 1. Hälfte des 19. Jhdts." (P. 1908).

die Berufung der Reichsstände einzutreten; das scheiterte am Widerstand der Polen, welche die engere Verbindung der einzelnen Provinzen untereinander fürchteten.16) Sie wünschten im Großherzogtum eine Sonderstellung zu erhalten — ein Wunsch, mit dem weder das deutsche Bürgertum noch Regierung und Krone sich einverstanden erklären konnten. Verstimmung und Enttäuschung in der Verfassungsfrage brachten in den folgenden Jahren allerdings eine vorübergehende Annäherung zwischen dem liberalen Bürgertum und dem polnischen Adel zu gemeinsamer Opposition: das beweist die Haltung: der Deutschen auf dem Provinziallandtag von 1843. Man hegte im Posener Bürgertum, der Zeit entsprechend, starke Sympathien für die kulturelle Entwicklung des Polentums — die Polenschwärmerei des deutschen Südens und Westens mit ihren politischen Zukunftshoffnungen war hier jedoch unmöglich. Marcinkowski, der Posener Arzt, hatte sich bei seinen für die polnische Zukunft so wertvollen Arbeiten oft der Unterstützung seiner deutschen Mitbürger zu erfreuen. Dem von ihm gegründeten "Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend" versagten sie auch 1848 ihre Anerkennung nicht. 17) "Sein Leichenbegängnis war für ihn und für die Deutschen im Großherzogtum Posen ein Gedenkstein... Da haben die Deutschen gezeigt, wie sie über eine wahre Befreiung Polens denken. Kurz nach jener Revolution (1846) haben sie ihm, dem siegreichsten Kämpfer für das Polentum eine Teilnahme bewiesen..., die von der seiner Landsleute nicht übertroffen wurde."

Zum höheren Bürgertum gehörte auch, wenngleich zuweilen etwas in sich abgeschlossen, die o beire Be amt enschaft. Haupthebel der Germanisierung war sie keineswegs, sie war schon zahlenmäßig zu schwach dazu. Von den älteren Beamten gehörte der größte Teil widerspruchslos ins alte System. Unter den jüngeren hingegen, besonders den Oberlehrern, gab es manchen, der innerlich mehr dem neuen Gedanken des Liberalismus zuneigte und in den Frühjahrswochen von 1848 an führende Stelle in der deutschen Bewegung trat. Die Märzrevolution hat hier die Geister rasch geschieden. Sie alle hatten ihre wissenschaftliche Ausbildung in der höchsten Blütezeit des deutschen Geisteslebens erhalten, mehrere von ihnen waren z. B. Hörer Hegels gewesen. Die meisten von ihnen waren dem Lande ihres Schaffens fremd und stammten aus Preußens alten Provinzen, aus Mecklenburg, Thüringen oder Sachsen. Bei der Zurückhaltung der Polen fanden sich nicht genügend aus der

¹⁸⁾ Vgl. Wuttke S. 236, Jaffé S. 186; Jochmus, Die materielle und geistige Entwicklung (s. Anmkg. 4); dazu Lauberts Arbeiten.

— Ferner sind zum Folgenden benutzt die genannte Denkschrift über die Polen im Ghzt. P., eine Denkschrift aus dem Nachlaß Friedrich Wilhelms IV. (HaA) über die Verwaltung von P., die wohl aus dem Kreise seiner polnischen Freunde stammt, und die ihm 1846 aus Meseritz eingereichte Eingabe (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1 f. 1 f.)

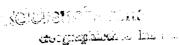


 ¹⁶⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jhdt., Bd. V S. 143.
 17) Vgl. Artur Kronthal, Karol Marcinkowski (1925). Brief von Prof. Loew an Wuttke, 6. 5. 48 (VWDSO II).

Provinz stammende Bewerber für die höheren Beamtenstellen: die Deutschen waren meist zu arm und geistig-gesellschaftlich zu wenig entwickelt, als daß viele ihrer Söhne hätten zur Universität gehen können. Daher fehlte den Beamten oft der notwendige Zusammenhang mit den Landeseinwohnern. Die polnischen höheren Schichten hielten sich in ihrer entschiedenen Abneigung gegen alles, was preußisch hieß. den deutschen Beamten gegenüber äußerst zurück. So kam zu der Armut des Landes an geistigem Leben häufig genug noch die gesellschaftliche Isolierung — kein Wunder, wenn der Beamte nicht heimisch wurde im Osten und sich möglichst bald wieder fort wünschte. Kein Wunder auch, wenn es oft genug nicht die Besten des preußischen Beamtentums waren, denen man die schwierigen Aufgaben des Grenzlandes anvertraute. Dazu kamen alle die Klagen, denen der preußische Beamtenstaat stets ausgesetzt war: über Beamtenwillkür, bürokratische Engherzigkeit, schleppenden Geschäftsgang usw. Der gebildete Deutsche in Posen hegriff sehr wohl, wieviel gerade in dieser Provinz auf die Vertreter der Staatsgewalt ankam. 1846 forderte eine Immediateingabe sorgfältigere Auswahl der Verwaltungsbeamten, bessere Berücksichtigung der besonderen Posener Verhältnisse, mehr persönliche Kenntnis des Landes unter den Beamten und Vereinfachung des Geschäftsganges.

Auch das gebildete und besitzende Judentum wuchs mehr und mehr in diese Kreise der höheren Bürgerschaft und des Beamtentums hinein, die dann die Leiter der Bewegung von 1848 wurden. Die jüdische Intelligenz und die reicheren Kaufleute hatten sich die Werte der deutschen Kultur in steigendem Maße erschlossen und begannen sich mehr und mehr als Deutsche zu fühlen und aus ihrer Abgeschlossenheit herauszustreben. 19) Diesen Kreisen waren seit 1833 die gleichen Rechte verliehen worden, wie sie die Juden in den übrigen Provinzen seit 1812 besaßen. Ihnen stand das Judentum der meisten Kleinstädte gegenüber, das oft genug noch mehr oder weniger tief in östlicher Unkultur stak. Diese Juden, die in manchen Städtchen über die Hälfte der Bewohner ausmachten, bekannten sich nur sehr ungern zu einer Nationalität. Mit Recht, denn sie hatten an der deutschen und erst recht an der polnischen Volkheit nur ganz geringen Anteil. Die allgemeine Schulpflicht und die Erziehung in deutscher Sprache und zu preußischen Staatsangehörigen hatte ja erst seit wenigen Jahren auf sie einwirken können. 20) Sie lebten meist in Armut und Elend von den niederen Handwerken, dem Schankgewerbe, dem Kleinhandel, dem Leihgeschäft oder auch bloß vom Schacher. Durch ihre Geldgeschäfte hatten sie den polnischen Adel und das polnische — oft wohl auch das deutsche - Bauerntum in ihre Abhängigkeit und oft ins Verderben

²⁰) Vgl. Adolf Warschauer, Die Erziehung der Juden in der Provinz Posen durch das Elementarschulwesen, Zschr. f. Gesch. d. Judentums III, S. 29-63 (1883).



¹⁹) Vgl. Laubert, Die Verwaltung der Provinz P. Kap. 23 (Breslau 1923), Jaffé S. 177 f. Zur Statistik s. E. v. Bergmann und I. Rhode a. a. O.

gebracht. ²¹) Darin liegt ein Hauptgrund für den oft bis zu grauenvollen Tätlichkeiten gesteigerten Antisemitismus der polnischen Massen im Jahr 1848, der schließlich auch den Rest der Posener Juden ins deutsche Lager trieb. Die Gleichstellung mit den Glaubensgenossen der alten Provinzen wurde diesen Schichten erst 1847 zuteil.

Die Ereignisse von 1846/47 hatten das politische Interesse auch unter den Juden erwachen lassen, gleichzeitig hatte die Verdrängung des religiösen Gegensatzes durch den nationalen langsam begonnen, so daß große Teile des Posener Judentums bereits vor 1848 den Anschluß an die Deutschen vollzogen hatten. Ihre Umgangssprache wies sie ja zur deutschen Nationalität und das wirtschaftliche Interesse machte die Mehrzahl von ihnen von Anfang an zu treuen Staatsbürgern. Flottwell hatte sie noch aus rein menschlichen, nicht aus politischen Gründen gefördert. In der Mitte der vierziger Jahre begann man jedoch ihren Wert für die Verstärkung des deutschen Elements zu erkennen. Es war zwar eine (nur kurze Zeit bestehende) polnische Mehrheit, die in der Posener Stadtverordnetenversammlung größeren Mengen von Juden das Bürgerrecht gab; nach dem polnischen Putschversuch von 1846 stellten aber gerade die jüdischen Stimmen die deutsche Mehrheit wieder her.

Neben dem Beamtentum war der eigentliche Träger royalistischkonservativer Gedanken und zugleich der Keime nationalpolitischen Lebens der deutsche Großgrundbesitz. Er war schon der Zahl nach dem polnischen weit unterlegen, viele der deutschen Gutsbesitzer waren erst in den letzten Jahren ins Land gekommen. 22) Wenn auch manche von ihnen außerhalb der Provinz lebten, manche ihre Posener Besitzung nur Spekulationsobjekt war, so hat diese Einwanderung doch dem Posener Land viele wertvolle Elemente zugeführt. Da die deutschen Großgrundbesitzer und Pächter ganz verstreut im polnischen Gebiet lebten, konnten sie keine Einheit bilden und kamen auf den meisten Kreistagen gegen ihre polnischen Standesgenossen — mit denen sie wenig Verkehr hatten - nicht auf. Nur als in den dreißiger Jahren viele polnische Adlige wegen der Beteiligung am Aufstand von 1830 ihre politischen Rechte verloren hatten, entstand vorübergehend ein deutsches Übergewicht im Provinziallandtag. Das hat viel dazu beigetragen, das deutsche Nationalgefühl in Posen zu stärken, und besonders die Vertreter der deutschen Gutsbesitzer und Bauern begannen sich jetzt im Landtag den polnischen Angriffen zu widersetzen.²³) Als nach Flottwells Sturz die klare Linie seiner Politik verlassen wurde, da hatte der erste zielbewußte Oberpräsident Posens das Deutschtum seiner Provinz

²¹) Wiederum nach der Denkschrift über die Polen im Ghzt. P., deren schroff altpreußischer Verf. freilich mit deutlicher Abneigung gegen die Juden spricht. — Über den jüdischen Wucher auf dem flachen Land vgl. W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jhdt., S. 337. S. auch Laubert a. a. O. S. 261.

 ²²) Vgl. Laubert, Flottwell. S. 60.
 ²³) ebd. S. 31, Gött. Gel. Anz. 1913, S. 398; Histor. Vierteljahrsschr.
 Bd. 19, S. 453, 476.

soweit gekräftigt, daß es sich für sein Volksrecht zur Wehr setzte. Außer den Worten der Dankbarkeit für den Scheidenden erklingen 1841 schon leise Forderungen der Posener Deutschen, ausgesprochen von den Gutsbesitzern einzelner Kreise, die in der Zeit schwankender, polenfreundlicher Politik die Interessen ihres Volkstums bedroht sahen. "Um denjenigen Schutz und diejenige Berücksichtigung, deren sich jeder erfreut, der die Ehre hat, unter preußischem Szepter zu leben" baten die deutschen Gutsbesitzer des Kreises Gnesen den König im April 1841. Bei den ständig sich steigernden polnischen Ansprüchen hatten sie das Vertrauen zu ihren polnischen Mitbürgern verloren und baten darum, ihre deutschen Vertreter gesondert von den Polen wählen zu dürfen, um nicht ständig majorisiert zu werden. Im nächsten Jahre verlangten die deutschen Gutsbesitzer des Meseritzer Kreises in ähnlicher Weise volle Gleichberechtigung und Sicherung gegen die Polen. Sie erhielten, anders als die Gnesener, eine Antwort: Dem König lägen ihre Interessen ebenso am Herzen wie die der Polen und sie sollten es am Entgegenkommen gegen ihre Mitstände nicht fehlen lassen.24)

Solche Äußerungen deutschen Lebens in Posen sind erste Früchte von Flottwells Wirken, der in der Stärkung und Sammlung des Deutschtums eine seiner Hauptaufgaben erblickt hatte - nicht so sehr um der Stärkung der Macht des deutschen Volkes, als um der des preußischen Staates willen. 25) Durch geistige, wirtschaftliche und rechtliche Hebung der unteren Schichten in Stadt und Land, durch gute Verwaltung und Rechtspflege hoffte er, eine "der Regierung sich anschließende, ihrem Wesen nach also deutsche Gesinnung" zu erwecken. Denn er sah seine erste Aufgabe darin, die Verbindung Posens mit dem preußischen Staat möglichst zu fördern, die widerstrebenden Neigungen und Eigenschaften der Polen zu beseitigen und deutsche Gesinnung und Bildung bis zu gänzlicher Vereinigung beider Nationalitäten zu verbreiten. Nur mußte die Regierung seiner Meinung nach ohne Schwanken und mit Offenheit ihren Weg gehen — "in den deutschen Einwohnern erschüttert jede Zurückweisung auf frühere Zustände das Vertrauen selbst auf die nächste Zukunft der Provinz und lähmt den Mut zur freien Lebenstätigkeit". Bei aller kraftvollen Förderung des Deutschtums hat er sich aber vor Ausnahmegesetzen und vor der Unterdrückung der polnischen Sprache wohl gehütet. Auf die Besserung des Schulwesens und die Bauernregulierung setzte er große Hoffnungen. In ihm lebte wohl noch etwas vom Geist des deutschen Idealismus, der Achtung vor fremdem Volkstum gebot — das oberste Gesetz des Handelns indes gab ihm die preußische Staatsraison. So konnte er es als Ziel der preußischen Polenpolitik ansehen, daß der Staat "jeder edlen geistigen Regung so wie jedem vernünftigen Streben nach der Verbesserung der äußeren Zustände

²⁴) Ds., Das Posener Deutschtum nach Flottwells Sturz, Die Ost-

mark, 1921. S. 99.

25) Über Flottwell vgl. das Lebensbild von Laubert (Berlin 1919).
Im Anhang seine berühmte Denkschrift a. d. J. 1841, aus der die folgenden Zitate entnommen sind.

eine freie Entwicklung sichert und zugleich ihrer mit dem gemeinsamen Wohl des Staates nur irgend vereinbaren nationellen Eigentümlichkeit Pflege und Schutz gewährt". Die Tatsache, daß er noch nicht sah, daß alle materielle Förderung der Provinz letzten Endes zur wirtschaftlichen Stärkung des Polentums und in der Folge auch zur Förderung seines Volksbewußtseins beitragen mußte, beweist, wie wenig noch für ihn nationale Fragen Machtfragen waren.

Doch hat einer, für den dies ganz besonders gilt, Wilhelm v. Willisen, diesen Zusammenhang schon 1831 klar erkannt ²⁶): "Je mehr Bildung ein Pole sich aneignet, desto mehr wird er Pole. Ein kluger Gärtner aber pflegt nicht eine Pflanze, die er nicht ziehen kann". Er wollte vielmehr freie Anerkennung des Polentums und hoffte, es so für immer an Preußen zu ketten. Die staatenüberspannenden Prinzipien der Restaurationszeit, die seinen Gedanken zugrunde lagen, ließen auch, zusammen mit der Gemeinsamkeit der Interessen des Großgrundbesitzes, im preußischen Adel — denken wir etwa an den Kreis der Gerlachs — oft polenfreundliche Anschauungen Fuß fassen.

Hier wurzeln auch die oft unklaren und schwankenden Ansichten Friedrich Wilhelms IV. über Polenpolitik, die uns letzten Endes wie so vieles an ihm nicht recht deutlich werden. Das ist wohl sicher, daß er bei allem Entgegenkommen gegen den polnischen Adel, bei allem Gewinnenwollen nie die Gefühle vergessen hat, die ihn stets so stark beherrschten: den Stolz auf seine königliche Würde und die Liebe zum deutschen Volk. Was ihm hier gleich wie in anderen Dingen fehlte, war der starke Wille zur Tat. Vor allem in der Methode weicht die Politik des von ihm ernannten Oberpräsidenten Grafen Arnim-Boitzenburg von der seines Vorgängers ab. "Die alte Festigkeit der deutschen Herrschaft war dahin", so urteilt Treitschke, und der Gang der Verhandlungen in den Landtagen von 1841 und besonders 1843 und die Entwicklung der nächsten Jahre bestätigen das - ja selbst in der deutschen Bevölkerung scheint das Vertrauen zur Regierung jetzt zurückgegangen zu sein! 27) Die Neigung des königlichen Romantikers für alle völkischen Eigentümlichkeiten und für völkerüberspannende Prinzipien, sein aus altständischen Idealen stammendes Bestreben, die Adelsrechte überall zu schonen, königliche Großmut und die schwankende Unsicherheit seiner Regierungsweise, dazu das Zurückweichen der Krone vor der römischen Kirche wirkten zusammen, um den Polen die Bahn freizugeben für alle ihre Bestrebungen, mochten sie auf kulturelle und soziale Förderung ihres Volkes ausgehen (wie die Eduard v. Raczyńskis oder Marcinkowskis)

Landtagsabschieds, 12. 5. 41. (KlÖ).

27) Vgl. Treitschke, Bd. V S. 141 f. und Laubert, Verwaltung S. 124 f. (besonders die Denkschrift des Oberpräsidenten Grafen Arnim im Anhang S. 32 f.), sowie seinen Aufsatz "Die poln. Frage auf dem Posener Provinziallandtage v. 1843" (Histor. Vierteljahrsschr. Bd. 19 S. 453—477, 1919).



²⁶) Über Willisens Haltung zur Polenfrage vgl. die Arbeit von P. Ritter in der Deutschen Rundschau 1908. Weiteren Einblick gewährt der Entwurf zu einem Schreiben an den König wegen des Posener Landtagsabschieds, 12. 5. 41. (KlÖ).

oder mochten sie gefährlicher politischer Art sein, wie die Vorbereitung zu den Putschversuchen des Winters 1845/46. Gelegentliche Rückschläge. wie die scharfe Abweisung der Adresse des Provinziallandtags vom 7. März 1843, der ohne Wahrung der gesetzlich vorgeschriebenen Formen dem König die polnischen Forderungen vorlegte, konnten daran nichts ändern.

Es ist verständlich, wenn die Deutschen, treuere Untertanen ihres Königs als die polnischen Adligen, um deren Gunst sich die Regierung bemühte, sich hier und da zurückgesetzt fühlten.²⁸) In Flottwell hatten sie einen warmherzigen Förderer und Fürsprecher besessen. Der neue Oberpräsident v. Beurmann (seit 1843) war ihnen zwar auch durchaus wohlgesinnt, aber mit seiner feinsinnig-milden, ruhigen und manchmal fast schwächlichen Art nicht der geeignete Nachfolger des energischen Oberpräsidenten in jenen kritischen Jahren. Ebensowenig war der Kommandierende General v. Colomb ein ebenbürtiger Nachfolger Grolmans.29)

Als die Aufstandsversuche vom November 1845 und vom Februar und März 1846 die Ergebnislosigkeit fünfjähriger Bemühungen hatten erkennen lassen, da hörte man zum ersten Mal unter den Posener Deutschen schon einen kräftigeren Ton. 30) Die Städte und Landgemeinden des Kreises Meseritz, die Stadt Gnesen und andere sandten Treuadressen an den König — die deutschen Gutsbesitzer aber und neben ihnen einige Beamte stellten programmatische Forderungen auf. In den Eingaben der Gutsbesitzer der Kreise Wirsitz und Kolmar i. P. vom Februar und der Meseritzer vom März 1846 verlangen Posener Deutsche zum ersten Mal von der preußischen Regierung strenges und scharfes Vorgehen gegen die Polen.31) Sie gehen dabei über Flottwell hinaus; der Machtgedanke beginnt sich zu regen: Die Meseritzer Gutsbesitzer verlangen, daß "durch Einigung und Verstärkung der vorhande-

²⁸⁾ Ein Beispiel dafür in der Ztg. d. Ghzt. P. vom 10. 5. 48 (,,Einige

Worte über die Verhältnisse in der Provinz P...."). Vgl. Laubert, Gött. Gel. Anz. 1913 S. 398.

29) Über Colombs Persönlichkeit vgl. neuerdings Hugo Sommer, Das Generalkommando in P. 1815—1918, DWZ, H. 19, S. 68 ff.

³⁰⁾ Laubert, Das Posener Deutschtum gegenüber dem polnischen Aufstand von 1846, Die Ostmark XXIX, H. 8. S. 2-5 (1924). Die Nachgiebigkeit der deutschen Landtagsabgeordneten gegenüber den Polen bei den Adreßverhandlungen von 1843 hatte übrigens schon bei ihren Wählern, besonders in Bromberg und dem Netzedistrikt, scharfe Mißbilligung gefunden.

³¹⁾ Den Inhalt der beiden ersten gibt Laubert a. a. O. wieder, die dritte, "Denkschrift über die politischen und Verwaltungszustände in der Provinz P.", in Rep. 77 tit. 539 I. vol. 1 f. 1 f. — Ähnlichen Inhalts ist ein Schreiben des Besitzers von Lobsens, Premierleutnant v. Ebers, an den Prinzen von Preußen v. 28. 2. 46, das noch ganz unter dem Eindruck des Posener Anschlags die Schaffung einer deutschen Macht fordert, "welche befähigt ist, die höheren polnischen Stände zu überwachen und jedes fremde Einwirken auf den Bauernstand zu neutralisieren". (HaA).

nen Elemente deutscher Nationalität mindestens das Gleichgewicht zwischen der Macht des Deutschtums und des Polentums hergestellt" werde. "Die innige Verschmelzung zweier heterogener Völkerelemente in eine politische Einheit" rechnet man im Netzedistrikt schon zu den Unmöglichkeiten und fordert daher energische Mittel zur Germanisation: Wiederaufnahme der Güterpolitik, Verbot der polnischen Sprache in Verwaltung, Gericht und Schule, Auflösung des Großherzogtums und Entziehung der Polizeigewalt und Landtagsfähigkeit der polnischen Rittergutsbesitzer. Die Meseritzer überreichten ein ganzes Bündel systematisch aufgestellter Vorschläge. Sie verlangten Sprengung der geschlossenen Opposition des polnischen Adels durch Brechung seines Übergewichts im Provinziallandtag, Unterdrückung aller polnischen Vereine mit entfernt politischer Tendenz, auch des Marcinkowski-Vereins. und systematische Enteignung und Ausweisung möglichst vieler polnischer Adelsfamilien. Gleichzeitig müßten die Elemente deutscher Nationalität verstärkt werden, nicht durch erklärte Germanisierung und Unterdrückung - damit könnte man nur einen ewigen und erfolglosen Nationalitätenkrieg heraufbeschwören - sondern durch ein System konsequenter politischer Umgestaltung: Stärkung der evangelischen Kirche, Beförderung deutscher Vereine aller Art, Begünstigung des Eintritts gebürtiger Deutschposener in die Regierungsstellen zur engeren Verbindung von Beamten und Volk, Förderung der deutschen Einwanderung und Heranbildung der Juden zum zuverlässigen Bestandteil der deutschen Bevölkerung. Dann müßte die "provinzielle Isolierung" beseitigt werden durch Verbesserung der Verkehrsmittel, Belebung der Handelsbeziehungen, Rekrutenaustausch und Verbindung der politischen Vertretung der Provinz mit der der übrigen Landesteile (so schleicht sich hier die konstitutionelle Forderung ein, die Graf Eduard Raczyński schon 1843 als gefährlich für die polnischen Wünsche erkannt hatte!).

Preußisches Staatsbewußtsein, deutsches Nationalgefühl, ständische Wünsche und Wahrnehmung der eigenen Interessen vermischen sich in diesen Forderungen. Ihren "nicht uninteressanten Inhalt" legte der König seinen Ministern ans Herz und Bodelschwingh benutzte ihn denn auch für seine Besprechungen mit Beurmann. Ähnliche Wünsche wurden von einigen höheren Beamten dem Prinzen von Preußen vorgetragen. Eine von diesen Denkschriften fordert, ³²) man solle endlich konsequent allen ungesetzlichen Bestrebungen entgegentreten und ohne Unterdrückung von Sprache und Religion der Polen das deutsche Element "als das eigentliche Prinzip des preußischen Staates" anerkennen und fördern: "Eine jede Maßregel, welche der deutschen Bildung und Sitte Eingang verschafft, bringt uns dem Ziele näher, denn das Deutschtum in seiner

^{32) &}quot;Ansichten über die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung der politischen Zustände im Ghzt. P." (Nachlaß Wilhelms I. HaA). Diese interessante Denkschrift a. d. J. 1847 weist einmal deutlich auf die gleiche Richtung der Belange des preußischen Staates und der Posener Deutschen hin; ihr unbekannter Verfasser war aus Bromberg gebürtig und damals Landrat eines überwiegend polnischen Kreises.

unendlichen Überlegenheit siegt überall, wo es dem Polentum zur Seite gestellt wird. Untertanen rein polnischer Nationalität aber werden... nie eine wahrhafte Stütze des preußischen Thrones sein." Ein anderer überspannt freilich seine Staatsgesinnung so weit, daß er die Sehnsucht nach der Wiedergeburt Polens ein "sträfliches Vorurteil" nennt!

Doch scheint mit diesen Eingaben etwas Greifbares nicht erreicht worden zu sein; vielleicht ist das Auftauchen von Plänen zur Befestigung des deutschen Grundbesitzes im Osten mit auf sie zurückzuführen? 33) Dies Ergebnis ändert indes nichts an der geschichtlichen Bedeutung dieser ersten Zeugnisse eigenen nationalpolitischen Willens wenigstens in einem Teil des Posener Deutschtums. Weichen sie auch im einzelnen stark voneinander ab — die Eingaben aus dem Netzedistrikt fordern vor allem Maßnahmen zur Bedrückung des Polentums, die Meseritzer mehr Stärkung des Deutschtums und Verbesserung der Verwaltung so zeigen sie doch alle das Verlangen nach einer kräftigen Ostmarkenpolitik, das seitdem in den Schichten, aus denen diese Eingaben hervorgegangen sind, nicht mehr still geworden ist.

Schon damals wäre man gern weiter gegangen. Führende Gutsbesitzer der Provinz, voran Hiller v. Gärtringen und v. Estorff beschlossen am 21. April, einen Verein zu gründen, der "den Deutschen einen Mittelpunkt und mehr Geltung verschaffen" sollte- der wichtigste spontane Schritt des Posener Deutschtums in diesem Jahre. 34) Indessen stellten sie so hohe Forderungen zur Verwaltungsorganisation und Zurückdrängung, wenn nicht Vernichtung des Polentums, daß Beurmann die Satzungen des geplanten Vereins nicht genehmigen konnte. In einem Komitee versandete nun der erste Plan zur "Einigung und Kräftigung des in sich selbst noch sehr fremden deutschen Elements in hiesiger Provinz". Ähnlich ging es den Urhebern dieses Planes auch mit ihrer Adresse an den König, aus der Beurmann alle radikaleren Anträge zu beseitigen verstanden hatte. Zwar kündigt sich in ihr leise schon etwas von dem stolzen Nationalbewußtsein und dem Einheitsstreben des Jahres 1848 an, im allgemeinen aber spricht nicht der den Polen volksbewußt gegenüberstehende Grenzdeutsche, sondern der treuere preußische Untertan zum König. Beurmann hatte in den Beratungen über die Adresse diese Stimmung zu fördern, jene zurückzudrängen sich bemüht und hatte auch wenige Monate vorher nach dem polnischen Putschversuch vom November 1845 eine Treuadresse der Deutschen in der Stadt Posen auf Weisung von Berlin her verhindert. Jetzt sagte der König zwar kräftigsten Schutz der deutschen Einwohner zu, sprach aber wiederum seine besondere Freude über ihre versöhnliche Gesinnung aus. Es lag ja im Wesen der vormärzlichen Politik, eigene Äußerungen der Bevölkerung zurückzuhalten; außerdem aber mußte es der Regierung, die doch noch immer die Polen völlig in den preußischen Staat einzugliedern hoffte und dabei die Träger ihres eigenen politischen Lebens

³³⁾ Vgl. Laubert in "Schlesische Heimat" 1921 S. 617.

³⁴⁾ Ds., Die Ostmark 1924, H. 8 S. 4., mit ausführlicher Inhaltsangabe der Aktenstücke.

möglichst schonen wollte, angenehmer sein, wenn die Posener Deutschen wie bisher nur Objekt ihrer Politik blieben, als wenn sie ein eigenes politisches Leben mit unbequemen Forderungen begannen, das einmal Zusammenstöße mit den Polen bringen konnte. Dabei war man sich andererseits doch wohl über die Notwendigkeit klar, die deutsche Kultur, in der der preußische Staat wurzelte, hier im Osten zur herrschenden zu machen und damit auch ihre Träger überall zu fördern.

Für eine rücksichtslose und zielbewußte Politik gab es ein Radikalmittel, die Auflösung des Großherzogtums. Grolman hatte sie schon 1831 empfohlen, als es zum ersten Mal ernstliche Schwierigkeiten in Posen gab; Willisen hatte 10' Jahre später mit anderer Absicht die Abtrennung der überwiegend deutschen Kreise vorgeschlagen; jetzt war der Gedanke in den Eingaben aus Wirsitz und Kolmar von neuem aufgetaucht, und zwei Jahre später wäre er beinahe verwirklicht worden. Am frühesten und stärksten zeigte er sich damals im Netzedistrikt, der sich im Grunde noch immer zu Westpreußen gehörig fühlte und ja auch erst seit 1815 mit dem Regierungsbezirk Posen vereinigt war. Wie hätte ein Posener Heimatgefühl unter den Deutschen dieses Landes entstehen können! Eine historische Einheit war das Großherzogtum Posen nicht, und sie selbst hatten viel zu wenig Zusammenhang untereinander und keine gemeinsame Überlieferung. Nach Westpreußen fühlten sich die im Norden hingezogen, nach Schlesien die Anwohner der Südgrenze. Erst der völkische Kampf gab ihnen allmählich eine gewisse Einheit. "Wir wohnen zum großen Teil als die dritte und vierte Generation mit deutschem Herzen auf polnischem Boden," schreibt ein Landrat, gebürtiger Deutschposener, im Jahre 1847, "aber noch immer stehen wir hier fast wie Fremdlinge da: dem Treiben der sogenannten polnischen Nationalpartei gegenüber kann uns nicht heimisch zumute werden. Wir begrüßen jedes Fleckchen Erde. auf dem das deutsche Element die Oberhand gewinnt, wie ein neues Pfand der Sicherheit, und mit Sehnsucht blicken wir der Zeit entgegen, wo es uns oder unsern Enkeln vergönnt sein wird zu sagen: unsere deutsche Heimat!" "Umwandlung des polnischen Großherzogtums Posen in eine deutsche, d. h. preußische Provinz" fordert er daher als Deutscher und Preuße und glaubt dabei, auch für seine 400 000 Volksgenossen im Posener Lande zu sprechen. 35)

Wie wenig aber auf die allgemeine Verbreitung solcher polengegnerischen Stimmungen daraus geschlossen werden darf, das beweist die Bitte der Posener deutschen Abgeordenten des vereinigten Landtags an den König vom 8. März 1847 um Gnade für die angeklagten Polen

³⁵⁾ In der genannten Denkschrift von 1847 aus dem Nachlaß Wilhelms I. — Derartige Gedanken waren in den binnendeutschen Flugschriften zur Polenfrage, die der Aufstand von 1846 hervorrief, ebensowenig zu finden wie in den späteren. Wir können sie hier übergehen, weil sie durchweg polenfreundlich sind und daher für unser engeres Thema wenig bieten. Nur Heinrich Wuttkes Büchlein "Polen und Deutsche" (Leipzig 1846) soll hier wenigstens genannt werden als ein Schritt auf dem Wege zum historisch begründeten realistischen Nationalismus.

und um milde Maßnahmen zur Erhaltung der Ordnung. 36) Der Putsch des Vorjahres dürfte die Polensympathien des liberalen Bürgertums kaum erschüttert haben; sie traten ja wenige Monate später beim Begräbnis Marcinkowskis deutlich genug hervor. Ebensowenig haben die Ereignisse von 1846 den deutschen und den polnischen Bauern entzweit. Sie waren und blieben beide treue Preußen, und 1848 standen die polnischen Bauern den Revolutionsgelüsten des Adels zunächst ebenso fern wie 1846.37)

In anderen Schichten der Bevölkerung machte sich jetzt aber allmählich ein stärkerer Gegensatz zwischen Deutschen und Polen bemerkbar. Im Mai 1847 bat Beurmann den Minister v. Bodelschwingh, wenigstens fürs erste in der Provinz Posen von der geplanten Bildung von Gemeindewehren abzusehen; denn er fürchtete, die Volksbewaffnung könne leicht zu noch schlimmerer Unordnung führen.⁵⁸) Es dauerte lange, bis im Frühjahr 1846 die Erbitterung der Deutschen, Juden und selbst eines Teiles der Polen ruhigeren Erwägungen wich; man wünschte strenge Strafen und wollte in den Aenderungen der Organisation des landschaftlichen Kreditinstituts schon den Beginn einschneidender Maßnahmen sehen. Erst im Spätsommer beruhigten sich Deutsche und Juden; das deutsche Element aber begann sich jetzt kräftiger zu fühlen. So lehnte die Posener Stadtverordnetenversammlung, in die eben wieder eine deutsche Mehrheit eingezogen war, die Führung polnischer Nebenprotokolle ab.

Im nächsten Jahre zog der Vereinigte Landtag zunächst alle Aufmerksamkeit auf sich. Alle Schichten folgten seinen Verhandlungen mit regem Interesse. Die Keime politischen Lebens im Bürgertum erhielten jetzt mächtige Antriebe, man begann sich nun viel mehr um das Schicksal des Gesamtstaats zu bekümmern. Erst im August wandten sich die Blicke dem Moabiter Polenprozeß zu. Als sein mit Spannung erwartetes Urteil bekannt wurde, da fand ein großer Teil der Deutschen die Strafen zu gelinde und fürchtete neue gefährliche Unternehmungen des polnischen Adels. "Die zwischen beiden Nationalitäten stehende Kluft hat sich unter diesen Umständen bedeutend erweitert, indem sich die Deutschen immer mehr von der Erfolglosigkeit jedes versöhnlichen Entgegenkommens überzeugen..."

und Bromberger Regierung (1. c.)



³⁶) Laubert a. a. O. S. 5.

³⁷) Die Bromberger Regierung berichtet für Januar-Februar 1846, der treue Teil der Bevölkerung wolle sich nötigenfalls bewaffnet gegen die Aufrührer erheben; "es sind in dieser Zeit von den deutschen und polnischen Einsassen, namentlich von den regulierten Bauern, so hingebende Beweise treuer Gesinnung und bereiter Tatkraft gegeben,

daß wir die besten Hoffnungen hegen, es wird eine solche Erhebung den sichersten Wall gegen die Pläne der Verschwörer und gegen deren Wiederaufnahme bilden". (Rep. 89 B X).

38) Vgl. Laubert, Erfahrungen mit Ortswehren im Posenschen, Schlesische Heimat 1921 S. 632, über die Versuche von 1830 ds., P. bei Ausbruch des Novemberaufstands, DWZ 19, S. 17 f. u. passim (P. 1930). — Das Folgende nach den Zeitungsberichten der Posener und Bromberger Pagierung (L. c.)

Schon in den ersten Wochen des neuen Jahres drängten die politischen Ereignisse in Italien und Frankreich alle anderen Interessen in den Hintergrund. Die Polen begannen wieder Mut zu neuen geheimen Vorbereitungen zu fassen, und schon setzte der Argwohn unter den Deutschen die entsprechenden Gerüchte in Umlauf. Wir müssen uns wohl hüten, diese Zeichen von Argwohn und Aufregung als Zeugnisse erwachenden nationalen Lebens in den breiten Massen zu hoch zu bewerten. Solche Stimmungen lassen oft weniger auf Kraftgefühl als auf philiströse Aengstlichkeit schließen. Und wo hätte das vormärzliche Behördenregiment den Philistersinn nicht zu erhalten verstanden? Gerade in der regierungstreuen und autoritätsgläubigen Bevölkerung des preu-Bischen Ostens war das leicht, zumal unter den Posener Deutschen, die letzten Endes doch auf den preußischen Staat in mancher Hinsicht angewiesen waren. Besonders unter den Juden, die sich jetzt offen den Deutschen anschlossen (oder wenigstens der größere Teil von ihnen)³⁹), dürfte diese Aengstlichkeit zu Hause gewesen sein. Ihre Nachwirkungen sind in den Revolutionswochen deutlich zu spüren.

Ein langsamer Umschwung ist doch unverkennbar. Es war eine Blütezeit deutscher Kultur, in der das Posener Deutschtum wieder einging in den vollen Strom nationalen Lebens. Am deutschen Geistesleben aber hatte diese arme Volksgruppe durch eigene Tätigkeit so gut wie gar keinen Anteil. Der völkische Kampf fand daher hier nicht, wie in Böhmen und Schleswig, ein literarisch-wissenschaftliches Vorspiel. Aus den Konflikten des preußischen Staates mit dem polnischen Adel und der römischen Kirche ist im preußischen Osten der Nationalitätenkampf hervorgegangen. Aber die Wendung des deutschen Geisteslebens ins Politische ergriff auch die Deutschen Posens. Alle politische Betätigung trägt jedoch von vornherein hier im Grenzland ein anderes Gesicht als im Binnendeutschtum. Die Keime kräftigen nationalpolitischen Lebens waren hier durch die ersten ernstlichen Aufstandsversuche der preußischen Polen einerseits und die Anfänge gesamtstaatlich-parlamentarischen Lebens in Preußen andererseits zur Entfaltung gebracht worden. Der große Kampf der deutschen Revolution um Einheit und Freiheit und die Abwehr der polnischen Erhebung ließen sie sich rasch weiter entwickeln.

³⁹⁾ Posener Zeitungsberichte für Juli-August 1846 und Juli-August 1847.

Abschnitt II.

Die Märzbewegung unter den Posener Deutschen.

Als in Berlin die Märzrevolution ausbrach, war auch der polnische Adel wieder zum Losschlagen im Bunde mit der deutschen und französischen Revolution bereit. Das Posener Deutschtum stand dem großen Geschehen ratlos gegenüber; selbst das liberale Bürgertum nahm nur geringen Anteil an den Ereignissen vor dem 18. und 19. März. Noch am 15. hatten es die Posener Stadtverordneten abgelehnt, in einer Adresse dem König die Wünsche der Stadt vorzulegen, wie es andere preußische Städte taten.1) Mit keinem Wort wandte sich die Zeitung des Großherzogtums Posen dagegen, daß sowohl der Aufruf des Heidelberger Ausschusses zur Bildung eines Vorparlaments als auch die Deutsche Zeitung eine Vertretung der Posener Deutschen in diesem überhaupt nicht erwogen. Erst das königliche Patent vom 18. März mit seinen konstitutionellen und nationalen Verheißungen und dem Versprechen, Posen mit Zustimmung der Landesvertreter in den Deutschen Bund aufzunehmen,2) fand freudigen Widerhall, wenn sich auch an vielen Orten das lähmende Gefühl breit machte: Wir können uns gegen die Polen ja doch nicht durchsetzen. In der Hauptstadt drängte die Begeisterung über die junge konstitutionelle Freiheit den ebenso plötzlich von den Ereignissen wachgerufenen Wunsch nach völliger Vereinigung mit Deutschland zunächst völlig zurück.

In diesen Tagen, da die deutsche Polenfreundschaft im Vorparlament ihren letzten Gipfelpunkt erreichte, hielt die Märzbegeisterung mit ihren Idealen von Freiheit und Völkerverbrüderung in edlem Taumel auch die liberale Jugend Posens umfangen. Die Furcht vor Revolution und Bürgerkrieg und die Sorge um den Besitz hingegen veranlaßte in der Stadt Posen auch den Mittelstand - Hausbesitzer und Kaufleute dazu, den ohnehin schon ängstlichen Magistrat zur Unterstützung der polnischen Forderungen zu bewegen. Die wenigen Anhänger des alten Systems waren unterdes von der Bildfläche verschwunden, und die, welche ihr noch unsicheres deutsches Volksbewußtsein zum Widerstand antrieb, standen noch überrascht da, ratlos und mutlos, ohne Führer und ohne von ihrer Kraft zu wissen. Die Behörden wußten schon gar nicht, was zu tun sei; die Ungewißheit in Berlin band ihnen die Hände, und die polnische Bewegung wuchs ihnen rasch über den Kopf.

Ztg. d. Ghzt. P. 16. 3.
 Ad. Wolff, Berliner Revolutionschronik, Bd. I, S. 110; auch Radowitz, Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.

Beurmann und Colomb fürchteten, 3) daß ihre Kräfte nicht ausreichen würden, einem allgemeinen Aufstand in der Provinz entgegenzutreten;

was zu tun sei, überließen sie der Weisheit Seiner Majestät.

Am Morgen des 20. März traf die Nachricht von den Berliner Ereignissen ein, am Mittag war schon die ganze Stadt in Aufregung, polnische Kokarden wurden verteilt, und am Nachmittag beschloß eine polnische Volksversammlung eine Adresse an den König mit der Forderung nach nationaler Reorganisation und wählte ein Nationalkomitee, in dem sowohl die gemäßigte Richtung (durch den Erzbischof Przyłuski und den Grafen Mielzyński) und die radikale revolutionäre Richtung (durch Stefański, Essmann u. a.) vertreten waren. Der Oberpräsident erklärte das Komitee zwar für ungesetzlich, trat ihm aber nirgends entschieden entgegen.4) So nahm seine Macht ständig zu, und in wenigen Tagen konnte es nach vorbereitetem Plan in einem großen Teil der Provinz Kreiskomitees organisieren; durch Aufrufe und Sendboten wurde das polnische Volk zur Bewaffnung aufgerufen. Den Deutschen und Juden gegenüber nahm das Komitee zunächst eine unentschiedene Haltung ein. Das erste polnische Flugblatt aber, "Polen an Preußen" (20. März), troff von Haß und Verachtung gegen die Deutschen, noch ehe diese sich geregt hatten. Um dessen Eindruck abzuschwächen, erließ das Komitee einen Aufruf an die Deutschen, der von der gemeinsamen Abneigung gegen den Absolutismus ausgehend, zur Einigkeit für den Endkampf mit dem "Asiatismus" aufforderte; in einem zweiten Aufruf wurden die Juden beruhigt und ihnen Sicherheit von Person und Eigentum und Aufrechterhaltung der Ordnung versprochen.

Den Stadtverordneten schien es ratsam, der polnischen Bewegung nicht entgegenzutreten und schwerere Zusammenstöße zu verhindern. Sie sandten am 22. zusammen mit dem Magistrat eine Abordnung nach Berlin, um rasche Maßnahmen für eine friedliche Lösung zu erwirken. Die Polen verlangen, so heißt es in der Vollmacht für die Deputierten,⁵) Befreiung und Wiederherstellung ihres Vaterlandes; der Aufstand ist allgemein, die deutschen Einwohner unserer Stadt sind überzeugt, daß das Großherzogtum Posen dem Preußischen Staat nicht erhalten werden kann. Das Militär sollte zur Beruhigung der Polen ins Fort Winiary zurückgezogen werden und die deutsche Kokarde anlegen, die Landwehr wegen ihrer zweifelhaften Zuverlässigkeit gar nicht eingezogen werden;

³⁾ Immediatbericht vom 22. März (HeA Rep. 4 cap. I. tit. 13 Abt. II. Nr. 9 vol. 1).

II Nr. 9 vol. 1).

4) Das Folgende nach Robert Hepke, Die polnische Erhebung und die deutsche Gegenbewegung, Kap. I (Posen 1848), den Erinnerungen des Generals Heinrich v. Brandt, Bd. III, S. 8 ff., Wuttke, S. 238 ff. und der Ztg. d. Ghzt. P. Vgl. auch Bartolomäus, ZHG XIV S. 3 ff., Hans Schmidt, Kap. II und Jaffé S. 187 ff.

⁵) Ihre Vollmacht: Rep. 77 tit. 539 I vol. 1. Ihre Anträge: Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 1 f. 146. Vgl. Jaffé a. a. O., Im Polenaufruhr S. 136 und Voigts-Rhetz, Aktenmäßige Darstellung der polnischen Insurrektion S. 9. — Später versuchte der Magistrat, von dem Verhalten der Abordnung abzurücken; vgl. das Schreiben an den Abg. Viebig vom 3. 6. (Abdruck HeA. Rep. 15a nr. 81 f. 58).

deutsche, polnische und jüdische Bürger sollten mit Militärwaffen ausgerüstet eine Bürgerwache bilden, deutsche und polnische Versammlungen und Abzeichen in der ganzen Provinz geduldet und schließlich die Distriktskommissare beseitigt und die Landräte wieder gewählt werden. Nur so könnten die Deutschen im Lande geschützt und blutige Ausschreitungen verhindert werden. - Ein wunderliches Gemisch von Forderungen: einen Teil gab die Angst ein, andere wurden den Liberalen der übrigen Provinzen nachgesprochen und manche einfach von den Polen übernommen. Sie beweisen jedenfalls, wie sehr das Posener Bürgertum den Kopf verloren hatte! In Berlin schlossen sich die Deputierten unter dem Eindruck des falschen Gerüchts, General v. Steinäcker bombardiere Posen, gänzlich den Polen an (wozu sie nicht beauftragt waren), setzten aber immerhin die Gleichberechtigung beider Nationalitäten als Grundlage aller Posen betreffenden Forderungen durch. Zufällig stiegen sie im gleichen Gasthaus ab, wie der Generalmajor v. Willisen: sie baten ihn um Beistand mit Rat und Tat und vermittelten auch den Polen Besprechungen mit ihm. Er erklärte sich sofort damit einverstanden, daß Polen und Deutsche ihn als Kommissar für Posen vorschlügen.6)

In Posen hatte die Verbrüderung schon am 22. März ihren Höhepunkt erreicht.7) Die Nachricht von der Amnestierung der Moabiter Gefangenen erregte lauten Jubel. Volksmassen mit schwarzrotgoldenen und weißroten Kokarden zogen unter Hurrarufen durch die Straßen. Ein freundschaftlicher "Zuruf der Polen an die Deutschen" wurde verbreitet. Nach einer Behördenkonferenz wurden die Truppen, die seit mehreren Tagen auf einigen Plätzen der Stadt biwakierten, fast ganz aus der Stadt zurückgezogen; der Belagerungszustand wurde aufgehoben.8) Als am Abend die ersten Gefangenen aus Berlin, festlich empfangen, ihren Einzug durch die illuminierten Straßen hielten, steigerte sich die Begeisterung noch mehr. Schon am Nachmittag hatten sich zahlreiche Deutsche vor dem Landschafts-Gebäude versammelt und ließen sich von zwei jungen Justizbeamten Entwürfe zu einer Erwiderung auf die polnische Adresse vorlesen. Der liberale Assessor v. Crousaz, der in der deutschen Bewegung noch eine große Rolle spielen sollte, legte einen besonnenen und ruhig gehaltenen, aber dabei herzlich begeisterten Entwurf vor, der die Polen warnte, den Bogen zu überspannen. Der zweite Vorschlag aber, der von dem Referendar Brachvogel stammte und den die Versammlung annahm, erging sich in phrasenreicher Begei-

⁶⁾ A. u. B. S. 5 f., Ad. Wolff Bd. I. S. 374.
7) Nach der Ztg. d. Ghzt. P. 23. 3. — Bartolomäus geht über diese Vorgänge ganz hinweg. Chr. Meyer hält sie für politische Berechnung, übersieht aber, daß sich die Begeisterung über die März-Errungenschaften auch bei den deutschen Bürgern Posens, denen ja bisher noch nichts geschehen war, irgendwie Luft machen mußte. Schmidt überschätzt die Bedeutung dieser Verbrüderungsszenen ungeheuer und hat für die innere Art des Preußen gar kein Verständnis. Aus Crousaz' Adress-Entwurf läßt er die wichtigsten Sätze fort!

⁸⁾ S. Knorr, Die polnischen Aufstände seit 1830, S. 46 S. 279. (Berlin 1880).

sterung für die junge Freiheit. "Werft von Euch alle Halbheit und seid ganz — wie die Brüder im Vaterlande — freie deutsche Männer!" Er dachte also gar nicht an den Anschluß Posens an Deutschland.

Zur Verbreitung der Adresse wurde ein Komitee gewählt, das aus jungen Beamten und Lehrern sowie einigen ansässigen Bürgern bestand und die Erhaltung des Friedens mit den Polen als seine erste Pflicht ansah. Es mußte aber noch am gleichen Tage darüber hinaus zur Wahrung der deutschen Belange auftreten.9) Denn nach dem Abmarsch des Militärs und der Einsetzung einer aus polnischen Bürgern gebildeten Schutzwache mußten die Deutschen, schon um die innere Stadt nicht ganz in polnische Gewalt kommen zu lassen, gleiche Beteiligung beim Ordnungsdienst und daher auch die Aufnahme von Deutschen ins Nationalkomitee verlangen, das ja jetzt tatsächlich die höchste Gewalt in Posen ausübte. Die Polen wichen diesen Forderungen erst aus und schlugen sie dann gänzlich ab. Sie zogen offene Feindschaft - denn die war jetzt auf die Dauer doch wohl unvermeidlich — einer societas leonina vor, die vielleicht ihre revolutionäre Stoßkraft empfindlich hätte lähmen können. Nun wählte eine deutsche Bürgerversammlung am 23. ein eigenes deutsches Nationalkomitee, das neben der Sorge für Ruhe und Ordnung die Erhaltung des Vertrauens zwischen Deutschen und Polen zur Aufgabe hatte. Indessen machte das polnische Streben nach Vorherrschaft über die Deutschen, die Ausbreitung des Aufruhrs in der Provinz und das Erwachen des deutschen Selbstbewußtseins die Erfüllung dieser Aufgabe bald unmöglich; jeder neue Aufruf von einem der Komitees war ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Entfremdung. Seinen ersten Rückhalt fand das deutsche Komitee bei den Militärbehörden. Der Magistrat aber lehnte es ab, dem deutschen ebenso wie dem polnischen Komitee Räume im Rathaus zur Verfügung zu stellen. 10) Er hat die deutsche Bewegung auch später nur sehr wenig unterstützt.

Der erste Aufruf des deutschen Komitees zeigt deutlich, daß man noch an die Möglichkeit einer friedlichen Entfaltung beider Völker auf dem gleichen Boden glaubte. Der Traum der vormärzlichen Zeit sollte Wirklichkeit werden, die Freiheit eine und dieselbe sein für Deutsche und Polen. Beide sollten nebeneinander ihre Nationalität frei entwickeln. Die Deutschen sollten hier eine historische Aufgabe erfüllen durch Mitwirkung am Neubau eines freien Polens — das erschien fast wie eine Erfüllung der Sendung des deutschen Geistes im Osten: "Nie war es unser Wille, unsere Volkstümlichkeit oder einzelnes davon wider Euren Willen Euch aufzudrängen. Nur mattherzige Anhänger der Willkür und des Absolutismus konnten... wähnen, daß solches Beginnen überhaupt ausführbar sei... Von ganzen Herzen gönnen wir Euch... Eure eigene Volksentwicklung, ebenso wie wir die unsere erstreben. Und wie unsere Vorfahren mit unserem großen Kaiser Otto Euch... zur Religion

9) Jaffé S. 188.

¹⁰⁾ Brandt, Bd. III. S. 28 f. — Erster Schriftwechsel des deutschen Komitees mit dem General v. Colomb und dem Magistrat: DZNK, Extraordinaria.

der Liebe hinleiteten; wie später dann Deutsche Euch... die Künste des Friedens, die Gesetze schaffender und erhaltender Tätigkeit brachten; so wollen wir Euch... die Lehren der wahren Freiheit bringen, die Selbstweihe und Ergebenheit jedes Einzelnen an Sitte, Ordnung und Gesamtwillen. Dabei vertrauen wir, daß Ihr auf dem Grund und Boden hier, unter dieser Sonne und dieser Luftschicht, die nicht Euer sind und auch nicht unser, sondern Gottes... mit nicht weniger Geneigtheit und Liebe wie Eure Könige Boleslaus und Miecislaw unsere Vorfahren, nunmehr auch uns empfangen und uns achten wollet!"11) In diesen Zeilen, die der spätere Führer der deutschen Massen in der Stadt Posen niederschrieb, eint revolutionärer Idealismus noch die Begeisterung für Polens Freiheit mit dem stolzen Bewußtsein, dem großen deutschen Volke anzugehören, und den Ansprüchen des deutschen Volkstums bald aber sollte im harten Kampf um die Erhaltung des eigenen Volkstums das ferne liegende Ideal der polnischen Freiheit versinken. Außerhalb der Stadt Posen waren solch kühne Zukunftshoffnungen freilich selten, und wenn sie sich zeigten, dann sah der Idealismus recht kleinstädtisch-spießbürgerlich aus. 12)

Zunächst bemühte sich das deutsche Komitee, polnische Uebergriffe nicht ernst zu nehmen; seine Abgesandten wirkten mehrfach mit denen des Polenkomitees zusammen für Erhaltung der Ruhe in der Umgebung der Hauptstadt. Mahnungen zum Frieden waren, solange die Staatsmacht noch gelähmt war und ausreichende Truppenmengen fehlten, solange die Zukunft noch ganz unsicher war, das einzige, noch dazu wenig wirkungsvolle Abwehrmittel der Deutschen.¹³)

Während im sicheren Posen ein zukunftsfroher Optimismus blühte, war draußen auf dem Lande vom polnischen Friedenswillen wenig zu spüren. Die Polen waren vielmehr bestrebt, sich rasch eine ansehnliche Macht zu verschaffen. Der politischen Lage entsprechend, waren ihre Rüstungen zunächst gegen Rußland gerichtet — aber warum sollten sie nicht einmal auch gegen Preußen gekehrt werden können? Und wie lange konnte sich der preußische Staat die Lahmlegung seiner Gewalt im Posener Lande mit ansehen? Denn da wurden die preußischen Beamten verjagt und durch polnische Kommissare ersetzt, die Hoheitszeichen beseitigt, die königlichen Kassen beschlagnahmt, der Postverkehr unterbrochen, da veranstalteten die polnischen Kreiskomitees Aushebungen und Beitreibungen und zwangen oft genug auch Deutsche zum Eintritt in die polnischen Scharen. Diese bestanden zum größten Teil aus dem vom Adel abhängigen Personal und der Arbeiterschaft der Güter, daneben aus den Angehörigen der niederen Schichten der Städte und den heimkehrenden Emigranten.14) Daß bei gelegentlichen

¹¹⁾ Entwurf des Regierungsrat v. Schreeb für einen Zeitungsaufsatz (25. 3.), ebd.

¹²⁾ Das Wollsteiner Kreisblatt (hsg. von dem Tierarzt Naumann) vom 26. 3. und 2. 4. liefert einige Proben.

 ¹³⁾ S. Hepke S. 39 f.
 14) Vgl. Laubert in den Gött. Gel. Anz. 1913, S. 405 f.

Streitigkeiten die Abgeordneten der beiden Komitees in Posen hier und da um Erhaltung des Friedens bemüht waren, hat die Lage nicht geändert. Die tatsächlichen Ziele der Polen sind aus den beschlagnahmten Akten des Gostyner Kreiskomitees zu erkennen. Die Weisungen des Posener Komitees an die Kreise tun die Staatsbehörden mit einer Geringschätzigkeit ab, die diese damals verdient haben mochten. Wenn sie aber dazu auffordern, die Gendarmen, die ein übereilter Befehl den polnischen Komitees zur Verfügung gestellt hatte, nur gegen die Deutschen zu brauchen, alle, die etwa gegen die polnische Bewegung tätig sein könnten, genau zu überwachen, gegen Zivil- und Militärbehörden mit aller Energie aufzutreten und den nationalen Geist aufzustacheln, - dann kann man nicht mehr an die Ehrlichkeit der Verbrüderungskundgebungen glauben. "Es muß vermieden werden," lautet eine Anordnung des polnischen Komitees in Posen vom 28. März, "die Deutschen allzusehr zu alarmieren, um nicht dadurch eine zu große Reaktion ins Leben zu rufen, jedoch ist es durchaus notwendig, die Suprematie über sie zu behaupten; deshalb wird aufrichtiges, freundschaftliches Benehmen, das sie unserer Zuneigung und Brüderschaft versichert, anempfohlen; hinter ihrem Rücken ist aber das Volk zu bewaffnen, sein Enthusiasmus anzufeuern und dasselbe in bedrohender Haltung darzustellen."15)

Man ließ den Aufstand anwachsen, und bald genug waren die in Posen vorhandenen Streitkräfte zu schwach, um einschreiten zu können. Tage vergingen, bis Verstärkungen kamen. Mit der Tat konnte Colomb den kleinen Städten, den Hauländerdörfern, einzelnen Gutsbesitzern nicht helfen, so sehr seine Offiziere, so sehr seine Soldaten auch danach brannten. Seine Proklamationen (vom 22. u. 28. März) waren das Einzige, womit er die Mutlosigkeit der verstreut lebenden Deutschen hem men konnte. Wiel war das nicht; das letzte Hilfsmittel, das diesen blieb, waren flehentliche Bitten an den König um Entsendung militärischer Unterstützung. Aus den kleinen Sädten im Osten, die in rein polnischer Umgebung lagen, begannen Deutsche und Juden schon am 21. und 22. zu schweren Ausschreitungen der polnischen Landbevölkerung gekommen. Ty Und wo Deutsche und Juden in diesen Gegenden nicht flohen, da waren sie doch so eingeschüchtert, daß sie es nicht wagten, sich zusammen-

⁸⁹ H sect. I nr. 1 vol. 2 f. 152—158.) Brief aus Miloslaw v. 28. 3. (DZNK. Akten betr. Kr. Wreschen). Vgl. Wuttke S. 315 f., 352, 378 u. a.



¹⁵⁾ Übersetzung der Gostyner Akten: HeA. Rep. 4. cap. I. tit. 13.
Abt. II. nr. 9. vol. 1 f. 165-170. Einige Stücke auch bei Hepke, S.
10-12. Vgl. Ztg. d. Ghtz. P. 28. 4.-1. 5. — Der Befehl des Obersten Natzmer an die Gendarmerie v. 28. 3. bei Ad. Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse im Ghzt. P. S. 86.
16) Murowana-Goslin dankte am 29. 3. Colomb für seine Proklander.

¹⁸⁾ Murowana-Goslin dankte am 29. 3. Colomb für seine Proklamation vom 28., weil sie alle Vaterlandsfreunde ermutigte, denn von den Verwaltungsbehörden hatte man solche energische Sprache lange nicht gehört. (HeA. Rep. 4 cap. I tit. 13, Abt. II nr. 9 vol. 1 f 76)

zuscharen. Sie waren von dem, was um sie vorging, so überrascht und betäubt, daß es einige Zeit dauerte, bis sie gelernt hatten, auf eigenen Füßen zu stehen. Auf die Beamten, oft das erste Ziel polnischen Grimmes. konnten sie sich selten verlassen.

Anders stand es in den Städten mit deutscher Umgebung. besonders dann, wenn sie eine militärische Besatzung hatten oder wenn dort ein tatkräftiger Landrat gebot. Auch sie waren zuerst wie gelähmt - indes hat sie das Vordringen der polnischen Bewegung rasch aufgerüttelt. Konnten auch die meisten fürs erste davor sicher sein, unter die Gewalt eines Komitees polnischer Gutsbesitzer zu kommen - die Ereignisse im Innern der Provinz, der Anblick der Flüchtlingsscharen ließen hier den Wunsch aufkommen, ohne Rücksicht auf das Schicksal des Restes der Provinz mit den Nachbarprovinzen vereinigt und dem Deutschen Bund einverleibt zu werden.

Krotoschin und Lissa ließen sich die Einsetzung polnischer Kreiskommissare nicht gefallen; hier mußte ein preußischer Offizier den Kommissar schützen und dort traten die Juden energischer gegen das Polenkomitee auf als der Landrat. 18) Der Krotoschiner Landrat hat sich dann bei der Erhaltung der Ordnung auf die Deutschen gestützt, aber auch auf friedlichem Wege durch Verhandlungen mit den Gutsbesitzern auf die Polen einzuwirken gesucht. Er erhielt ebenso wie die anderen Landräte des Regierungsbezirks Posen von der dortigen Regierung weder Instruktionen noch Unterstützung. Es blieb dem Geschick jedes einzelnen und seinem Glück überlassen, mit den Dingen fertig zu werden. Dabei haben manche versagt - wie der Polenfreund v. Haza-Radlitz in Samter -; anderen, wie v. Bärensprung in Wreschen, gelang es, unter widrigsten Umständen wenigstens auf ihrem Posten auszuharren. Die deutsche Bevölkerung hat im allgemeinen bei ihnen nur wenig Rückhalt finden können.

Im Bromberger Bezirk dagegen war der tatkräftige Regierungspräsident v. Schleinitz auf Erhaltung der Ordnung und der Autorität der Behörden bedacht. Wenngleich auch er zunächst ein paar hilflose Berichte nach Berlin schickte, 19) so stärkte er doch den Landräten am 25. durch eine klare, kräftige Proklamation an die Bevölkerung den Rücken. Allerdings war die Bromberger Regierung der Posener gegenüber in der ungleich günstigeren Lage, daß sie sich auf eine zahlreiche regierungstreue deutschsprechende Bevölkerung und auf einen großen Teil der polnischen Bauern stützen konnte. Immerhin wurden die Kreise Gnesen, Mogilno, Wongrowitz und Hohensalza bald von der polnischen Bewegung ergriffen. In Mogilno und Gnesen bemühten sich die Landräte um die Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern und erkannten - was bei der allgemeinen Lage verständlich ist - die polnischen

¹⁸⁾ Lissa: Wuttke S. 360. — Krotoschin: Wuttke S. 348, W. Dersch, ZHG XXIX S. 273 ff. Bauers Immediatherichte, c.
19) Im Polenaufruhr S. 122, W. K. Denkschrift über die neueste polnische Schilderhebung S. 7 f. Fr. Koch HM XIV S. 97-106.

Komitees an. In Gnesen ist es denn auch während aller Unruhen kaum zu Reibereien zwischen Deutschen und Polen gekommen.²⁰)

Daß es nicht auch in Czarnikau zur Bildung eines polnischen Ausschusses kam, war nur dem energischen und selbständigen Handeln des Landrats Juncker v. Ober-Conreuth zu verdanken. Er besaß sicher unter seinen Kollegen in Posen am meisten Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit und gehört schon zu jener Beamten-Generation im Osten, für die monarchisch-konservative Gesinnung, deutscher Patriotismus und Polenfeindschaft unzertrennlich waren und die sich bemühte, diesen Geist auch in der Bevölkerung auszubreiten. Schon als die Gefahr nur drohte, entschloß er sich zur selbständigen Einberufung der deutschen Landwehrleute und verjagte mit ihrer Hilfe und mit rasch herangezogenen Truppen am 25. März die polnischen Edelleute wieder aus Czarnikau.21) Der Wirsitzer Kreistag sprach bereits am 24. unter Landrat v. Randow den Wunsch aus, das ganze Großherzogtum möge mit dem Deutschen Bund vereinigt werden, und wenn dies nicht möglich sei, sollte wenigstens der Kreis Wirsitz oder der ganze Netzedistrikt der Provinz Preußen einverleibt und mit ihr an den Deutschen Bund angeschlossen werden. Man begründete diesen Anspruch mit den Grundsätzen der Nationalität und fügte kühn hinzu, "daß die sämtlichen Deutschen des Netze-Distrikts sich mit jedem Mittel der Trennung von Deutschland selbst offen widersetzen würden".22) Solche Worte ließen erkennen, wie ganz verschieden die Stimmung der Deutschen im Netze-Distrikt von der in der Stadt Posen sei, nach der allein in Berlin die Dinge beurteilt wurden. In Bromberg scheiterte das Bemühen polnischer Adliger, dem Magistrat die Gewalt abzunehmen und ein Komitee einzusetzen, trotz der Drohung mit Sensenleuten am Widerstand der Bürgerschaft. Sie gründete einen Sicherheitsverein, der zur Entlastung des Militärs den Wachdienst innerhalb der Stadt übernahm, und antwortete dem Posener Polenauschuß auf seinen Zuruf vom 21. März mit der Frage, wie sich die Gewalttaten auf dem Lande mit seinen Friedensworten vertrügen, und mit der Warnung, nicht die deutschen Sympathien zu verspielen.

Schon vorher, am 23. März, hatte die Stadt Meseritz, als erste, dem Vorschlag des Oberlehrers Holzschuher folgend, eine Deputation zum König gesandt. Sie bat ihn, seine deutschen Untertanen in Posen nicht aufzugeben und, wenn den polnischen Wünschen auf Abtretung der Provinz nachgegeben würde, wenigstens Meseritz mit Umgebung dem Deutschen Bund anzuschließen. Zwei Tage später baten auch Birnbaum.

 ²⁰) A. Warschauer, Geschichte der Stadt Gnesen, ZHG XXX S.
 421 ff. Ds. Geschichte der Stadt Mogilno ZHG XIII S. 200.
 ²¹) Juncker v. Ober-Conreuth hat diese Ereignisse in seinem 1898 anonym erschienenen Buch "Im Polenaufruhr 1846—48. Aus den Papieren eines Landrats" selbst höchst ausführlich dargestellt und seine eigenen Verdienste und seine eingefleischte Polenfeindschaft durchaus nicht verschwiegen. Für die erwähnten Vorgänge vgl. S. 90-123 und Wuttke S. 460.

²²) Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 19.

Schwerin a. W. und Bojanowo um Erhaltung ihrer deutschen Nationalität und um Regierung nach den gleichen Grundsätzen wie in den anderen Provinzen — nötigenfalls um Abtrennung von Posen.²³)

So machte sich bereits an verstreuten Punkten in den Grenzkreisen der Provinz der deutsche Unwille gegen die polnische Erhebung bemerkbar, während die Hauptstadt noch auf eine deutsch-polnische Verbrüderung hoffte und die Deutschen auf dem Lande sich noch nicht sammeln konnten. Wenn sich auch niemand klare Gedanken über die Zukunft zu machen imstande war, so zweifelte doch wohl kaum einer daran. daß das Posener Land preußisch bleiben werde. Da machte ganz unerwartet eine königliche Kabinettsorder vom 24. März auch diese Hoffnung unsicher und brachte schließlich das gesamte Deutschtum der Provinz in Bewegung.24)

In ihr hatte der König, vor allem auf den Rat des Außenministers Heinrich v. Arnim, den Wünschen der vom Erzbischof geführten polnischen Abordnung völlig nachgegeben und eine nationale Reorganisation der Provinz versprochen unter der Vorbedingung, daß Ruhe und Ordnung wieder hergestellt würden. Diese Kabinettsorder wirkte wie ein Donnerschlag auf das Militär — Colomb las sie seinen Offizieren unter Tränen vor - und auf die Deutschen der Provinz; die Polen jedoch bekamen jetzt festen Boden unter die Füße und bildeten (entsprechend einem Ministerialreskript vom 26. März) selbständig eine Reorganisationskommision, in der die deutsche Bevölkerung nur durch zwei nicht stimmberechtigte Gäste, den Oberbürgermeister Naumann und den Stadtrat Boy, vertreten war, die beide von den Deutschen der Provinz abgelehnt wurden. Diese Entwicklung ließ den Widerstand des Deutschtums emporflammen, das um keinen Preis unter polnischer Herrschaft kommen wollte. Wohl hatte der Oberpräsident bei der Bekanntgabe der Kabinettsorder zur Erhaltung der Ordnung gemahnt. Die Zustände in den überwiegend polnischen Kreisen hatten sich aber schon so weit entwickelt, daß militärisches Einschreiten zur dringenden Notwendigkeit geworden war.

Aus zwei Wurzeln hat sich nun die deutsche Bewegung in Posen rasch entwickelt. Einmal treibt der Wunsch, teil zu haben an der großen deutschen Zukunft, deren Tor eben geöffnet schien. Alle Deutschen sollte die neue Einheit umfassen - und warum gerade sie nicht, die hier dicht an der alten Grenze des Deutschen Bundes saßen, teilweise auf Gebiet des geschlossenen deutschen Volksbodens? Und auch an der eben errungenen Freiheit begehrten sie ihren Anteil. Mit der Wiedererrichtung Polens, fürchteten sie, kehre nur das alte Adelsregiment zurück, und danach hatten weder Bürger noch Bauern Sehnsucht. Nur durch den Anschluß an die deutschen Nachbarprovinzen, vielleicht auch durch eine Teilung der Provinz konnten sie der Herrschaft der polnischen

²³) Die Meseritzer Eingabe ZAWG f. 6 ff., z. T. gedruckt v. Chr. Meyer S. 11 f. — Vgl. auch Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 4.
²⁴) Über Entstehung und Bedeutung dieser Kabinettsorder vgl. Abschnitt III, besonders Anmkg. 14 u. 15.

Mehrheit entgehen und von einer Erweiterung der Selbstverwaltung Gewinn für sich erhoffen.25) Eine solche Majorisierung durch die Polen hätte aber für die preußischen Beamten und alle Gewerbetreibenden, die von ihnen lebten, den Verlust ihrer Existenz bedeutet, für alle in den letzten Jahrzehnten eingewanderten Bauern und Gutsbesitzer zumindest eine schwere Gefahr für ihre Zukunft. Auf jeden Fall war es völlig ungewiß, ob die Provinz überhaupt auf die Dauer dem preußischen Staat erhalten bleiben konnte - in fast allen deutschen Zeitungen war ja täglich zu lesen, daß sie den Grundstein für ein neues Polenreich bilden solle, und wenn es einen Krieg mit Rußland gälte! Im ungünstigen Falle wäre die Provinz Posen Kriegsschauplatz geworden; nach einem Siege des Westens wäre sie an Polen gefallen und hätte damit nicht nur alle Vorteile der preußischen Verwaltung verloren, sondern wäre auch einer schweren Erschütterung des landwirtschaftlichen Kredits ausgesetzt gewesen. Das hätte nicht nur alle Schichten der deutschen Bevölkerung geschädigt, sondern auch leicht den Juden und den polnischen Bauern all das genommen, was sie unter der ruhigen preußischen Herrschaft gewonnen hatten.

Der grundbesitzende polnische Bauer ²⁶) fühlte ja damals durchaus noch keinen Gegensatz zum Deutschen und hing mit alter Treue am König von Preußen. Solange nicht die Geistlichkeit ihre Macht über daß Bauerntum zu politischen Zwecken ausnutzte, brauchte niemand die polnischen Bauern künstlich gegen den Adel aufzustacheln. Die deutsche und die polnische bäuerliche Bevölkerung standen in den Mischgebieten gewöhnlich zusammen, und die Bewegung gegen die polnische Adelserhebung hatte auf dem Lande (vor allem im Netzedistrikt) einen schwarzweißen Anstrich, nicht einen schwarzrotgoldenen wie in den großeren Städten. Die polnischen Landwehrleute folgten zunächst fast überall ihrem Diensteid, und nicht nur das, die polnischen Bauern schlossen sich auch oft den deutschen Eingaben an, ja in manchen Gegenden, wie im Kreise Wirsitz (der allerdings vom Herd der Insurrektion am weitesten entfernt war), bildeten sie mit den Deutschen zusammen einen Kreislandsturm. An manchen Orten bedrohten sie - auch zusammen mit deutschen Bauern - tätlich die Gutsherren, die sie für den polnischen Aufstand gewinnen wollten.²⁷) Nicht nur Unverantwortliche fürchteten (und wünschten vielleicht manchmal) Szenen, wie sie Galizien

²⁵⁾ Darauf weist Hallgarten S. 55 f., mit Recht hin. / 26) Über die Haltung der polnischen Bauernschaft vgl. K. Reis, Die polnische Bauernschaft Posens i. J. 1848, HM XI S. 177-189. Aus den zahlreichen Quellenbelegen seien genannt: H. W., Die neueste polnische Insurrektion S. 6, Zur Geschichte des Aufstandes in der Provinz Posen S. 10 f., sowie eine Anzahl militärischer Berichte vom Ende März, HeA, Rep. 4. cap. I. tit. 13 Abt. II. nr. 9. vol. 1. Die polnischen Flugschriften versuchen diesen Tatbestand meist abzuleugnen; sie haben ein besonderes Interesse daran, ebenso wie die Deutschen, ihn zu beweisen.

²⁷) Einige Beispiele bei H. W., S. 6. — Z. folg. vgl. Colombs Berichte aus den ersten Apriltagen (HeA Rep. 4. cap. I. tit. 13. Abt. II. nr. 9. vol. 1.), die Verheißungen des polnischen Nationalkomitees vom

vor zwei Jahren erlebt hatte, — selbst Colomb sprach in seinen Berichten die Besorgnis aus, daß die — oft durch Geld und Branntwein genährte — Aufregung des gemeinen Mannes sich eines Tages auch gegen den polnischen Adel wenden könne. Dabei dachte er allerdings mit an die Scharen der Sensenleute im Osten der Provinz. Denn es gab bereits deutliche Anzeichen dafür, daß diese Massen, die sich ja meist aus den landhungrigen Gutsarbeitern zusammensetzten, den adligen Führern aus der Hand zu gleiten drohten; mit großen Landversprechungen versuchte man sie bei der Stange zu halten.

Gerade diese Scharen waren es, welche die Juden der östlichen Kleinstädte äußerst mißtrauisch und bald feindlich der polnischen Bewegung gegenüberstehen ließen. Auch sie wollten den starken Arm des preußischen Staates, der dem Posener Lande sichere Rechtsverhältnisse und wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hatte, nicht mehr missen. Mancher von ihnen hatte vielleicht Grund, die Rache des polnischen Landvolks zu fürchten — und bald genug sollten sie ja die Judenfeindschaft der Polen zu spüren bekommen! An die Deutschen schlossen sie alle sich daher nun auch politisch an und wollten nichts versäumen, ihr Deutschtum zu erweisen. Die beginnende Verschmelzung zwischen Deutschen und Juden in Posen wird jetzt zum ersten Mal nach außen deutlich sichtbar.

Eine deutsche Volksbewegung ins Leben zu rufen, dazu waren sie allerdings ebenso wenig imstande wie die Staatsbeamten, so oft die polnische Propaganda das auch beiden vorgeworfen hat. Die Behauptung, die Beamten hätten die Erhebung aus eigensüchtigen Beweggründen "gemacht", ist nicht zu beweisen.²⁸) Ihre Zahl war viel zu gering, ihre Stellung in den ersten Tagen nach der Revolution viel zu unsicher, an manchen Orten auch ihre Verbindung mit der deutschen Bevölkerung zu locker,²⁹) als daß sie dazu imstande gewesen wären. Das allerdings ist sicher: wo tüchtige und energische Beamte inmitten deutscher Bevölkerung standen, hat sich diese rasch und kräftig für ihr Recht erhoben. Im allgemeinen aber ging die Gegenbewegung gegen den polnischen Aufstand mehr von der deutschen (oder auch jüdischen) Oberschicht der Städte aus, von den Gutsbesitzern und Pächtern, ja auch unmittelbar von den Bauern. Stellenweise versagten die Beamten sogar völlig, so besonders das Posener Regierungskollegium beim Ausbruch der

²⁸) Rakowski S. 177 ohne Quellenangaben. Er muß eine sehr hohe Meinung von der Leistungsfähigkeit des preußischen Beamtentums

gehabt haben!

29) Solche Unzufriedenheit mit der Haltung der Beamten bezeugen
u. a. H. W. S. 34 f. und der Reisebericht des Majors v. Hindersin vom
1. 4. (HeA Rep. 4, cap. I. tit. 13. Abt. II. nr. 9. vol 1 f, 26 ff.) — Vgl.
auch Laubert in Gött. Gel. Anz. 1913 S. 397.

^{1. 4. (}mehrfach gedruckt, im Urtext bei K. Rakowski, Powstanie poznańskie w 1848 r., Lemberg 1900, Anhang S. 24) und W. K., Denkschrift über die polnische Schilderhebung, S. 25. — Daß man sich auch im polnischen Adel über die mit der wachsenden Radikalisierung der Sensenleute verbundenen Gefahren klar war, zeigt der im nächsten Abschnitt angeführte Brief des Grafen Działyński an Minutoli vom 27. 3.

Revolution. Daß dann aber fast überall Staatsbeamte an die Spitze der deutsch-posener Bewegung traten, macht ein Blick auf den gesellschaftlichen Aufbau dieser Volksgruppe verständlich. Wer besaß denn die zur Führung nötigen Fähigkeiten: Geschäftserfahrung, Ueberblick über die gesamte Provinz, Kenntnis der Staatsbehörden, — wenn nicht die höheren Beamten und neben ihnen noch einige Gutsbesitzer und vermögende Kaufleute? Allerdings hat die Mitwirkung der Landräte und Distriktskommissare bei der Verbreitung deutscher Bittschriften und Aufrufe diesen oft einen gewissen "halbamtlichen" Charakter gegeben, der ihren Urhebern sicher nicht unerwünscht war. Wenn die deutschen Ausschüsse sich nicht auf die Verwaltungsorganisation hätten stützen können, hätte sich der deutsche Widerstand wohl kaum so durchführen lassen, wie es geschehen ist. Die Beamten aber erfüllten nur ihre Pflicht als preußische Staatsdiener wie als Deutsche, wenn sie den Gegner unterstützten, der der polnischen Erhebung gegen Preußen erwuchs.

Die Unterstützung durch einen großen Teil der Beamtenschaft es waren meist, nicht ausschließlich, die liberal und deutsch-national Gesinnten — war für die deutsche Erhebung um so wichtiger, als das Fehlen eines entwickelten politischen Lebens und geschulter Führer diese immer wieder hemmte. Im ersten Augenblick hatte dieser Mangel Widerstand überhaupt unmöglich gemacht; erst als den deutschen Einwohnern des Landes klar wurde, worum es ging: ob sie deutsche Untertanen des preußischen Königs bleiben oder wieder unter die Herrschaft des polnischen Adels kommen sollten (so wenigstens sahen sie die Sache an) —, machte ihr stummes Staunen und ihre Entrüstung tatkräftigen Gegenmaßnahmen Platz. Einen Mittelpunkt hatte die deutsche Bewegung zunächst nicht: hier und da und dort flammte Widerstand gegen die Ausbreitung der Insurrektion auf. Jede Stadt oder jeder Kreis sandte zunächst für sich seine Petitionen oder gar seine Deputation nach Berlin. Deutsche Gutsbesitzer versuchten, wo sie es konnten, die Deutschen in ihrer nächsten Umgebung zu sammeln, die deutschen Städte duldeten keine polnischen Kreiskomitees. Wo ein paar tatkräftige Männer ihre Mitbürger ermutigten und bewaffneten, vielleicht noch die nächsten deutschen Dörfer sammelten, da gelang es gewöhnlich, diese Komitees ohne Blutvergießen zu vertreiben. Wenn solch eine Kleinstadt erst einmal ganz aus eigener Kraft oder mit nur geringer militärischer Unterstützung ihr Deutschtum verteidigt hatte, dessen sie sich eben im Gegensatz zur polnischen Adelserhebung erst recht bewußt geworden war. dann waren Selbstbewußtsein und Nationalstolz in ihr mächtig wach geworden und lodernde Erbitterung gegen den polnischen Adel und die Geistlichkeit. Wer sich mit einer weißroten Kokarde sehen ließ oder gar Schwarzrotgold beschimpfte, war leicht Mißhandlungen ausgesetzt.³⁰)

³⁰) In Schubin und Strelno hatten die Deutschen noch vor dem Bekanntwerden des Reorganisationsplanes die Ordnung hergestellt (Wuttke S. 448, S. 457. Direktor Gessler in Schubin an Bürgermeister Brown in Meseritz, 30. 3. ZAWG f. 370). Ostrowo hat sich lange ganz ohne Militär gehalten. (Erinnerung an unsere Erlebnisse in Ostrowo, O. 1849).

Man empfand hier die Sympathien des deutschen Liberalismus für die polnische Bewegung als schwächlich und wirklichkeitsfremd und fühlte sich von Deutschland verraten und verlassen — und richtete doch mit dem Schrei nach Staatshilfe (Truppenentsendung, Aufnahme in den Deutschen Bund) alle Hoffnung auf Berlin und Frankfurt.

Am raschesten und am stärksten erwuchs der deutsche Widerstandim Netzedistrikt und den angrenzenden Kreisen Westpreußens. Auch hier hatten sich die polnischen Gutsbesitzer geregt: auch hier hatten sich ihnen bald die deutsche Bevölkerung und die preußischen Behörden entgegengestellt. Den Mittelpunkt bildete Bromberg. Für den 26. hatten die Polen hierhin eine Volksversammlung einberufen: am gleichen Tage aber wurde die Kabinettsorder über die nationale Reorganisation bekannt und steigerte die Erregung der Bürgerschaft aufs höchste. Die Versammlung wurde zu einer machtvollen deutschen Kundgebung und verlangte den Anschluß an den Deutschen Bund. Ein großer Umzug der Bürgerschaft mit klingendem Spiel und mit deutschen und preußischen Fahnen zerstreute jeden Zweifel daran, daß die Polen in Bromberg ausgespielt hätten. Die zukunftsfrohe Hoffnung jener Märztage ergriff nun auch Brombergs Bürger. Sie fühlten sich als Vorposten eines neuen starken Reiches, das auf Freiheit und Gerechtigkeit gebaut werden sollte, und glaubten im Gefühl deutscher Kraft und Einheit wohl die polnische Nationalität neben sich blühen und erstarken sehen zu können. Aber "von keinem Mann, der seine Rechte und Ehre achtet", so erklärten sie, "kann vorausgesetzt werden, daß er sich ungefragt um seine Beistimmung einer beliebigen Herrschaft unterwerfen werde". Zusammenschluß der Deutschen war die Forderung des Tages.31)

Bereits am 27. März ging aus Bromberg eine kurze Petition um Anschluß an den Deutschen Bund nach Berlin ab. Ihr folgte am nächsten Tage eine Abordnung mit einer ausführlichen Eingabe "der Einwohner Westpreußens und der deutschen Teile des Großherzogtums Posen" an den zweiten Vereinigten Landtag 32) — das war die erste große Kundgebung der Deutschposener vor der breiten Öffentlichkeit, nachdem diese lange genug nur von polnischer Seite über die Dinge im Osten unterrichtet worden war. Daher mußten die Deutschen endlich einmal ihre den polnischen entgegengesetzten Wünsche nachdrücklich äußern; übereinstimmende Anträge zum Patent vom 18. März waren hier ja unmöglich. In Westpreußen, dem Netzedistrikt und dem Westen von Posen erschien die Wiederherstellung der polnischen Herrschaft als Willkürakt. "Wir Deutschen haben das Land zum großen Teil schon von den Vätern ererbt und sehen in der Verbindung mit dem Deutschtum den sichersten Schutz für unser Volkstum und unsere Rechte. Es kann daher nicht davon die Rede sein, Polen Deutschland zu inkorporieren

³¹) Nach einem Flugblatt "An unsere deutschen Mitbürger im Ghzt. P." d. d. Bromberg, 26. 3., und Wuttke S. 283. Vgl. Fr. Koch, Bromberg i. J. 1848, HM XIV 97-106. — Über Westpreußen s. den Anhang.

³²⁾ Zahlreiche Stücke in Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. III. vol. 1.

und die Polen zu Deutschen zu machen, aber mit demselben Rechte wollen auch wir Deutschen uns nicht Polen einverleiben und von Deutschland ausschließen lassen. — Es läßt sich daher der Streit nicht durch Vermittlung, sondern nur durch Trennung lösen, durch eine Trennung, die abgesehen von administrativen Beziehungen, vor allem in einer verschiedenartigen Feststellung der Verhältnisse der einzelnen Teile der Provinz zu Deutschland bestehen muß. Es ist dies eine Frage, die nicht nach Sympathien, sondern nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit entschieden werden muß... Der Boden eines Landes ist weder polnisch noch deutsch, nur die Bewohner geben ihm den Charakter der Nationalität."

Der Inhalt der beiden hier wiedergegebenen Schriftstücke ist wie ein Thema, über das die meisten Aufrufe und Petitionen der nächsten Wochen gleichsam nur Variationen sind. Nur wenige von diesen haben eine gleiche Wirkung gehabt. Man glaubte noch, die Posener Frage mit Grundsätzen und mit Gerechtigkeit lösen zu können, der reine Machtgedanke, der Unterordnung der Polen unter deutsche Herrschaft verlangte und der 1846 schon angeklungen war, scheint zunächst wieder verschwunden zu sein. Die polnische Nationalität soll Raum zur Entwicklung haben, aber nicht die Freiheit der deutschen beeinträchtigen. Daraus geht die Forderung nach Trennung des überwiegend deutschen und des überwiegend polnischen Teiles hervor. Zur Wahrung ihres Volkstums fordern die Deutschen Anschluß an den Deutschen Bund nach ihrer eigenen freien Entscheidung. Das Verlangen nach Mitbestimmung jedes einzelnen am Schicksal der Gesamtheit, das bei den Binnendeutschen in der Forderung nach konstitutionellen Verfassungen gipfelte, wurde im gefährdeten Grenzland abgewandelt in die Forderung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes.

Die Petition vom 28. März wurde in den folgenden Tagen in den nächsten Kreisen Posens und Westpreußens verbreitet und weckte allerorten freudigen Widerhall und Widerstand gegen polnische Reorganisationsversuche. Ein Wirsitzer Flugblatt spricht die Wünsche des Netzedistrikts folgendermaßen aus: "Der Tag nationaler Freiheit ist für ganz Deutschland erschienen, uns deutschen Einwohnern der Provinz Posen scheint er ein Tag der Knechtschaft werden zu sollen: Man bestimmt über uns in weiter Ferne... Wir fordern vor allem das Recht jedes Freien, gehört zu werden bei der Entscheidung unseres Schicksals!... Es ist die Zeit der Sammlung der Nationalitäten, und wer diese zerstückeln, einzelne Glieder ablösen will, der hat seine Zeit und deren Bewegung nicht begriffen, der läßt sich einen Widerspruch gegen das Prinzip zuschulden kommen!" 33)

Schon in den letzten Märztagen ergingen aus den meisten Gegenden des Netzedistrikts und des südlichen Westpreußens Protesterklärungen gegen die Reorganisation und Bittschriften um Anschluß an den Deut-

³³) Flugblatt "Von der Netze" d. d. Wirsitz, 28. 3. (PrStB), unterzeichnet von deutschen Bürgern und Bauern, voran dem Landrat v. Randow.



schen Bund nach Berlin, die von der Abneigung der Städte und der meisten Landgemeinden gegen die polnische Herrschaft Zeugnis ablegten. Ihren Mittelpunkt fand die deutsche Gegenbewegung an dem "Bürger-Ausschuß zur Wahrung der preußischen Interessen im Großherzogtum Posen", der am 1. April in Bromberg begründet wurde und für den 9. eine große "Preußische Volksversammlung" nach Bromberg einberief. Für den gleichen Tag beriefen eine Anzahl Gutsbesitzer, Freischulzen und Kaufleute aus eigener Initiative für den westlichen Netzedistrikt eine zweite Versammlung nach Schneidemühl, "um gemeinschaftlich die zur Verhütung einer Trennung von Preußen und Deutschland zweckmäßigen Maßnahmen zu verabreden".

Eine feste Stütze fand die deutsche Bewegung gegen den polnischen Aufstand an der Bromberger Regierung, die mit ihr gern Hand in Hand ging und sie nach Kräften förderte. Einzelne Unterinstanzen gingen noch weiter und gaben in ihrem Bezirk den Anstoß zur Bewegung. So hatten die Distriktsämter in Wirsitz und Kolmar um den 1. April herum die Schulzen aufgefordert, Erklärungen ihrer Gemeinden herbeizuführen, ob sie zu Deutschland oder zum Großherzogtum Posen gehören wollten. Zweifellos kam das einem Stimmungmachen gegen die Reorganisation gleich - wie aber hätte es Erfolg haben können, wenn die Bauern nicht mehr die preußischen Behörden, sondern die neuen polnischen Kreiskomitees als Amtsgewalt anerkannt hätten! 34) Einige beliebige Beispiele mögen die Antworten der Schulzen kennzeichnen: "Die Petition ist ganz aus dem Sinne aller deutschen Herzen gesprochen und alle unsere Einwohner... wünschen, nur Deutsche zu sein und ewig zu bleiben. Darum mag der hohe Landtag alles anwenden, um uns dem Deutschen Bund einzuverleiben; wir würden alle weinen, würden wir zurückgestoßen." Oder: "Die hiesige Gemeinde besteht aus... evangelischen und... katholischen Eigentümern, wir kennen die Gesinnungen unserer Gemeindemitglieder genau, und erklären im Namen der ganzen Gemeinde, daß unsere Ortschaft nur gerne zu Deutschland gehören will und wir bitten, unseren Antrag bevorwortend höheren Orts gelangen zu lassen." Manche schließen mit den Worten "Mit Gott für König und Vaterland"! Oft wurden diese Erklärungen nur von den grundbesitzenden Bauern abgegeben zugleich im Namen der Einlieger und Knechte, die nach bäuerlichem Denken hinter die Grundbesitzer zurücktreten mußten. Auch als Vertreter für die Versammlungen am 9. April wurden gewöhnlich nur grundbesitzende Bauern, oft die Schulzen, bestimmt. Hierfür wurden gedruckte Vollmachten verbreitet, welche die Abgesandten zu der Erklärung beauftragten, "daß wir keine polnische Regierung wollen und ebensowenig eine von den übrigen Provinzen des preußischen Staates abweichende Reorganisation der von uns bewohnten Landstriche der Provinz. Wir heißen deshalb alle diejenigen Schritte von vornherein gut, welche die Volksversammlung einzuschlagen für notwendig erachten sollte, um die drohende Gefahr zu beseitigen,

³⁴⁾ Rep. 77. tit, 503 nr. 22 adh. II. vol. 1 und adh. 18.

welche uns durch eine Losreißung von der preußischen Staatsregierung und Einverleibung in das neu zu gründende Polenreich bevorsteht". In großen Mengen sind die Vollmachten der Gemeindevertreter nach der Versammlung dem Ministerium übergeben worden; sie stammen zum größten Teil von deutschen Landgemeinden der nördlichen Kreise, zuweilen auch von gemischten und reinpolnischen Dörfern — bis weit in die Kreise Mogilno, Wongrowitz, Obornik hinein. Die selbständigen bäuerlichen Petitionen sind oft noch ganz von jenem biedern altkirchlichen und königstreuen Geist erfüllt, der damals im pommerschen und märkischen Landvolk lebte. Sie wollten vor allem Untertanen des Königs von Preußen bleiben; der Anschluß an den deutschen Bund war fast nur Mittel zu diesem Zweck.35) Die Gutsbesitzer sind überall, wo es ihnen möglich war, der Bromberger Petition ehestens beigetreten. Zum Teil gingen sie, wie in Mogilno und Hohensalza, rasch selbständig vor.

Ebenso schnell schlossen sich die Deutschen in den Kleinstädten der Bewegung an, soweit sie nicht schon vorher eigene Bittschriften nach Mit ihnen gingen naturgemäß überall die Berlin gesandt hatten. Juden mit, manchmal sogar auch die polnischen Kleinbürger. Einige dieser Petitionen stehen viel stärker als die Bromberger unter dem Eindruck der mit dem Aufstand herannahenden Anarchie. 36) Eine Immediateingabe aus Hohensalza (vom 28. März) z. B. verlangt bereits Zurücknahme des Reorganisationsversprechens nach dem Ausbruch offenen Aufruhrs, und wiederum Angliederung an Westpreußen und den Deutschen Bund als bestes Mittel zur Beschwichtigung der Unruhen.

Die kräftigen Abwehrmaßnahmen der deutschen Kleinstädte im Netzedistrikt sowie das selbständige Vorgehen des Czarnikauer Landrats gaben den Anstoß für die nördlichen Kreise des Posener Bezirks, deren Landräte nicht mit gleicher Energie handelten. In Obornik gelang es dem Landrat, trotzdem ihm die Schulzen ihre Mitwirkung gegen alle Ruhestörungen zugesagt hatten, nicht, die Ordnung in seinem Kreis zu erhalten. Jüdische und deutsche Bürger rüsteten daher zusammen mit den deutschen und polnischen Bauern gegen die Adelspartei und die bereits auftretenden Plündererscharen und verband sich mit den Deutschen der Nachbarkreise. 37) Ohne festen Rückhalt an den Posener Zivil- und Militärbehörden, wandten diese Gegenden ihre Blicke nach dem Netzedistrikt. Wollten sie ihr Volkstum in gleicher Weise sichern, so war es das beste, den Anschluß an den Regierungsbezirk Bromberg oder an die deutschen Westkreise durchzusetzen, um mit ihnen auch in die deutschen Nachbarprovinzen einverleibt zu werden. Aus den nördlichen bzw.

³⁵⁾ Das hervorragendste Beispiel bietet die ausführliche Immediat-

petition der Pfarrbezirke Grünfier, Großkotten und Großdrensen (Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 2 f. 173).

36) Petitionen aus dem Kreise Hohensalza (Rep. 77. tit. 503 nr. 22 adh. 16 und Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 2 f. 205); Magistrat Margonin an den Landtags-Abg. Peterson, 1. 4. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 12 f. 97).

³⁷) Zur Geschichte des Aufstands in der Provinz P., S. 10-18 (hsg. v. Kreis-Bürger-Ausschuß Rogasen).

westlichen Teilen der Kreise Obornik, Samter, Buk und Kosten kamen derartige Anträge nach Berlin. Besonders die Einsassen des Amtes Polajewo haben sich unter Führung des Domänenpächters v. Sänger wieder und wieder dafür eingesetzt, zum Kreis Czarnikau zu kommen, dessen Kreisstadt ihnen näher lag als Obornik und in dem ein tatkräftiger Landrat die preußischen Belange verteidigte.³⁸)

In den westlichen Grenzkreisen waren es die Städte, welche das deutsche Banner fest aufrichteten, allen voran Meseritz. 39) Die von hier aus am 23. entsandte Deputation hatte auf der Reise mit dem Kommandierenden General v. Weyrach in Frankfurt a. O. Fühlung genommen der wieder mit dem Kreise um den Prinzen Wilhelm in Verbindung stand, und legte dem König und den Ministern als erste in der Posener Frage auch deutsche Forderungen vor. Die Antwort, die ihr der König durch den Minister des Innern v. Auerswald erteilen ließ, belebte die Hoffnungen in der Heimat. Der König, so berichtete sie am 27. März, denke nicht daran, die Provinz Posen oder auch nur seine deutschen Städte aufzugeben; sie sollten in kurzer Zeit militärischen Schutz, sofort aber die zur Selbstverteidigung nötigen Waffen erhalten.40)

Es war nicht mehr erforderlich, daß Meseritz die Nachbarstädte zu ähnlichen Erklärungen für die Abtrennung vom Großherzogtum anregte. Das Bekanntwerden der Kabinettsorder vom 24. hatte auch in diesen so gut wie rein deutschen Gegenden, die seit alters in engem Verkehr mit der Neumark oder mit Niederschlesien standen, den schärfsten Widerstand hervorgerufen. Bereits am 27. hatten Fraustadt und Lissa in Immediateingaben Einspruch dagegen erhoben, im Augenblick der deutschen Einigung unter polnische Verwaltung und später vielleicht ganz unter polnische Herrschaft zu kommen, und um den Anschluß ihres Kreises an Schlesien gebeten. Ihre Bitten wurden von einer Deputation dem Minister des Innern vorgelegt mit dem Wunsche, auf jeden Fall die Deutschen bei der Reorganisation ausreichend zu berücksichtigen. Auerswald sagte denn auch Schutzmaßnahmen zu.41)

Jeder weitere Tag steigerte die Aufregung: Flüchtlinge kamen von Osten, Alarmgerüchte gingen durchs Land, niemand wußte, was werden sollte. All das ließ die kleinen deutschen Städte der Westkreise ihre Bitte um Anschluß an den Deutschen Bund laut hinausschreien. Meseritz, Rakwitz, Rawitsch, Krotoschin und Neutomischel baten am 28. um Einverleibung in Brandenburg oder Schlesien; Birnbaum, Schwerin a/W., Bentschen, Reisen, Schlichtingsheim, Punitz folgten noch in den letzten Märztagen. Das "Adreßfieber" ergriff auch sie. Manche Städtchen ließen in ihrer Aufregung der Adresse an den König nach wenigen Tagen schon

 $^{^{38})}$ Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 2 f. 216 und Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 28 f. 1-6.

³⁹⁾ Zum Folgenden vgl. Christian Meyer, Die Deutschen der Provinz P. gegenüber dem polnischen Aufstand i. J. 1848 (Lissa 1905), S. 10-15; er gibt im wesentlichen eine Inhaltsangabe der Akten des ZAWG, ohne aber diese Quelle zu nennen.

⁴⁰⁾ Bericht Holzschuhers aus Berlin v. 27. 3. (ZAWG f. 18).

⁴¹⁾ Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 14.

eine zweite an den Vereinigten Landtag und vielleicht noch eine dritte an das Ministerium folgen—wußten sie doch gar nicht, wer jetzt eigentlich in Berlin gebot! So willkommen ihnen auch die Früchte der Märzbewegung waren — als Folge der Berliner Revolution selbst hatten sie bisher nur die völlige Unordnung im Innern der Provinz und die Ungewißheit ihrer Zukunft vor Augen. Daß auch sie sich bewaffneten, obwohl nicht unmittelbar bedroht, war in jenen Tagen, da jede deutsche Stadt ihren Stolz dareinsetzte, eine Bürgerwehr zu haben, da in Posen noch dazu wenig schlagfertige Truppen zur Verfügung standen, selbstverständlich und entsprach auch den Wünschen des Ministeriums. ⁴²) Selbst den bloßen Durchzug der polnischen Studentenlegion aus Berlin ließen die Fraustädter nicht zu. ⁴³)

In Meseritz bildete sich Ende März ein deutsches Komitee, dessen rasches und energisches, von völkischer Begeisterung getragenes Handeln die Nachbarstädte mitriß und ihnen den Weg wies. Seine Immediatpetitionen vom 28. und 30. März und sein Aufruf an das deutsche Volk vom 30. geben die im Westen der Provinz herrschende Stimmung deutlich wieder. Eine Mahnung zum nationalen Egoismus ergeht in dem Aufruf aus den Grenzlandkämpfen an die Binnendeutschen, die der Osten von nun an immer wieder vor der deutschen Öffentlichkeit erheben wird.44) Auch hier beruft man sich auf das Nationalitätenprinzip: "Deutschland geht, soweit die deutsche Zunge klingt... Politische Grenzen wurden bisher durch das Schwert festgestellt — die Zeit ist hoffentlich vorüber!" Neben dem damit verbundenen Gedanken der Selbstbestimmung, der hier in der Form auftritt, daß die Wahl der deutschen Vertreter in der Reorganisationskommission verlangt wird, dient zur Begründung der in Berlin vorgetragenen Wünsche die historische Tatsache, daß Meseritz schon immer von Deutschen bewohnt war und von 1252 bis 1375 zu Brandenburg oder Schlesien gehörte. Man dachte nicht im mindesten daran, den Polen das Recht auf "Wiedererlangung ihrer Nationalität" zu bestreiten, aber vor allem galt es, das eigene Volkstum zu verteidigen. Abtrennung des deutschen Gebiets vom Großherzogtum Posen erschien auch hier als einzig mögliche Lösung der Posener Schwierigkeiten. Rasch schlossen sich die Dörfer der Kreise Meseritz und Birnbaum den Petitionen an, weit über die vom Komitee zuerst vorgeschlagene Grenzlinie (Brätz-Tirschtiegel-Birnbaum) hinaus. Kerst, der Direktor der Meseritzer Realschule, der hier die Hauptarbeit für die deutsche Sache leistete, schrieb seinem Freunde, dem Bürgermeister Brown, der damals als Depu-

⁴²) Nach Holzschuhers Bericht hat erst Auerswald der Deputation vorgeschlagen, vom Kriegsministerium Waffen zur Selbstverteidigung für den äußersten Fall zu erbitten.

⁴³⁾ S. Wuttke S. 310 Anmkg.
44) Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 2. Die Entwürfe der flott und geschickt geschriebenen Meseritzer Eingaben stammen meist von Holzschuher (ZAWG). Die Petition v. 30. 3. wurde in Massen verbreitet und spielte in dieser Gegend eine ähnliche Rolle wie die Bromberger v. 28. 3. im Nordosten. — Der Aufruf v. 30. 3. fast vollständig bei Meyer, S. 13 f.

tierter zum zweiten Vereinigten Landtag in Berlin weilte, am 2. April in freudigster Stimmung: "Alles begeistert sich für unsere Sache, und die Dörfer waffnen sich vollständig. Wir werden märkisch, ehe die Regierung sich erklärt... Tritt dreist und entschieden auf, die Stimmung in den Städten und Dörfern übertrifft bei weitem unsere Erwartung. Wir haben nichts mehr zu fürchten... Die Reaktion gegen die Pfaffen ist in vollem Gange. Unser Aufruf an das deutsche Volk wirkt mächtig. Wer hätte das geglaubt!"

Ja, die Führer spielten hier schon mit dem Gedanken, der polnischnationalen Revolution eine deutsch-nationale entgegenzustellen. "Entscheidet die Regierung nicht bald zu unsern Gunsten," so machte sich Kerst am 4. April dem Freunde gegenüber Luft, "so ist die Entscheidung in unsere Hand gelegt und bei Gott! wir werden rasch entscheiden. Nun und nimmermehr werden wir uns den Ratschlägen unterwerfen. die die sogenannte Kommission in Posen, in welcher ein Boy (der Posener Stadtrat, Mitglied der Deputation vom 22. März) unser Interesse berät, erteilt. Wir werden unsere deutsche Nationalität mit demselben Mute verteidigen, den die Berliner bewiesen haben... Es geht um unser höchstes Gut: Deutsche Nationalität in Verbindung mit Deutschland." 45)

Die lange Ungewißheit steigerte nur die Gärung. Die Dörfer bildeten ihre Dorfwachen, weißrote Kokarden oder gar polnische Werber durften sich nicht blicken lassen. Der Gutsbesitzer v. Bronikowski auf Kuschten, der für die polnische Sache tätig war, mußte von einem Vertreter des Meseritzer Komitees vor der Wut seiner deutschen Bauern geschützt werden, die ihn förmlich belagerten und ihm das Leben zu nehmen drohten. 46) Die Organisatoren der Bewegung waren auf dem Lande Gutsbesitzer, Pächter, Schulzen. Einen machtvollen Ausdruck fand die herrschende Stimmung in den Massenpetitionen ganzer Kreise. Die Birnbaumer und die Bomster vom 3. April 47) stellten sich ebenfalls ganz auf den Boden des Nationalitätenprinzips: Sie gönnten den Polen die Wiederherstellung ihres Staates, vor allem aber beanspruchten sie selbst das Recht, sich dem Staat anzuschließen, dem sie nach Sprache, Abstammung und Sitte angehörten und erkannten die deutschen Gäste in der Reorganisationskommission nicht als ihre Vertreter an.

Die Bewegung der Westkreise, die in der Neumark bald ihr Echo fand, griff auch auf die angrenzenden deutschen Teile der Kreise Buk und Grätz über. Sie forderten den Anschluß an ihre Nachbarkreise und den Deutschen Bund. In diesen von der Insurrektion unmittelbar bedrohten Gebieten haben die Petitionen einen mehr konservativen

^{45) 2. 4.,} zusammen mit einer Sendung Petitionen. Dies Schreiben Kersts mit anderen aus den gleichen Tagen veröffentlicht von Becker in den Grenzmärk. Heimatbl. II, 4 (Schneidemühl 1926).

46) Briefe aus Weiden-Vorwerk v. 31. 3. und aus Kranz v. 1.4. (ZAWG f. 356 u. 365).

⁴⁷⁾ Die Birnbaumer Petition Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 4, die Bomster ebd. adh. 5. — Vgl. Ztg. d. Ghzt. P. 12. 4.

Charakter, und hier ertönt besonders dringlich der Ruf nach militärischem Schutz. 48)

Eine gewisse Hemmung der deutschen Bewegung bedeutete das starke katholische Element unter der deutschen Bevölkerung, vor allem der ländlichen, in den südwestlichen Kreisen, das hier nicht wie im Meseritzer Kreis von einer tatkräftigen Führergruppe mitgerissen wurde. Immer wieder erwies sich die bloße sprachliche Gewohnheit, die deutsch mit evangelisch, polnisch mit katholisch gleichsetzte, als ein Hindernis. Die Kreis-Wochenblätter in Lissa und besonders in Wollstein waren gänzlich unfähig, ihren Lesern etwas von dem gewaltigen Rhythmus des deutschen Lebens jener Tage zu vermitteln. In Bomst fehlte es gänzlich an Männern, die zu moralischer und bewaffneter Führung in solcher Zeit geeignet waren.49) Lissa und Fraustadt jedoch, wo von altersher reges deutsches Leben herrschte, auch Schmiegel und die Kleinstädte im Kröbener Kreise hatten schon früh den Anschluß an Schlesien gefordert. Fraustadt, Lissa und Rawitsch bildeten Anfang April deutsche Ausschüsse unter Leitung zielbewußter und besonnener Männer, die in mehreren Aufrufen das deutsche Volk in Posen zum Widerstand gegen die polnischen Forderungen mahnten und im Wetteifer wieder und wieder den Ausschluß von der Reorganisation und Einverleibung in Schlesien und den Deutschen Bund forderten. 50)

Schließlich ergriff die deutsche Abwehrbewegung auch die Provinzialhauptstadt. 51) Als die Kabinettsorder vom 24. bekannt wurde, war es für das deutsche Komitee das erste gewesen, namens der deutschen Bewohner des Großherzogtums durch eine Deputation für die gleichmäßige Berücksichtigung beider Nationalitäten dem König zu danken. Während es draußen auf dem Lande für die Deutschen nur das eine gab: Wahrung ihrer Volksrechte, bemühten sich die Beamten und Lehrer des Posener Ausschusses, eine umfassende und grundsätzliche Lösung zu finden. Sie hofften, die Polen würden ohne Gewaltanwendung und ohne feindliche Stellungnahme gegen die deutsche Bevölkerung und den preußischen Staat in inniger Verbindung mit den Deutschen ihr Werk fortführen, und verlangten erstens "in billiger Anerkennung des Nationalgefühls unserer polnischen Brüder einen Statthalter in der Person eines durch äußere Stellung und innere Befähigung ausgezeichneten Mannes polnischer Abkunft zu ernennen, und zweitens die Zusammensetzung der Verwaltungs- wie der Gerichtsbehörden mit strenger Berücksichtigung der Nationalität der betreffenden Bezirke anzuordnen". Das

⁵¹) Vgl. Wuttke S. 243 und Hepke Kap. I.

⁴⁸⁾ In einer Immediatpetition aus der Gegend von Neutomischel v. 26. 3. heißt es kennzeichnend: "Es herrscht keine Gerechtigkeit mehr, wir entbehren schon jetzt alle Vorgesetzte." (Eingaben aus dem Kr. Buk: Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 6 und Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 2. 3.)
49) Pastor Elsner in Bomst an das Meseritzer Komitee, 8. 4. (ZAWG.

f. 377). — Vgl. auch das Wollsteiner Kreisblatt. (PrStB.)

50) Vgl. Wuttke, dazu die Eingaben des Kr. Fraustadt (Rep. 77
tit. 503 nr. 22 adh. 14) und die Adressen aus Schmiegel (DZNK.,
Akten betr. Kr. Kosten).

Recht sollte entscheiden, und zwar das von der Staatsgewalt auf Grund objektiver Kriterien zuerkannte Recht, nicht das Recht auf Grund eigener Bestimmung. ⁵²)

Es waren nur die Intellektuellen des deutschen Komitees, einige höhere Beamte und die um ihren Besitz besorgten Kreise des Bürgertums, die noch hinter dieser Petition standen. Die Ereignisse der letzten Woche in der Umgegend, die Kabinettsorder, die Nachrichten von der deutschen Revolution ließen in den breiten Massen die Verbrüderungsgefühle erkalten. Sie hatten zu den Komitees mit ihren schönen Friedensworten kein rechtes Vertrauen mehr. Ihren Führer fanden sie in dem Regierungsrat Eberhard Kolbe v. Schreeb, 53) der ihr elementar emporbrechendes Nationalgefühl in den Frühjahrswochen gleichsam persönlich verkörperte. Daß er sich damals gerade in Disziplinar-Untersuchung befand, tat seiner Volkstümlichkeit, die er sich als Ordner der Volksversammlungen rasch erwarb, keinen Abbruch: durch Persönlichkeit und Rednergabe wirkte er als ein rechter Volksmann von 1848. Die noch halb unbewußten Wünsche der Masse sprach er laut aus. Er war der erste, der auf die (seit altpolnischer Zeit bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts bestehende) zahlenmäßige Überlegenheit der Deutschen in der Stadt pochte. In den kritischen Apriltagen beherrschte fast nur er allein die Massen, die nach der Rückkehr geordneter Zustände freilich hald wieder von ihm abfielen. Einen schöpferischen Geist wird man ihn nicht nennen können. Sein bleibendes Verdienst liegt in der Zusammenfassung der deutsch-jüdischen Massen im rechten Augenblick. Er ist neben Kerst der einzige bedeutendere Führer, den die deutschposener Bewegung hervorgebracht hat. An einer überragenden Persönlichkeit, wie sie die deutschböhmische Bewegung in Ludwig v. Löhner besaß, hat es ihr ja gefehlt.

Am 27. März erzwang Schreeb in der Volksversammlung vom Komitee Auskunft über die nach Berlin abgegangene Petition und veranlaßte dieses darauf — hinter sich eine tobende Menge, die schon bereit war, ein Ausschußmitglied aus dem Fenster zu stürzen — zur Abdankung. Nun wurde ein neuer Ausschuß gebildet, in welchen allerdings der Einigkeit wegen die meisten Mitglieder des alten wiedergewählt wurden, der aber unter Schreebs Führung eine entschieden nationale Haltung einnahm. Schreeb selbst übernahm nicht den Vorsitz, sondern wurde Führer der Bürgerwehr und Ordner der Volksversammlung, die in den nächsten Wochen beinahe täglich zusammentrat und zum aktivsten und radikalsten Element der Bewegung wurde. Zurückhaltender und besonnener waren

⁵²⁾ Die Petition bei Hepke S. 48 f., im Original Rep. 77 tit. 539 I vol. 1, dabei auch das Begleitschreiben der Deputation (30. 3., von Neumann), das nach dem Erlaß vom 26. 3. über die Bildung der Reorganisationskommission durch das polnische Komitee dem Ministerium anheimstellte, deren Beratungen durch Gewährung dieser deutschen Anträge vorzugreifenoder vom deutschen Komitee eine zweite Kommission, mit billiger Berücksichtigung der Polen" wählen zu lassen.
53) Vgl. Wuttke S. 243 f.; Schmidt S. 136; Jaffé S. 190.

die Männer des neuen Komitees: Beamte und Lehrer blieben im Übergewicht, neben ihnen saßen jetzt einige deutsche Handwerksmeister und jüdische Kaufleute. 54)

Noch am 28. März hatte der Magistrat die Ergebnisse der ersten Deputation bekanntgegeben und ihnen zugestimmt. 55) Die Tatsache, daß die städtischen Deputierten die polnischen Anträge mit unterzeichnet hatten, wurde damit begründet, daß man der polnisch-nationalen Entwicklung nicht feindlich gegenübertreten könne, sondern sich darauf beschränken müsse, Leben und Eigentum der Deutschen zu schützen und den zu entlassenden deutschen Beamten eine Entschädigung vorzubehalten. Der an der Scholle klebende Bürger und Gutsbesitzer könnte der nationalen Reorganisation überhaupt nicht entgegentreten — das war die Ansicht des Posener Magistrats, als in der Provinz allenthalben schon der Widerstand entbrannt war. In den ihm nahestehenden Kreisen herrschte noch immer größte Hoffnungslosigkeit. Der Oberbürgermeister Naumann flehte den General v. Colomb an, Blutvergießen unbedingt zu vermeiden, denn Preußen könne die Provinz sich ja doch nicht erhalten. 56) Die städtischen Deputierten und die beiden deutschen Gäste in der Reorganisationskommission, die nur diese entmutigte Schicht des Posener Bürgertums vertreten konnten, mußten es sich gefallen lassen. von der deutschen öffentlichen Meinung in der Provinz als Verräter bezeichnet zu werden.

Dem polnischen Komitee konnte eine solche Haltung freilich erwünschter sein, als die entschieden nationale des neuen Ausschusses. Es trat der verwandelten Stimmung unter den Deutschen mit einer Proklamation an die deutschen Landleute, die ihnen die Fortdauer ihres Besitzes zusicherte, und am 29. mit zwei Aufrufen entgegen, die einen ganz anderen Geist atmen als der vom 21. März. 57) Mit Bedauern stellt das Polenkomitee den Stimmungsumschwung fest, schiebt die Schuld daran den Beamten zu und fordert dazu auf, für vorgekommene Ausschreitungen nicht das ganze polnische Volk verantwortlich zu machen. Mit dem Vorwurf: wenn die Deutschen in Posen sich der polnischen Freiheit und der "Völkeramnestie" entgegenstellten, dann seien sie nur "morsche Trümmer einer alten Zeit", wird schließlich eines der meist gebrauchten Schlagworte der polnischen Propaganda in Deutschland gegeben. Das polnische Komitee versuchte noch einmal, die Deutschen neutral zu erhalten, indem es den ihm gefährlichen Schreeb in seine Mitte berief. Der verlangte aber die Einstellung aller revolutionären

55) Bekanntmachung des Magistrats und der Stadtverordneten



⁵⁴⁾ Namentliche Aufführung sämtlicher Mitglieder bei Wuttke S. 244 Anmkg. - Vgl. auch Abschnitt IV.

⁽PrStB). Vgl. "Im Polenaufruhr" S. 136.

⁵⁰) Vgl. Colombs "Darstellung der Umstände, welche meine Entbindung vom Generalkommando des V. A. K. herbeigeführt und demnächst veranlaßt haben, daß ich zur Disposition gestellt wurde" (Veröffentlicht von Otto Hoetzsch, ZOG IV, S. 347).

⁵⁷) Der eine Aufruf bei Hepke S. 46, der andere Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 3 f. 202. Die Proklamation an die deutschen Landleute v. 28. 3. in den "Beweisenden Beilagen…" S. 30 f.

Handlungen seitens der Polen und verließ nach ergebnislosem Wortwechsel die Sitzung mit den Worten: "Bisher haben wir freundschaftlich verhandelt, fortan werden wir mit dem Schwert, als Männer gegeneinander stehen und wollen uns ritterlich schlagen". 58)

Wenn der polnische Volksrat erklärte, auch fernerhin auf friedlichem Wege seine Zwecke verfolgen zu wollen, so braucht man in die Ehrlichkeit dieser Absicht keinen Zweifel zu setzen: er konnte - das ist damals auch von deutscher Seite oft genug betont worden — seine Ziele in den ersten Tagen nach der Märzrevolution friedlich mit deutscher Hilfe zu erreichen hoffen. Er mißbilligte daher gewiß die Ausschreitungen auf dem Lande, die ohne wesentlichen Nutzen waren, nur die deutsche Bevölkerung in Harnisch brachten und schließlich in der öffentlichen Meinung Deutschlands Abneigung erwecken mußten. Daß er daneben bedacht war, die Sammlung der Posener Deutschen zu verhindern, sie zurückzudrängen - wie es aus jenen Erlassen an die Kreiskomitees hervorgeht — stimmt durchaus mit seinen sonstigen Absichten überein. Auf die Dauer aber konnte er selbst in der Stadt Posen, wo sich die Spannung der Nationalitäten täglich verschärfte, nicht Angriffe auf Häuser von Deutschen und Juden verhindern. Daher, und auch um die Einübung einer polnischen Legion in der Stadt unmöglich zu machen, wurde am 3. April der vor kurzem erst aufgehobene Belagerungszustand von neuem verhängt. Gleichzeitig ersuchte Colomb den Erzbischof Przyłuski, den die Aufregung schürenden Predigten zahlreicher Geistlicher entgegen zu treten und bei der Beruhigung der Provinz mitzuwirken - auf die Erfüllung dieses Wunsches wartete er freilich vergeblich. 59)

Der Stimmungsumschwung in Posen fand seinen ersten Ausdruck ebenso wie in Bromberg, Meseritz, Fraustadt in einer großen Immediatpetition und einem Aufruf an die Deutschen der Provinz. 60) Dieser Aufruf hatte einen viel versöhnlicheren Charakter als jene, er entschuldigte fast die Bildung des Komitees: es sollte zunächst nur seitens der Deutschen zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung mitwirken und hätte mit der Sicherung des friedlichen Zusammenlebens beider Völker seine Tätigkeit als beendet angesehen. Da aber die Polen die Posener Verhältnisse offenbar allein neu gestalten wollten, mußte das Komitee auch die Wahrung der politischen Interessen der Deutschen übernehmen. Dem Streben der Polen nach Wiederherstellung ihrer Freiheit wollte es nicht entgegenarbeiten, "aber die Deutschen können die Provinz Posen nicht als ausschließlich polnisch, sondern als die wichtige Brücke betrachten, aufgeführt auf polnischen und deutschen Grundpfeilern, über welche Deutsche und Polen allein den vermittelnden Weg finden können".

Man möchte meinen, daß auf dieser Grundlage wenige Tage später die Verständigung mit Willisen nicht hätte schwerfallen können!

<sup>Wuttke S. 244.
Ebd. — Vgl. Voigts-Rhetz, Aktenmäßige Darstellung S. 47, dazu auch Sommer, DWZ, H. 19, S. 72 (P. 1930).
Die Petition der ,,Bürger und Schutzverwandten der Stadt P."
1. 4.: Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. III f. 3, der ,,Zuruf an die deutschen Bewohner des Ghzt. P." v. 3. 4.: ZAWG f. 364.</sup>

Tatsächlich aber war die Kluft zwischen Deutschen und Polen nicht mehr zu überbrücken. Die alten Mitglieder des ersten deutschen Komitees bemühten sich am 2. April noch einmal vergeblich, dem polnischen Komitee ihre Meinung über die Freiheit Polens klarzumachen, aber sie betonten dabei nachdrücklich, die Gleichberechtigung der Deutschen sei nicht mehr anzutasten. Damit war das Proklamationen-Duell zwischen den beiden Volksräten zu Ende. Ein paar Tage lang gab man noch gemeinsame Losungen für die Bürgerwachen aus, wie "Berlin—Warschau", "Blücher—Kościuszko", dann war es auch mit diesen Harmlosigkeiten vorbei.⁶¹)

Auch die Bittschrift an den König vom 1. April enthält nicht so weitgehende Forderungen wie die der Grenzkreise. Vor allem erhob man hier Einspruch gegen die amtlichen Verhandlungen mit der vom polnischen Komitee allein unter Verletzung der Gleichberechtigung gewählten Reorganisationskommission und verlangte die Wahl einer besonderen Kommission für die Deutschen auf der Grundlage der ständischen Organisation unter Beteiligung der Juden und die Entsendung eines besonderen deutschen Kommissars in der Person des früheren Posener Polizeipräsidenten von Minutoli, der mehr Vertrauen besaß, als die derzeitigen Posener Behörden. An die Einverleibung in den Deutschen Bund dachte man noch kaum. Wenn diese Petition auch drei bis viertausend Unterschriften fand (etwa ein Fünftel der gesamten deutschen Einwohnerschaft), so kann man doch annehmen, daß mancher von diesen mit einer Wahl auf Grund der alten ständischen Organisation nicht einverstanden war oder den Anschluß der ganzen Provinz an den Deutschen Bund wünschte 62), daß andererseits den Ängstlichen selbst die vorgetragenen Forderungen zu weit gingen.

Wie anderswo auch, wurde diese Petition in der ländlichen Umgebung rasch verbreitet. Das vorwiegend jüdische Städtchen Schwersenz bei Posen schickte bereits am folgenden Tage eine Petition nach Berlin, in der es, mit mehr Nachdruck als die Posener, eine entschlossene Wahrung der preußischen und deutschen Rechte verlangte und gegen die Abtretung des Großherzogtums protestierte. ⁶³) Das deutsche Komitee in Posen wurde allmählich zum Mittelpunkt für die Deutschen der mittleren Kreise, sein Vorhandensein war oft für sie erst der Anstoß, sich gleichfalls zusammenzuscharen. In den nächsten Wochen breitete sich sein Einfluß weiter aus, oft mit Hilfe der Beamten, die naturgemäß hier im Gebiet der deutschen Streusiedlungen — nachdem einmal der erste Schreck überwunden war — eine größere nationale Bedeutung gewannen, als in den überwiegend deutschen Randgebieten.

⁶¹⁾ Losungsverzeichnis in den Akten des DZNK.

⁶²⁾ Vgl. den Brief des Eli Emanuel Samter an das Staatsministerium v. 5. 4. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. III vol. 1 f. 41), dessen starkes Selbstbewußtsein für die Stimmung der Posener Juden in diesen Wochen bezeichnend ist.

⁶³⁾ DZNK Extraordinaria.

Die Petition vom 1. April wurde durch eine Abordnung nach Berlin gebracht, deren Sprecher der junge Oberlehrer Hepke war. ⁶⁴) Sie konnte ihre Wünsche allerdings nur dem Privatsekretär des Ministers v. Auerswald, dem jungen Ludwig Ägidi, vortragen. Doch machte die nüchterne und dabei ergreifende Art, mit der Hepke rasche Maßnahmen zum Schutze des Posener Deutschtums forderte, auf diesen solchen Eindruck, daß er sich beim Minister, der die vielen jetzt aus Posen eintreffenden Deputationen nicht mehr mit gleichem Entgegenkommen empfangen konnte wie die ersten, wärmstens für die Posener Wünsche einsetzte.

Die politische Lage forderte rasches und entschiedenes Handeln von den Posener Deutschen. Denn daß die Beratung der Posener Landtagsabgeordneten über das Patent vom 18. März nicht zum Anschluß an den Deutschen Bund führen würde, war vorauszusehen. Eben hatten die Polen mit der Entsendung des Generalmajors v. Willisen nach Posen erst einen neuen Sieg errungen. In den gegebenen Grenzen der Provinz konnte das Deutschtum nichts erreichen. Nur für die deutschen Randgebiete bestand zunächst Aussicht auf Anschluß an das neue Reich. Die Forderungen, die deswegen von zahlreichen Kreisen und Städten schon einzeln gestellt waren, mußten noch einmal, eindrucksvoll zusammengefaßt, vor dem Staatsministerium erhoben werden. Die Deputierten, die nach und nach aus dem Netzedistrikt und den Westkreisen, oft ohne voneinander zu wissen, nach Berlin gekommen waren, vereinigten sich mit einem Teil der deutschen Landtagsabgeordneten am 3. April zu einem solchen Schritt.65) Sie baten um Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung, protestierten dagegen, daß in der Instruktion für Willisen kein Landesteil von der Reorganisation ausgenommen sei und verlangten sofortige administrative Trennung vom polnischen Teil, Ausschluß von der Reorganisation und die Erklärung, daß alles für einen baldigen Anschluß an den Deutschen Bund geschehen solle. Es wurde sogar schon eine bestimmte Abgrenzungslinie vorgeschlagen. Eine Reorganisation vor vollzogener Trennung — meinten sie — müßte in den Polen unerfüllbare Wünsche erwecken, denn für die deutschen Teile sei der Standpunkt von 1815 jetzt überwunden. Den polnischen Teilen aber dürften bei der Reorganisation nur die 1815 verbürgten Rechte gewährt werden. Dabei seien die Rechte der dortigen deutschen Minderheit zu garantieren und eine Trennung vom Gesamtstaat zu vermeiden. Diese Forderungen wurden nicht nur mit dem Nationalitätenprinzip, sondern auch mit verkehrspolitischen und strategischen Gründen und schließlich durch die Ankündigung des Kampfes mit allen gesetzlichen Mitteln unterstützt. Man hoffte, die öffentliche Meinung Deutschlands werde sich für Posen ebenso einsetzen wie für Schleswig-Holstein.

Die Vertreter des Posener deutschen Komitees hatten sich dieser Eingabe nicht angeschlossen: die Stadt Posen und die mittleren Kreise

⁶⁴⁾ Nach L. Ägidi, "Ein Vorkämpfer des Deutschtums in der Ostmark" (Die Ostmark, Jg. IV, S. 4 f., 1899). Ägidi setzt zwar diesen Vorgang in die letzten Märztage, dürfte aber dabei wohl von seiner Erinnerung getäuscht worden sein.

⁶⁵⁾ Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 3 f. 25.

mußten einer solchen Teilung der Provinz solange abgeneigt sein, wie sie selbst nicht auch Aussicht hatten, dem Deutschen Bund angegliedert zu werden. Sonst hätten sie ohne Rückhalt an den deutschen Grenzkreisen der polnischen Mehrheit gegenübergestanden und die Stadt Posen selbst hätte womöglich als Hauptstadt einer verkleinerten, fast rein polnischen Provinz erheblich an Bedeutung verloren.

Am 6. April sollte der in Berlin versammelte Provinziallandtag sich über die Einverleibung des Großherzogtums Posen in den Deutschen Bund entscheiden und gegebenenfalls auch, entsprechend dem Beschluß der Bundesversammlung vom 30. März, Abgeordnete für das deutsche Parlament wählen. Vorher konnten amtliche Schritte zur Abtrennung der deutschen Gebiete nicht erfolgen. Der Anschluß an den Deutschen Bund wurde mit 26 polnischen gegen 17 deutsche Stimmen abgelehnt. 66) Die deutschen Abgeordneten verlangten aber wenigstens die Einverleibung der deutschen Kreise in den Deutschen Bund und wiesen darauf hin, daß die Deutschen zu den Polen im Verhältnis 5:7 ständen und die versprochenen nationalen Institutionen für sie nur deutsche sein könnten. Sie schlossen sich zu einem "die deutsche Bevölkerung und die deutschen Interessen vertretenden Konvent" unter dem Vorsitz des Landtagsmarschalls Frhrn. Hiller v. Gärtringen zusammen und wählten am 7. April fünf Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung für den Netzedistrikt und die Westkreise, dazu fünf Stellvertreter. Gleichzeitig erbaten sie in einem Immediatgesuch Anerkennung dieser Wahl und Einverleibung dieser Gebiete in den Deutschen Bund. Das hielten sie für das einzige Mittel zur Beruhigung der Deutschen und erklärten, der Beschluß des Provinziallandtags könne nur für den polnischen Teil gelten, da er nicht mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßt sei. Jedenfalls bemühten sie sich mit allen Mitteln um die Durchsetzung ihrer Wünsche und hatten jetzt erreicht, daß die Öffentlichkeit aufhorchte und die Regierung sich endlich erklären mußte. Noch schwieriger wurde die Lage, als der Bundestag am 7. April die bisher noch offene Frage des Wahlmodus dahin entschied, daß Urwahlen stattzufinden hätten. 67) Denn eine stillschweigende Anerkennung des Vorgehens der deutschposener Abgeordneten war nun unmöglich. Schon aber kamen Nachrichten von dem Unwillen, den Willisens Auftreten bei der deutschen Bevölkerung erregte. Am 9. April verlangten die Volksversammlungen des Netzedistrikts kategorisch den Anschluß an Westpreußen und den Ausschluß von der Reorganisation — schon appellierten sie an den Bundestag und drohten zu den Waffen zu greifen.

Was veranlaßte denn nun eigentlich die preußische Revolutionsregierung, die sich doch an die Spitze Deutschlands stellen wollte, zu solchem auffälligen Zögern in dieser nationalen Frage?

ZAWG f. 372.

67) Vgl. die "Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P. seit dem 20. März 1848." (Aus den Akten des Innenministeriums). S. 29 f.



⁶⁶⁾ Die "Motive" der polnischen Mehrheit und der deutschen Minderheit bei Meyer S. 23; die Eingaben und Erklärungen des deutschen "Konvents": Rep. 77 tit. 539 I vol. 1. — Brown an Kerst, 7. 4.:

Abschnitt III.

Die preußische Regierung und die Posener Frage.

Die Märzrevolution hatte die poln sche Frage von neuem aufgerollt - doch kam es weder auf polnischer noch auf deutscher Seite zu einer einheitlichen Stellungnahme. Mierosławski, der eben befreite Führer heim Putsch von 1846, wollte sich nicht mit einer Sonderstellung Posens im preußischen Staat zufriedengeben, von Anfang an war die Aufrichtung des polnischen Staates auf revolutionärem Wege und im Bunde mit dem deutschen und französischen Radikalismus sein Ziel. 1) Ihm. dem Revolutionär von Geburt und Beruf, mußte die Errichtung einer deutschen Republik schon an sich willkommen sein — um wieviel mehr aber, da sie vermutlich den Zaren zum Eingreifen veranlassen und so die Wiederherstellung Polens durch einen Krieg des Westens gegen Rußland ermöglichen würde! Das stand ihm am 20. März bei seiner Befreiung aus dem Moabiter Gefängnis bereits klar vor Augen - der theatralische Umzug durch Berlin war für ihn nur eine Geste. Er wollte die Berliner zur Weiterführung der Revolution bis zur Ausrufung der Republik aufpeitschen und so, wenn irgend möglich, den russischen Krieg, von dem damals alle Welt sprach, wirklich herbeiführen. Aber bei seiner mangelhaften Kenntnis der deutschen Sprache konnte er den Berlinern trotz ihrer revolutionären Begeisterung nur die Freigabe der polnischen Provinzen einreden, er nannte das später seinen Vertrag mit dem Berliner Volk. 2) Vom Ministerium konnte er schon gar nichts erreichen. Graf Schwerin bat ihn zwar um Mitwirkung bei der Erhaltung der Ordnung in Posen. Als er aber den Baron Heinrich v. Arnim am 21. fragte, ob die preußische Regierung Polen alle mit den preußischen und deutschen Interessen vereinbare Unabhängigkeit zugestehen wolle, da mußte er hören, daß sich so etwas nicht im Handumdrehen abmachen lasse und er vorläufig die preußischen Gesetze noch zu respektieren habe. Die Hoffnungen, die er - das Haupt des polnischen Radikalismus auf das preußische Revolutionsministerium gesetzt hatte, waren damit gescheitert. "Die preußische Regierung", schrieb er nun seinen Pariser Freunden, "bleibt uns nach wie vor feindlich gesinnt, ... an das republikanische Deutschland müssen wir uns wenden und es unverzüglich durch einen Einfall französischer Truppen unterstützen!" Als er am

2) In der am 16.5. dem General v. Pfuel eingereichten Denkschrift

(PrStB).

¹⁾ Vgl. den im "Bulletin de la société de la révolution de 1848" (Nov. – Dez. 1922) gedruckten Auszug aus seinen Aufzeichnungen "Les journées de mars 1848 à Berlin".

28. nach Posen kam, arbeitete er schnurstracks auf die Entfesselung des Aufstands gegen Preußen los.

Ebenso klar wie die Stellungnahme dieses Revolutionärs war die der konservativen altpreußischen Kreise. Das Ministerium Bodelschwingh hatte noch das Patent vom 18. März vorbereitet, das die Aufnahme Posens in den Deutschen Bund bei Zustimmung des Provinziallandtags vorsah.3) Niemand dachte in diesen Kreisen daran, in Posen eine polnische Erhebung zu dulden, die möglicherweise die Integrität des Staatsgebiets oder die Staatseinheit gefährdete. An diese Gruppe hielt sich der General v. Colomb, der zunächst nicht mehr tun konnte, als die Landwehren e nzuberufen und die Truppen seines Armeekorps nach Posen zusammenzuziehen. Um weitere Befehle zu erhalten, um die Lage der Berliner Regierung kennenzulernen und um ihr die Posener Verhältnisse zu schildern, sandte er den Obersten v. Brandt nach Berlin, der mit dem Kriegsminister v. Rohr ausführlich über die Möglichkeit von Truppenzusammenziehungen verhandelte.4) Dieser sandte daraufhin am 23. März an die Kommandierenden Generale und Divisionäre in Königsberg, Bromberg, Breslau und Glogau umfassende Befehle zur Entsendung von Truppen in die Provinz Posen.5) "Die Polen verlangen," so lauten die Eingangsworte dieser Befehle, "soweit ihre Sprache geredet wird. sich loßzureißen... Zwei Fünfteile der Bevölkerung sind deutsch und würden der Untertänigkeit der Polen anheimfallen. Der Kampf gegen die Polen muß ein nationaler sein und schnell beendet werden, damit die Russen keinen Vorwand zum Einrücken erhalten. Bekämpfen wir die Polen nicht, so ist es unvermeidlich, daß die Russen zu ihrer Sicherheit in die Provinz rücken. In diesem Fall sind sie als Feinde zu behandeln."

Am gleichen Tage aber, da diese Befehle ergingen, hatte die Posener Deputation mit dem Erzbischof an der Spitze Audienz beim König. Ihr Auftreten, ihre Wünsche mögen ihm wenig behagt haben — in der Ratlosigkeit, in der er sich während der ersten Tage nach der Revolution

³⁾ In diesem Programm preußisch-deutscher Nationalpolitik auf konservativer Grundlage heißt es zum Schluß: "Mit stolzem Vertrauen rechnen wir dabei auf die breiteste Mitwirkung unserer deutschen Bundesgenossen und des gesamten deutschen Volkes, welches wir... durch Einverleibung unserer nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie wir voraussetzen, deren berufene Vertreter diesen Wunsch teilen und der Bund sie aufzunehmen bereit ist." (Ad. Wolff, Bd. I, S. 110). Der Anschluß der Ostprovinzen an den Deutschen Bund ist hiernach also noch nicht vom Volkswillen allein abhängig gemacht!

⁴⁾ Erinnerungen aus dem Leben des Generals Heinrich v. Brandt,

Bd. III. S. 30 ff. (Berlin 1882).

⁵) HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 1 (Diese Befehle gehören zu den wenigen Aktenstücken, die im Sommer dem Untergenoren zu den wenigen Aktenstücken, die im Sohmer dem Untersuchungsausschuß der preußischen Nationalversammlung nicht vorgelegt wurden!). — v. Rohr wird von dem russischen Gesandten v. Meyendorff (in einem Schreiben an Paskiewitsch v. 13./25. 10. 47, Briefwechsel II, S. 7) bezeichnet als "un homme monarchique, qui dit hautement que la Prusse ne peut pas compter sur la fidélité et le dévouement des Polonais".

befand, mußte er ihr die Reorganisation zugestehen, das heß, die von seinem Außenminister gewünschte Politik machen, wenn er selbst vielleicht auch mehr den Maßnahmen des Kriegsministers zustimmte. ⁶) Heinrich v. Arnim hielt den damaligen Zustand Polens weder mit den Forderungen der öffentlichen Meinung noch mit dem Frieden und Gleichgewicht Europas für vereinbar. Darum sollte der König um Preußens und Deutschlands willen die Wiederherstellung Polens ins Auge fassen. Das, was Preußen dabei aufgeben mußte, achtete er gering gegenüber den Vorteilen eines Bündnisses mit England und Frankreich und der Schaffung einer Vormauer gegen Rußland. Ja, er hielt sogar einen Konflikt mit Frankreich überall da für sicher, wo "Völker und Länder von entgegengesetzter Familie und Zunge gegen derselben offenkundig manifestierten Wunsch und Willen mit Waffengewalt bei der bisherigen Herrschaft erhalten werden sollen". ⁷)

Das Ziel der Politik des Ministers v. Arnim war, dem preußischen König die Führung Deutschlands zu gewinnen. Dazu brauchte er nach der Berliner Revolution den Bund mit dem deutschen Liberalismus. Die Zugeständnisse, die die amtliche preußische Politik dafür machte, waren die Anerkennung des Nationalitätenprinzips (d. h. der Volkssouveränität), die Hinwendung zum Westen und die Erfüllung der polnischen Wünsche der Liberalen. Die außenpolitische Rückenstärkung sollte ein Bündnis mit den Westmächten geben, denn wenn man Polen wiederherstellen wollte, war ein Krieg mit Rußland unvermeidlich. Und wirklich verlangte die öffentliche Meinung Deutschlands diesen Angriffskrieg: Preußen an der Spitze der Revolution gegen Rußland,

glieder, Stellung nehmen.

7) Vgl. Heinrich v. Arnims "Politische Denkschrift vom 17. März 1848", vor allem den Schluß (PrStB). — Wenn man Schlagworte der Gegenwart anwenden darf, so mag man es als Arnims Ziel bezeichnen, die bisherige Ostorientierung der preußischen Politik in der Restaurationszeit durch eine Wendung zum Westen zu ersetzen: der außenpolitische Ausdruck für die Hinwendung des deutschen Liberalismus zum Staatsgedanken des Westens. — Schon am 20. berichtete Circourt an Lamartine: "Les hommes d'état prussiens sont disposés à renoncer à la Posnanie polonaise, qui coûte beaucoup plus qu'elle ne rapporte". — Über Arnims Pariser Verhandlungen mit Lamartine vgl. Knapowska S. 4 f.

⁶⁾ Vgl. O. Pfisterer, Preußen und Frankreich 1848 (Diss. Tübingen 1921, maschinenschriftliches Exemplar in der PrStB), — Wolfgang Hallgarten, Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution, Kap. II 1 (München und Berlin 1928. — Besprechungen von Wentzke in der Dt. Literatur-Ztg. 1929, H. 8 und Laubert in den Forschungen z. Brandenbg. und Preuß. Geschichte FBPG Bd. 42 S. 434 ff., 1930), — Friedrich Ley, Frankreich und die deutsche Revolution 1848—49 (Preuß. Jahrbücher Bd. 213 S. 199 bis 216 (1928) und Wisława Knapowska, La Prusse, la France et la question polonaise en 1848. (SA. aus: La Pologne au VIe Congrès International des Sciences Historiques à Oslo, Warschau 1930). Die großen Linien der Außenpolitik zeichnet Erich Marcks, Die europäischen Mächte und die 48er Revolution, Histor. Zeitschr. Bd. 142 S. 70—87 (1930). Zu den genannten Schriften über die außenpolitische Bedeutung der Posener Frage werde ich demnächst in den Mitteilungen der Histor. Gesellschaft für Posen, Vereinigung der reichsdeutschen Mitglieder, Stellung nehmen.

den Hort der Reaktion, Arm in Arm mit dem deutschen, französischen und polnischen Liberalismus! Im Grunde wirkten dabei die gleichen Gedanken von einem "Kampf des Lichts gegen die Finsternis" mit. für die der Aufruf des polnischen Nationalkomitees vom 21. März die Posener Deutschen hatte gewinnen wollen. Damals mögen wohl die meisten, die in Deutschland und Frankreich etwas von vorwärts drängender politischer Leidenschaft besaßen, sich für den Gedanken begeistert haben, daß nun das Zeitalter der freien Völker gekommen sei, daß man sich lossagen müsse von einer veralteten Kabinettspolitik, daß nicht mehr die Feder des Diplomaten, sondern der Wille der Völker die Grenzen ziehen solle, daß es Menschheitspflicht sei, die Freiheit vorzutragen nach Osten — und das nächste Ziel konnte nur die Errichtung eines freien Polens sein.8) Solange ein russisches Eingreifen gegen die deutsche Revolution zu fürchten war, entbehrte diese Politik der hohen Ideale auch nicht völlig einer realen Grundlage. Aber die sozialen und nationalen Verhältnisse Posens verkannte sie völlig! Von nationaler Interessenpolitik war Heinrich v. Arnim noch weit entfernt. Auch ein Mann wie Radowitz empfahl seinem königlichen Freund den Krieg gegen den russischen Schwager um der deutschen Politik willen.9) wie die Wellen dieser weltbürgerlichen und idealistischen Bewegung bis in das gebildete deutsche Bürgertum von Posen gingen und die Verbrüderungsszenen am 22. März veranlaßten.

Indessen kam man in Widerspruch zum Nationalitätenprinzip, wenn man gerade in der Provinz Posen, die doch nicht ausschließlich polnisch war, die historischen Grenzen beibehalten wollte, und besonders die nationalstaatliche Politik des neuen preußischen Außenministers konnte leicht in eine mißliche Lage kommen, wenn sie bereit war, an 500 000 deutsche Volksgenossen, treue preußische Staatsbürger, aufzuopfern! An diesem Punkte konnte die Propaganda der Posener Deutschen leicht einsetzen. Zunächst aber war es für sie ein schwerer Kampf, wenn sie, nur auf sich gestellt, ihr Recht gegen die Zeitideen, die den ganzen Westen beherrschten, durchsetzen wollten — waren sie doch in der wenig günstigen Lage, den Idealen Westeuropas ihren Gruppenegoismus gegenüberstellen und dazu noch die Früchte der alten "Kabinettspolitik" verteidigen zu müssen. Ihr erster Bundesgenosse war zudem die preußische Reaktionspartei im Militär und Beamtentum. Es ist klar, daß die Polen unter diesen Umständen zunächst leichtes Spiel hatten. Die

8) Ein Zeugnis dieses Geistes gibt Willisen in seinem "Offenen Brief an den Herrn Major v. Voigts-Rhetz".

⁹⁾ In einer für den König bestimmten Aufzeichnung vom 28. 3. (Hassel, J. M. v. Radowitz, S. 576). Daß zuerst die Befürchtungen wegen eines Zusammenstoßes mit Rußland nicht völlig aus der Luft gegriffen waren, zeigen W. Andreas, Die russ. Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV. (Abhdlgn. der Preuß. Ak., Jg. 1926, Phil.-hist-Kl. Nr. 6) S. 29 ff., und Th. Schiemann, Rußland unter Kaiser Nikolaus I. Bd. IV, Kap. 6. (Be-lin 1919), vor allem auch der Brief Nikolaus I. an Friedrich Wilhelm IV. vom 24. 2./7. 3., der sich um Einigung der deutschen Fürsten gegen die französische Revolution bemüht hatte (Karl Haenchen, Revolutionsbriefe 1848, Leipzig 1930, S. 34 f.).



gemäßigte Partei unter ihnen, die zuerst die Führung hatte, stand ja den eben angedeuteten Gedankengängen ganz nahe. Je mehr aber die radikale republikanische Richtung ans Ruder kam, desto mehr (!!) gingen auch die deutschen Polensympathien zurück. Erst in dem Maße, als weltbürgerliches Denken in den Frühjahrsmonaten von 1848 von rein nationalem und machtstaatlichem zurückgedrängt wurde, wandte sich die deutsche Öffentlichkeit den Posener Volksgenossen zu. Die Posener Frage war einer der wichtigsten Durchbruchspunkte des nationalen Machtgedankens in das vormärzliche Denken. Die Deutschposener haben in ihrem Grenzlandkampf mit als erste die Notwendigkeit des nationalen Egoismus erkennen müssen.

Aus dieser Umwelt heraus gilt es, die Kabinettsorder vom 24. März zu verstehen. Die beiden Richtungen in der preußischen Politik — die altpreußisch-konservative und die zum Liberalismus neigende nationalstaatliche - standen auch in den Beratungen über die Posener Frage am 23. und 24. März einander gegenüber. Die bunt zusammengesetzte polnische Deputation unter Führung des Erzbischofs verlangte nicht wenig: Eine "nationale Reorganisation", welche sich schnell, aber ruhig und gesetzlich entwickeln sollte, unter dem Schirme des Königs nach den Vorschlägen einer Reorganisationskommission unter dem Vorsitz eines Kgl. Kommissars. Die nächsten Ziele sollten sein: Bildung eines einheimischen Truppenkorps, Besetzung der Ämter mit Eingeborenen, Aufhebung der bestehenden Polizeigewalten, Wahl der Landräte.¹⁰) Friedrich Wilhelm hatte die Polen ziemlich unverhüllt merken lassen, wie wenig Sympathien er für ihre Erhebung habe und wie wenig er geneigt sei, um ihretwillen Rußland herauszufordern. In den nächsten 24 Stunden mußte sich der König aber zum Nachgeben gegen Heinrich v. Arnim-Suckow entschließen. 11) Im Kronrat wollte die konservative Gruppe (Graf Arnim-Boitzenburg, Graf Schwerin und v. Rohr) möglichst wenig zugestehen, ja Rohr schlug hier schon vor, die Bewegung durch eine Teilung der Provinz zu beherrschen; er wünschte, keine polnische Bewaffnung zu dulden, den polnischen Teil außer der Festung Posen freizugeben und sogleich von Kreisversammlungen die Erklärung entgegen zu nehmen, ob sie "sich zum alten Lande oder zum polnischen Teil halten wollten?". 12) Das waren die Grundsätze, nach denen vier Wochen später Auerswald — der jetzt auf der Gegenseite stand — seine Politik einrichten mußte. Rohr wollte von vornherein dem deutschen Element freien Spielraum lassen und die Staatstreue der polnischen Bauern, mit der auch der König rechnete, gegen die polnische Adels-

Park William Polenauf und der Audienz im Wortlaut im Anhang von "Im Polenaufruhr" und bei Ad. Wolff, Revolutionschronik Bd. I S. 370—373 sowie bei Ad. Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse im Ghzt. P. (1. H. Berlin 1848) S. 47—55.

11) Vgl. Pfisterer und Hallgarten S. 44.

12) "Denkschrift über die Verhältnisse im Ghzt. P.", eingereicht von dem General v. Rohr am 9. 5. 48 (HeA Rep. 4 cap. V tit. 4 Abt. I nr. 1 vol. 5). Die diesbezüglichen Bemerkungen Rohrs können sich wohl nur auf die Verhandlungen vom 23. oder 24. 3. beziehen.

erhebung benutzen. Graf Arnim-Boitzenburg hätte gern nur das bewilligt, was auch die deutsche Deputation der Stadt Posen wünschte und alle weitergehenden Wünsche der Polen entschieden abgelehnt. 13) Nachdem einmal grundsätzlich der Reorganisation zugestimmt war, ging der Kampf weiter um die Fassung der Kabinettsorder. 14) Der erste Entwurf, aus dem Königlichen Zivilkabinett, betonte, daß die Reorganisation den Interessen der polnischen und der deutschen Untertanen gleichmäßig entsprechen solle, sah die Verstärkung der Posener Truppen aus anderen Provinzen vor und machte die Erhaltung der Ordnung, der Autorität der Behörden und des Friedens zwischen den beiden Völkern zur Vorbedingung. Doch ist ein zweiter Entwurf, der den Polen viel weiter entgegenkommt, eingehender beraten und schließlich nach allerlei abschwächenden Änderungen gutgeheißen worden. Er sprach von einer "nationalen Reorganisation", und die Worte "unter meinem Szepter" sind schon in der ersten Fassung wieder gestrichen. Ferner sollte sofort die Wahl der Landräte den Gutsbesitzern zurückgegeben und die Polizeiverwaltung nach polnischen Wünschen umgestaltet werden. Auch die zuletzt gewählte Fassung ermutigte die polnischen Hoffnungen und forderte durch die eindeutige Zusage einer "nationalen Reorganisation" die Posener Deutschen heraus. 15) Diese Verheißung an die Polen dürfte vor allem mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Deutschlands erfolgt sein und im Zusammenhang mit dem Schreiben Friedrich Wilhelms an den Herzog von Augustenburg vom gleichen Tage stehen, das die Rechte der Schleswig-Holsteiner anerkannte. 16)

Leicht ist dem König diese Anerkennung der Volkserhebungen gewiß nicht gefallen, und bei seiner ganzen Persönlichkeit ist es anzunehmen, daß er sie nur als vorläufige Zugeständnisse ansah und in Posen seine alten Pläne zur geeigneten Stunde wieder aufnehmen wollte. Worauf diese aber hinausliefen, darüber gibt uns sein Nachlaß keine Auskunft. Daß er aber nur einen Augenblick lang an einen Krieg gegen seinen Schwager dachte, dafür fehlen uns alle Beweise. Was Auerswald in seinem Namen am 25. und 26. den Abordnungen von Meseritz, Schwerin und Birnbaum erklärte, kann als ein Anzeichen dafür gelten, daß er jedenfalls

¹⁶) Sybel, Begründung des Deutschen Reiches, Bd. I S. 146.



¹³) Graf Arnim-Boitzenburg in der Leipziger "Reform" v. 9. 12. 49 (Vgl. "Im Polenaufruhr" S. 133).

¹⁴) In Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 2 f. 149 ff. befinden sich mehrere Entwürfe. Der erste (konservativere) stammt von der Hand des Geheimrats Costenoble, der später den Vorsitz in der Ministerial-kommission für die Demarkationslinie führte.

¹⁵) Die Kabinettsorder lautete (L. v. J. S. 24): "Auf den mir von Ihnen vorgetragenen Wunsch will ich gern eine nationale Reorganisation des Ghzt. P., welche in möglichst kurzer Frist stattfinden soll, anbahnen. Ich genehmige daher auch die Bildung einer Kommission aus beiden Nationalitäten, die mit meinem Oberpräsidenten gemeinschaftlich über diese Reorganisation zu beraten und nach dem Resultat dieser Beratung mir die nötigen Anträge zu stellen haben wird. Die Kommission kann aber nur wirksam sein, wenn und solange die gesetzliche Ordnung und die Autorität der Behörden im Ghzt. P. aufrecht erhalten wird."

nicht an eine völlige Aufgabe der Provinz dachte. Der König und die ihm nahestehenden Männer mögen es tatsächlich als den Leitgedanken der Kabinettsorder betrachtet haben, die Zusagen des Wiener Vertrages und der Besitzergreifungs-Urkunde von 1815 vollständig zu erfüllen. 17) und auch dies vielleicht nur in dem überwiegend polnischen Teil, da man ia aus der Urkunde vom 15. Mai 1815 auch die Zusicherung des Schutzes der deutschen Nationalität herauslesen konnte. Auch in Posen ist die Kabinettsorder von gemäßigten Deutschen und Polen zuerst in diesem Sinne ausgelegt worden. 18) Wenn das Programm "Preußen geht fortan in Deutschland auf" eine Lockerung des preußischen Staatsverbandes bedeuten sollte, hätte wohl nicht allein die Provinz Posen eine Sonderstellung bekommen. Die nationale Reorganisation Posens konnte als Anfang zu solchen Umwälzungen gedeutet werden: ein Grund mehr zum Widerspruch für das Altpreußentum.¹⁹) In den Kreisen um den König dachte man vielleicht auch daran, Posen in einer Art weiteren Bundes mit Deutschland zu vereinen — das hätte ja ganz dem politischen Denken der vormärzlichen Zeit entsprochen, "die das Sonderleben der Staaten so gern überwölben wollte durch beherrschende Prinzipien". 20) Wenn polnische Adelskreise den Gedanken erwogen, den Prinzen Wilhelm oder der Prinzen Waldemar, also den Bruder oder den Vetter des Königs, auf den polnischen Thron zu erheben, 21) dann wäre ja eine solche Gestaltung des deutschen Ostens nicht ganz unmöglich gewesen. Ein kühner politischer Schriftsteller, der junge Constantin Frantz,

¹⁷) So in den Einleitungsworten zu der "Denkschrift die Zustände des Ghzt. P. betreffend" (Rep. 77 tit. 539 III f. 4) und der "Denkschrift über die Einverleibung des Netzedistrikts und der Kr. Birnbaum, Meseritz, Bomst und Fraustadt in den Deutschen Bund" (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. II vol. 1 f. 259), die beide im April im Ministerium des Innern entstanden sind.

¹⁸) So z. B. in der Eingabe des Bomster Kreistages v. 15. 4. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 5). Mit der Berufung auf die Wiener Verträge hielten sich die Polen im allgemeinen zurück, solange die Revolution, die ja das 1815 errichtete Restaurationssystem außenpolitisch so gut wie innenpolitisch bekämpfen mußte, noch im Fortschreiten war, Erst als die Posener Frage von einem Machtproblem der Revolution zum Gegenstand staatsrechtlicher Untersuchungen geworden war, führten die Polen die Verträge für sich an; am meisten wurde dabei 1848-49 Artikel 12 der Kongreßakte zitiert: "Les Polonais sujets respectifs des Hautes Parties Contractantes obtiendront une représentation et des institutions nationales réglées d'après le mode d'existence

tation et des institutions nationales réglées d'après le mode d'existence politique que chacun des gouvernements auxquels ils appartiennent jugera utile et convenable de leur accorder." (d'Angeberg, Le congrès de Vienne et les traités de 1815, Bd. III S. 1388, Paris 1864).

19) Vgl. Fr. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 355—363 (6. Aufl. 1922).

20) Fr. Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution S. 50.

21) Die polnische Deputation in Berlin soll den Gedanken gehabt haben, den Prinzen von Preußen zum polnischen König zu erheben (Circourt an Lamartine 23. 3., im 2. Anhang der "Souvenirs d'une mission à Berlin"); die polnischen Aristokraten in London erwogen die Thronerhebung des Prinzen Waldemar. (Val. Krasiński an Bunsen, 27. 3. GStA Ausw. Amt sect. I Rep. 1 gen. nr. 58 f. 1—3).

träumte schon den phantastisch-großartigen Traum von einem dreigegliederten, bündisch aufgebauten Mitteleuropa von der Schelde und dem Genfer See bis zur Narwa und zur Donaumündung, in welchem Preußen, die Baltenländer und das zu eigenem Staatsleben unfähige Polen unter hohenzollernscher Führung föderalistisch ebenso vereinigt werden sollten, wie die Donauländer unter habsburgischer. ²²) Auch in Willisen hat wohl insgeheim der Gedanke gelebt, das Posener Land dem Deutschen Bund etwa als ein Schutzland locker anzugliedern und so ein Beispiel zu geben für die Lösung der Probleme anderer Randländer Mitteleuropas. ²³) Das Gedankengut der Restaurationszeit zeigt sich eben hier noch lebendig — erst die Entwicklung in den Wochen nach dem Märzsturm sollte es zerstören und die Nationalismen der Deutschen und der Polen zum Kampfe entfesseln. Wieviel Keime bergen nicht die ersten Tage einer Revolution — und wie wenige davon sind lebensfähig!

Die gemäßigten, liberalen Gruppen unter den Polen, die Adelspartei, glaubten jetzt ihre Hoffnungen auf das liberale preußische Ministerium setzen zu können und rechneten sicher mit dem Krieg gegen Rußland. Sie waren sich auch darüber klar, daß ohne den festen Rückhalt an der neuen Regierung ihre eigene Existenz bedroht sein könne, wenn einmal die nationalrevolutionäre Bewegung, zu der sie die Landarbeiter aufgerufen hatten, in sozialrevolutionäre Bahnen geraten sollte. Darum fürchteten sie bewaffnetes Vorgehen und wollten durch rechtzeitigen Eingriff von oben her vorbeugen; in dem Idealisten Willisen glaubten sie den geeigneten Mann dafür gefunden zu haben. "La troupe triomphera," schrieb Graf Działyński an Minutoli am 27, März, "où elle se présentera, mais ces triomphes couteront la vie d'abord aux Allemands, qui habitent la province, ensuite aux Juifs et enfin à toute la noblesse. Il n'y a de moyen de salut que dans la formation immédiate de régiments Polonais, sous les ordres du général Willisen; il faut organiser le désordre... Msr. le Président, faites envoyer un organisateur, des fonds et un pleinpouvoir illimité pour le général Willisen; mais pas de Wrangel, pas de Radziwiłł!" 24)

Fürs erste hinderte niemand in Berlin und Posen das Vorgehen der Polen, ja manche Stellen förderten es sogar. Die Minister machten ihnen die schönsten Aussichten auf völlige Erfüllung der Zusagen und

Malvida v. Meysenbug, S. 159 f.).

²⁴) Graf Działyński an den Berliner, früher Posener Polizeipräsidenten Julius v. Minutoli; in dessen Nachlaß (Nr. 4, 1) im GStA. —

Vgl. Abschnitt II u. IV.

Vgl. seine Schriften "Polen, Preußen und Deutschland" und "Der Polonismus im Ghzt. P.", dazu E. Stamm, Constantin Frantz' Schriften und Leben, S. 114-144. (Heidelberger Abhdlgn. 1907).
 Ausgesprochen hat Willisen diese Ideen erst in einem Schreiben

²³) Ausgesprochen hat Willisen diese Ideen erst in einem Schreiben an Auerswald v. 24. 5. 48 (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1); vgl. auch den "Offenen Brief" S. 13. — In ähnlicher Weise, ebensowenig geklärt, kreuzten sich kosmopolitische, nationale und mitteleuropäische Gedanken z. B. auch in Theodor Althaus (Dora Wegele, Th. Althaus und Malvida v. Meysenbug, S. 159 f.).

"Hebung ihrer Nationalität". 25) Bereits in einer Besprechung einiger Minister mit den beiden Posener Deputationen am Abend des 24. waren folgende Grundzüge der Reorganisation festgelegt worden: 1. Einsetzung einer Reorganisationskommission mit Beurmann als Zivil- und Willisen als Militär-Kommissar; 2. polnischer Oberpräsident; 3. Amtsenthebung unbeliebter Beamter auf Antrag der Kommission mit Pension für zwei Jahre: 4. polnische Militärorganisation; 5. preußische Festungsbesatzung: 6. sprachliche Gleichberechtigung. 26) Das bedeutete eine fast völlige Auslieferung der Provinz an den polnischen Adel ohne Beachtung der deutschen Rechte. Klare Vorstellungen von dem, was nun werden sollte, hat sich wohl niemand machen können. Mit dem Erreichten noch nicht zufrieden, reichte die polnische Deputation am 25. einen langen Wunschzettel ein, dessen Hauptpunkte waren: Zurückziehung der Truppen, Einsetzung von Kreiskommissaren neben den Landräten. Beseitigung der Distriktskommissare, sofortige Ernennung eines polnischen Oberpräsidenten; die Mitglieder der Reorganisationskommission sollten von dem polnischen Nationalkomitee aus Eingeborenen des Großherzogtums gewählt werden.²⁷) Das Ministerium kam den polnischen Wünschen wirklich soweit entgegen, daß Auerswald in seiner Antwort an den Erzbischof namens des Königs das letztere zugestand, da seine Majestät vertraue, "daß dabei auch die Interessen der deutschen Bevölkerung nicht unbeachtet bleiben" werden, und daß er jede friedliche Förderung der Reorganisation zusagte. Die Erläuterungen, die er dem städtischen Deputierten Boy gab, ließen die Polen (oder wenigstens die gemäßigten Gruppen unter ihnen) bestimmt annehmen, "daß die Staatsregierung die Hebung ihrer Nationalität aufrichtig wünsche". 28) Die Deputation des Posener Magistrats hatte es ihnen ja möglich gemacht zu erklären, daß die Posener Deutschen die polnischen Wünsche teilten.

Wie sich allerdings Auerswalds Zusicherungen an die deutschen Deputierten aus den Westkreisen mit so weitgehenden Zugeständnissen vertrugen, bleibt unklar, wenn man nicht annehmen will, daß schon

²⁵) Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse im Ghzt. P., Kap. 4; Bemerkungen zur Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P., S. 2; Zur Beurteilung der polnischen Frage, S. 4 f. (mit Beispielen); Denkschrift Mierosławskis an Pfuel v. 16. 5. Der Justizrat Neumann gewann als Abgeordneter in Berlin die Überzeugung, "daß die Äußerung der Sympathie der hiesigen Bevölkerung, vor allem aber die mündlichen Erklärungen sowohl seitens der Minister als hochstehender Militärpersonen, welche in den Märztagen den Polen gegenüber kundgegeben wurden, und zwar mit gänzlicher Unkenntnis der Bevölkerungsverhältnisse in Posen, der Art waren, daß viele Polen im guten Glauben die Überzeugung fassen konnten, die Regierung überlasse den Polen die Provinz zur selbständigen Konstituierung und nur vorläufig bis zur Wiederherstellung des ganzen Polens unter dem Szepter des preußischen Königs..." (Neumann an Kießling, Berlin 7. 8., DZNK).

26) Ad. Wolff Bd. I S. 368-376 nach der "Zeitungshalle".

27) Nebst Antwort gedruckt in Brodowski, Kraszewski, Potworowski, Zur Beurteilung der polnischen Frage, S. 24 f.

28) Potworowski, Lipski, P. Szuman, Bemerkungen, zu der Denk

²⁸) Potworowski, Lipski, P. Szuman, Bemerkungen zu der Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P., S. 2.

von Anfang an die Teilung der Provinz erwogen wurde. Jedenfalls hat sich das Staatsministerium in der Sitzung vom 30. März grundsätzlich für die Trennung des deutschen Teiles vom polnischen entschieden ²⁹). Klar und widerspruchslos wurde die kühne Politik des Barons v. Arnim nicht durchgeführt. Bei der Zusammensetzung des ersten Märzministeriums ist das nicht weiter verwunderlich. ³⁰) Nachdem aber die drei konservativen Minister am 29. März ausgeschieden und Camphausen und Hansemann eingetreten waren, gab es wenigstens im Ministerium fürs erste keinen Widerstand gegen die neue Außenpolitik.

Es ging um den allen preußisch Gesinnten so verhaßten Krieg mit Rußland. Daß die breiten Massen Deutschlands und Frankreichs — mit Ausnahme des preußischen Bauerntums — ihn mit Begeisterung begonnen hätten, dessen konnte Arnim sicher sein. Überall erwartete man diesen Krieg mit brennender Begierde und sah in ihm erst die Vollendung der Revolution. ³¹) Wie aber stand es mit den anderen Großmächten? Darüber wollte sich Arnim durch Anfragen in Wien, London und Paris am 29. März Klarheit verschaffen. ³²)

Österreich, nahm er an, müsse in Galizien vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen, wie Preußen in Posen - wollte es dort das nationale Streben niederdrücken oder es, ähnlich wie Preußen, bis zu einem gewissen Punkt befriedigen? Der österreichische Ministerpräsident, Graf Ficquelmont, erklärte jedoch dem preußischen Gesandten mit der Ruhe. die die österreichische Regierung seit den Ereignissen von 1846 in der polnischen Frage haben konnte, die Lage in Galizien sei ganz anders als in Posen, die Bauern seien unbedingt ergeben und der Adel machtlos; außerdem ständen genug Truppen zur Verfügung. Zwar äußerten etwas später die galizischen Adligen ähnliche Wünsche wie die Posener, zwar wurde bei den Beratungen des Ständischen Zentralausschusses über die Verfassung auch von einer Sonderstellung Galiziens innerhalb der Donaumonarchie nach preußischem Vorbild gesprochen - indes regte sich Widerstand gegen solche Pläne, und die Verfassung vom 25. April gab Galizien keine Sonderrechte. 33) Indem Österreich also von Anfang an den Gedanken einer Abtretung oder auch nur Sonderstellung seines Anteils am alten Polen von sich wies, wurde die Absicht Arnims, durch die preußische Polenpolitik den Anstoß zur Errichtung eines neuen Polens zu geben, von vornherein arg beeinträchtigt.

garten Kap. II 1.

<sup>Voigts-Rhetz, Denkschrift über die politische Stellung der Provinz P., S. 91 (Berlin 1849).
Vgl. H. Mähl, Die Überleitung Preußens in das konstitutionelle</sup>

System, S. 99 (München 1910), dazu jetzt Knapowska a. a. O., S. 8.

31) Die Belege dafür sind zahlreich, vgl. Mähl, S. 64 f. und Hall-

 ³²) Ausw. Amt sect. I Rep. I. gen. nr. 58.
 ³³) Nach den bei Observator, Die deutschen Vertretungskörper in Frankfurt und Wien i. J. 1848 über die polnische Frage (Wien u. Berlin 1918), abgedruckten Protokollen des Ständischen Zentralausschusses. (Diese Broschüre ist sonst eine unwissenschaftliche Propagandaschrift von polenfreundlicher Einstellung).

Ferner beauftragte Arnim den Londoner Gesandten v. Bunsen mit einer Anfrage, wie sich das dortige Kabinett angesichts der Schwierigkeiten in Posen bei einem Einmarsch russischer Truppen verhalten würde. Dieser überreichte Palmerston gleichzeitig eine Denkschrift über die Posener Verhältnisse, die mit einer Sonderstellung des Großherzogtums Posen im Rahmen Preußens, aber außerhalb des Deutschen Bundes. rechnete und darauf hinwies, daß eine solche Lösung keiner Macht Anlaß zum Einschreiten gäbe. (Denn darum handelte es sich nun in der hohen Politik wie in der kleinsten Volksversammlung: war eine derartige Zwitterstellung des Großherzogtums Posen als Vorstufe eines selbständigen polnischen Staates überhaupt möglich und mit den Wünschen der Bevölkerung und der politischen Lage Europas vereinbar?) — Palmerston erklärte Englands Einverständnis mit der Wiederherstellung Polens und versprach sogar, in Petersburg vielleicht entsprechende Schritte zu tun. Er wußte aber bereits, wie unangenehm Friedrich Wilhelm die polnische Politik seines Außenministers mit ihren Gefahren für die preußischrussischen Beziehungen war, und ließ am 6. April durch den englischen Gesandten in Berlin der preußischen Regierung empfehlen, "sich aller Schritte zu enthalten, die als Angriff gegen Rußland betrachtet werden könnten und, soweit ihr das möglich sei, alle Maßnahmen zu verhindern, die in der Folge einen Angriff auf russisches Gebiet nach sich ziehen könnten".34) D. h.: weil England einen europäischen Krieg in diesem Augenblick durchaus vermeiden wollte, verlangte es von der preußischen Regierung, der polnischen Militärorganisation (deren Bedrohlichkeit für die regierungstreuen Staatsbürger in der Provinz man in Berlin geflissentlich übersah!) endlich ein Ende zu machen!

Und nun Frankreich! Für das Gelingen von Arnims Plan kam alles auf seine Haltung an. 35) Die Entscheidung wurde erschwert durch das Verhalten der radikal gerichteten deutschen und polnischen Emigranten in Paris. In Besprechungen mit dem Gesandten Circourt bereitete Arnim die französische Regierung vor und machte ihr am 31. März ein Bündnisangebot. Französische Waffenhilfe wollte er freilich dem preußischen Heer nicht zumuten, aber eine französische Flotten-Diversion in der Ostsee und diplomatische Unterstützung begehrte er. Der englischfranzösisch-deutsche Dreibund gehörte zwar ebenso wie die Herstellung Polens zu den Lieblingsideen Lamartines — indessen veranlaßte ihn das nicht dazu, eine andere Politik zu treiben, als er sie jetzt den französischen Interessen entsprechend erachtete. Den polnischen Emigranten, die ihm in Paris lästig wurden, gab er statt der geforderten Waffen Reisegeld und Pässe nach Deutschland. "Nous aimons avant tout la

³⁴) Vgl. Vicomte de Guichen, Les grandes questions européennes et la diplomatie des puissances sous la deuxième république, S. 84 (Paris 1925), und Knapowska, S. 9 ff. auf Grund der Akten des Foreign Office. Außerdem liegen die genannten Akten des Ausw. Amts zugrunde.

³⁶⁾ Außer den genannten Arbeiten von Pfisterer, Hallgarten, Ley, Knapowska und Guichen vgl. P. Quentin-Bauchart, Lamartine et la politique étrangère (Paris 1907). Die wichtigste Quelle sind Circourts "Souvenirs d'une mission à Berlin" (hsg. v. G. Bourgin, Paris 1908).

France" hatte er ihrer Deputation am 26. März gesagt und ihnen klarzumachen versucht, daß die Politik der preußischen Regierung der einzig richtige Weg zur Wiedererrichtung Polens sei. Es war zweifellos für Frankreich die angenehmste Lösung, wenn sich Preußen mit der unangenehmen Aufgabe belud. 36) Zudem: wer wußte, wie ein französisches Eingreifen in der Polenfrage schließlich geendet wäre? Lamartine wollte den Frieden und ging auf das preußische Bündnisangebot nicht ein. Er war durch Circourt über die Schwierigkeiten, mit denen die polnische Bewegung in Posen zu kämpfen hatte und die durch die heimkehrenden Emigrantenscharen nicht gerade vermindert wurden, eingehend unterrichtet. Circourt hatte ihm klargemacht, daß der polnische Bauer gut preußisch gesinnt sei und daß in Posen alle höhere Kultur von den Deutschen getragen werde. Auch er hatte den Eindruck gewonnen, daß der König selbst kein Freund des russischen Krieges sei. - Lamartine versuchte nun, vielleicht unter dem Druck der französischen Radikalen. in Polen unmittelbaren Einfluß auszuüben und sandte mit Wissen der preußischen Regierung als außerordentlichen Gesandten Charles Didier in die drei Teilgebiete, um zu erkunden, anzustacheln und für Frankreich Stimmung zu machen.37)

Diese Sendung eines Franzosen in das Aufstandsgebiet hat — soweit sie bekannt wurde — bei den Deutschposenern viel böses Blut gemacht. Sie konnten es überhaupt nicht begreifen, daß sich ganz Deutschland für den Krieg gegen Rußland so begeisterte und hätten im Gegenteil lieber unter russische als unter polnische Herrschaft kommen mögen! Die russische Regierung tat, was sie konnte, um sich hier Sympathien zu schaffen. Aber für die Behauptung, daß russische Rubel und russische Sendboten bei der Entstehung der deutschen Bewegung mitwirkten, ist Rakowski den Beweis schuldig geblieben.38) Die russischen Grenzbehörden haben damals mit den preußischen, sofern diese ihre Tätigkeit noch ausüben konnten, in korrekter Weise zusammen gearbeitet und die Posener Flüchtlinge auf russischem Gebiet gut aufgenommen.39) Zur Abwehr eines etwaigen polnischen Einfalls wurden noch Ende März ausreichende Truppenmengen an der Grenze zusammengezogen. Mehr war nicht nötig. Rußland trieb in dieser Krise, in der es um seine Machtstellung in Europa ging, eine ausgesprochene Friedenspolitik und konnte sich dabei auf das Altpreußentum verlassen. Den Gedanken eines Kreuzzugs gegen die Revolution hatte der Zar nach dem Umsturz in Berlin aufgegeben, trotz des Säbelrasselns in seinem Manifest vom 27. März.⁴⁰)

³⁶⁾ Vgl. Quentin-Bauchart S. 149-162, Ley, Preuß. Jahrb. Bd. 213. S. 203 f.

³⁷⁾ Circourt Bd. I S. 365.
38) K. Rakowski, Powstanie poznańskie w 1848 r. S. 183 f.
39) Vgl. Roeders, Rede, die polnische Frage betreffend (Ostrowo1849) und Circourts Berichte an Lamartine v. 24. 4. und 6. 5. (Bd. II S. 43. 149).

⁴⁰⁾ Über die russischen Truppenbewegungen berichtet ausführlich der Generalkonsul Wagner in Warschau dem König am 25. 3., 26. 3., 3. 4., 6. 4. (Ausw. Amt, sect. I a, B g 5). — Über die Politik Nikolaus I. im März 1848, vgl. Schiemann und Andreas a. a. O. (s. Anmkg. 9).

Auf die preußischen Verhältnisse hat er durch seine Vertrauten am Berliner Hof und durch seinen Briefwechsel mit Friedrich Wilhelm immer wieder eingewirkt und so wohl auch die Lösung der Posener Frage beeinflußt. Für die Deutschposener bedeutete diese vorsichtige Politik Rußlands und auch das friedliche Verhalten der Westmächte die Rettung; denn beim Kriegsausbruch wären sie vermutlich das erste Opfer gewesen. Meyendorff, der besonnene russische Gesandte in Berlin⁴¹), nahm an ihren Forderungen größten Anteil und berichtete über die Posener Ereignisse ständig nach Petersburg. Man war sich ja auch dort darüber klar, auf wie schwachen Füßen eigentlich diese polnische Erhebung stand, die so gern einen europäischen Krieg hervorgerufen hätte!

Langsam faßte diese Erkenntnis auch in Deutschland Fuß und man begriff, daß bei einem Krieg um Polens willen Deutschland nur verlieren konnte. 42) Ein gesunder nationaler Egoismus begann sich, zuerst in Berlin, zu entfalten, als die erste revolutionäre Begeisterung verflogen war und die gemäßigt-liberalen und konservativen Elemente sich wieder hervorwagten. Noch Ende März kam in Berlin eine kleine Flugschrift heraus. (43) die, bereits unter dem Eindruck des nationalrevolutionären und preußenfeindlichen Charakters der polnischen Erhebung, ein neuerstandenes Polen als Feind Deutschlands und die Polenschwärmerei als unnützen westlichen Einfuhrartikel ansah. Ihr Verfasser, L. I. Rosenbaum, ahnte, daß mit dem erhofften Sieg des Gedankens der Volkssouveränität nicht das Zeitalter des Völkerfriedens, sondern die Zeit höchster Entfaltung der völkischen Machttriebe gekommen sei. "Polen soll frei werden, aber mit Berücksichtigung von Deutschlands Sicherheit und Größe und der Rechte seiner Bewohner." Die gleichen Gedanken äußerte Wilhelm Iordan — der Demokrat und der Ostpreuße! — in dem radikalen "Politischen Klub" am 1. April. Er bekannte sich zur größten Verwunderung der Anwesenden zum Egoismus der Nationalitäten und wandte sich von dem Kosmopolitismus ab, "der das eigene Vaterland aus den Augen verliert". Schärfer und klarer als der Abgesandte des Posener deutschen Komitees, Dr. Hepke, trat er den polnischen Forderungen entgegen.

Einige Einzelheiten bringen die von Schiemann 1915 in den Süddeutschen Monatsheften 1915 veröffentlichten Dokumente und die "Mitteilungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Grafen Friedrich zu Dohna" S. 138 (Privatdruck Berlin 1873), sowie neuerdings Andreas, "Der Briefwechsel König Friedrich Wilhelms IV. und des Zaren Nikolaus I. 1848—50" (FBPG 43 S. 131 f., 1930). Man muß sich hüten, die russische Angriffslust in den Wochen nach der Märzrevolution zu überschätzen; wenn sich Zar Nikolaus auch gegen seinen preußischen Schwager recht unfreundlich zeigte und eine Gegenrevolution in Preußen herbeiwünschte und sicher tatkräftig unterstützt hätte, so hat er doch wohl kaum einen Angriffskrieg gegen Preußen gewollt, dessen Ausgang zweifelhaft gewesen wäre.

gewollt, dessen Ausgang zweifelhaft gewesen wäre.

41) Meyendorffs Dokumente hat O. Hoetzsch 1923 herausgegeben (hier kommt der II. Bd. in Betracht) und Andreas ausgewertet.

⁴²⁾ Schon am 20. 3./1. 4. stellt Meyendorff das Anwachsen dieser Stimmungen fest (Bd. II, S. 59 f.), vgl. auch Andreas, Die russ. Diplomatie und Friedrich Wilhelm IV., S. 31.

⁴³) L. J. Rosenbaum, Die Deutschen in Polen.

Im besitzenden und gebildeten Bürgertum Berlins konnten solche Ideen rasch Fuß fassen. Auch in der Presse dieser Richtung machte sich Anfang April eine wachsende Abneigung gegen die ungemessenen Wünsche der Polen bemerkbar.44)

Auf parlamentarischem Boden war von einer solchen Sinneswandlung noch wenig zu spüren. Im Vorparlament zu Frankfurt a. M. (31. März bis 4. April) herrschte eine durchaus polenfreundliche Stimmung.45) Die Vertretung der Posener Deutschen in der Versammlung war äußerst schwach: aus Bromberg waren Justizrat Eckert und Landgerichtsrat Roquette, aus Posen Junghans entsandt worden, dazu aus Leipzig der geborene Posener Dr. Fürst. Nur darüber bestand ein gewisser Gegensatz, ob Polen unter allen Umständen in den Grenzen von 1772 wiederhergestellt werden sollte. oder ob dabei die Belange des Deutschtums in Posen gewahrt und die deutsche Ostgrenze strategisch gesichert werden sollte. In Adressen an den Vorsitzenden hatten Deutsche und Polen ihre Rechte auf Posen geltend gemacht. Neben den wenigen Posener Vertretern traten die Westpreußen, die Leipziger Professoren Heinrich Wuttke und Karl Biedermann, Raveaux aus Köln und sogar Gustav v. Struve für die Rechte der Deutschposener ein. Der Westpreuße Türk stellte bereits die Forderung auf: "Was deutsch ist, soll zu Deutschland gehören!" Auch Welcker lehnte eine Wiedererrichtung Polens in den alten Grenzen ab und verlangte eigene Entscheidung der Bewohner — also genau das gleiche wie die Deutschen des Netzedistrikts und der Westkreise. Es war indes nicht mehr zu erreichen, als daß die Frage der Zulassung von Posener Abgeordneten in der Nationalversammlung offen gehalten werden sollte. Mit überwältigender Mehrheit wurde die Teilung Polens für schmachvolles Unrecht und seine Wiederherstellung für heilige Pflicht des deutschen Volkes erklärt. Daß es bald Krieg mit Rußland geben würde, daran zweifelte kaum einer.

Man zweifelte in ganz Deutschland so wenig am Nahen dieses Krieges, daß der zweite Vereinigte Landtag der preußischen Regierung bereits ganz erhebliche Kriegskredite bewilligte.46) Es mußte dem Ministerium im übrigen angenehm sein, wenn die Posener Frage vom Landtag möglichst wenig berührt wurde. Doch einem Abgeordneten von der äußersten

Konstitutionellen Klubs aus den ersten Apriltagen.

45) Vgl. die "Verhandlungen des deutschen Parlaments", hsg. von Jucho (Frankfurt a/M. 1848); ausführliche Inhaltsangabe der Debatten

⁴⁴⁾ Vgl. Hallgarten S. 59 f. und W. Bleck, Die Posener Frage auf den Nationalversammlungen in den Jahren 1848-49 (ZHG XXIX S. 4 ff.). Die Hauptquellen sind die von Ad. Wolff (Bd. II, S. 51-57.) abgedruckten Sitzungsberichte und Aufrufe des Politischen und des

bei Bleck S. 15-19.

⁴⁶) S. Verhandlungen des zum 2. April einberufenen Vereinigten Landtags S. 40-49 (S. 126-156 der Bleich'schen Ausgabe), besonders den Bericht der 3. Abtlg. am 10. 4. Auf Grund einer Kgl. Botschaft v. 4. 4. wurde dann eine Anleihe von 15 Millionen Talern für Rüstungszwecke bewilligt.

Rechten, dem jungen Bismarck, schien es geraten, am 5. April die Regierung über ihre Polenpolitik zu interpellieren. 47) Er war ebensowenig wie seine Gesinnungsgenossen ein Freund der polnischen Reorganisation und vermißte in der Regierungserklärung über die inneren Angelegenheiten Aufschlüsse über die Lage in Posen. Auerswald war zwar bereit, sich über die Regierungsabsichten wegen des Großherzogtums Posen zu äußern. aber nicht über weiter ausgreifende außenpolitische Fragen. Die Verteidigung der Regierungsmaßnahmen fiel etwas schwächlich aus. Eine Stellungnahme zu den deutschen Forderungen wurde vermieden; bei der Gewährung der Reorganisation, erklärte Auerswald, habe die Regierung das Nationalitätenprinzip und das Recht der Deutschen auf gleiche Förderung wie die Polen anerkannt; wenn den Polen die Erfüllung der jetzigen und der früheren Verheißungen zugesichert werde, so solle darum doch die deutsche Nationalität, "wo sie sich geltendgemacht hat", unter dem Schutz des Königs bestehen bleiben. Gegenüber den Anklagen, die der polnische Abgeordnete Kraszewski gegen die Posener Deutschen und gegen das Militär und die Verwaltungsbehörden erhob, wiesen die Minister entschieden darauf hin, daß erst die polnischen Ausschreitungen das Eingreifen der Behörden veranlaßt hatten, und deckten das Verhalten Colombs. Ein schlesischer Abgeordneter sagte deutlich, daß man zunächst die eigenen Zustände ordnen müsse und den Deutschen in Posen die Bruderhand nicht entziehen dürfe; die Polen müßten sich die Teilnahme für sie durch Anerkennung der deutschen Interessen bewahren.

Lange genug hatte die Unentschlossenheit der obersten Staatsbehörden die ohnehin schon unsicheren Posener Provinzialbehörden gänzlich gelähmt und immer wieder sowohl die Posener Deutschen wie die preußischen konservativen Kreise herausgefordert, ja wohl wesentlich dazu beigetragen, beide zusammenzuführen.

In den kritischen Tagen nach der Revolution hatte Colomb aus Berlin unklare und widersprechende Befehle erhalten. Mit den wenigen außerhalb der Festung Posen verfügbaren Truppen hatte er es nicht gewagt, die Insurgenten an verschiedenen Punkten gleichzeitig anzugreifen. 48) Bis die Landwehr zusammengezogen und die bei der 9. Division verfügbaren Truppenteile herangekommen waren, hatten jene Zeit, ihre Scharen einzuüben und sich zu Herren eines großen Teiles der Provinz zu machen. Sofort nach dem Bekanntwerden der Kabinettsorder vom 24. März hatte der General einen Offizier nach Berlin geschickt mit der

⁴⁷) Vgl. S. 26-29 der amtlichen, S. 84-91 der Bleich'schen Ausgabe der Landtagsverhandlungen, ferner Denkschrift über die Ereig-

gabe der Landtagsverhandlungen, ferner Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P. S. 20., Bismarck, die gesammelten Werke, Bd. X. S. 17 f., "Im Polenaufruhr" S. 159 und Hallgarten S. 58.

48) Vgl. sein Schreiben an den König v. 27. 5. (mitgeteilt von Hoetzsch, ZOG IV., S. 349 f.), seinen Bericht vom 28. 3. und den Brief des Majors v. Olberg an den Kriegsminister v. Rohr v. 26. 3. (HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 1) — dazu die Kritik des Majors Kunz (Die kriegerischen Ereignisse im Ghzt. P. im April und Mai 1848, Berlin 1899, S. 7 f.).

Bitte um klare Befehle.⁴⁹) Der konnte da hören, es sei gut, daß Colomb nicht mit dem Schwert dreingehauen habe, denn dann würde die Regierung bald ganz Deutschland auf dem Halse haben! Er lauerte im Kriegsministerium oder im Schloß tagelang auf den neuernannten Kriegsminister v. Reyher, dessen erste Weisung war: hinhalten und Blutvergießen vermeiden! Das widersprach dem letzten Befehl des bisherigen Ministers v. Rohr, der "achtunggebietende Defensive" und Schutz der deutschen Bevölkerung verlangt hatte.⁵⁰) Das neue Ministerium war um deren Schutz nicht mehr so besorgt; seine Außenpolitik verlangte eine friedliche Wiederherstellung der Ruhe in Posen und Anerkennung der polnischen Bewegung. Der Mann, den die liberalen Minister allein für fähig hielten, ohne Blutvergießen in Posen Ordnung zu schaffen, war der Generalmajor v. Willisen. Vor seiner Ankunft gab es keine endgültigen Befehle — sofern solche bei der allgemeinen Ungewißheit über den Willen des Königs überhaupt möglich waren.

Das Ministerium Camphausen hatte bald nach seiner Bildung, am 30. März, den polnischen Wünschen nachgegeben und Willisen von neuem aus Breslau nach Berlin berufen.⁵¹) Er sollte als königlicher Reorganisationskommissar das polnische Komitee "im Wege gütlicher Verhandlung zu einem Verfahren bestimmen, welches geeignet sei, die preußische Oberhoheit, unbeschadet jener nationalen Reorganisation, im Großherzogtum aufrecht zu erhalten" und es veranlassen, sich jeder Einwirkung auf diejenigen Kreise zu enthalten, die sich der polnischen Nationalität nicht anschlössen und die daher jedenfalls unter preußischer Verwaltung bleiben sollten. Sogleich nach seiner Ankunft wurde Willisen klargemacht, daß es dem Ministerium vor allem auf eine "unblutige Pazifikation" ankomme. Das Ergebnis dieser Conseilsitzung war das am 3. April beschlossene Commissorium für Willisen.⁵²) Er wurde darin zu Beurmanns Nachfolger im Vorsitz der Reorganisationskommission ernannt und besonders darauf hingewiesen, für die Wiederherstellung des Landfriedens und der Autorität der Behörden zu sorgen, nötigenfalls mit Hilfe der kräftigsten Maßregeln seitens der Provinzialbehörden. Die Regierung entwickelte ferner darin ihr Programm für die Reorganisation: Jeder Einsasse soll tunlichst in seiner Sprache regiert werden und Recht empfangen; polnischer Oberpräsident, Wahl der Landräte, neue Polizeiorganisation, Annahme von Anträgen auf Änderung der Militäreinrichtungen — dies alles "ohne jede Beeinträchtigung und mit voller Berücksichtigung der deutschen Nationalität". Daß diese Willisen besondere Schwierigkeiten machen könnte, sah die Regierung voraus. Daher sollte er "die Überzeugung verbreiten, daß die deutsche Bevölkerung in ihren Rechten

⁴⁹⁾ Es war der Major v. Randow; seine Berichte an Colomb sind von Hoetzsch als Beilage zu dessen Verteidigungsschrift in ZOG IV,
S. 361-369 veröffentlicht worden.
50) Rohr an Colomb 27. 3. ebd.

⁵¹⁾ Vgl. die Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P., dazu Ad. Wolff, Bd. II, S. 46 f.
52) A. u. B. S. 18.

nicht gekränkt und die deutsche Nationalität nicht minder als die polnische geschützt werde". Mündlich wurde er u. a. noch mit der Auflösung des polnischen Komitees beauftragt, dessen letzte Proklamation mit ihren "kommunistischen" Verheißungen an die Massen bereits die Aufmerksamkeit des Ministeriums erweckt hatte.⁵³) Die zunehmende Radikalisierung der polnischen Bewegung mußte Arnims Politik schließlich aufs ärgste gefährden. Insgeheim spielte bei der Sendung Willisens wohl auch der Gedanke mit, "daß, weil die Polen von Willisens Sympathien für ihre Sache überzeugt sind, er sie nur beruhigen soll und daß wir — wenn Willisen auf diese Weise die Zentralleitung ihrer Pläne hat, am besten verhindern, daß diese Dinge in stockpolnische Hände geraten und unsere Sache dann noch weit schwieriger würde".⁵⁴)

Von diesen verborgenen Zielen seiner Sendung mag Willisen wenig geahnt haben. Er hätte gern weitergehende Vollmachten gehabt; denn die ungeheuren Schwierigkeiten, die ihm bevorstanden, erkannte er recht wohl. Er ging trotzdem nach Posen, in der Meinung, der König sei mit seiner Sendung einverstanden, und mit dem Gefühl, dort eine historische Aufgabe anzupacken.55) Auf der einen Seite wirkte dabei sein Ehrgeiz, der ihn von Jugend an beseelte und bisweilen zur Eitelkeit wurde, auf der anderen sein starker Idealismus, der ihn antrieb, sich zum Geburtshelfer (wie er es selbst bezeichnete) der Idee bürgerlicher und politischer Freiheit zu machen. In ihm, dem Freiheitskämpfer von 1809 und 1813, lebte der Geist der klassischen deutschen Philosophie noch fort, der die Rechte der Völker um ihrer selbst willen zu achten gebot. Das macht ihn zu einem Prinzipienpolitiker, der bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit hartnäckig bis zum Doktrinarismus an seinen Grundsätzen festhält. Andererseits setzt er sich über Formfragen leicht hinweg und ist in allem, was nicht zum Prinzip gehört, bald zur Nachgiebigkeit bereit. Vornehme Zurückhaltung, Abweisung aller Leidenschaftlichkeit und aller Massenbewegungen, dabei ein gütiges menschliches Verstehenwollen, solange wie es nur geht, und rosiger Optimismus sind weitere Wesenszüge. Der Staat ist für ihn eine sittliche Einrichtung und soll sich daher auf Gerechtigkeit, nicht auf Gewalt gründen; der sittlichen Forderung müssen auch die Interessen des eigenen Volkes und Staates untergeordnet werden. Sein ganzes Leben hindurch wollte er "eine vernünftige stetige Entwicklung der Freiheit für alle, deren Bedürfnis in der geistigen Bewegung von unten angegeben, von oben aber geleitet sein

⁵³⁾ Schreiben an Beurmann v. 3. 4. (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1). Vgl. Abschnitt II, Anmkg. 26.

⁵⁴⁾ So gibt Major v. Randow ein Gespräch mit dem Kriegsminister

seinem Vorgesetzten wieder; a. a. O. S. 366.

55) Dieser Charakteristik Wilhem v. Willisens liegen hauptsächlich folgende Quellen zugrunde: Die 1862 in den "Grenzboten" veröffentlichten Auszüge aus seinen Tagebüchern, der Aufsatz von P. Ritter in der Deutschen Rundschau 1908 (Bd. 134, S. 195 ff.) und die darin mitgeteilten Briefe a. d. J. 1830—31, sein Nachlaß in Klein-Oels und sein Briefwechsel mit Friedrich Wilhelm IV. (HaA). — Vgl. auch Allgem. Dt. Biographie, Bd. 43, S. 296 ff.

muß". Das Preußen der Reformzeit ist der Boden, in dem er wurzelt. Er stammte jedoch nicht aus altem preußischen Adel, und preußischer Machtwille ist ihm immer fremd geblieben.

Der preußische Staat durfte seiner Meinung nach keine politischen Unsittlichkeiten erhalten helfen, wie die Unterdrückung Polens und Italiens. Die polnische Revolution von 1830 erkannte er als eine sittlich berechtigte Abwehr an; das trennte ihn vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm und vom Prinzen Wilhelm, denen er bis 1830 sehr nahe stand, - Legitimität war ihm ein Phantom. Seine Polenfreundschaft hatte nach seiner eigenen Ansicht "nie einen anderen Grund als den glühendsten preußischen Patriotismus und den sehnlichsten Wunsch, diese Krankheit im Staatsorganismus zu heilen". 1831 wurde er wegen seines Eintretens für die Polen von Berlin nach Posen versetzt; hier kam er nun in Beziehungen sowohl zur preußischen Beamtenschaft wie zum polnischen Adel. Engere Bande scheinen ihn indes nicht an diesen gefesselt zu haben. 56) Seine Sympathie für die Polen — die mit der Polenschwärmerei der deutschen Radikalen nur wenig gemein hat — büßte, während er unter ihnen lebte, nichts ein. Während der Landtagsverhandlungen von 1841 entwarf er einen Vorschlag zur Reform der Verwaltung Posens, der auf sein Verhalten sieben Jahre später ein bezeichnendes Licht wirft. Gerechtigkeit und Liebe seien die Grundlagen der Polenpolitik, den Polen deutsche Bildung durch die polnische Sprache zugänglich zu machen, ihr Prinzip. Er wünschte daher Erweiterung des polnischen Schulwesens, Ausbildung polnischer Lehrer, Wiedereinführung der Landratswahlen, Beseitigung der Distriktskommissare und Anerkennung des Polnischen als Verwaltungssprache. Dabei schien ihm eine Abtrennung der vorwiegend deutschen Gegenden im Norden und Westen der Provinz zweckmäßig.

Ähnliche Gedanken dürften ihm wohl vorgeschwebt haben, als er sich jetzt nach Posen wandte. Vor wenigen Tagen erst hatte er mit Mierosławski und Elsanowski in Berlin die Schaffung eines polnischen Heeres unter preußischer Führung beraten.⁵⁷) Den Krieg gegen Rußland hat er auch aus innenpolitischen Gründen befürwortet. In dem französischen Gesandten Circourt fand er einen verwandten Geist, mit dem er in diesen Frühjahrswochen in mannigfachem Verkehr stand.

Wie nahe berührten sich doch manche seiner Ideen mit den Herzenswünschen Friedrich Wilhelms IV. — und wie ferne standen sich beide

im "Offenen Brief" dürften also zutreffend sein.

57) Nach einer Äußerung v. Elsanowskis auf der Versammlung westpreußischer Gutsbesitzer in Briesen am 28. 3. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. III vol. 1 f. 35) und nach der Denkschrift, die Mierosławski am 16. 5. Pfuel einreichte. Vgl. Willisens Schreiben aus Breslau v. 27. 3.

(Rep. 77 tit. 539 I vol. 1).

⁵⁶⁾ Vgl. besonders Willisens Schreiben an den König v. 15. 1. 49 (HaA.) — Treitschke nennt ihn (Dt. Gesch. Bd. V. S. 39) einen "mit dem polnischen Adel eng befreundeten Offizier". In den Überresten seines Briefwechsels und in der Korrespondenz mit seiner Gattin und seinem Bruder aus der Zeit um 1840 habe ich indessen keine Spuren solcher engen Freundschaft mit Polen finden können. Seine Angaben im "Offenen Brief" dürften also zutreffend sein.

ietzt! Der König hatte den Freund einer freisinnigen Verfassung erst im Voriahr zur Zeit des Vereinigten Landtags seine Abneigung spüren lassen. Im Grunde seines Herzens wünschte er wohl auch jetzt die Entsendung dieses Mannes zu Verhandlungen mit den Polen nicht, wenn er ihr auch im Kronrat zustimmte.58) Trotz allem lebte in Friedrich Wilhelm doch ein Stück preußischen Machtgefühls, und Verhandlungen mit der Revolution waren ihm immer in tiefster Seele zuwider. Er wollte auf keinen Fall etwas von polnischen Truppen hören 59) — und doch hatte das Ministerium Willisen zur Annahme von Anträgen auf Änderungen im Militärwesen ermächtigt. Hierin lag bereits eine Quelle von Konflikten.

Der König aber hatte schon in aller Heimlichkeit unter dem Einfluß seiner christlich-germanischen Freunde, die sich Ende März enger zusammengeschlossen hatten und Willisen wenig gewogen waren. den Kampf gegen die Revolution begonnen und eine völlige Durchkreuzung der Polenpolitik seines Ministeriums eingeleitet, die in ihren ersten Folgen mit ein Grund zum Scheitern der Mission Willisens werden sollte. Er konnte sich dabei auf das Offizierkorps stützen, das mit der polnischen Politik des Märzministeriums noch weniger zufrieden war als mit seinen sonstigen Unternehmungen. Es hatte gar keine Lust, mit den polnischen Rebellen gegen den alten russischen Bundesgenossen zu ziehen — eher umgekehrt! Daß gar nichts ernstliches zum Schutz der bedrohten deutschen Volksgenossen geschah, begriff man hier erst recht nicht. 60)

Der Flügeladjutant des Königs, General v. Neumann, übermittelte Colomb, der in einem ausführlichen Bericht am 1. April wiederum die Erlaubnis zu bewaffnetem Einschreiten erbeten hatte, in zwei Schreiben vom 31. März und 3. April den Wunsch des Königs, er möge mit mobilen Kolonnen und allen zu Gebote stehenden Mitteln die gesetzliche Ordnung wieder herstellen.⁶¹) Das stand zwar im Gegensatz zu einem Schreiben

59) Zu Colomb sagte der König später: "Ich habe ihm ausdrücklich gesagt, er solle ihnen (Willisen den Polen) keinen bewaffneten Mann lassen!" (ZOG IV. S. 344).

Kriegsministeriums nicht benutzt hat.

⁵⁸⁾ Vgl. folgende Briefe: Circourt an Lamartine 29. 3. (Bd. 1, S. 310, Regieru igsrat Heinrich Wendt an Emilie v. Willisen 13. 5. 48, an Wilhelm v. W. 10. 8. 49, W. v. W. an E. v. W. 28. 5. 48 (Kl. Ö.), W. v. W. an den König 15. 1. 49 (HaA). — In dem Brief an seine Gattin schreibt Willisen: "Alles ist hier an Sr. Majestät gescheitert; das sehe ich jetzt mehr als zu deutlich, furchtbare Verantwortung!

⁶⁰⁾ Solche Stimmungen spiegeln sich wieder in den "Berliner 60) Solche Stimmungen spiegeln sich wieder in den "Berliner Briefen eines preußischen Offiziers a. d. J. 1848" (Deutsche Rundschau 1881, Bd. 27 S. 237 ff.), den Briefen des Generals v. Weyrach an v. Reyher (Frankfurt a. O., 2. 4., 14. 4. HeA. Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9. vol. 1), den Briefen des Obersten v. Brandt an General v. Wrangel (Aus dem Leben des Generals H. v. Brandt Bd. III. S. 58 ff.) u. a.
61) HeA. Rep. 4 cap. I tit. 13. Abt. II nr. 9 vol. 1, o. D. — Der Bericht ist, anders als Colombs frühere Berichte, an den General v. Neumann gerichtet und wurde von diesem dem König und dem Kriegsminister vorgelegt und durch das Schreiben vom 3. 4. beantwortet (ZOG IV S. 370). — Vgl. Hallgarten S. 53 f., der aber die Akten des Kriegsministeriums nicht benutzt hat.

des Kriegsministers, das Erhaltung der Ordnung ohne Blutvergießen befahl, — aber Colomb war jetzt entschlossen, nicht länger den Aufbau einer polnischen Heeresmacht müßig mit anzusehen und den Bitten der deutschen und jüdischen Bevölkerung um bewaffnete Hilfe nicht länger sein Ohr zu verschließen. Er hatte ausreichende Truppenmengen zusammengezogen und am 3. April in Posen den Belagerungszustand von neuem verkündet; am 5. sollten die Operationen gegen die polnischen Feldlager beginnen.

Da erhielt er die Mitteilung, Willisen sei als königlicher Kommissar mit der Pazifikation der Provinz betraut worden und war genötigt, seine Ankunft abzuwarten. Durch rasches Handeln den Knoten zu zerhauen, war nicht seine Art. Die Ansichten der beiden Generale gingen von vornherein auseinander: Colomb war gerade dabei, dreinzuschlagen - Willisen glaubte noch immer, die polnische Erhebung sei nicht im mindesten gegen Preußen gerichtet, und konnte nach seinen Grundanschauungen gar nicht anders, als jetzt eine endgültige preußisch-polnische Lösung der Posener Frage auf friedlichem Wege erstreben. Er trat zuerst in Verbindung mit den leitenden Männern des polnischen Komitees, dann erst mit Beurmann und Colomb, - was diese sofort verstimmte 62) — und erließ am 6. April einen Aufruf an die Bevölkerung. Er kündigte den Beginn der Reorganisation an, machte aber noch einmal die Wiederherstellung der Ordnung und die Auflösung der bewaffneten Scharen zur Voraussetzung; auch sollten alle Komitees, die nicht lediglich der Aufrechterhaltung der örtlichen Sicherheit dienten, sich aller öffentlichen Handlungen enthalten. Das leitende Prinzip der neuen Einrichtungen sollte die Gleichberechtigung beider Sprachen in Verwaltung und Rechtsprechung sein. Darum sollten die Deutschen nicht um die Rechte ihrer Sprache besorgt sein, vielmehr Vertrauen zu ihren polnischen Landsleuten fassen; einzelne Ausschreitungen seien Ausnahmen, auch Deutsche hätten nicht immer das rechte Maß gehalten.

Mit diesen Worten hat Willisen sich die letzten Sympathien der Deutschen verscherzt. Sie sahen der Entsendung dieses von den Polen erbetenen Kommissars für die von den Polen gewünschte Reorganisation schon äußerst mißtrauisch entgegen. Vielleicht hätte er, wenn er im Sinne des Ministerialbeschlusses vom 30. März die sofortige Abtrennung der deutschen Gegenden zugesagt hätte (für die er sich selbst vertraulich aussprach), dieses Mißtrauen überwinden können — dann hätte er es aber mit den Polen verdorben! Denen wiederum gingen die Versprechungen nicht weit genug, und sie wollten von Amnestie nichts hören, da sie doch nichts gegen den preußischen Staat unternommen zu haben glaubten. Willisen setzte sich mit seiner Versöhnungspolitik zwischen zwei Stühle!

⁶²) Vgl. Colombs "Darstellung der Umstände..." (ZOG IV S. 343).
In A. u. B. übergeht Willisen diesen Umstand.
⁶³) Vgl. A. u. B. S. 20, Hepke S. 20.

Dazu kommen persönliche Mißgriffe, wie die Wahl eines jungen polenfreundlichen Literaten als Privatsekretär, wie die Abweisung einer etwas ungehärdigen deutschen Abordnung mit dem Rat, sich erst 48 Stunden auszuschlafen.64) wie sein ungeschicktes Verhalten gegenüber dem Machthaber in der deutschen Volksversammlung, dem Frhrn. v. Schreeb. So standen in wenigen Tagen die Posener Deutschen ihm mit feindlicher Erbitterung gegenüber. 65) Gewiß — er löste die alte Reorganisationskommision auf und berief in die neue neben fünf Polen vier Deutsche: aber die Ernennung des Reg.-Rats v. Schreeb machte er bald auf sonderhare Weise wieder rückgängig, so daß sich dieser mit einer geharnischten Beschwerde an den Ministerpräsidenten wandte. Zwei weitere deutsche Mitglieder fühlten sich schon am 8. April veranlaßt, aus der Kommission auszutreten, und der letzte, Freigutsbesitzer v. Zedtwitz, protestierte in einer Immediateingabe gegen die Art, wie Willisen in der Kommission auftrat und wie man dort verhandelte. 66) Die vier Deutschen, die schließlich in der Kommission saßen, hatten nicht das öffentliche Vertrauen.

Die Polen rüsteten ruhig weiter - ein Anlaß mehr zur Steigerung der Aufregung unter den Deutschen. Die Posener Volksversammlung am 8. April hatte schon Lust, Willisen durch eine Massendemonstration zu zeigen, "daß das Volk ihn, wenn nicht anders, durch die Kraft zwingen werde die Befehle Sr. Majestät auf Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in der Provinz zu befolgen, ehe von einer Reorganisation im polnischen Sinne die Rede sein könne". Über diese Aufregung unter den Deutschen, nicht nur der urteilslosen Masse, sondern auch bei vielen Offizieren und Beamten, schreibt Beurmann 67): "In jedem Versuche die hiesigen Differenzen auf friedlichem Wege zu lösen, in ieder Zusage, daß die Interessen der polnischen Nationalität mehr als bisher gewahrt werden sollen, wird eine unverzeihliche Aufgabe der Rechte des deutschen Teils der Bevölkerung gefunden." Sogar die Posener Regierung erklärte, sie halte Willisens Weg für falsch, während Beurmann fast allein noch immer an der friedlichen Lösung festhielt. Auf der Straße aber sprach man schon davon, Willisen habe seine Instruktionen überschritten und müsse abberufen werden, weil er mit den polnischen Freikorps die Sicherheit der Deutschen und das Gleichgewicht der beiden Völker gefährde.

Am 9. fanden die schon lange einberufenen Volksversammlungen des Netzedistrikts in Bromberg, Schneidemühl und Czarnikau statt. Beson-

⁶⁴⁾ H. Wendt an Emilie v. Willisen 24. 4. (KlÖ.), Schreeb in der Volksversammlung am 8. 4. (ZOG IV. S. 356).

65) H. Wendt an Emilie v. Willisen 24. 4.

⁶⁶⁾ Oberpräsidialrat Noah an Schreeb, Schreeb an Willisen 6. 4., an Camphausen 9. 4. Beschwerdeschrift gegen Willisen v. 14. 4. (Rep. 77 tit. 539 11) — Ztg. d. Ghzt. P. 8., 10. u. 11. 4. — Bericht des Corps-Auditeurs Fitzlau über die deutsche Volksversammlung am 8. 4. (ZOG

IV S. 355 ff.).

67) Beurmann an Auerswald 10. 4. (Rep. 77 tit. 539 II f. 135). "Darlegung der jetzigen Lage unserer Provinz", 8. 4., "Eingabe mehrerer hiesiger Bürger", 10. 4. (DZNK).

ders die Bromberger verlief sehr stürmisch 68); die Gedanken der Bildung eines besonderen Staates und einer bewaffneten Erhebung im Norden und Westen der Provinz tauchten auf, und der Regierungspräsident v. Schleinitz konnte die Massen nur mühsam beruhigen. Auch die neue Reorganisationskommission mitsamt Willisen wurde für unzuständig erklärt, da sie nicht von der gesamten Bevölkerung bevollmächtigt war. Der Netzedistrikt sollte von der Provinz Posen sofort abgetrennt, vorläufig von der Bromberger Regierung allein verwaltet und möglichst bald an die Provinz Preußen und mit ihr an den Deutschen Bund angeschlossen werden. In Massenpetitionen wurden diese Forderungen beim Staatsministerium und beim Bundestag von neuem vorgebracht. Für die Deutschen im Rest des Großherzogtums sollten festere Garantien gegeben werden als in Willisens Bekanntmachung; ob es überhaupt zur Reorganisation kommen solle, sei durch eine Volksabstimmung nach Wiederherstellung der Ordnung erst festzustellen. Die Schneidemühler Versammlung drohte sogar, nötigenfalls zu den Waffen greifen zu wollen, und machte die Vorbereitung von Abwehrmaßregeln dem von ihr gewählten Ausschuß zur besonderen Pflicht.

Solche Kundgebungen und die täglich anschwellenden Massen von Petitionen zeigten der Regierung, wie gefährlich die Lage in Posen bereits geworden war. Willisen aber verhandelte weiter mit den Polen, die ihm in militärischen Dingen völlig vertrauten. Er ließ sich sogar auf Besprechungen über die Bildung polnischer Truppenteile und die Auflösung des fünften Armeekorps ein und führte diese seine Lieblingsidee auch dem Minister des Innern vor,69) der sie allerdings ablehnte. Willisen hielt das für den Ableiter aller bösen Säfte, obgleich er sah, daß die Anarchie in der Provinz bald zur Explosion führen mußte. Sein Zorn richtete sich gegen die Deutschposener, "jenes bornierte, innerlich verkehrte Geschlecht, das mich auf jede Weise scheel angesehen und geradezu verleumdet hat".70) Er konnte diese plötzlich erwachte Volksbewegung nicht verstehen; denn als er vor 10 bis 15 Jahren in Posen war, gab es ja kaum ein politisches Leben im Posener Deutschtum. Alle Massenaktionen waren seinem Wesen von vornherein zuwider — und nun gar diese, die von der sittlichen Aufgabe Preußens, in Posen die Wieder-

⁷⁰) Aus dem Schreiben an Auerswald vom 9. 4.

⁶⁸⁾ Vgl. Frd. Koch, HM XIV, S. 103. Das Manifest der Bromberger Versammlung teilweise gedruckt in Paul Fischers, Erinnerungen an den polnischen Aufstand", S. 30. Das an das Ministerium gesandte Stück trägt den Vermerk, citissime, 11. 4." von der Hand Auerswalds. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. III vol. 1), — Die Beschlüsse der Schneidemühler Versammlung: ZAWG f. 77. — Die hier geäußerten Gedanken sind oft denen sehr ähnlich, die in verwandter Lage im Winter 1919 auftauchten!

⁶⁹⁾ Seine Berichte hat Willisen in den "Aktenstücken und Bemerkungen über meine Sendung nach dem Ghzt. P." im folgenden Jahr veröffentlicht und dabei an mehreren Stellen besonders heikle Punkte und scharfe Wendungen gegen Deutsche und Juden, Militär und Beamte gestrichen. Die Originale befinden sich zum größten Teil in Rep. 77 tit. 539 II; sie sind im folgenden vielfach herangezogen.

herstellung des polnischen Staates vorzubereiten, nichts wissen wollte, sondern Kanonen verlangte.

Dabei war er durchaus nicht gegen eine Abtrennung der deutschen Grenzbezirke und hat diesen Gedanken nicht nur in Briefen an Auerswald und Schleinitz ausgesprochen, sondern auch den Polen, die davon natürlich nichts wissen wollten, klarzumachen versucht, daß die Abtrennung der deutschen Gebiete eine rein polnische Reorganisation erheblich erleichtern würde. Es war für ihn auch selbstverständlich, daß die eben erst erbaute Festung Posen nicht in polnische Hände fallen dürfe; vor dem Regierungskollegium hat er das von Anfang an erklärt, öffentlich aber wollte er diesen Punkt noch nicht berühren. Immer wieder versuchte er, den Deutschen ihre Besorgnis vor der "Polonisierung" als unbegründet auszureden. Vergeblich, — es schien so, als sei er bei der furchtbaren Erregung im Lande schon zu spät gekommen.⁷¹)

Von neuem erregte er den Zorn der Deutschen, als er am 9. April öffentlich zusicherte, die zum Heeresdienst brauchbaren und willigen Angehörigen der polnischen Freischaren könnten in die preußische Armee eingestellt werden, und zunächst im Feldlager bewaffnet beisammen bleiben. Wenn sich aber bis zum 11. der Rest nicht aufgelöst habe und die Ruhe nicht wieder hergestellt sei, dann sollten die Kanonen reden. Längeren Aufschub hatte Colomb nicht mehr zugestanden.

Bei der Einstellung von Aufständischen in sein Armeekorps konnte der aber nicht mehr mittun. Er hatte schon am 6. April dem König in einem Immediatbericht erklärt, er wollte endlich einschreiten, und darauf hingewiesen, wie gefährlich es sei, mit den Polen vor Wiederherstellung des gesetzlichen Zustands zu verhandeln und ihnen Versprechungen zu machen, welche die Deutschen verletzen müßten.⁷²) Die Reorganisationskommission müßte von allen Ständen, allen Kreisen und aus beiden Nationalitäten gewählt werden — so vereinigen sich seine Wünsche mit denen der deutschen Bevölkerung. Den Kriegsminister bat er dringend, als ihn dieser zur Unterstützung der Friedensbemühungen Willisens aufgefordert hatte, "daß man die Rücksicht und den Schutz, welchen der Staat der deutschen Bevölkerung schuldig ist, der Polen wegen nicht schmälere".

⁷¹⁾ Vgl. seine Erklärung in der Ztg. d. Ghzt. P. 17. 4., Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P. S. 37, Lipski Beiträge S. 97 f., A. u. B. S. 23., Offener Brief S. 9., einen ungedruckten Entwurf "Notgedrungene Abwehr" und den Brief H. Wendts an Emilie v. Willisen v. 21. 4. (KlÖ.). — Am 8. 4. schreibt diese ihrem Schwager, dem Grafen Yorck: "Ich habe soeben einen Brief von Wilhelm aus Posen vom 7., der leider auch dort "zu spät" gekommen zu sein scheint, um die Verhältnisse auf gütlichem Wege zu ordnen. "Der Zustand ist furchtbar", schreibt er, "noch kann ich ihn nicht ganz übersehen, in drei Tagen aber muß es sich entscheiden."...."

Willisen scheint dabei nicht immer konsequent gehandelt zu haben,

vgl. Ztg. d. Ghzt. P. 12. 4.

⁷²) HeA. Rep. 4. cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 1 f. 43. Das Schreiben an Reyher ebd. f. 33.

Die Antwort auf den Immediatbericht war eine Kabinettsorder vom 8. April, die von keinem Minister gegengezeichnet war: "Wenn es dem General v. Willisen, wie ich vorhersehe, nicht gelingt, die Entwaffnung der polnischen Bevölkerung und die Rückkehr zur gesetzlichen Ordnung und Gehorsam zu bewerkstelligen, so erwarte ich, daß Sie dann meinen Befehl vom 4. d. M.... zu energischer Ausführung bringen werden".73) Als General v. Neumann das noch am gleichen Tage den Ministern mitteilte, waren sie nicht wenig überrascht und erklärten sofort, daß man von Berlin aus den Zeitpunkt zum bewaffneten Einschreiten nicht bestimmen könne und dies vor dem Scheitern von Willisens Versuch überhaupt nicht geschehen dürfe. Das wurde Colomb in der Nachschrift zu einem Brief Reyhers mitgeteilt, in dem sonst etwa das Gegenteil von dem in der Kabinettsorder befohlenen steht: Er solle die Lage in Posen mit möglichster Schonung behandeln, denn der Rücktritt Willisens würde der Regierung die größten Verlegenheiten bereiten. Die Bildung eines Posener Freikorps war vom Staatsministerium abgelehnt worden. Das gleiche teilte Auerswald auch Willisen mit 74) und fügte hinzu, daß einer anderweitigen Einstellung der zum Dienst Tauglichen und Willigen nichts entgegenstände; bevor Willisen auf einen friedlichen Erfolg verzichtet habe, dürfe Colomb nicht zur Anwendung äußerster Mittel schreiten. Er bat Willisen dringend auszuharren die Aufregung der Deutschen, meinte er, würde sich infolge seiner Maßregeln schon legen!

Ordre, contreordre, désordre! Was sollte da Colomb, täglich von deutschen Deputationen bestürmt, anders tun, als sich an den Befehl des Königs halten und marschieren lassen? Was sollte Willisen anders tun, als mit allen Mitteln eine friedliche Einigung mit den Polen herbeizuführen trachten? Ein Zusammenstoß zwischen den beiden Generalen war die nächste Folge; eine Einigung war nicht herbeizuführen, und Willisen bat den Kriegsminister schließlich um einen ausdrücklichen Befehl an Colomb, den mit den Insurgenten abgeschlossenen Bedingungen gewissenhaft nachzukommen und erklärte ferneres Zusammenwirken für unmöglich. 75) Denn er verhandelte mit den Führern der Polen weiter auf der Grundlage seiner Proklamation vom 9. und wollte ihnen die Einstellung der diensttauglichen Freiwilligen (sogenannte Klasse 3) in die Posener Division zugestehen. Vergeblich bemühte er sich, Colomb von der Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen. Er konnte nur den Aufschub der Operationen um 24 Stunden erreichen. Generalleutnant v. Wedell aber erreichte die Nachricht davon nicht mehr

⁷⁴) ZOG IV. S. 369 f. und A. u. B. S. 31 f. Das Ministerium war am 8. noch nicht im Besitz der englischen und französischen Antworten auf Arnims Schritt vom 29. 3!

⁷³⁾ ZOG IV. S. 344 f. S. auch Hallgarten S. 66, Anmkg. Vgl. Anmkg. 61 zu diesem Abschrift.

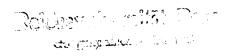
⁷⁵) Willisen an Colomb 10. 4. (A. u. B. S. 35.). Colomb an Willisen, Willisen an Reyher 10. 4. (HeA. Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 1 f. 87-92). — Über das Gefecht von Tremessen vgl. Kunz, Die kriegerischen Ereignisse im Ghzt. P., S. 45-50.

rechtzeitig: am Vormittag des 10. April hatte er schon das polnische Lager in Tremessen angegriffen. Während dieses ersten Gefechts kam der Befehl zum Aufschub des Angriffs. Die Preußen brachen ab und zogen sich aus der Stadt zurück, die die Aufständischen nun wieder unter Greueln und Plünderungen besetzten. Diese Scheußlichkeiten, für die allgemein Willisens Zögern und Paktieren verantwortlich gemacht wurden, haben unter den Posener Deutschen die größte Erbitterung hervorgerufen.

Am nächsten Tag rückten die Preußen unter Colomb vor Schroda. Willisen verhandelte noch — doch für den Mittag erwarteten die Truppen den langersehnten Angriff. Da geschah etwas, was die einfachen Landwehrleute, die endlich mit den Rebellen abrechnen wollten, nicht begreifen konnten: Ein preußischer General verhandelte mit diesen Rebellen und rettete sie vor der Vernichtung! Im Kampf gegen die polnischen Radikalen (Mierosławski) war es Willisen doch noch gelungen, mit den gemäßigten Führern der polnischen Bewegung ein Abkommen abzuschließen und damit von dieser Seite den Weg freizumachen für die Fortführung der Arnim'schen Politik. Diese Konvention von Jaroslawiec (11. April) ⁷⁶) setzte fest, daß die Dienstuntauglichen sofort heimgeführt und die Landwehrleute in ihren Stabsquartieren gesammelt werden sollten; die Klasse 3 sollte unter Oberaufsicht eines preußischen Offiziers und im Besitz der Handwaffen in Wreschen, Xions, Miloslaw und Pleschen beisammen bleiben, bis über die Art ihrer Einstellung in die Posener Division entschieden sei. Alle anderen Orte sollten von den bewaffneten Abteilungen in drei Tagen geräumt werden. Schließlich Amnestie für die Militärangehörigen als solche, Nichtauslieferung der Ausländer, Wiedereinsetzung der Behörden nach Anerdnung der Reorganisationskommission und Rückgabe bzw. Ersatz des geraubten Privateigentums. In einer Woche sollte die Befriedung des Landes vollendet sein. Den Text sandte Willisen dem Ministerium sofort durch den Grafen Potworowski, den er zum künftigen polnischen Oberpräsidenten ausersehen hatte und der dann gleichzeitig in Berlin das polnische Komitee vertrat.

Die vorrückenden Truppen nahmen das Abkommen mit großer Wut auf ⁷⁷) — sie empfanden es als eine Entehrung der preußischen Waffen,

men Ganzen retten zu können, die nach dem Scheitern des Aufstands bis in die Reaktionszeit hinein das Ziel der preußischen Polen blieb. 12. 4. (Nachlaß Wilhelms I., HaA); Major v. Olberg an v. Reyher, 11. 4., 12. 4. (HeA. Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 1 f. 48-54). 237 und Laubert, Gött. Gel. Anz. 1913, S. 411.



⁷⁶) Abdrucke: Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P. S. 39. A. u. B. S. 37, Voigts-Rhetz, Aktenmäßige Darstellung S. 19., L. v. J. S. 51, Brodowski, Kraszewski und Potworowski, Zur Beurteilung der polnischen Frage S. 34. — Die Ansichten der polnischen radikalen Revolutionspartei gibt Mierosławski, Powstanie Poznańskie w roku 1848, Kap. VI, wieder. Die Gründe der gemäßigten Gruppe für den Abschluß der Konvention gibt die bei Ad. Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse im Ghzt. P. S. 97 f., gedruckte Erklärung Libelts und Stefańskis an; sie glaubten auf diese Weise noch dem Großherzogtum die Stellung eines administrativ und militärisch in sich geschlossenen Ganzen retten zu können, die nach dem Scheitern des Aufstands bis in die Reaktionszeit hinein das Ziel der preußischen Polen blieb.

ähnlich wie den Rückzug aus Berlin am 19. März. Sie kannten die Zusammenhänge der großen Politik nicht und hatten für Willisens Verhalten nur das eine Wort: "Verrat"! Gleiche Empörung herrschte unter den Offizieren, die zum Teil die allerschwersten Vorwürfe gegen ihn erhoben. In Posen kam es am Abend des 11. April zu erregten Tumulten des deutschen und jüdischen Pöbels vor Willisens Wohnung. Er sollte Posen sofort verlassen, verlangte die tobende Menge, und kaum gelang es Schreeb, Colomb und Steinäcker, sie zu beruhigen.⁷⁸)

Über die Konvention äußerte sich Colomb zunächst gar nicht, er hätte sie wohl am liebsten verworfen. Doch konnte Willisen das Regierungskollegium für die Anerkennung gewinnen, und schließlich mußte auch Colomb sich entschließen, sie zu respektieren. Nun gelang es auch, die aufgeregte deutsche Volksversammlung, die schon Willisens Abberufung verlangen wollte, zur Ruhe zu bringen, und danach gingen auch die Polen, die sich schon zu Willisens Schutz sammelten, auseinander.⁷⁹)

Willisen erklärte am 12., er denke nicht daran, "auch nur das kleinste Recht seiner Landsleute preiszugeben" und sehe seine Sendung als beendet an, wenn die polnischen Lager jetzt nicht aufgelöst würden. 80) Dann reiste er ab, um ihre Auflösung zu beaufsichtigen. Während er bei den Polen weilte, steigerte sich die Erbitterung der Deutschen gegen ihn von Stunde zu Stunde. Konnten sie jetzt doch wirklich annehmen, daß über ihren Kopf hinweg die Reorganisation durchgeführt werden solle: d. h. daß ihre Hoffnungen auf einen Anteil an der Selbstverwaltung der Provinz und auf den Anschluß an den Deutschen Bund vergeblich sein sollten. Von neuem wurden dem Staatsministerium die Wünsche auf Abtrennung vom Großherzogtum vorgetragen: Die Deutschposener wollten nicht die Opfer einer neuen Kabinettspolitik werden. Stadt und Kreis Meseritz erklärten sogar offen, den Anordnungen der Posener Regierung, soweit sie ihre Rechte benachteiligten, nicht mehr folgen zu wollen; sie meinten, diese stände ebenso wie Willisen unter "dem Einfluß einer den Interessen der deutschen Grenzkreise feindlichen Fraktion" - sie wollten sich aber nicht von Deutschland trennen und einem fremden Volke unterwerfen lassen! Der Schritt der Zeit hätte "alle antinationalen staatlichen Territorialabgrenzungen" vernichtet.81) Lissa besonders ging jetzt eifrig daran, die Säumigen im Südwesten der Provinz aufzurütteln und einen Zusammenschluß aller Posener Deutschen zu versuchen.82)

vom 11. 4. (ZAWG f. 46) u. a.

**2) Aufrufe des ,, Vereins zur Wahrung der deutschen Sache im Ghzt. P.": 11. 4. an die Bewohner der Städte, 13. 4. an die Bewohner der Landgemeinden, 14. 4. Offenes Sendschreiben an Willisen.

(ZAWG f. 43, 49, 50).

⁷⁸⁾ Wuttke S. 248, Hepke S. 23, Ztg. d. Ghzt. P. 13. 4.
79) Heinrich Wendt an Emilie v. Willisen, 12. 4. Lebenserinnerungen seines Sohnes Gustav Wendt, S. 36.
80) Vgl. A. u. B. S. 42; Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt.
P... S. 35, Hepke S. 65, L. v. J. S. 55.
81) Aus einer Fraustädter Protesterklärung (Rep. 77 tit. 539 II

f. 139). – Vgl. hierzu die Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P. S. 37 f., den offenen Brief des Meseritzer deutschen Komitees an Willisen

Um wieviel gefährlicher war doch durch Willisens Verhalten die Lage in der letzten Woche geworden! Die Regierung mußte, wenn sie über das Abkommen entschied, diesen Dingen ernste Aufmerksamkeit zuwenden. Auch der Ausgang der Verhandlungen des Provinziallandtags verlangte von ihr unbedingt eine klare Stellungnahme. Deutsche Abgeordnete erschienen fast täglich mit einem neuen Stoß Petitionen im Ministerium des Innern, kamen schon mit Entwürfen für die Demarkationslinie, forderten unverzügliche Entscheidung. Am 14. April reichten die deutschen Deputierten aus dem Großherzogtum eine ernste Beschwerdeschrift gegen Willisen ein und warfen ihm vor, er habe sich nicht an den Willen der Regierung gehalten, weitere Verstärkung der Insurgenten geduldet und in die Reorganisationskommission vier Deutsche ohne öffentliches Vertrauen berufen — ja sie zogen sogar die Lauterkeit seiner Gesinnung in Zweifel.83)

In der äußeren Politik stieß Arnim auf Schwierigkeiten, die Polensympathien in Deutschland begannen zu erkalten, und die Gegenrevolution, die von einem Abkommen mit den Polen schon gar nichts wissen wollte, erstarkte. Die Camarilla und das gesamte Offizierkorps waren wütend über die Verhandlungen von Jaroslawiec 84), aber der König. welcher den Polen ursprünglich nicht einen bewaffneten Mann hatte lassen wollen und der sehr auf den Schutz der Deutschen bedacht war, entschloß sich unter der Einwirkung seiner Minister, die in diesen Tagen die ersten Freudenberichte Willisens über das Gelingen seines Werks erhielten, die Konvention mit einigen kleinen Änderungen doch zu genehmigen. Damit war der Zeitpunkt gekommen, wo man endlich auch den dringenden Forderungen der Deutschen nachgeben mußte. Am 14. April erging eine Kabinettsorder 85), welche anordnete, "daß die der polnischen Bevölkerung der Provinz verheißene nationale Reorganisation auf diejenigen Landesteile der Provinz, in welchen die deutsche Nationalität vorherrschend ist, nicht ausgedehnt werden darf". Ohne Verzug sollte ihr Anschluß an den Deutschen Bund herbeigeführt werden, und damit sei nun, so hoffte das Ministerium, das wesentlichste Hindernis für die Ausführung der Reorganisation gefallen. Sofort verständigte Auerswald Willisen und den Regierungspräsidenten v. Schleinitz, die unverzüglich die Neuigkeit bekanntgaben. Schleinitz' Bekanntmachung kam gerade zurecht, um die Lage im Netzedistrikt vor den neuen Versammlungen am 16. noch zu entspannen. Das polnische Nationalkomitee erhob Einspruch gegen diese Teilung des Großherzogtums und versprach, daß das neue Polen einst den gemischten Gebieten die freie Selbstbestimmung zugestehen werde.86) Friedrich Wilhelm — und mit ihm auch

⁸³⁾ Rep. 77 tit. 539 II f. 66.
84) Vgl. Erinnerungen Leopold v. Gerlachs, S. 151, Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig v. Natzmer Bd. I, S. 216 f. ("Unter den Hohenzollern", Gotha 1888), Meyendorffs Depeschen v. 16., 17. und 19. 4. (Briefwechsel II, S. 68-75).
85) Abdrucke A. u. B. S. 58, L. v. J. S. 60 u. a.
86) Wuttke S. 252. Mémoire historique sur les événements dans le Grand-Duché de Posen S. 45 f. (PrStB).

der Außenminister v. Arnim, durch die Zurückhaltung der Westmächte in seinen Plänen gestört — glaubte schon, dem Zaren jetzt endlich durch die bereits seit einiger Zeit geplante Entsendung des Generals v. Pfuel den Standpunkt Preußens in der Posener Frage näher erläutern zu können.⁸⁷) Voraussetzung zu einem solchen Schritt war, daß man in Posen bereits zu einem festen und sichtbaren Ergebnis gekommen war, welches Nikolaus beruhigen konnte. Bis es aber soweit war, sollte es noch länger dauern, als man jetzt erwartete.

Der Mangel einer klaren Abgrenzung des von der Reorganisation ausgeschlossenen Gebietes erhielt manche Gegenden einige Tage in erhöhter Aufregung. Erst in einer Sitzung des Ministeriums am 17. wurden die Grenzen gezogen: der ganze Netzedistrikt, die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst und Fraustadt, vom Kreise Kröben die Städte Rawitsch, Jutroschin und Kröben, vom Kreise Buk die Stadt Grätz sollten dem Deutschen Bund einverleibt werden - ein Gebiet von etwa 593 000 Einwohnern, dessen Abgrenzung im einzelnen vorbehalten blieb. Zu diesem Zwecke sowie zur Einholung genauerer Nachrichten wurde der Oberst v. Stavenhagen nach Posen entsandt.88) Am 18. erging ein Erlaß an den Gesandten am Bundestag, den Anschluß mit möglichster Beschleunigung zu betreiben. Am 22. hieß der Bundestag den preußischen Antrag gut; die meisten Regierungen wünschten auch die Aufnahme von Stadt und Festung Posen in den Bund, nur Badens Vertreter, Welcker. zweifelte an den "Wünschen der Einwohner" und wollte die endgültige Regelung "den betreffenden Regierungen" (!) überlassen. Das jetzt in den Bund aufgenommene Gebiet hatte acht Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung zu wählen. Schon am 21. April hatte Auerswald Beurmann aufgefordert, auch ohne genaue Abgrenzung rasch die Wahlen für den 1. Mai vorzubereiten.89)

Die Deutschposener Bewegung hatte damit ihren ersten Erfolg erreicht. Dieser Lösung, die den völkischen Verhältnissen ja in weitem Maße entsprochen hätte, standen — von verkehrs- und militärgeographischen Schwierigkeiten ganz abgesehen — erhebliche staatspolitische Bedenken gegenüber. Niemand hat das klarer erkannt als Bismarck, wenn er unter heftigen Angriffen auf Willisen diesen Versuch einer Lösung der Posener Frage, der den Polen nie genügen konnte, obwohl er die gegebenen Nationalitätenverhältnisse soweit wie möglich berücksichtigte, als eine unverantwortliche und bedauerliche Don-Quixoterie bezeichnete.90)

das diese damals nicht drucken wollte und erst am 5. 1. 86 veröffentlichte. Ähnlich, wenn auch zurückhaltender äußert sich auch Flottwell a. a. O.



⁸⁷) H. v. Arnim an den König 15. 4. (Haenchen, Revolutions-briefe 1848, S. 74).

⁸⁸⁾ Wuttke S. 249. Denkschrift S. 39. — H. Wendt an Emilie v. Willisen 19. 4. (KlÖ.) Eduard v. Flottwell an Immanuel Hegel 24. 4. (mitgeteilt von Laubert, Deutsche Revue 47. Jg. 1. Bd. S. 220. 1922).
89) Arnim an Auerswald und an den Bundestagsgesandten v. Dön-

hoff 18. 4., dessen Bericht vom 23. 4.; Auerswald an Beurmann 21. 4. (Rép. 75 A. P 57; Rep. 77 tit. 539 I vol. 1 f. 259; tit. 539 V f. 8 ff.)

90) In seinem Schreiben an die Magdeburgische Ztg. v. 20. 4. 48, das diese damals nicht drucken wollte und erst am 5. 1. 86 veröffent-

Abschnitt IV.

Der deutsche Sturm im Posener Land.

Weder die Übereinkunft von Jaroslawiec noch die Kabinettsorder vom 14. April waren auch nur entfernt imstande, die aufgeregten Massen zu beruhigen. Die Polen sahen in dieser nur eine neue Teilung ihres Landes, und die Deutschen der inneren Kreise fürchteten die Reorganisation nur um so mehr. Die polnische Bewegung erhielt jetzt einen ausgesprochen deutschfeindlichen Charakter; das Nationalkomitee in Posen verlor schon seit Anfang April die Führung der Massen. Die Landarbeiter und das Gesinde der Gutsbesitzer hatten die Waffen ergriffen. weil ihnen Land versprochen war. Sie sahen jetzt die Herren vom Komitee ihren Frieden mit den Preußen schließen, ohne daß ihnen die Versprechungen erfüllt wurden; hier und da begannen sie schon ihre adligen Führer tätlich zu bedrohen.1) Zur sozialen Unzufriedenheit kam in den nächsten Wochen eine wachsende religiöse Fanatisierung der Scharen. Die polnische Revolution erreichte allmählich jenen Wendepunkt im Gange jeder Revolution, an dem die entfesselten natürlichen Triebe nicht mehr in Formen und Ordnungen zu fassen sind — an dem die Massenleidenschaften gegen Besitz und Bildung zu toben beginnen. In Ludwig Mierosławski — dem Revolutionär um der Revolution willen. dem erbitterten Gegner der Szlachta und des Nationalkomitees, das mit den Preußen paktierte, anstatt einen Volksaufstand zu wagen fanden die Massen den Führer, der ihrer Stimmung Ausdruck gab und der sie mit sich riß. Er wollte von der Auflösung der Lager nichts wissen, sondern weiterkämpfen. In dem Augenblick, da in Baden die radikale republikanische Partei noch einmal den Aufstand wagte, konnte er vielleicht auf das Gelingen seiner Absichten hoffen. Die Versuche, die Sensenleute heimzusenden, vereitelte er möglichst, oder er ließ ihnen nur Urlaubspässe geben. Es sah fast so aus, als sollte das Abkommen den Polen nur Gelegenheit zur Verstärkung und besseren Organisation ihrer Truppen geben. Die Emigranten und die Überläufer aus Rußland und Österreich

¹) Beispiele für diese Entwicklung gibt Schmidt S. 239 f.; er deutet jedoch die vorwiegend wirtschaftlich-sozialen Forderungen der Landarbeiter-Scharen in rein nationale um. Die Gutsbesitzer des Kr. Pleschen haben ihre Besorgnisse deswegen sogar durch eine Abordnung in Berlin ausgesprochen (A. u. B. S. 81). Ein Stimmungsbild aus diesen Tagen gibt der von Laubert in der Zeitschrift, "Aus dem Posener Lande" (Jg. X S. 333, 1915) veröffentlichte Brief eines deutschen Gutsbesitzers im Kr. Kosten. — Über das Zusammentreffen der Aufstände in Posen und Baden vgl. Sybel, Bd. I, S. 153 f., über die "Krisis der Revolution" u. a. Arthur Liebert, Vom Geist der Revolutionen, S. 62 f. (Berlin 1919). Vgl. Anmkg. 76 des vorigen Abschnitts.

in den Scharen wollten einfach nicht auseinandergehen. Wenn den in geschlossenen Trupps bewaffnet nach Hause marschierenden Sensenleuten preußisches Militär entgegentrat, so fühlten sie sich nun von allen Seiten verraten. Es mag sein, daß sich die erbitterten Landwehrleute dabei Übergriffe erlaubten -- jedenfalls aber sollten die militärischen Maßregeln erst nach der Ausführung des Abkommens eingestellt werden. Dies alles ließ die Unruhe und Ungewißheit wachsen, und die. Nähe preußischer Truppen erschwerte daher die Auflösung der immer unruhiger werdenden Scharen, deren Leitung schließich den bisherigen Führern völlig aus der Hand glitt. (Wohin aber würde es unter solchen Verhältnissen erst gekommen sein, wenn den Polen keine preußischen Truppen gegenüber gestanden hätten!?) Jedenfalls wurde es so unmöglich, die Konvention, trotz allen guten Willens auf seiten Willisens und wohl auch beim polnischen Komitee, wirklich völlig auszuführen. Eine tatsächliche Befriedung des Landes ist nicht erreicht worden; die Schuld daran haben nachher beide Seiten einander zugeschoben, auch Willisen selbst ist von persönlicher Verantwortung nicht freizusprechen.²)

Vor dem Abzug von Wreschen hat die polnische Besatzung, nachdem ein bewaffnet abziehender Haufe mit blutigen Köpfen zurückgeschickt war, unter den dortigen Juden eine gräßliche Metzelei angerichtet, die wenig später in Miloslaw nachgeahmt wurde und alsbald in ganz Deutschland größtes Aufsehen erregte. Colomb sah sich nun veranlaßt, die Konvention für gebrochen zu erklären, und so zogen seit dem 17. April mobile Kolonnen durchs Land.3)

Zunächst aber schien Willisens Versuch vom Glück begünstigt zu sein. Daher beschränkte sich das polnische Nationalkomitee, das nun eine Möglichkeit zur Erfüllung seiner Wünsche nahe sah, auf das Abschicken von Petitionen. Von dem Erfolg Willisens hing auch seine Zukunft ab. Der Sieg Mierosławskis im polnischen Lager wurde der letzte Anlaß zum Scheitern von Willisens Sendung und so von folgenschwerer Bedeutung für die weitere Entwicklung.4) Willisen reiste, während sich die Deutschen täglich mehr über ihn entrüsteten, in Begleitung von Komiteemitgliedern in den Lagern umher und beaufsichtigte ihre Auflösung. Die Polen verstanden es, wo er hinkam, Ordnung zu schaffen, und so gewann er wirklich den Eindruck, als wollten sie ausein-

und seine eigene Darstellung in "Powstanie poznańskie w roku 1848" (Paris 1861), Kap. VII-IX.



²⁾ Vgl. die "Offizielle Nachweisung, welche Artikel der Konvention von Jaroslawiec von den Polen gebrochen worden sind". (H. W., Die neueste polnische Insurrektion S. 11 f. u. a.), ferner A. u. B. S. Die neueste polnische Insurrektion S. 11 f. u. a.), ferner A. u. B. S. 43-53, S. 62-67, Voigts-Rhetz, Aktenmäßige Darstellung S. 20-28, Zur Beurteilung der polnischen Frage S. 10-16. — S. auch Wuttke S. 253, Kunz S. 19-26, Schmidt S. 241 f.

3) Ztg. d. Ghzt. P. 17. 4. Wuttke S. 470, Voigts-Rhetz S. 27. Anders Willisen im Schreiben an Colomb v. 16. 4. (A. u. B. S. 63). — Über den Eindruck in Berlin vgl. Ad. Wolff, Bd. II S. 201, über den in Frankfurt Kersts Brief v. 26. 4. (Chr. Meyer S. 53).

4) Die Petitionen des polnischen Komitees: Zur Beurteilung der polnischen Frage, S. 35-44. Über Mierosławski vgl. A. u. B. S. 63 und seine eigene Darstellung in "Powstanie poznańskie w roku 1848"

andergehen und als läge es nur an dem täppischen Verhalten der preußischen Truppen, daß sie die Lager nicht verließen. Er wollte daher auch in den Wreschener Greueln keinen Anlaß zu bewaffnetem Eingreifen sehen und räumte den Polen sogar noch neue Lager zum Durchzug ein, ohne allerdings dem Kommandierenden General rechtzeitig davon etwas mitzuteilen. Je mehr er aber mit Nachgeben und Zureden die Lage zu retten hoffte, desto schwieriger wurde sie dadurch, daß jetzt jeder seiner Schritte die Erbitterung der Deutschen noch vergrößerte. Colomb hat seinerseits auch nichts getan, um Willisen seine schwere Aufgabe zu erleichtern.5)

Gleichviel, ob die Truppenbewegungen eine wesentliche Ursache dafür waren oder nicht - eine völlige Wiederherstellung der Ruhe gelang nicht. Immerhin hatten Wreschen und Schroda von preußischen Truppen besetzt und einige Landräte in insurgierten Kreisen wieder eingesetzt werden können. Am 17. April erklärte Willisen, die Bedingungen des Abkommens seien überall, wo sie rechtzeitig bekannt wurden, gewissenhaft erfüllt und der Friedenszustand wieder hergestellt worden. Nun sollte sofort mit der Reorganisation begonnen werden, und er unternahm schon die ersten Schritte zur Einsetzung von Kreiskommissaren, die den Landräten als Vertreter der Kreisstände zur Wahrnehmung der Interessen der Einwohner zur Seite stehen sollten — ein Schritt, zu dem er wohl nicht bevollmächtigt war.6) Die deutsche Bevölkerung konnte in der gleichen Zeitungsnummer, in der Willisen dies ankündigte, in einer Proklamation des Generalleutnants v. Wedell, dem sie mehr Vertrauen schenkte, über den Frieden in der Provinz die entgegengesetzte Meinung lesen und empörte sich nun aufs höchste, als Willisen solche Kreiskommissare auch in einigen Kreisen des Netzedistrikts einsetzen wollte, die nach dem Sinn der Kabinettsorder vom 14. April zweifellos von der Reorganisation nicht betroffen werden sollten. Die Posener Regierung hatte die Einführung von Kreiskommissaren in ihrem Bezirk zunächst auf den Herd des Aufstands, die Kreise Schroda, Wreschen und Pleschen, beschränken wollen und hatte sogar gegen die Einsetzung eines Vertreters für den zuweilen recht schroffen und wenig polenfreundlichen Landrat v. Schmidt in Schroda nichts einzuwenden.7) Willisen konnte in den Kreisen Pleschen und Schildberg deutsche Vertreter für die mißliebigen geflohenen Landräte einführen. In anderen Kreisen aber, wie in Schroda, Kröben und Krotoschin, widersetzten sich die Landräte selbst der Einführung von Kreiskommissaren. Im Kreise Krotoschin hatte der Landrat Bauer bisher selbst Ordnung halten können. Erst

 $^{^5)~{\}rm Vgl.}$ Colombs ,,Darstellung der Umstände..." (ZOG IV) und A. u. B. S. 66 f.

⁶⁾ Das hat Willisen selbst dem Landrat Bauer zugegeben. Vgl. dessen Bericht v. 18. 4. (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1) und A. u. B. S. 68 (Bekanntmachung vom 17. 4.), S. 71 (Instruktion für die Kreiskommissare) und S. 84 f. Die Instruktion auch bei Lipski, Beiträge zur Beurteilung... S. 44 f.

⁷⁾ Berichte Beurmanns v. 15. 4. und des Regierungsvizepräsidenten v. Kries v. 25. 4. (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1.)

in den Tagen von Willisens Anwesenheit im Kreise gab es Unruhe bei den Polen, und die Einwohner der Orte im Süden des Kreises stellten sich nach einer Protesterklärung gegen Willisens Tätigkeit unter den Schutz der Breslauer Regierung,⁸) die nun das Landratsamt als selbständige Kreisverwaltung anerkannte, zunächst jedoch nur militärische Unterstützung durch Truppen des 6. Armeekorps zusagen konnte. Auerswald war freilich mit diesem eigenmächtigen Vorgehen des Breslauer Oberpräsidenten nicht einverstanden.

Noch mehr Aufregung riefen Willisens Reorganisationsversuche im Netzedistrikt hervor.9) Als er die meisten Landräte des Regierungsbezirks Bromberg am 16. zur Ernennung von Kreiskommissaren nach Gnesen lud, weigerten sie sich, in diesen hochkritischen Tagen ihre Posten zu verlassen und wandten sich um Rat an den Regierungspräsidenten. Die Sache wurde bald ruchbar; schon am nächsten Tage kamen aufgeregte Abordnungen zu Schleinitz. Er bat Willisen um sofortige Rücknahme der ungesetzlichen Verfügung und lehnte, wenn das nicht geschähe, die Verantwortung für alles Kommende ab. Auf seine Beschwerde hin ließ Auerswald die Ernennung von Kreiskommissaren in den deutschen Kreisen wieder rückgängig machen. Eine Plenarsitzung der Bromberger Regierung machte am 18. April scharf Front gegen Willisen, deckte die Landräte und stellte fest, daß ein derartiger Versuch zur Beschwichtigung eher eine deutsche Empörung hervorrufen als den Frieden wieder herstellen könne. Zur Beruhigung der Bevölkerung wurden die wesentlichen Punkte dieses Beschlusses veröffentlicht. Willisen verzichtete nun auf die Zusammenkunft in Gnesen und kehrte — stark verbittert — am 19. April spät abends von seiner Rundreise nach Posen zurück.

Da mußte er nun das Bitterste erleben: der Stadtkommandant v. Steinäcker verweigerte ihm den Eintritt in die Stadt; denn die Aufregung und Erbitterung hatte bei der deutschen und jüdischen Bevölkerung und bei den Truppen jetzt einen solchen Grad erreicht, daß die militärischen Befehlshaber nicht mehr für die Sicherheit des königlichen Kommissars einstehen konnten! ¹⁰) In der Nacht hatte er im Fort Winiary noch eine Konferenz mit Beurmann und Colomb und versuchte vergeblich, sie für seine Ansicht zu gewinnen, daß die Polen jetzt beruhigt seien. Dann reiste er sogleich weiter nach Berlin. Was nun werden sollte, hing von der Entscheidung des Ministeriums ab. Willisen jedenfalls verließ die Provinz nicht mit dem Gefühl, daß er gescheitert sei.

⁸⁾ Oberpräsident Pinder an Auerswald und an Bauer 23. 4. und der weitere Schriftwechsel ebd. — Bauers Erklärung in der Ztg. d. Ghzt. P. 10. 5. — Vgl. W. Dersch, ZHG XXIX S. 268 f.

⁹⁾ Die Akten darüber: Rep. 77 tit. 539 II f. 13-30; vgl. A. u. B. S. 84. Es wird dabei meist nur vom Kr. Hohensalza gesprochen, dessen Landrat dem Regierungspräsidenten v. Schleinitz die erste Mitteilung gemacht hatte. Im Grunde geht es aber um den ganzen Netzedistrikt; nur in Bromberg und Wirsitz hatte Willisen keine Kreiskommissare einsetzen wollen.

¹⁰) A. u. B. S. 10.

Er glaubte wirklich, der Friede sei im großen und ganzen wiederhergestellt, wußte aber, daß wenn nicht äußerste Mäßigung auf beiden Seiten herrschte, doch noch der Bürgerkrieg ausbrechen könne. Wenn er allein die vollziehende Gewalt in Händen gehabt hätte, meinte er später, hätte er es wohl ohne Blutvergießen geschafft.11)

Allein hatte er seinen Kampf ausgefochten - gegen die Massenleidenschaften auf deutscher wie auf polnischer Seite und gegen einen Gegner, den er erst später ganz erkannte - den König und seine Umgebung. Die ihn auf polnischer Seite um ihrer eigenen Ziele willen unterstützen wollten, wurden mit in seinen Sturz verwickelt. Die Deutschen. die auf seine Seite zu treten bereit waren, standen bald allein inmitten aufgeregter Massen oder wandten sich von ihm ab, je mehr er offen zugunsten der Polen handelte und nicht mit gleicher Entschiedenheit auch deutsche Belange gegen die Polen verteidigte.12) Die Erhebung seiner deutschen Volksgenossen hat er wohl nie recht verstanden und von ihr nur die jeder Massenbewegung eigenen Schattenseiten gesehen. Gegen die Gutsbesitzer und Beamten an ihrer Spitze und zumal gegen die Juden hat er mehr als einmal die schärfsten Anklagen und die bittersten Vorwürfe ausgesprochen 13) — war er doch nach den Posener Märzereignissen nicht auf eine solche Wendung der Volksstimmung gegen ihn gefaßt gewesen! Er war von Anfang an auf die Hauptsache: schnelle und friedliche Lösung der Posener Frage ausgegangen und hat alles, was ihm nebensächlich schien, beiseite gelassen — nicht nur Form- und Personen fragen, sondern auch die rasche Abgrenzung des deutschen Teils.

Ietzt waren ihm die breiten Massen der deutschen Bürger und Bauern und besonders der Juden entschieden feind, die alle bei dem Stocken von Handel und Gewerbe langsam in Not gerieten, und wollten von Versöhnung mit den Polen nichts mehr wissen. Hinz und Kunz schalten Willisen jetzt schlechtweg Verräter, und auch Leute mit eigenem Urteil stimmten dem zu.14) Am 14. hatten gerade einige Beamte in der Posener Volksversammlung die Annahme eines Antrages auf Abberufung Willisens verhindert — zwei Tage später erklärte das deutsche Komitee dem Staatsministerium, daß Willisen das Vertrauen der Deutschen verloren habe und die Ordnung nicht wiederherstellen könne — vier Tage

¹¹⁾ Willisen an Friedrich Wilhelm IV. 15. 1. 49 (HaA). H. Wendt an Emilie v. Willisen 20. 4. 48, an Wilhelm v. Willisen 10. 8. 49 (KlÖ).

12) H. Wendt an E. v. W. 19. 4., 24. 4.

13) So schreibt er ganz unter dem Eindruck der Kundgebungen des letzten Abends am 12. 4. an Auerswald: "Die Deutschen hier bilden eine schmachvolle Bande: Juden, Beamte, welche um ihre Stelle bangen, zügellose Soldaten — besonders die Landwehr, aus der alle Disziplin zügellose Soldaten — besonders die Landwehr, aus der alle Disziplin verschwunden ist — bilden eine Bande, die jeden Tag Volksversammlung halten und tumultuarisch auf der Straße meine Entfernung verlangt, dem die hohe Generalität nichts anders entgegenzusetzen weiß, als daß sie sagt, sie würde mir raten, abzureisen... Es ist keine Kleinig-keit, in diesen Tagen standzuhalten!"

14) Ztg. d. Ghzt. P. 15. 4.—18. 4. Friedrich Bielefeld an Minutoli 13., 14 und 15. 4. (Nachlaß M. im GStA.)

später verlangte die Volksversammlung aufs bestimmteste Willisens Abberufung.15)

Aus allen möglichen Orten liefen Einspruchserklärungen gegen Willisens Reorganisationsversuche oder Bitten um seine Abberufung ein. Die Insurgenten — nun ja, sie waren eben jetzt der Feind; aber daß ein preußischer General offen für sie eintreten konnte, das schien unglaublich! Es gab zwar noch Optimisten, die auch nach allen Schwierigkeiten der letzten Tage noch an eine friedliche Lösung auf dem von Willisen beschrittenen Wege glaubten, 16) aber nur ganz wenige hielten jetzt noch an dem Gedanken einer deutsch-polnischen Verbrüderung im Kampfland fest, und diese wenigen taten es aus philanthropischen, nicht aus politischen Gründen. Der schwungvollste und namhafteste unter ihnen war der Lissaer Arzt Johann Metzig, 17) ein wohlwollender, idealistischer Menschenfreund, den die Verfehmung durch seine Mitbürger nicht davon abhielt, für Frieden und Versöhnung zwischen beiden Völkern und für das, was er für das Recht der Polen hielt, immer wieder warm einzutreten. Er versuchte, so etwas wie ein Posener Vaterlandsgefühl zu erwecken, das Deutsche und Polen vereinen sollte. Aber von seinem starren Rechtsstandpunkt aus kam er dahin, rein polnische Forderungen, wie die Erhaltung der Einheit des Großherzogtums Posen, seine eigene Verfassung, das Verlangen nach einer Posener Universität zu verteidigen. Sein doktrinärer Idealismus ist denn auch von den Polen als Vorspann für ihre Zwecke benutzt worden. Es war für sie nicht schwer, in Lissa mit solchen Mitteln für sich Stimmung zu machen. Denn der Südwesten der Provinz lag weit vom Schuß, das katholische Element war hier in der deutschen Bevölkerung zahlreich, und der Klerus bemühte sich mit Erfolg, Verwirrung in den Gemütern zu stiften.

Die katholische Geistlichkeit hat in der kritischen Stunde, da die Vernichtung der polnischen Revolution zu einem Augenblick drohte, in dem der polnische Bauer auf preußisch-deutscher Seite stand, vielleicht die polnische Zukunft in Posen gerettet, indem sie die politische Führung in ihre Hand nahm. Den Rückhalt, den der deutschen Bewegung das preußische Beamtentum bot, fand die polnische in der vom Erzbischof straff zusammengehaltenen katholischen Geistlichkeit. hat erst die polnischen Bauern für die Insurrektion gewonnen, indem sie ihnen vorredete, ihre katholische Religion sei gefährdet. Das spätere Schlagwort "Germanizacja jest Protestantyzacja" liegt bereits ihrer Pro-

¹⁵⁾ D. K. B. 15. 4., 18. 4., 22. 4.
16) H. Wendt (Mitglied des deutschen Komitees!) gratuliert Emilie v. Willisen sogar am 20. 4. zum Gelingen der Mission ihres Gatten. Ähnlicher Ansicht wie er war auch Beurmann (Brief Wendts v. 24. 4. KlÖ) — Vgl. auch A. u. B. S. 115.

¹⁷) Wilhelm Bickerich hat ihm eine mit viel Wärme geschriebene biographische Studie gewidmet (DWZ H. 7, S. 80-112, P. 1926). Metzigs wichtigste Flugschrift aus dem Jahr 1848 führt den bezeichnenden Titel "Friede sei mit Euch! Liebet Euch untereinander! Worte der Versöhnung an die Bewohner des Ghzt. P." Er hat auch 1863 den gleichen Standpunkt verfochten.

paganda zugrunde.¹⁸) Durch Aufrufe von der Kanzel aus oder im Beichtstuhl und zuletzt durch eine großangelegte Aktion des Erzbischofs versuchte der Klerus, den polnischen Bauern für den Aufstand zu gewinnen. "Folgt nicht den falschen Propheten einer anderen Sprache, eines anderen Landes und eines anderen Glaubens — bleibt Polen und bleibt der katholischen Kirche treu!" Vor allem richtet sich die Propaganda gegen die fremden lutherischen Beamten, überhaupt gegen den preußischen Staat und nebenbei gelegentlich gegen die Juden.¹⁹) Wirtschaftliche Verheißungen und religiöse Aufpeitschung gehen Hand in Hand mit der Erweckung der nationalen Leidenschaft, um auch den "in Loyalität dahindämmernden" polnischen Bauern in den Kampf zu treiben. Um aber die deutschen Katholiken heranzuziehen, stellte man dar, wie gefährdet der katholische Glaube sei, wenn einzelne Teile des Großherzogtums abgetrennt würden, und wie Preußen schon immer die Katholiken bedrückt habe.

Den Anstoß zu einer nachdrücklichen Bearbeitung der deutschen katholischen Bevölkerung gab ein Hirtenbrief des Erzbischofs Przyłuski vom 21. April. Statt dem von Posener und Berliner Behörden mehrfach ausgesprochenen Wunsch nachzukommen und wie der Bischof von Culm das Volk zur Ruhe zu mahnen, forderte er die Geistlichen auf, ihre Pfarrkinder zu befragen, ob sie wirklich "gleichgültig gegen die Bande der nationalen Verschmelzung und ihre religiöse Verwandtschaft mit den übrigen Teilen der Provinz" sich, wie es die Feinde der Kirche wünschten, durch die Einverleibung in den Deutschen Bund vom Sitz ihres Erzbischofs losreißen und so vielleicht den Schutz ihres Glaubens verlieren wollten. In allen Kreisen, deren Abtrennung vom Großherzogtum zu befürchten war, riefen die Priester nun ihre Parochianen zusammen und machten ihnen klar: wer es redlich mit seiner Religion meine, müsse sich dagegen verwahren, daß die Gegner des Katholizismus einzelne Kreise vom Großherzogtum abreißen wollten. Sie erklärten dann, sie wollten sich nicht von ihrem Erzbischof in Posen trennen und unterzeichneten die Protesterklärungen. Damit nahmen auch deutsche Dörfer feierlich ihre Unterschriften unter die Petitionen "der Evangelischen" zurück und wollten lieber unter ihren polnischen Glaubensbrüdern als unter den evangelischen Volksgenossen leben.²⁰)

^{18) &}quot;Durch die Umtriebe der katholischen Geistlichkeit hat der Aufstand einen bedenklichen Charakter angenommen," sagt die Posener Regierung in ihrem Zeitungsbericht für März und April. (Rep. 89 B X). Alle deutschen Flugschriften variieren den Vorwurf: "National war die Sache verloren — Kirche und Religion mußten zum Deckmantel der Bosheit dienen".

¹⁹⁾ Beispiele bieten der Aufruf "Do braci Polaków w powiecie babimostkim" d. d. Köbnitz 22. 4. (HeA Rep. 15a nr. 81 f. 43) und die "Proklamation an das deutsche römisch-katholische Volk des Ghzt. P." (E. Knorr, Die polnischen Aufstände S. 280, auch in Jordans Polenrede v. 24. 7., Stenogr. Berichte der deutschen Nationalversammlung S. 1149). — Treffende Urteile über diese Dinge fällen Meyendorff (Bd. II. S. 83 f.) und Circourt (Bd. II. S. 360 f.)

Si. 1739.

11, S. 83 f.) und Circourt (Bd. I, S. 360 f.)

20) Przyłuskis Hirtenbrief gedruckt bei L. v. J. S. 64, Knorr S. 279 u. a. — Die Protokolle und Petitionen dieser Versammlungen wurden dem Erzbischof und von diesem Anfang Mai dem Staats-

Auf solche Weise gelang es, fast von allen katholischen deutschen Gemeinden der Provinz Erklärungen gegen die Abtrennung vom Großherzogtum Posen zu erhalten; sie sind später von der polnischen Propaganda nach Kräften ausgenutzt worden. Dabei zeigte sich jedoch, daß die in überwiegend deutschen Gegenden ansässigen deutschen Katholiken ihres Volkstums durchaus bewußt waren. Die Schweriner katholische Gemeinde erklärte, sie würde nie in eine Abtrennung willigen, solange das Großherzogtum eine preußische Provinz bleibe. "Wir wollen aber auch, daß unsere Nationalität... von unserem geistlichen Oberhirten anerkannt und geachtet werde und daß wir nicht deswegen... den polnischredenden Bewohnern der Provinz nachgesetzt werden." Ähnliche Erklärungen liegen aus anderen Orten im Westen der Provinz vor, besonders aus solchen, die deutsche Pfarrer und Lehrer hatten. In Blesen unterzeichneten deutsche und polnische Katholiken zwei verschiedene Erklärungen; die Deutschen verlangten, "daß unsere deutsche Nationalität stets ungeschmälert von unsern polnischen Mitbrüdern gewahrt werde". Im allgemeinen aber war in den Kleinstädten dieser Gegend nur die Unterschicht katholisch, diese konnte der Klerus leicht gewinnen. So heißt es aus Rakwitz im völkisch gemischten Gebiet: "Wir sind ebenfalls großenteils Deutsche; da wir aber im Großherzogtum Posen geboren und erzogen und mit den Polen, unseren Brüdern, durch das Band des heiligen Glaubens und des Blutes verbunden sind, so protestieren wir gegen die Abtrennung des hiesigen Kreises." Gelegentlich kommt es auch vor, daß gegen die Einverleibung in den Deutschen Bund nichts eingewandt wird, wenn nur das Großherzogtum Posen erhalten bleibt. — Katholische deutsche Sprachinseln im überwiegend polnischen Gebiet zeigen sich schon halb polnisch geworden: so die Bamberger-Dörfer bei Posen (unter polnischen Geistlichen), so einzelne Streusiedlungen im Südwesten der Provinz. Sie sind sich ihres deutschen Volkstums kaum noch bewußt — auch ohne daß ein polnischer Geistlicher bei der Entvolkung mitwirkte.

Der Beharrungstrieb der deutschen wie der polnischen Bauern wird hier geschickt ausgenutzt: "Wir sind der Sprache nach Deutsche; unsere Sitten, Gebräuche und Gewohnheiten aber, in denen wir geboren und erzogen worden, tragen einen polnischen Charakter, und wir würden gegen die übrigen Deutschen in Deutschland sehr abstechen... Von Deutschland haben wir in Bezug auf die katholische Religion nicht die besten Begriffe... Wir bitten also um den Fortgang der im Gange seienden Reorganisation, wodurch unsere polnische Nationalität gesichert und aufrecht erhalten wird — dagegen um Verschonung mit den neuen Einrichtungen des freien Deutschlands!" ²¹) Oder: "Wir wünschen nichts

²¹) Aus Radomitz (Kr. Kosten), einem Dorf mit deutschem Pfarrer! (1. c. vol. 4 f. 145).



ministerium eingesandt. Sie befinden sich jetzt in Rep. 77 tit. 503, Nr. 22, 4 volumina, eine Anzahl auch im ANV nr. 61; einige gedruckt in den "Beweisenden Beilagen zum Promemoria gegen den projektierten Anschluß des Ghzt. P. an Deutschland" und in L. Bernhards "Polenfrage" S. 377.

sehnlicher, als fernerhin ebenso ungestört unseres Glaubens leben zu können, als es bisher der Fall war." "Wir wollen unter preußischem Schutz, aber unter Verwaltung der Behörde unseres Großherzogtums wie bisher verbleiben." "Wir bekennen freimütig, daß wir uns durch den Verband mit dem Großherzogtum Posen immer wohl gefühlt haben und fühlen, in dem unsere religiösen wie irdischen Interessen stets aufs Beste wahrgenommen sind." 22) Revolutionär klingt das wirklich nicht! Von Begeisterung für die Reorganisation ist auch nur selten etwas zu finden, von Sehnsucht nach einem selbständigen Polen nicht die Spur! 23)

Im Grunde spricht sich hier die gleiche Stimmung aus, wie in bäuerlichen Eingaben für den Anschluß an den Deutschen Bund: es soll alles so bleiben, wie es war — von Nationalität wollen wir nichts wissen. so wird es einmal drastisch ausgedrückt. Das eine Mal stellt der Pfarrer die Abtrennung vom Großherzogtum Posen und die Gefährdung des Glaubens als Schreckgespenst hin, das andere Mal der Distriktskommissar oder ein Vertreter des nächsten deutschen Komitees die Abtrennung von Preußen und die damit verbundenen wirtschaftlichen Schädigungen (und dies vielleicht mit mehr Recht). Es war für die Standespersonen, den deutschen Landrat, Richter, Lehrer, den polnischen Geistlichen oder Lehrer wohl nicht schwer, die Bauern zur Unterschrift unter die vorgelegten Petitionen zu bewegen: Sie werden beim Schulzen zusammengerufen, und es wird ihnen ein Vortrag über die Nachteile der bevorstehenden Herrschaft des polnischen Adels gehalten. Oder das gleiche spielt sich am Sonntag in der Kirche ab, in der vielleicht ein Posener Kleriker gegen die evangelischen Beamten wettert. Manchmal ist auch die Dorfkneipe Schauplatz der Szene. Daß die Bauern oft nicht lesen und schreiben können, macht das Verfahren noch einfacher; manchmal scheinen die Petitionen auch nicht einmal eigenhändig unterkreuzt worden zu sein.24)

Genau wie die polnischen Komitees von Anfang an der deutschen Werbung zielbewußt entgegenarbeiteten und dabei viel Geschrei vor der Öffentlichkeit erhoben, so mußten jetzt auch die deutschen Ausschusse und die Behörden dieser neuen - bei dem Einfluß der Pfarrer auf die Bauern höchst gefährlichen - polnischen Werbung sich entgegenstellen. Die gebildeten deutschen Katholiken in den größeren Städten standen zu stark unter dem Eindruck der Zeitereignisse, um nicht das letzte Ziel des Erzbischofs zu durchschauen. In der Stadt Posen protestierten katholische Deutsche offen gegen den Hirtenbrief und verlangten

Aus Zedlitz und Altlaube (Kr. Fraustadt, Ende April), das letzte aus Kuschten (Kr. Meseritz, 28. 4.), wo vier Wochen früher beinahe der polnische Gutsherr totgeschlagen worden wäre!
 Einige polnische Erklärungen aus dem Kr. Obornik bitten um eine besondere Konstitution für das Ghzt. P. (ANV nr. 61). Häufiger aber sprechen die Petenten den Wunsch aus, treue katholische Untertanen des Königs von Preußen bleiben zu können.
 Paisniele für solche Sannen fond ich in Rep. 77 tit 503 nr. 22

²⁴) Beispiele für solche Szenen fand ich in Rep. 77 tit. 503 nr. 22, vol. 2 (Polesen, Kr. Birnbaum), vol. 4 (Hauländereien bei Moschin), adh. 28 (Jutroschin) u. a.

die Wiedereinsetzung ihres deutschen Pfarrers.25) Das erste Mittel zur Gegenwirkung auf das katholische Landvolk waren aufklärende Flugblätter und Aufrufe, die erst einmal klarmachten, daß "deutsch" und "evangelisch" nicht dasselbe sei und daß in Deutschland der katholische Glaube nicht verfolgt werde. 26) Die polnischen Bauern wurden durch Flugblätter vor den Bestrebungen des Adels gewarnt und daran erinnert, daß sie ihren Grundbesitz dem König von Preußen zu danken hätten. So leicht war aber der Tätigkeit der Landpfarrer nicht beizukommen; nur gelegentlich war es möglich, deutschgesinnte Katholiken zur Aufklärung des Landvolks umherzuschicken, die dann gewöhnlich bald von den Bauern hören konnten, daß sie sich nicht von Preußen trennen wollten. Besonders der Zentralbürgerausschuß in Bromberg arbeitete der Geistlichkeit mit Aufrufen eifrig entgegen und ersuchte am 25. April das Staatsministerium, gegen Przyłuski und die Pfarrer, die nach seinem Hirtenbrief handelten, wegen Aufforderung zu ungesetzlichen Handlungen und Aufreizung der Religionsparteien ein Strafverfahren einzuleiten.27) Im Ablehnungsfalle drohte er, die deutsche Übermacht anzuwenden, wo es möglich sei; und tatsächlich ist in Kolmar die Einberufung der katholischen Gemeinde von den Deutschen geradezu verhindert und dann vom Landrat dem Propst untersagt worden.28) Die Aufregung über die katholische Geistlichkeit war in den Tagen vor Ostern besonders groß, weil man gerade zum Fest einen entscheidenden Schlag der Polen befürchtete. Es mag nicht bloß in Kolmar vorgekommen sein, daß die Deutschen in diesen Tagen die Häuser der Polen und die Wagen der katholischen Kirchgänger nach Waffen durchsuchten.

Die Aufregung wuchs ja überall von Tag zu Tag. Täglich neue, oft sinnlose Gerüchte vermehrten sie immer noch. Willisen erzählt, wie er in der gleichen Stunde von einer polnischen Gutsherrin um Schutz gegen die raublustigen Krotoschiner Bürger, und von diesen ängstlich um Schutz gegen einen gar nicht vorhandenen Haufen von Sensenleuten gebeten worden sei! Er hat sicher Recht, wenn er der tausendzüngigen Fama ein gut Teil der Schuld am Scheitern seiner Bemühungen zuschreibt. "Die Gerüchte, welche jeden Tag drohender wurden, erhielten alle in einer fortwährenden Aufregung und brachten zuletzt einen Zustand hervor, in dem der Seele die fieberhafte Spannung Gewohnheit ist. Man sah mit einer wilden Gleichgültigkeit in die Zukunft und ertrug das Unbehagen des Tages als etwas Natürliches."29) Letzten Endes

²⁵⁾ Ztg. d. Ghzt. P. 5. 5. ff.

²⁶) "Zuruf von Römisch-katholischen deutscher Nationalität an ihre polnischen Glaubensverwandten" (Knorr S. 283), andere Aufrufe dieser Art in ZAWG f. 88, f. 147. — Schreiben des deutschen Komitees in Birnbaum an das in Posen, 27. 4. (DZNK Kr. Birnbaum).

27) ZAWG f. 124. Schon am 18. 4. hatte der ZBAND den Erzbischof in einem offenen Briefe aufgefordert, gegen das staatsfeind-

liche Treiben seiner Geistlichkeit einzuschreiten. (ZAWG f. 83).

²⁸) Propst Celler an den Erzbischof, 26. 4. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 vol. 2 f. 195).

²⁹) Aus dem 1. Kapitel des 5. Buches von "Soll und Haben". — Vgl. A. u. B. S. 82.

aber ist diese Aufregung und sind diese Ausschreitungen auf beiden Seiten - nichts besonderes in Revolutionszeiten - nur der Oberflächenausdruck tieferer Umwälzungen.

Auch im Netzedistrikt und den Westkreisen fürchtete man in den Ostertagen einen polnischen Einfall oder polnische Erhebungsversuche. Aus diesen Gegenden waren die Truppen zum großen Teil ins Aufstandsgebiet wegmarschiert; die allgemeine Furcht vor den Sensenleuten ist daher verständlich. Meist erhielten deshalb die Bürgerwehren, die ja in der Mehrheit, wenn nicht ausschließlich, aus Deutschen und Juden gebildet waren, Militärwaffen. Das erbitterte wieder die zum großen Teil unbewaffneten polnischen Einwohner und bot für alle Versuche zur Aufreizung polnischer Bauern einen bequemen Ausgangspunkt. Mitte April dürfte die preußisch gesinnte Bevölkerung so gut wie gänzlich bewaffnet und in Bürger- und Bauerwehren organisiert gewesen sein. Wie es in diesen zuging, hat Gustav Freytag in "Soll und Haben" ge-Im Netzedistrikt waren damals etwa 8000 Mann bewaffnet, in der Gegend von Meseritz und Neutomischel etwas über 6000, zum größten Teil mit Gewehren.30) Vielleicht mag uns heute als Kriegsspielerei erscheinen, was diese biederen Bauern und Kleinbürger, deren Erinnerungen an irgend etwas Großes, Außergewöhnliches sich um "1813" zusammendrängten, in ihrer Furcht und in ihrer Begeisterung damals getrieben haben. Beides aber steckt an, beides kettet die Massen aneinander. So trugen diese militärischen Übungen dazu bei, die zum Bewußtsein ihrer Volkstums erwachten Deutschposener für die Volksgemeinschaft zu erziehen, die hier für kurze Zeit Wirklichkeit geworden war und sich in den Einwohnerwehren ja sichtbar verkörperte.31)

Politische Organe der deutschposener Volksgruppe waren einmal die größeren Nationalkomitees, dann die beiden Tageszeitungen der Provinz.32) Die "Bromberger Deutsche Zeitung" war vom Ausschuß für den Netzedistrikt Anfang April als Nachfolgerin des "Bromberger Wochenblatts" gegründet worden und wurde von einem der tätigsten seiner Mitglieder, dem Gymnasialdirektor Deinhardt, geleitet. Deutsches Leben, deutschen Geist und deutsche Freiheit an der Ostgrenze nach

Leipzig nahe (vgl. Abschnitt VI).

32) Über die "Bromb. Deutsche Zeitung", von der kein Exemplar mehr erhalten zu sein scheint, vgl. Ztg. d. Ghzt. P. 13. 4. und Deinhardts Schreiben an Kerst v. 12.4. (ZAWG f. 385), über die "Ztg. d. Ghzt. P.": R. Hepke, Die poln. Liga und der deutsche Bund in Posen, S. 21 f.

³⁰⁾ Nach einem Schneidemühler Flugblatt v. 20. 4. und den Akten

des ZAWG. Vgl. Chr. Meyer S. 11.

31) Aus den Quellen sind einzelne Belege dafür schwer anzubringen; deutlich wird der Gedanke der "Volksgemeinschaft" einmal ausgesprochen in der "Sendschrift des Deutschen Zentral-Komitees an den Bromberger Bürger-Ausschuß..." (DKB Nr. 36/3. 6.). Ein Hauptzeuge ist wiederum Gustav Freytag, der in das 4. und 5. Buch von "Soll und Haben" sehr feine Beobachtungen über die Posener Verhältnisse im Frühling 1848 eingeflochten hat — mit dichterischer Freiheit idealisierend und Verschiedenartiges zusammenfassend, aber stets von tatsächlichen, typischen Zuständen ausgehend. Er stand übrigens dem Verein zur Wahrung der deutschen Sache im Osten in

Kräften zu fördern, sollte ihre Hauptaufgabe sein. Die "Zeitung des Großherzogtums Posen" wurde, seit der bisherige vorsichtige Schriftleiter sich von ihr zurückgezogen hatte, unter der Redaktion des Rektors Hensel trotz anfänglicher Zurückhaltung in nationalen Fragen nach und nach zum wichtigsten Sprachrohr der Deutschposener Bewegung, ohne daß sie allerdings imstande gewesen wäre, der öffentlichen Meinung Deutschlands ein lebensvolles Bild der Posener Zustände zu geben. In dieser Hinsicht blieb ihre Wirkung hinter der der "Gazeta Polska", dem neuen polnischen Organ, zurück. Sie kam allmählich unter den Einfluß des Posener deutschen Komitees und führte jetzt eine neue Beilage, das "Deutsche konstitutionelle Blatt", das im Auftrage des Komitees und des Konstitutionellen Klubs von dem jungen Gymnasiallehrer Gustav Wendt herausgegeben wurde. Hier wurden neben der alles andere überragenden nationalen Frage die gesamtdeutschen konstitutionellen und sozialen Probleme erörtert, die Wahlgesetze erläutert - kurz: die neugebackenen Staatsbürger auf die rechte Teilnahme am öffentlichen Leben vorhereitet.

In ähnlicher Weise versuchte der Konstitutionelle Klub der Stadtbevölkerung die Grundlagen staatsbürgerlicher Bildung zu geben, indem er in seinen Versammlungen die großen Tagesfragen besprach. Er hatte eine ähnliche Richtung wie der gleichnamige Berliner Verein, mit dem er später auch in enge Verbindung trat, und bezeichnete als seinen Zweck "die Verständigung über die Bedeutung und Ausübung der durch die konstitutionelle Verfassung verliehenen Rechte und die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Bevölkerung des Großherzogtum".33) Die führenden Männer waren die gleichen wie im deutschen Komitee: an der Spitze standen der allgemein beliebte Land- und Stadtgerichtsrat Neumann und Professor Loew, der gestrenge Mathematiklehrer des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, ein geborener Sachse. Eine bedeutende Rolle spielte der Assessor v. Crousaz, der schon dem Adreß-Komitee vom 23. März angehört hatte. Er bekannte sich entschieden zu demokratischen Grundsätzen, hat noch ziemlich lange am Gedanken der deutschpolnischen Versöhnung festgehalten und war später der erste Mann der Posener Linken.

Mittelpunkt des politischen Lebens der Stadt Posen waren die deutschen Volksversammlungen, ³⁴) welche jetzt alle drei Tage stattfanden und oft von Tausenden besucht waren. Sie befaßten sich hauptsächlich mit den großen Zukunftsfragen der Stadt, Reorganisation und Demarkation, und haben Willisen durch ihre rein oppositionelle Haltung viel Kummer gemacht. Hier zeigten sich die typischen Massenerscheinungen revolutionärer Zeiten, Angstpsychosen wechselten mit tobender Begeisterung, jeder wollte mit dreinreden und zuletzt gelang es doch immer dem Ordner Schreeb, die Masse in seinem Sinn und entsprechend den Absichten des Komitees zu leiten. Sobald nach der Niederschlagung

³⁴⁾ Vgl. Wuttke passim; Berichte im DKB.



³³) Seine Satzungen in Nr. 1 des DKB.

des Aufstands die Ruhe zurückkehrte, begann auch die Teilnahme an den Volksversammlungen nachzulassen.

Im Deutschen Komitee saßen die besten Köpfe, über die das Deutschtum in der Stadt Posen damals verfügte: Den Vorsitz führte nehen Neumann der Regierungsrat Ernst Viebig, 35) einer der wenigen gebürtigen Posener unter den höheren Beamten, ein hervorragender Kopf von freiem Geist und konstitutionell-monarchischer Gesinnung. angesehen und beliebt im Amte wie im persönlichen Verkehr und ein geschickter Redner. Schriftführer war der federgewandte junge Oberlehrer Robert Hepke, der im Sommer als Presseagent nach Frankfurt geschickt wurde. Er muß ungewöhnliche Fähigkeiten besessen haben. denn er lenkte dort Radowitz' Aufmerksamkeit auf sich und wurde von ihm ins Auswärtige Amt berufen. Schon 1848 war er von ausgesprochen preußisch-konservativer, indessen durchaus nicht reaktionärer Gesinnung. 36) Neben dem Demokraten Crousaz stand sein konstitutioneller Freund. der reiche und selbstbewußte Baron v. Dazur, der wegen seines gewandten Auftretens und seiner zahlreichen Verbindungen vom Komitee mit einer langen Werbereise nach Berlin, Frankfurt und Paris beauftragt wurde. Da war ferner der ruhig-besonnene Schulrat Heinrich Wendt, ein Hegel-Schüler von freiheitlich-konservativen Anschauungen, der wie die meisten seiner Kollegen Willisens Sendung anfänglich durchaus sympathisch gegenüberstand, und übrigens in Posen nie recht heimisch geworden zu sein scheint. Neben ihm stand sein Sohn Gustav Wendt, vor kurzem erst promoviert, der zuweilen etwas jugendlich idealistischen Schwung in das Komitee brachte.37) Neben diesen Beamten, dazu Schreeb, Loew und anderen, gehörten eine Anzahl deutscher Handwerker, Gewerbetreibender und Angehöriger freier Berufe dem Komitee an, die indes keinen bestimmenden Einfluß hatten (unter ihnen Gotthilf Berger, der sich später als Stadtrat und Abgeordneter um seine Vaterstadt sehr verdient gemacht hat) und schließlich mehrere jüdische Kaufleute - unter

35) Er ist der Vater der bekannten Schriftstellerin. Frau Clara Viebig stellte mir in dankenswertester Weise das Manuskript der Lebenserinnerungen ihres Bruders Ferdinand zur Verfügung, die zahlreiche

Briefe ihrer Eltern a. d. J. 1848/49 wiedergeben.

36) Hepke war auch Schüler Rankes. Die Erinnerungen an die Grenzlandarbeit in seiner Jugend blieben in ihm stets wach: er widmete seinen Lebensabend der Tätigkeit für den Deutschen Schulverein. 1848 seinen Lebensabend der Tätigkeit für den Deutschen Schulverein. 1848 verfaßte er zwei wertvolle Flugschriften "Die polnische Erhebung und die deutsche Gegenbewegung in Posen im Frühjahr 1848" und "Die polnische Liga und der deutsche Bund in Posen". In seinem Nachlaß, dessen Durchsicht mir sein Sohn, Herr Generalleutnant Viktor v. Hepke, freundlichst gestattete, fanden sich keine Überreste seiner Tätigkeit i. J. 1848 (nur Schriftstücke von seiner Tätigkeit als Geh. Legationsrat unter Bismarck.) — Vgl. über ihn Biograph. Jahrbuch Bd. III, S. 197 (1898) und L. Ägidi, Ein Vorkämpfer des Deutschtums in der Ostmark, Die Ostmark Jg. IV. S. 4 f. (1899).

37) Er hat 1909 als Gymnasialdirektor i. R. in Karlsruhe "Lebenserinnerungen eines Schulmanns" herausgegeben, die auf S. 31—44 die Posener Ereignisse von 1848 und seine eigene Tätigkeit kurz, mit

Posener Ereignisse von 1848 und seine eigene Tätigkeit kurz, mit

einigen persönlichen Zügen, berichten.

ihnen der angesehene Gastwirt Kaatz und der Bankier Mamroth (der übrigens auch Mitglied der städtischen Deputation vom 22. März gewesen war). — Im ganzen war das Komitee konstitutionell-monarchisch eingestellt — nicht nur weil das allein der politischen Lage der Posener Deutschen entsprach, sondern weil es sich auch aus dem Bildungsgang und der sozialen Stellung seiner Mitglieder ergab. Von der radikalen Richtung, die damals andere deutsche Städte beherrschte, war in der Behördenstadt Posen nichts zu spüren.

Die Tatsache, daß hier die höchsten Behörden der Provinz ihren Sitz hatten, war die Existenzgrundlage für die Bürgerschaft. Daher hatte diese bis Mitte April noch nicht den bis dahin ganz aussichtslosen Wunsch nach Abtrennung von dem zu reorganisierenden Teil der Provinz ausgesprochen. Erst die Erbitterung gegen die Polen und die Besorgnis, nach Abtrennung der deutschen Grenzkreise allein einer polnischen Mehrheit gegenüberzustehen, veranlaßten das deutsche Komitee am 17. April dazu, dem Staatsministerium in einer Denkschrift den Wunsch nach Vermeidung bewaffneter Zusammenstöße und die Grundzüge für eine Lösung der Posener Frage auf dem Boden völliger Gleichstellung und gleichzeitiger größtmöglicher räumlicher Trennung der Deutschen und Polen vorzutragen.38) Der unter deutscher Verwaltung bleibende Teil sollte vom polnischen durch eine Abgrenzungslinie getrennt werden, die nach dem Übergewicht der deutschen Bevölkerung und den militärischen. politischen und wirtschaftlichen Interessen Preußens und Deutschlands zu ziehen sei. Die Stadt Posen, in der 18 000 Polen in den unteren Volksschichten 24 000 Deutsche und Juden gegenüberstanden, hätte zum deutschen Teil zu gehören; der östliche Teil sollte polnische Verwaltung und Militärorganisation erhalten unter genügenden Garantien für die deutsche Nationalität und die freie Religionsübung der Evangelischen und Juden. Über den Anschluß des Westens an den Deutschen Bund sollte eine Abstimmung der Wahlmänner entscheiden. Schließlich sollte der preußische Staat die Übersiedelung deutscher Besitzer aus dem östlichen in den westlichen, polnischer aus dem westlichen in den östlichen Teil möglichst erleichtern. Diese Forderungen, die nicht mehr allein nach Rechtsprinzipien, sondern auch machtpolitisch begründet sind, lassen zur Genüge erkennen, wie sich in den letzten drei Wochen die Stimmung geändert hatte. Zahlreiche Gemeinden schlossen sich dieser Bittschrift an. Am 18. April ersuchte das Komitee Magistrat und Stadtverordnete, einen entsprechenden Antrag in Berlin zu stellen und drohte mit der Volksversammlung. Der Magistrat aber wollte auch ferner über den Völkern stehen; doch die Stadtverordnetenversammlung bat das Ministerium um Aufnahme Posens in den Deutschen Bund und pro-

³⁸) Vgl. Hepke S. 76 f., Ztg. d. Ghzt. P. 17. 4. und Hepkes Aufruf "An" die deutschen Bewohner der Städte und Kreise" (DKB. 17. 4.) mit den bezeichnenden Worten: "Wir wollen deutsch, wir wollen Eines bleiben mit unserem konstitutionellen Vaterland. Wir wollen aber auch gerecht sein gegen ein Volk, das neben uns frei erstehen und bestehen soll."

testierte zugleich gegen die Abtrennung der Grenzkreise von der Provinz. Denn Posen sollte unbedingt Provinzialhauptstadt bleiben.³⁹)

Drei Tage später ging eine neue Monstre-Petition (wie man damals sagte) mit Tausenden von Unterschriften an das Staatsministerium ab, die "Bitte der deutschen Einwohner der Stadt und des Kreises Posen um sofortigen Anschluß an Deutschland", in der sich die wachsende Erregung über die polnischen Ausschreitungen und angebliche Wahlumtriebe der Polen und der mächtige Unwille gegen Willisen schon mit dem drohenden Hinweis verbinden, daß sich die Deutschen in der Stadt bewaffnen und Zuzug aus den deutschen Kreisen erhalten würden.40)

Tatsächlich schien die Aufregung der Deutschen noch vor den gefürchteten Ostertagen zu ernsten Verwicklungen führen zu sollen. Für Ostersonnabend, den 22. April, war durch einen anonymen Aufruf eine große deutsche Volksversammlung der ganzen Provinz nach dem Wilhelmsplatz in Posen entboten worden. Die Generale konnten das wegen des Belagerungszustands nicht dulden und machten damit Zusammenstösse von vornherein unmöglich. Die Polen, die vor einem Monat Posen beherrscht hatten, waren von Deutschen und Juden gänzlich eingeschüchtert. Posens Bürgerschaft war in zwei feindliche Gruppen zerrissen.

Ostern ging indes ruhig vorüber, und am 26. konnte eine vom deutschen Komitee seit langem vorbereitete und aus den meisten Kreisen beschickte deutsche Volksversammlung stattfinden. Mitglieder des Komitees legten die Grundsätze seiner Tätigkeit dar, die Versammlung sprach sich — unter verständlichem Widerspruch der Gnesener — für eine klare Abgrenzung des deutschen und des polnischen Teiles aus und betraute das Posener Komitee als "Deutsches Zentral-National-Komitee" mit der Wahrung der Belange aller Posener Deutschen; einige Kreise schlossen sich ihm auch enger an.

Diese Anerkennung war im Augenblick von größter Bedeutung: grundsätzlich hatte sich das Ministerium schon für die Demarkationslinie entschieden; es war also unbedingt erforderlich, daß ein Mittelstelle ihm gegenüber die deutschen Forderungen bei der Abgrenzung nachdrücklich vertrat. Das konnte nur das Komitee der Provinzialhauptstadt, dessen hervorragendste Mitglieder zugleich dem Regierungskollegium angehörten. Es hatte sich auch bereits bemüht, Materialien für eine genaue Abgrenzung zu bekommen, und an die Landräte schon Mitte April Anfragen ergehen lassen: wie das zahlenmäßige Verhältnis der beiden Völker in der gesamten Bevölkerung des Kreises und insbesondere in den Städten, unter den Gutsbesitzern und unter den bäuerlichen

³⁹) DZNK Korrespondenz; Ztg. d. Ghzt. P. 19. 4. — Wuttke stellt S. 249 den Verlauf etwas anders dar. Vgl. dazu Jaffé S. 213 Anmkg.

Anmkg.
40) Entwürfe: DZNK Korrespondenz; Druck: DKB. 20. 4., Hepke S. 80 f.

Att. Const. P. 21. 4. Wuttke S. 250 f.
 Bericht DKB. 1. 5.

Besitzern sei, wie sie sich räumlich verteilten, ob überhaupt eine klare Scheidung möglich sei und wie voraussichtlich eine Abstimmung ausfüllen würde. Die Antworten erwiesen, daß nicht alle Landräte auf seiten der deutschen Volksbewegung standen, die meisten aber unterstützten die Arbeit des deutschen Komitees gern mit ausführlichen Angaben. 43)

Während die Stadt Posen und die Deutschen der inneren Kreise in diesen Tagen noch um ihre Trennung von dem zu reorganisierenden Gebiet zu kämpfen hatten, hatten die westlichen Kreise und der Netzedistrikt dies Ziel bereits erreicht. Für sie kam es nun auf Sicherung vor der Insurrektion und auf Anschluß an die Nachbarprovinzen an. Auch hier war eine Zusammenfassung aller Kräfte das Gebot der Stunde. In den vier westlichen Grenzkreisen und den benachbarten Landstrichen ging Meseritz voran. An der Spitze des dortigen deutschen Komitees stand zunächst der Realschuldirektor Samuel Gottfried Kerst, ein gebürtiger Westpreuße, unstreitig der bedeutendste Kopf der Deutschposener Bewegung überhaupt. 44) Er hatte mehrere Jahre als Ingenieur-Hauptmann in Brasilien zugebracht und besaß daher, was unter den Posener Deutschen selten war, den sicheren und klaren Blick des weitgereisten und viel erfahrenen Mannes. So eifrig er auch für das Posener Deutschtum später in Frankfurt eintrat — die deutsche Zukunft lag für ihn nicht im Osten, sondern an der Nordseeküste. Er war ganz und gar kein Himmelstürmer — seine Schule in Meseritz war ihm lieber als ungewisse Aussichten auf einen Ministerposten — aber ein Mann, der energisch auf das einmal gesteckte Ziel losging: mit all seiner gelegentlichen Heißblütigkeit und Grobheit ein rechter Niederdeutscher. Sein festes und bestimmtes Wesen verschaffte ihm Ansehen bei seinen Mitbürgern wie seinen parlamentarischen Kollegen. Die akademisch überlegene Haltung der Beamten im Posener Ausschuß war ihm ebenso fremd wie den anderen Mitgliedern des Meseritzer Komitees. Diese sind uns wenig bekannt: Der Bürgermeister Brown, Mitglied des Provinziallandtags, war seinem Freunde Kerst in manchem wesensverwandt, bei aller Ruhe doch herzlicher Begeisterung fähig, mit Zähigkeit an seinem Wege festhaltend und stets auf das Wohl seiner Stadt bedacht. Über den Durchschnitt der Bürgermeister in Posen ragte er weit hinaus. Die Sekretariatsgeschäfte versah Holzschuher, ein fleißiger und genauer preußischer Oberlehrer. Sie alle waren durchaus königstreue Liberale.

Dieses deutsche Komitee in Meseritz hatte schon seit dem März das Übergewicht über die Nachbarkreise. In Fraustadt 45) und Lissa hatten sich eigene Vereine gebildet, die jeder für sich ihre Proklamationen und ihre Flugblätter gegen Willisen erließen. Der "Verein zur Wahrung deutscher Interessen im Großherzogtum Posen" in Lissa 46)

⁴³) Kreis-Akten des DZNK.

⁴⁴⁾ Vgl. Wuttke S. 376, Chr. Meyer S. 43, Niebour, Die Vertreter der Provinz P. in der Frankfurter Nationalversammlung (HM XII S. 69, 1911) und Becker, S. G. Kerst (Grenzmk. Heimatbl. II 3 1926.

45) Wuttke S. 310. ZAWG.

46) Wuttke S. 360. DZNK Kr. Lissa. ZAWG. Gemeinnütziges Wochenblatt f. d. Ghzt. P.

hatte zwar den Ehrgeiz, sich zum Mittelpunkt der Deutschen im Südwesten der Provinz zu machen — es fehlten ihm aber die rechten Männer. und die frische Begeisterung, die von Meseritz aus in der ländlichen Umgebung wachgerufen war, ließ sich hier auch nicht erwecken. Eine für den 24. nach Lissa berufene Versammlung wurde nur von der Umgegend beschickt. — Rawitsch 47) hatte sich von vornherein auf die Zusammenfassung der deutschen Kräfte seines Kreises beschränkt und am 18. April mit Erfolg eine deutsche Volksversammlung für den Kreis Kröben abgehalten. Sie protestierte gegen Willisens Tätigkeit und wollte von Reorganisation nichts wissen; um unter deutschen Behörden zu bleiben, wurde der Anschluß an Schlesien verlangt, dem Gegner aber gestand man gleiche Selbstbestimmung zu.

Das Meseritzer Komitee hatte am 17. die Ausschüsse oder Magistrate der deutschen Städte im Westen und Südwesten der Provinz zur Gründung eines "Zentral-Ausschusses für den Westgürtel" aufgefordert, der hier die gleichen Aufgaben erfüllen sollte wie der Bromberger Ausschuß im Netzedistrikt. Die Hauptschlacht schien gewonnen; jetzt galt es Frieden zu schließen und die Rechte der Deutschen im Innern der Provinz zu sichern. Man rechnete schon damit, daß sich der größte Teil des Landes dem Deutschen Bund werde anschließen wollen. Daher war es wichtig, jetzt durch einen tüchtigen Vertreter den Polen in Frankfurt entgegenzuarbeiten. Von den Kreisen Birnbaum, Meseritz und Bomst wurde Kerst zum Fünfziger-Ausschuß entsandt, der beste, den sie wählen konnten. Seine Vollmacht trug ihm ohne irgendwelche Beschränkungen auf, "die deutschen Interessen seiner Mandanten zu wahren, vor allem aber ihren sofortigen Anschluß an den Deutschen Bund durch jedes gesetzliche Mittel herbeizuführen". Die Reisekosten wurden durch freiwillige Beiträge der Gemeinden aufgebracht.48) Die nächste Maßnahme des Meseritzer Ausschusses geschah ebenfalls für den gesamten Westgürtel: am 24. forderte er das Staatsministerium auf, dies Gebiet rasch an Brandenburg bzw. Schlesien anzuschließen, da die Kabinettsorder vom 14. April nur für den Augenblick beschwichtigte. "Es handelt sich um das Glück und die Ruhe von Hunderttausenden der treuesten Preußen..."

Zwei Tage später gründeten die Vertreter der meisten der eingeladenen Städte den Zentral-Ausschuß für den Westgürtel, der sich zum großen Teil aus den bisherigen Mitgliedern des Meseritzer Ausschusses zusammensetzte, dazu noch einigen Vertretern der anderen Kreise. 49). Er vertrat die uns schon bekannten Forderungen der Westkreise und rüstete bald zur Waffenhilfe für die Deutschen in den mittleren Kreisen.

Ähnliche Wünsche, ähnliche Stimmungen waren im Netzedistrikt lebendig. Er hatte in Bromberg einen festen Mittelpunkt, nur der

49) Wuttke S. 376. ZAWG.

⁴⁷⁾ Wuttke S. 424 DZNK Kr. Kröben. Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 7. 48) ZAWG f. 90. — Seine Briefe aus Frankfurt s. bei Chr. Meyer, über seine dortige Tätigkeit vgl. Bartolomäus (ZHG XIV), Bleck (ZHG XXIX) und Becker a. a. O. S. auch Abschnitt VI.

westlichste Kreis des Regierungsbezirks, der Czarnikauer, ging unter Führung seines Landrats eigene Wege. 50) Landrat Juncker war — obwohl Katholik — ein Polengegner, wie es damals nur wenige gab, und erklärter Feind jeder revolutionären Bewegung; was auf polnischer Seite geschah, war für ihn gewöhnlich strafbares Vergehen, Willisen glattweg ein Verräter. Sein Temperament hat ihn zu Briefen an diesen hingerissen, die ihm sogar von der Bromberger Regierung einen Verweis eintrugen, die den tatkräftigen Beamten sonst hochschätzte. Seine Art, fest anzupacken, rasch und klug zu handeln auch ohne Befehl von oben, hat ihn bei den Deutschen seines Kreises in hohes Ansehen, bei den Polen in größte Mißliebigkeit gebracht. Ohne ihn wäre wohl schon die Czarnikauer Volksversammlung am 9. April nicht zustande gekommen; die "Propositionen" für sie zeigen einen deutlichen Zusammenhang mit den Denkschriften, die er in den gleichen Tagen ans Ministerium sandte. Die Aufregung war hier so groß, daß der Landrat am 18. nur mit Mühe Bewaffnete von einem Zuge nach Posen zurückhalten konnte. Einen auswärtigen Drucker veranlaßte Juncker zur Begründung eines kleinen Wochenblatts, des "Boten von der Netze", das er durch eigene Aufsätze unterstützte, um die staatstreue Gesinnung der Kreisbewohner weiter zu fördern. In größeren Fragen ließ sich Czarnikau durch den Bromberger Zentral-Ausschuß vertreten, mit dem alle Landräte des Netzedistrikts in Verbindung standen.

Dieser "Zentral-Bürger-Ausschuß für den Netzedistrikt zur Wahrung der preußischen und deutschen Interessen im Großherzogtum Posen" war von der großen Volksversammlung am 9. April aus drei Angehörigen des Bromberger Bürgerausschusses und je einem Deputierten der Kreise des Netzedistrikts, dem sich auch der Kreis Obornik angeschlossen hatte, gebildet worden,⁵¹) Bestimmend waren auch hier die Mitglieder des Regierungskollegiums. Die Regierungsräte Hoffmann und Crüger, aufrechte Männer von kräftigem deutschen Patriotismus, fern von allem Zopfpreußentum, standen an der Spitze; von ähnlicher Gesinnung war auch der Justizrat Eckert, der Bromberg damals in Berlin und später in der Paulskirche vertrat. Mit ihnen arbeiteten einige Lehrer des Gymnasiums zusammen, besonders der Direktor Johann Heinrich Deinhardt. Er war ein thüringischer Bauernsohn, daher mehr Deutscher als Preuße, und war — trotz seiner hervorragenden wissenschaftlichen und erzieherischen Fähigkeiten — wegen seiner deutsch-nationalen und liberalen Gesinnung bei seinen Vorgesetzten nicht allzu gut angeschrieben. Auch er hatte seine Studienzeit in Berlin noch im Schatten der Titanen verbracht. Wie so viele andere glaubte auch er jetzt die Verwirklichung

 $^{^{50})}$ Vgl. ,,Im Polenaufruhr" S. 169-226. Wuttke S. 460. Ferner liegen zugrunde: Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 28 f. 1-6; tit. 539 I vol. 1 f. 11 ff., II f.; tit. 539 184-196.

⁵¹) Seine Akten scheinen sich nicht erhalten zu haben; neben seinen zahlreichen Petitionen sind die Hauptquelle die Auszüge aus seinen Protokollen und Rundschreiben in den Akten des DZNK und ZAWG.

seiner höchsten Ideale gekommen und setzte alles ein für Deutschland - an den Osten war er selbst innerlich kaum gebunden.⁵²)

Die Kosten des Ausschusses - hier sind wir einmal genauer über die Finanzierung unterrichtet — wurden durch Umlagen auf die einzelnen Kreise gedeckt und durch die Landratsämter eingezogen; ein Sechstel trug die Stadt Bromberg. Wo noch keine Ausschüsse gebildet waren. veranlaßte man die Landräte schleunigst, die Deutschen zu organisieren; an sie wandte sich der Ausschuß auch wegen Unterstützung seiner Werbeund Aufklärungsarbeit vor den Wahlen.53)

Gleich nachdem die Kabinettsorder vom 14. April in Bromberg bekannt geworden war, richtete er die schon vorher einmal ausgesprochene Bitte an die Bundesversammlung, ganz Posen in den Deutschen Bund aufzunehmen⁵⁴), da die Provinz kein vorherrschend polnisches Land sei und auch in den mittleren und östlichen Kreisen Hunderttausende von Deutschen und von gut preußisch gesinnten polnischen Bauern lebten. Sie dem polnischen Adel zu opfern, um ein vermeintliches Unrecht zu sühnen, erschien dem gesteigerten völkischen Selbstbewußtsein des Ostens als Zeichen politischer Unreife. Überdies habe Preußen - das war ihre Meinung — die Provinz im Kriege rechtlich erworben, und Deutschland brauche keine polnische Schutzmauer gegen Rußland, wohl aber das Posener Land zur eigenen Verteidigung. Um der Polen willen zu den Kriegen im Norden und Süden noch den Kampf mit Rußland aufzunehmen, das galt hier als ein mehr als verwegenes Spiel. "Die Herstellung Polens bleibe den kommenden Ereignissen überlassen, sorge ietzt der Bund nur einzig für Deutschlands Wohl, für Deutschlands nationale Größe!"

Wie mußte von solchem Standpunkt aus Willisens' Tun verurteilt werden! Ein Hohn für alle guten Preußen schien sein Amnestieversprechen zu sein. Damit nicht aus seiner Pazifikation etwa noch der Bürgerkrieg hervorgehe, forderten Magistrat und Stadtverordnete von Bromberg entschiedenstes Eingreifen gegen die Polen. "Keine Erklärungen, daß wir zum Deutschen Bunde gehören, sollen uns bestechen und uns als Männer hinstellen, die feig ihre deutschen Mitbrüder... verlassen."55) Noch weiter ging der Zentralbürgerausschuß: eine so weitgehende Vollmacht könne Willisen nicht erhalten haben, er habe also seine Instruktionen überschritten und müsse in Anklagezustand versetzt werden. Tatsächlich erschienen am 18. zwei Flugblätter mit unsinnigen Behauptungen über Willisens Person und der Forderung, ihn vor ein Kriegsgericht zu stellen. 56) Der Versuch, im Netzedistrikt polnische Kreis-

⁵²⁾ Über Deinhardt vgl. die biographische Skizze von Franz Lüdtke in HM XVIII S. 98-126 (1917) und seine dort gedruckten Briefe.

Standschreiben v. 19. 4. (ZAWG f. 76).

Gedruckt bei Wuttke S. 284 f.

Rep. 77 tit. 539 II f. 27.

⁵⁶⁾ Eingabe des ZBAND v. 16. 4. und Bromberger Flugblätter gegen Willisen: Rep. 77 tit. 539 II f. 32, f. 45; Schneidemühler Blätter v. 18. und 20. 4.: tit. 503 nr. 22 adh. 2 vol. 1 f. 271.

kommissare einzusetzen, hatte die Erbitterung gegen ihn eben erst auf den Höhepunkt gebracht. Es war sogar dahin gekommen, daß diese an sich so staatstreue Bevölkerung sich von der Regierung verraten glaubte und zu den Waffen greifen wollte. Ja, der Gedanke der Ausrufung einer eigenen Republik oder noch lieber des Anschlusses an Rußland fand schon Gehör. 57)

Als Ziele seiner Tätigkeit bezeichnete der Bromberger Ausschuß: Die Aussetzung aller Reorganisationsversuche bis zu einer allgemeinen Abstimmung zu erreichen, die Wahlen von Intrigen freizuhalten und geeignete Kandidaten aufzustellen, die Einverleibung des ganzen Netzedistrikts mit dem Norden des Kreises Obornik in die Provinz Preußen und in den Deutschen Bund sowie seine sofortige Trennung vom Großherzogtum Posen durchzusetzen. Bei der Abtrennung nach dem Gesichtspunkt der Nationalität sollte "weniger die Kopfzahl als Umfang und Wert der Besitzungen" maßgebend sein. 58) Um diese Ziele in Verhandlungen mit dem Ministerium durchzusetzen und um in den Klubs und den Zeitungen der Residenz zu werben, wurden zwei Deputierte nach Berlin geschickt; sie sollten dort auch den Meseritzer Ausschuß vertreten. Zusammen mit den beiden dort anwesenden Abgesandten der Stadt Bromberg erhoben sie sofort nach ihrer Ankunft schärfsten Einspruch gegen den Versuch der Einsetzung von Kreiskommissaren und verlangten von neuem Ausschluß von der Reorganisation und sofortigen Anschluß an Westpreußen.59)

Darüber hinaus machten am 20. April die meisten deutschen Deputierten einen Vorstoß gegen alle umfassenden Reorganisationsmaßnahmen überhaupt und wirkten damit der Tätigkeit des Grafen Potworowski entgegen. 60) Er hatte nicht nur Enfernung der Generäle v. Colomb und v. Steinäcker sowie der schlesischen und pommerschen Truppen, sondern auch Erweiterung von Willisens Vollmachten und sofortige Durchführung der Reorganisation verlangt. Die Deutschen betonten demgegenüber: Posen ist und bleibt ein integrierender Teil der Monarchie; einen Staat im Staate darf es nicht geben. Nur auf die Freiheit ihrer Sprache in Schule und Kirche, Verwaltung und Gerichtswesen können die Polen Ansprüche machen. Diese ist aber durch die bestehenden Gesetze gesichert, und bei der Reorganisation kann es sich nur um Verwaltungsmaßnahmen handeln, die deren Ausführung sichern. Überhaupt muß die Vorbedingung: Wiederherstellung der Ruhe, erst einmal erfüllt sein. Alle weitergehenden Zugeständnisse würden die Befugnisse der Staatsregierung überschreiten; denn im konstitutionellen Staat kann diese

⁵⁷⁾ Schneidemühler Manifest v. 18. 4. Ein Brief aus Bromberg v. 18. 4. Kaufmann Arlt, Abgesandter der Stadt Br., an Auerswald ,...wenn wir, um die Ruhe herzustellen, unserm Eid gegen den Staat nicht mehr treu bleiben, sondern tun, was die Stunde uns gebietet." (Rep. 77 tit. 539 II).

⁵⁸) Rundschreiben v. 19. 4.
⁵⁹) Rep. 77 tit. 503, Nr. 22 adh. 2 vol. 1 f. 269.
⁶⁰) Potworowskis Eingabe v. 16. 4.: Zur Beurteilung der polnischen Frage S. 35 f.; die deutsche Eingabe v. 20. 4.: Rep. 77 tit. 539 II f. 37.

ohne die Zustimmung der Volksvertreter nichts zusichern, was Ändederungen der geltenden Gesetze und Rechtsverhältnisse nötig macht. Willisens Auslegung der Kabinettsorder vom 24. März ist also eine Verfassungsverletzung. Denn das Versprechen, daß die Chefs der obersten Verwaltungs- und Justizbehörden stets Polen sein sollen, verletzt die Gleichberechtigung; das Versprechen, der polnischen Bevölkerung mißliebige Beamte zu entfernen, verletzt deren verbürgte Rechte: und wenn die Landwehr die polnische Fahne führen und für das Großherzogtum vereidigt werden soll, bedeutet das den Anfang der Lostrennung des Landes. Hat es denn überhaupt Zweck, so kurz vor dem Zusammentritt der preußischen Nationalversammlung und dem Erlaß der Verfassung neue Verwaltungsregeln in Posen einzuführen? Iedenfalls müßte nach der Kabinettsorder vom 14. April die Grenze für die Reorganisation durch eine freie Abstimmung festgelegt werden; das kann aber erst nach Wiederherstellung der Ordnung geschehen. (In diesem Wunsche stimmen die Posener Deutschen mit den Polen und ihren Bundesgenossen überein). Drei Forderungen werden zum Schluß aufgestellt: Willisen soll abberufen werden, die Ruhe und die Sicherheit von Leben und Eigentum müssen wiederhergestellt werden. die Reorganisation darf nur mit Zustimmung der Nationalversammlung geschehen. -

Auf den König blieben die Bittschriften aus Posen nicht ohne Wirkung. Zu der oben genannten Beschwerde des Freigutsbesitzers v. Zedtwitz über Willisens Nachgiebigkeit in der Reorganisationskommission hatte er bemerkt: "Herrn v. Willisen muß vor allem freundlichstes Entgegenkommen gegen die treue deutsche Bevölkerung zur Pflicht gemacht werden. Ich meine, daß, wenn das Insurgieren noch fortgenährt wird, sein Auftrag erlischt, kraft meiner Erklärung an die polnischen Edelleute." Zehn Tage später wurde ihm ein "Beschluß der Gesamtbevölkerung der deutschen und eines Teiles der polnischen Gemeinden des Kreises Obornik" durch den Landrat überreicht, der um Anschluß des nördlich der Warthe gelegenen Kreisteiles an den Netzedistrikt (d. h. an Westpreußen) bat. Darin hieß es u. a.: "Wir wollen nur nach preußischen Rechten und Gesetzen regiert werden", "Wir geloben, die Nationalität unserer polnischen Brüder zu achten... und wollen... ihnen das Ungegründete der von Böswilligen ausgestreuten Gerüchte erweisen, als solle ihre Religion oder Nationalität durch uns oder die preußische Regierung angegriffen werden." Solche Worte mußten Friedrich Wilhelms Beifall finden, und er sandte die Eingabe an Auerswald "zur weiteren Veranlassung und mit der Anweisung, den Antrag durch die Zeitungen unverzüglich zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. 61)" Mit dem Herzen stand er durchaus auf seiten seiner treuen Bauern,

⁶¹) 21. 4. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 10). Am gleichen Tag schrieb Friedrich Wilhelm an seine Schwester Charlotte nach Petersburg: "Des Kaisers Äußerungen der Mäßigkeit über das Posener Unwesen vermehren geradezu meine Bewunderung für ihn... Ich tue, was ich

und in intimen Briefen machte er aus seiner Abneigung gegen die "Perfidie und Wortbrüchigkeit" der Insurgenten kein Hehl. Daß den Polen Volkstum und Religion gesichert bleiben sollten, war für ihn selbstverständlich, auch über eine Erweiterung der Selbstverwaltung (wie er sie verstand) hätte er vielleicht verhandeln mögen — aber nun und nimmermehr mit Revolutionären! Daß Willisen das getan und ihnen sogar die Cadres der Freiwilligen zugestanden hatte, das war der große Schmerz, den er ihm bereitet hatte. (22) Er empfing Willisen, der durchaus noch nicht von seinem Mißerfolg überzeugt war, bald nach seiner Rückkehr ohne Zeichen der Ungnade. Als der König während des Vortrags eine Verbindung des preußischen und des polnischen Wappens entwarf, glaubte der unglückliche General schon, er sei mit seinen Schritten einverstanden. In den nächsten Wochen erst merkte Willisen, daß dem nicht so war; daß er gegen den Willen des Königs nach Posen gegangen war, hat er nie recht glauben wollen. (33)

kann, um die täglich zu 20, 40, 80 Mann ankommenden Polen von Posen abzuhalten und der Minister des Innern erfüllt redlich meine Befehle, indem er sie soviel als möglich, oft transportweise über Breslau nach Krakau expediert... Ich wollte, es brächen eine rechte Menge Rebellen nach Polen über. Zu Fürst Paskewitsch hab ich die Zuversicht, daß sie alle am 3. Tage hängen würden, was das Beste wäre. Täglich kommen polnische Bauern mit deutschen aus Posen und bitten flehentlich, daß ihre Distrikte zum Deutschen Bund geschlagen würden und schimpfen auf die Rebellen, die es aber auch über jeden Ausdruck treiben. Ich hoffe, durch sie selbst veranlaßt, ihnen bald das Garaus machen zu müssen." (Haenchen, Revolutionsbriefe 1848, S. 81 f.)

62) Vgl. Colombs "Darstellung der Umstände..." (ZOG IV S. 344). Friedrich Wilhelm IV. an Adolf v. Willisen, 10. 3. 56 (KIÖ).

63) Im Schlußabschnitt des ersten Entwurfs zu seiner Verteidigungsschrift (KlÖ) schreibt W., er habe "den Wunsch und Willen des Königs zu erfüllen getrachtet". Erst einige Zeit später hat er das in die Fassung der A. u. B. (S. 107) "den Willen der Regierung" verändert. Zweimal bat er im folgenden Jahre den König um Verzeihung, am 15. 1. 49 und nochmals nach dem Tode seiner Gattin am 25. 10. (HaA). "Alles was ich gedacht und getan, hat nur zum Vorteil Ew. Kgl.

"Alles was ich gedacht und getan, hat nur zum Vorteil Ew. Kgl. Majestät Dienst und zum besseren Gedeihen des geliebten Vaterlandes dienen sollen...", schrieb er im Januar 1849. "Ich habe nach meiner innersten redlichsten Überzeugung gehandelt und habe deshalb keinen Augenblick Reue empfunden... Nur darin bin ich unklug gewesen, daß ich mich von meinem guten Willen über die Schwierigkeiten der Ausführung habe, unter den persönlichen Verhältnissen, wie sie gegeben waren, hinwegtragen oder hinwegreden lassen. Gefühlt habe ich die unermeßliche Schwierigkeit der Aufgabe sehr wohl, ich habe mich nur sehr schwer entschlossen, mit so unvollständigen Vollmachten, wie ich sie erhielt, an die Sache zu gehen; ich verlangte ganz andere, das schien aus Rücksichten gegen Personen unmöglich. An förmlichen Widerstand von den Seiten, wo ich Unterstützung finden sollte, dachte ich freilich nicht. Waren aber Ew. Kgl. Majestät von Hause aus mit meiner Sendung nicht einverstanden, wie es mir erst spät als Gerücht zugetragen, so hatte ich allerdings davon keine Ahnung und konnte sie nicht haben, keine Macht der Erde hätte mich sonst dazu gebracht, sie anzunehmen. — Die große Angelegenheit ist damals, daß ich es mild ausdrücke, an der Leidenschaftlichkeit, an der politischen Un

1..

Die Minister konnten aus den Berichten der Generäle v. Colomb und v. Wedell und des Regierungspräsidenten v. Schleinitz ersehen. daß Willisen die Lage zum mindesten allzu rosig beurteilt hatte, als er den Landfrieden für wiederhergestellt erklärte. Der aber meinte, gerade um das Land jetzt völlig zu beruhigen, müßten auch die letzten Gewaltmaßnahmen eingestellt werden, auf die er ja alle Unruhe zurückführte.64) In seiner Hoffnungsfreudigkeit wünschte er, die Einführung von Kreiskommissaren möchte der Bromberger Regierung geradezu befohlen werden, die Landwehren, deren Disziplin oft schwer erschüttert war. möchten heimgeschickt und die mobilen Kolonnen durch eine große Anzahl fester kleiner Garnisonen ersetzt werden. Auch in allen äußerlichen Fragen, wie Wappenschilder, Kokarden und Fahnen, wollte er den Polen nachgeben. "Es muß jetzt täglich etwas geschehen, woran die Polen unsern guten Willen erkennen." Die Bedeutung der Krisis in der polnischen Revolution war ihm jetzt wohl klar, aber die Stellung der gemäßigten Gruppen beurteilte er viel zu optimistisch. Die Endlösung, die er vorschlug, war vollends eine Halbheit, und seine Vorschläge widersprechen einander zum Teil. 65) Er entwarf am 21. April eine Demarkationslinie, die vom Innenminister im wesentlichen gutgeheißen und der Kabinettsorder vom 26. April zugrundegelegt wurde. Er wollte eine Regierung für den deutschen und eine für den polnischen Teil, beide in Posen, bilden, den Provinzialverband also erhalten und ihm eine einheitliche Militärorganisation, aber mit rein deutschen und rein polnischen Regimentern, geben. Am 26. machte er. nachdem ein Schritt Circourts die Lage zugunsten der Polen verbessert hatte, einige weitere Vorschläge, die den Polen noch mehr entgegenkamen und der Demarkationslinie möglichst alle politischen Folgen nehmen wollten, vom Ministerium aber gar nicht erörtert wurden. Seine kurzen Mitteilungen an Auerswald gaben jetzt nur noch polnische Wünsche wieder; die Polen hatten zu ihm großes Vertrauen, während sich die öffentliche Meinung auch in Berlin gegen ihn zu kehren begann. 66)

Das Staatsministerium hatte seine Beschlüsse zur Posener Frage am 21. April unter Willisens Mitwirkung und in den meisten Punkten

mündigkeit des Tages auf beiden Seiten, gescheitert. Hätte ich allein handeln können, hätte ich die exekutive Macht in Händen gehabt, sie wäre gelungen, ich weiß es sicher, kein Tropfen Blut wäre geflossen, und die Entwaffnung wäre vollendet worden, wie sie es größten Teils schon war..."

⁶⁴⁾ Wedells Berichte: HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 1. — Willisen an Auerswald 21. 4.: A. u. B. S. 84 f.

⁶⁵⁾ Im genannten Schreiben, in seinen mündlichen Ausführungen in der Sitzung des Ministeriums am 21. 4. (A. u. B. S. 93) und in seinem Schreiben an den Innenminister v. 26. 4. (Rep. 77 tit. 503 II f. 70, nicht in A. u. B.) Man merkt Willisens Schreiben aus diesen Tagen an, wie sehr ihm die Posener Sache am Herzen lag, wie sehr ihm aber dabei der klare Blick für politische Notwendigkeiten fehlte!

dabei der klare Blick für politische Notwendigkeiten fehlte!

66) An Auerswald 22., 23. und 24. 4. (Rep. 77 tit. 539 II) — Ad.
Wolff Bd. II S. 299 f. Kinze, Vertreter des ZBAND, an ZAWG, Berlin
25. 4. (ZAWG f. 107).

in seinem Sinne gefaßt; es würde den einzigen Kenner der Posener Verhältnisse, der ihm nahestand, nicht haben fallen lassen. In jener Sitzung 67) wurde der ungefähre Verlauf der Demarkationslinie, nachdem diese grundsätzlich angenommen war, auf die Linie Stenschewo-Posen-Rogasen festgelegt; sonst blieb es bis auf wenige Punkte bei der ersten Abgrenzung. Der deutsche und der polnische Teil sollten gänzlich getrennt und in letzterem die Reorganisation sofort begonnen werden; er sollte im Gesamtverband des preußischen Staates bleiben und an der Nationalversammlung in Berlin teilnehmen. Letzten Endes bedeutete das die Bankrotterklärung der Arnim'schen Polenpolitik! Die Möglichkeit, daß die Verbindung dieses Landstrichs mit Preußen einmal gelöst werden könne, wurde zwar auch in Regierungskreisen noch dann und wann erwogen, aber ohne daß man für die nächste Zukunft ernstlich damit rechnete. Wenn er doch einmal verloren gehen sollte, dann sollte wenigstens der Verlust nicht allzu groß und die neue Grenze wirklich von Dauer sein. Vom 21. April an handelte es sich im großen und ganzen nur noch darum, wie das konstitutionelle Ministerium einen Weg findet, die Polenfrage innerhalb Preußens auf eine mit den Interessen des Staates wie mit den Ideen der Zeit vereinbare Weise zu

Durch v. Dazur wirkte das Deutsche Zentral-National-Komitee ständig auf die Regierung ein; sie erhielt in denselben Tagen die Massenpetitionen im Anschluß an seine Eingaben, die Manifeste aus dem Netzedistrikt und die Eingabe der Deutschposener Deputierten vom 20. April. Im großen und ganzen konnten die Deutschen mit den Absichten des Ministeriums über die Zukunft des polnischen Teiles einverstanden sein; die deutsche Sprache sollte hier die Rechte erhalten, die bisher der polnischen im Geschäftsverkehr zustanden. Nur die Absicht, daß auch die Regierung für den reorganisierten Teil nach Posen kommen sollte, fand ihren Widerspruch. Das Posener Komitee hatte durch Beurmann davon erfahren und protestierte sofort. (68) In der Kabinettsorder vom 26. April findet sich denn auch nichts mehr von diesem Plan.

Doch wurde die Sachlage bis dahin wieder von neuem verwickelt. Die Dinge in Posen forderten rasches Eingreifen. Die gemäßigte Partei der Polen konnte durch die Beschlüsse des Ministeriums wohl einigermaßen befriedigt werden, zumal diese noch zu ihren Gunsten verändert wurden. Denn Circourt hatte Arnim zu verstehen gegeben: wenn Preußen auf die Festigung seiner Beziehungen zu Frankreich Wert lege, dann müsse es in der Posener Frage entgegenkommen, die ja von den französischen Radikalen ständig benutzt wurde, um einen Druck auf

⁶⁷⁾ Über diese Sitzung vgl. A. u. B. S. 93, Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P. S. 48 f. Dazu "Denkschrift über die definitive Feststellung der Demarkationslinie" (HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 3).

⁶⁸⁾ Regierungsrat H. Wendt an Auerswald 24. 4. (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1).

⁶⁹) Die Eingabe Libelts: "Zur Beurteilung der polnischen Frage"
S. 37 ff. Vgl. Circourt Bd. II, S. 38 f., S. 58 f.

Lamartine auszuüben. Und Arnim war Frankreich gegenüber verpflichtet. Den Wert der Bemühungen Didiers für die Vermeidung von Blutvergießen und beim Abschluß der Konvention erkannte er lobend an. Als Circourt einen eigenen polnischen Landtag mit gesetzgebender Gewalt wünschte, stellte er ihm in Aussicht, daß die Stadt Posen nur einen deutschen Selbstverwaltungskörper und eine preußisch-deutsche Festung im polnischen Gebiet bilden solle und wahrscheinlich auch ein polnisches Heer und ein polnisches Parlament zugestanden werden würden. Mehr konnte Circourt nicht verlangen, die Abtrennung vom 14. erkannte er selbst als gerecht an. "Das Ministerium und, soweit ich darüber urteilen kann, der König handeln mit wirklichem guten Glauben und fortdauerndem guten Willen", schrieb er an Lamartine am 23. April.

Wer konnte aber sagen, was der König wirklich vorhatte? Sicher ist, daß er, so wie die Dinge lagen, die polnische Revolution mit Waffengewalt niedergeschlagen und das Posener Deutschtum kräftig geschützt zu sehen wünschte. Von einer Reorganisation, die ein freies Polen vor-

bereiten sollte, wollte er jetzt nichts hören.

Zwischen all diesen auseinandergehenden Wünschen und Meinungen mußte das Ministerium rasch ein Kompromiß finden, das sowohl dem internationalen Radikalismus wie der Reaktion die scharfe Waffe der Polenfrage entwand und Frankreich keine Angriffsflächen bot. Ein kriegerischer Zusammenstoß hätte angesichts der deutschen Verhältnisse bei dem damaligen Zustand des preußischen Heeres gewiß eine schwere Gefahr bedeutet.

Am 26. April verkündete eine Kabinettsorder, der König sehe "die Bedingung des wiederhergestellten Landfriedens als in der Hauptsache erfüllt an" und wolle nun ungeachtet der "ungesetzlichen Haltung einzelner Irregeleiteter" die Reorganisation beginnen lassen. Ausgenommen blieben: der Netzedistrikt außer der Südecke des Kreises Hohensalza, die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Buk und Samter, der Westen der Kreise Posen und Obornik, der Süden der Kreise Kröben und Krotoschin und die Stadt Kempen. Die genaue Abgrenzung nach den Wünschen beider Nationen blieb vorbehalten. Immerhin war damit ausgesprochen, daß nicht nur die Selbstbestimmungsforderungen der Deutschen, sondern auch (bei der Festhaltung der Stadt Posen und einer gut zu verteidigenden Ostgrenze) militärische Gesichtspunkte, d. h. Machtfragen berücksichtigt werden sollten. Damit war die entscheidende Wendung in der Polenpolitik des Revolutionsministeriums vollzogen! In der Regelung der Verhältnisse im östlichen Teil kam man Frankreich entgegen: er sollte nicht nur polnische Verwaltung, polnisches Gerichts- und Schulwesen erhalten, sondern auch eine eigene konstitutionelle Verfassung und innerhalb der preußischen Armee ein besonderes Kontingent stellen. Die Wiedereinführung der Landratswahlen war ein nicht zu unterschätzendes Zugeständnis an den polnischen Adel.70)

⁷⁰⁾ Gedruckt A. u. B. S. 94, L. v. J. S. 61 u. a.

Die Aufnahme des westlichen Teils in den Deutschen Bund wurde sofort beantragt und dabei auf die Bedeutung der Festung Posen für die Sicherheit des Bundesgebiets hingewiesen. Am 2. Mai erklärte sich der Bundestag einverstanden; nur Württemberg machte den Vorbehalt, daß die Bewohner den Anschluß in ihrem eigenen Interesse wünschenswert fänden, und befürwortete zusammen mit Bayern und Baden "Schonung der polnischen Bewohner".71)

Die Posener Verhältnisse machten jetzt ernste Schritte unumgänglich. Um der beide Seiten aufregenden Tätigkeit des polnischen Klerus den Boden zu entziehen, wurde nach Beurmanns Vorschlag am 30. April eine Kabinettsorder zur Beruhigung der polnischen Bauern über die Unantastbarkeit ihres Glaubens erlassen; sie hat aber keine starke Wirkung mehr ausüben können.⁷²) Die Kabinettsorder vom 26, hatte die Polen sehr erbittert, denn sie nahm ihnen ja die Provinzialhauptstadt! Was übrig blieb, konnte ihnen nicht genügen. Das polnische Nationalkomitee, ohnehin schon machtlos, sah seine Bemühungen gescheitert; denn auf friedlichem Wege war jetzt nichts mehr zu erreichen. Es löste sich daher am 30. April auf.⁷³) Die revolutionäre Bewegung hatte neuen Anstoß erhalten. Die Minister selbst mußten nun, wenn es ihnen auch schwer fiel, bewaffnetes Vorgehen befehlen. Sie wollten zwar nichts davon wissen, daß die Konvention durch die polnischen Ausschreitungen ungültig geworden sei - doch darüber gingen die Ereignisse hinweg! Wie hätten denn die preußischen Offiziere unterscheiden können, was eine verbotene und was eine erlaubte Ansammlung, was ein verbotenes und was ein erlaubtes Verhalten in den Cadres sei? Die Minister forderten Colomb nochmals auf, einen Offizier zur Aufsicht über diese zu entsenden, wie es vereinbart war. Weil er den Willen seines Obersten Kriegsherrn kannte, hatte er es unterlassen.

Er konnte sich der ihm schon bekannten Ansicht des Kriegsministers, das Abkommen bestehe an den Punkten, wo der Gegner ihm nicht zuwiderhandle, noch fort, nicht anschließen.⁷⁴) Eine solche Halbheit widersprach seinem Charakter. Er sah, daß auf der Gegenseite die Übereinkunft in mehr als einem Punkte gebrochen worden war. Er hatte den Befehl des Königs zu bewaffnetem Einschreiten. Er mußte täglich sehen und hören, wie das wochenlange Warten die Disziplin der Truppen,

⁷⁴) Schreiben Auerswalds und Reyhers v. 26. 4.: A. u. B. S. 95 f. Colombs Berichte an Reyher und an Neumann v. 23. 4. (HeA Rep. 4 cap. I, tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 1) und "Darstellung der Umstände..." (ZOG IV S. 346, S. 351) — S. auch Anmkg. 2.



No.

⁷¹⁾ Arnim an Dönhoff und an Auerswald 27. 4. Bundestagsprotokolle § 378 (1. 5.), § 389 (2. 5.) Immediatberichte Dönhoffs vom 1. und 2. 5. (Rep. 75). — Die Zahl der Bewohner des zum Deutschen Bund geschlagenen Teiles der Provinz, die mit 593 900 schon von Anfang an die Gesamtzahl aller Posener Deutschen übertroffen hatte, wurde jetzt um 273 500 erhöht.

⁷²) Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. 3 f. 224. — Vgl. "Im Polenaufruhr"

⁷³⁾ Auflösungsmanifest v. 30. 4. im Auszug bei Rakowski, Anhang S. 59.

besonders der gerade in der Saatzeit von Hause weggerufenen Landwehr, langsam zermürbte. Seine Untergebenen berichteten ihm, daß überall da, wo keine Truppen seien, die Unordnung fortdauere und Deutsche und Juden in ständiger Gefahr schwebten. Täglich baten ihn deutsche Gemeinden im Aufstandsgebiet flehentlich um Schutz. Die seit dem 17. wieder ausgesandten fliegenden Kolonnen waren im Südosten bereits in Gefechte verwickelt worden. Daraufhin hatte Colomb schließlich am 26. den Befehl erteilt, die Lager von Xions, Neustadt a. W. und Miloslaw zum Auseinandergehen aufzufordern und nötigenfalls mit Gewalt auseinanderzutreiben. Der Schutz des Lebens einiger von den Polen gefangen gesetzter deutscher Bürger in Xions wurde dann der unmittelbare Anlaß zum Angriff des Obersten v. Brandt auf dieses Lager am 29. April, der mit einem vollen Erfolg der preußischen Waffen endete.

Wenn auch ungern, mußte das Ministerium dem zustimmen. Ein neuer Erlaß der Minister des Innern und des Krieges an Beurmann und Colomb am 28. April befahl, 76) gegen alle ungesetzlichen Schritte mit äußersten Mitteln vorzugehen. Aber den Cadres sollte das Versprochene gehalten werden, und Beurmann wurde noch besonders angewiesen, die Errichtung der polnischen Regierung in Gnesen und die Wahl der Landräte im polnischen Teil zu beschleunigen.

Während das Ministerium versuchte zu retten, was noch zu retten war, herrschte im Osten von Posen das Chaos, und im Westen und Norden rüsteten sich die Deutschen zu bewaffnetem Losschlagen. Die Deutschen und vor allem die Juden im Osten waren bei alledem unter die Räder gekommen. Die niedrigen Triebe revolutionärer Massen tobten sich in den Judenvierteln der Kleinstädte aus. Deutsche Gehöfte und Förstereien brannten nieder. Preußische Staatsbürger mußten ihre letzte Rettung in der Flucht nach dem sicheren Russisch-Polen sehen.⁷⁷). Ganze Dörfer flohen mit Vieh und Habe in die Wälder oder irrten in den Warthe-Niederungen umher, um den Plünderungen der Sensenleute zu entgehen. In den von preußischen Truppen besetzten Städten im Aufstandsgebiet, wie Schrimm oder Gnesen, hatten sich auch deutsche Ausschüsse gebildet; sie schrien jetzt Zeter, als sie von der Demarkationslinie hörten, und wollten von Reorganisation nichts wissen. Das ganze Großherzogtum sollte vielmehr an den Deutschen Bund angeschlossen werden.⁷⁸) Sie fühlten sich mit Recht als die Opfer der Regierungspolitik. Die Juden der Kleinstädte gaben sich, wo sie sicher waren, als Deutsche par excellence

⁷⁵) Die Anlässe zu diesen Zusammenstößen sind in den Flugschriften stark umstritten. Der Verlauf der kriegerischen Ereignisse bei Kunz (Zeittafel S. 188). – Vgl. Colombs Berichte v. 23. 4. l. c. und seine Bekanntmachung (Ztg. d. Ghzt. P. 25. 4.) – Vgl. Anmkg. 3 zu diesem Abschnitt.

machung (Ztg. d. Ghzt. P. 25. 4.) — Vgl. Anmkg. 3 zu diesem Abschnitt.

76) Rep. 77 tit. 539 I und HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9
vol. 1 f. 172 ff.

⁷⁷⁾ Circourt an Lamartine 22. 4. und 6. 5. (Bd. II. S 43, S. 149).
v. Roeders "Rede, die polnische Frage betreffend" (Ostrowo 1849).
78) DZNK Kr. Schrimm, Kr. Schroda. Für Gnesen nach ABV
Nr. 24 II; Rep. 77 tit. 539 I vol. 1 und Warschauers Geschichte der Stadt Gnesen, S. 425 f. (ZHG XXX)

und waren von glühendem Polenhaß erfüllt. Das jetzt herrschende Chaos nahm dort jedermann als einen Vorgeschmack der polnischen Herrschaft nach der Reorganisation.79)

Die militärischen Kräfte, die zum Schutz der deutschen Minderheiten verfügbar waren, waren nicht allzu groß und durften nicht zu sehr zersplittert werden. Das Erscheinen mobiler Kolonnen an den Punkten des Aufstandsgebiets, wo die Deutschen besonders bedroht waren, konnte nur vorübergehende Wirkung haben. Zu den Operationen gegen Mierosławski mußten sämtliche Truppenkörper zusammengezogen werden; der Westen wurde von Teilen des dritten Armeekorps besetzt. Auch das konnte möglicherweise nicht ausreichen. Die Zuverlässigkeit der polnischen Soldaten wurde mehr und mehr durch die Werbung der katholischen Geistlichkeit untergraben. Mit Verstärkungen war kaum zu rechnen. Als letztes Hilfsmittel blieb nur übrig, die deutsche Bevölkerung gegen die Polen aufzurufen. Sie wurde jetzt, wo es noch nicht geschehen war, mit Waffen ausgerüstet — das rief aber unter den Polen, auch wo sie bisher ruhig geblieben waren, neue Aufregung hervor.80) Die wiederholt flehentlich oder drohend vorgetragenen Wünsche der deutschen Bevölkerung der Stadt Posen nach allgemeiner Bewaffnung hat Steinäcker aus Billigkeitsgründen zunächst abgelehnt und sogar die Entwaffnung der Bürgerwehr angeordnet. Erst im Augenblick der höchsten Krise wich er vor Schreeb und seiner Volksversammlung zurück und ließ am 4. Mai 3600 Gewehre an die Deutschen verteilen.81)

Am Tage vorher hatte das Zentral-National-Komitee den Netzedistrikt und den Westgürtel um die mehr als einmal versprochene Waffenhilfe gebeten und die größeren Ausschüsse, in Bromberg, Meseritz, Lissa usw., aufgefordert, ihre Bürgerwehren in die östlich oder südlich angrenzenden Kreise vorrücken zu lassen. "Die östlichen und mittleren Kreise", so heißt es in den Briefen des Komitees, "befinden sich gegenwärtig in einem so vollständig revolutionären Zustande, daß die Militärbehörden durch die notwendige Besetzung der wichtigsten Punkte, ihre Kräfte zersplitternd, nicht imstande sind, den Hauptmassen der Insurgenten gegenüber eine entschieden überwiegende Macht zu konzentrieren. Diesem Übelstande muß, wenn er nicht binnen kurzem verderblich werden soll, schleunigst abgeholfen werden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Hilfe der in den westlichen Grenzkreisen und im Netzedistrikt organisierten Bürgerwehr dringend in Anspruch zu nehmen und ersuchen deshalb einen... zunächst für die Besetzung des... Kreises Sorge tragen zu wollen." 82) Gleichzeitig wurden die deutschen Komitees oder

⁷⁹⁾ Vgl. "Aus dem Leben des Generals H. v. Brandt", Bd. III,
S. 114, 122, 171 f.
80) So in Gnesen (Warschauer a. a. O. S. 429) und Graetz (Beiträge zur faktischen Widerlegung der mit H. W. bezeichneten Flugsteit in der Schaffen bei de schrift über die neueste polnische Insurrektion im Ghzt. P. III. S. 1, Berlin 1848). — Zeitungsbericht der Bromberger Regierung für März und April (Rep. 89 B X). 81) Wuttke S. 254.

⁸²⁾ Schreiben des DZNK nach Lissa u. Bromberg (in seinen Akten).

die Landräte aufgefordert, in den bedrohten Kreisen für Verpflegung und Einquartierung der Einmarschierenden zu sorgen.

Zur Durchführung dieser Maßregeln scheint es aber nicht oder wenigstens nur vereinzelt gekommen zu sein; es war schwer, gerade in solcher Zeit die biederen Kleinbürger, die sich zum Schutze ihrer Heimatstadt vereinigt hatten, mehrere Tagemärsche weit fortzuführen. 33) Anders in der unmittelbaren Nähe des Kampfgebiets: hier war ein Unterschied zwischen der Bürgerwehr, die nur ihren Heimatort verteidigen will, und den aggressiv vorgehenden Freischaren kaum zu ziehen. Je mehr die polnische Bewegung in einen Kleinkrieg ("Partyzantka") überging, desto mehr griff die deutsche Bevölkerung zu gleichartigen Abwehrmitteln. Der Haß gegen die polnischen Banden und die durch den Aufstand verursachte Arbeitslosigkeit trieben auch auf deutscher Seite kleine Kampfgruppen zusammen, die unter entschlossenen und rücksichtslosen Führern nach Freikorps-Art ihren Krieg mit den Polen machten, einmal mit den Truppen zusammen kämpften und ein andermal auf eigene Faust einen polnischen Ort entwaffneten. 34)

Die Erregung, die Wut der Posener Deutschen hatte längst auf die Nachbarprovinzen übergegriffen und beschränkte sich hier nicht mehr auf bloße Sympathieerklärungen. Ein Aufruf aus Wirsitz rief sie zu den Waffen. In der Neumark bildeten sich einige Hilfsausschüsse. Freikorps zogen gegen die Polen, und der Minister des Innern mußte schließlich den Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. anweisen, diese Volksbewaffnung zu verhindern. Sogar Berliner Freischaren, die nach Schleswig-Holstein hatten ziehen wollen, wandten sich jetzt nach Posen. Bürgerkrieg war da mit allen seinen Schrecken, der Kampf der Völker, der Religionen, der Klassen: ein wahres Kreuzfeuer der Revolutionen.

Unter solchen Umständen wurden die Wahlen vorgenommen, zur preußischen Nationalversammlung in der ganzen Provinz, zur deutschen Nationalversammlung zunächst nur im Netzedistrikt und in den Westkreisen. Ein Teil der Polen verlangte den Zusammentritt einer besonderen verfassunggebenden Versammlung für das Großherzogtum Posen und enthielt sich der Wahl.⁸⁶) Daß hier nur zwei Parteien einander gegen-

83) Der Lissaer Verein zur Wahrung deutscher Interessen antwortete dem DZNK am 9. 5. ablehnend mit einem Hinweis auf die Lissa selbst bedrohenden Gefahren. Doch schrieb Hepke am 7. 5. an Wuttke in Leipzig: "Es ist ein Volkskampf, und die deutschen Brüder aus den Grenzkreisen rücken schon zu uns..." (VWDSO II).

84) Solche Freischar in führten Graf Lüttichau und v. Treskow auf Grocholin, eine andere der Assessor Göldner, in der Gegend von Schubin. Vgl. "Beiträge zur faktischen Widerlegung" IV., Wuttke S. 255 über die "Netzbrüder" und Voigts-Rhetz S. 24. — Man denke auch an die "Garde des Herrn v. Fink" in "Soll und Haben"!

85) Wuttke S. 252, Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P.

S. 52 und Ztg. d. Ghzt. P. 5. 5.

86) So heißt es u. a. in dem erwähnten Flugblatt "Do braci Polaków w powiecie babimostkim" ein "sejm narodowy", Nationalversammlung, könne nur in Posen oder Warschau zusammentreten. Auch Metzig trat für einen besondern Posener Landtag ein.



übertreten konnten, war von vornherein klar. Die deutschen Ausschüsse betrieben eine rührige Wahlwerbung, um alle Deutschen an die Urne zu bringen und polnische "Wahlumtriebe" zu verhindern. Die Auswahl der Kandidaten stand ganz unter dem Gesichtspunkt des völkischen Kampfes: so wurden streng konservative Landräte, wie v. d. Goltz in Kolmar und v. Schlotheim in Bomst, neben konstitutionell-liberalen Männern, wie Kerst und Eckert-Bromberg, gewählt. Lissa hätte gern Flottwell als seinen Vertreter in die Paulskirche entsandt, machte ihm aber seinen Antrag erst, als er schon ein anderes Mandat angenommen hatte. Wie überall in Preußen, wurden die fähigsten Männer nach Frankfurt geschickt; die Deutschposener Abgeordneten in der Berliner Nationalversammlung haben sich kaum hervorgetan. In der Stadt Posen und in den vorwiegend deutschen Gebieten verliefen die Wahlen meist ruhig. In völkisch gemischten Gegenden aber kam es stellenweise zu Zwischenfällen, und im Aufstandsgebiet konnten Deutsche und Juden oft ihr Wahlrecht nicht ausüben, wenn sie sich nicht dem Zwang der Polen unterwerfen wollten.87) Was in ganz Deutschland bei den Wahlen das Wichtigste war: die Sicherung der März-Errungenschaften, darum kümmerte man sich in Posen gerade in diesen Tagen nicht sehr. Der Kampf der Völker bestimmte hier das Bild der Wahlen.

Und Willisen? Der Mann, der es als seine höchste Aufgabe angesehen hatte, dem Land den Frieden und eine freiheitliche Zukunft zu bringen, sah sein Bemühen völlig gescheitert. An den Leidenschaften der Massen allein, glaubte er damals noch, sei seine Sendung gescheitert, und diese hielt er besonders auf deutscher Seite für künstlich aufgestachelt. Hätte er damals schon erfahren, daß der andere, vielleicht entscheidende Grund seines Mißerfolgs in der Politik des Königs lag, so wäre sein Zusammenbruch vielleicht ein vollständiger gewesen. Die öffentliche Meinung, zumal Berlins, stand ihm jetzt zum größten Teil mißtrauisch oder ablehnend gegenüber. In einer öffentlichen Erklärung stellte er die Dinge so dar, wie er sie ansah.88) Er konnte freilich nicht alles sagen und mußte sich scharfe Entgegnungen gefallen lassen. Die hartnäckigsten Gegner hat er in seinen Kameraden gefunden. Sie sahen in seinem Verhalten nicht nur ein Zuwiderhandeln gegen die Befehle des Königs und ein Paktieren mit der Revolution, sondern geradezu eine Schande für das ganze preußische Heer. Er beantragte schließlich die kriegsgerichtliche Untersuchung gegen sich. Das Ministerium kam dadurch in eine höchst peinliche Lage und lehnte seinen Wunsch ab. Es erklärte, in seinen verdienstlichen Bemühungen keinen Grund zur

88) Diese Erklärung erschien am 3.5. in der "Spenerschen Zeitung"; sie hatte dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegen. Eine ausführliche Veröffentlichung, wie sie Willisen plante, war hier nicht er-

wünscht. (A. u. B. S. 107).

⁸⁷⁾ Wahlberichte im DKB 5. 5. ff. — Über die Wahlvorgänge unterrichtet Bartolomäus (S. 27 ff.), über die Persönlichkeiten der Gewählten außerdem H. Niebour, Die Vertreter der Provinz P. auf der Frankfurter Nationalversammlung (Histor. Monatsbl. Jg. 12.

Anklage sehen zu können und dankte ihm für seine aufopfernde Tätigkeit. Diese Erklärung erregte einiges Aufsehen; die Posener Stadtverordneten protestierten sogar gegen sie. Meyendorff, der kluge russische Gesandte, hatte vielleicht nicht ganz Unrecht mit dem Verdacht, das Ministerium wolle so das Bekanntwerden von Geheiminstruktionen verhindern, die Rußland hätten verstimmen können. ⁸⁹) Wenige Wochen später sah sich Willisen zu einer ähnlichen Bitte veranlaßt, und sie wurde wieder abgeschlagen. Erst nach Jahren hat eine Untersuchung stattgefunden; 1856 sprach ihm der König seine Verzeihung aus.

Damals, im Mai 1848, verzichtete Willisen darauf, der Regierung Schwierigkeiten zu machen 90): Sie wußte in Anbetracht neuer außenpolitischer Verwicklungen schon nicht mehr, wie sie die Polenfrage in einigermaßen befriedigender Weise lösen könne. Er zog sich mit Homer und Tacitus in ländliche Stille zurück und wollte von öffentlicher Tätigkeit nichts mehr wissen. Mit dem Scheitern seiner Sendung war die deutsche Polenfreundschaft als politisches Programm erledigt. Was ietzt noch in Berlin und Frankfurt für die Polen schwärmte, das waren revolutionäre Doktrinäre oder Schwätzer des Tages. Willisen hat als einziger dies Ideal, verkörpert in Arnims politischen Plänen, unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit zu verwirklichen gesucht. Die Dinge aber waren stärker als er: er konnte nicht gegen den Strom historischer Entwicklung schwimmen. Sein Versuch, das friedliche Nebeneinander der Völker im preußischen Osten durchzusetzen, versank in Blut und Pulverdampf. Ein neues Zeitalter kündigt sich an: Der Kampf von Volk 711 Volk wird sein Inhalt sein.

1

⁸⁹⁾ Meyendorff an Nesselrode 6./18. 6. (Bd. II, S. 103). — Die Posener Protesterklärung: Ztg. d. Ghzt. P. 28. 5.

⁹⁰) Briefe Willisens an seine Gattin aus dem Mai und Juni (KlÖ.) – Zum vorangehenden: Willisen an Friedrich Wilhelm IV., Wien 15. 1. 49 (HaA – s. Anmkg. 63), Fr. W. an Adolf v. Willisen, Charlottenburg 10. 3. 56.

Wiederkehr der Ruhe.

Unter den Männern, die Willisen als seine Nachfolger vorgeschlagen hatte, wählte das Ministerium den fast siebzigjährigen General Ernst v. Pfuel, dessen Dienstalter und militärische Stellung als Inspekteur des 5. und 6. Armeekorps ihm die persönliche Mißgunst ersparte, die sein Vorgänger von den Posener Generälen hatte erfahren müssen. Er war vielleicht der einzige, der bei seiner Persönlichkeit und politischen Einstellung sowohl in der Umgebung des Königs wie beim Ministerium und seiner Partei auf Unterstützung rechnen konnte. Ein Polenfreund wie Willisen war er freilich nicht; seine Sympathien blieben ..unwillkürlich dem deutschen Elemente zugewandt"1), das ihm daher auch mit Vertrauen entgegenkam. Er war ein gebildeter und geistreicher Offizier, ruhig und bestimmt im Verkehr mit anderen, rasch in seinen Entschlüssen. War er vielleicht auch kein Organisator großen Stils, so hatte er sich doch — was im Augenblick vielleicht ebenso wichtig war - in den letzten lahren die Gunst des Königs erworben. Dieser genehmigte daher sofort den Vorschlag, Pfuel nach Posen zu senden, und wies das Ministerium an, ihm ausgedehnteste Vollmachten zu erteilen. Am 1. Mai beschloß dieses, ihn sofort abzuschicken, alle bewaffneten Scharen auseinander jagen zu lassen und die geplanten Einrichtungen durchzuführen, wenn sich die Polen nicht durchaus widersetzten. Die von Auerswald selbst entworfene Instruktion ordnete Pfuei sämtliche Zivil- und Militärbehörden unter; er sollte den Landfrieden und die Autorität der Behörden mit allen Mitteln wiederherstellen, die Demarkationslinie nach freier Willensäußerung der Beteiligten genau feststellen und das Reorganisations-Werk nach der Kabinettsorder vom 26. April sofort beginnen²).

"Euer Exzellenz ist es bekannt, daß es die Absicht der Regierung Sr. Majestät ist und bleibt, die Berechtigung der polnischen Nationalität vollständig und unverkürzt anzuerkennen und zu schützen, so-

¹⁾ Bericht an Auerswald, vorgelegt 23. 5. (Rep. 77 tit. 539 II f. 156). Zur Charakteristik Pfuels vgl. den Aufsatz von Loewe von Calbe (Deutsche Rundschau Bd. 54 S. 202 ff., 1888) und Brandts Erinnerungen, Bd. III S. 172.

²) Auerswald und Reyher an den König und Kabinettsorder v. 29. 4., Ernennung Pfuels, Weisung an das Staatsministerium und Auerswalds Entwurf zur Instruktion v. 1. 5.: Rep. 77 tit. 539 II f. 1–10, Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol 3 f. 223, HeA. Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 2. — Vgl. Hepke S. 85 f., L. v. J. S. 126 f. Circourt Bd. II S. 119 und Colombs "Darstellung der Umstände..." (ZOG IV S. 347).

weit solches ohne wirkliche Beeinträchtigung der Hoheitsrechte des Staates und ohne Gefährdung der Garantien geschehen kann, welche die Landesgesetze allen Staatsangehörigen, also namentlich den im Großherzogtum Posen wohnenden Deutschen, zu gewähren haben. Nicht minder Sorge ist für eine gleiche Aufrechterhaltung der Rechte der Staatsangehörigen polnischer Nationalität zu tragen, welche in den dem Deutschen Bund einzuverleibenden Landesteilen wohnen."

Ein ergänzendes Schreiben von Auerswald und Reyher vom 8. Mai trug ihm auf, Posen nicht vor Beruhigung des Landes zu verlassen und Klagen über Ausschreitungen des Militärs sorgfältig zu prüfen, und überließ ihm den Abschluß einer Waffenruhe. Denn Rußlands und Frankreichs wegen war dem Ministerium die friedliche Lösung sehr erwünscht. Colomb sah in der Entsendung Pfuels einen Versuch des Ministeriums, "seiner Unbesonnenheit, die gefürchteten Polen angegriffen zu haben, einen Zügel anzulegen", — und in der Tat mag es jetzt der Wunsch der Minister gewesen sein, der gegenrevolutionären Politik des Königs Schwierigkeiten zu machen, indem es die allzu rasche (auf die Dauer ja unvermeidliche) Niederschlagung des polnischen Aufstands hinderte.

Am 4. Mai traf der neue Kommissar in Posen ein - unterwegs wäre er von den Sensenleuten beinahe überfallen worden. "Die Provinz ist in vollständigstem Aufruhr... Es ist eine wahrhafte Nationalerhebung in Waffen," berichtete er am nächsten Tage dem Kriegsminister. Die Lage war hochkritisch: Bei Miloslaw und Sokolowo hatten die preußischen Truppen am 30. April und am 2. Mai ernste Schlappen erlitten. In Buk waren am 4. eine Anzahl preußischer Soldaten heimtückisch ermordet. Deutsche und Juden geplündert worden; in blutigem Kampfe, in dem die ergrimmten Soldaten keinen Pardon gaben, mußte die Stadt wieder erobert werden.3) Die Aufregung der Deutschen hatte sich danach in der Stadt Posen schon bis zu Tätlichkeiten gegen einzelne Polen gesteigert.4) Am 3. Mai hatte Steinäcker die Bürgergarde aufgelöst – als Militär war er bemüht, nach Möglichkeit zu verhindern, daß jetzt etwa auch die Deutschen sich zu einer nationalrevolutionären Erhebung in Waffen anschickten. Sofort nach Pfuels Ankunft wurde das Standrecht in der ganzen Provinz wieder in Kraft gesetzt. Vorläufig war an eine Reorganisation nicht zu denken. Um jedoch den Polen wenigstens etwas zu bieten, kündigte Pfuel die Bildung einer polnischen Regierung für die östlichen, rein polnischen Kreise an.5) Der deutschen Bevölkerung der Hauptstadt kam er dadurch entgegen, daß er nach mancherlei Hin und Her ihr die Waffen zurückzugeben befahl und die Bildung eines Freikorps von 800 Mann gestattete, das mit Militär-Waffen und Montierungen versehen und auf die Kriegsartikel verpflichtet, bald ins

³⁾ Vgl. Deutsch, Der Überfall in Buk, ZHG XIII 350 ff., L. v. J. S. 116, Kunz S. 162 f.
4) L. v. J. S. 122. — Hepke an Wuttke, 6. 5. (VWDSO II).
5) Die Bekanntmachungen Pfuels, Colombs und Beurmanns aus diesen Tagen s. bei L. v. J. S. 122 f. — Dazu Pfuels Bericht an den Kriegsminister v. 5. 5. (HeA. Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 2).

Feld rücken sollte. Daneben ging noch die Bewaffnung der Bürgerschaft.6)

Unterdessen wurden Mierosławskis Scharen von den überlegenen preußischen Truppen matt gehetzt. Vergeblich waren die Versuche polnischer Adliger, vor völliger Niederwerfung der immer zuchtloser werdenden Haufen den Frieden zu vermitteln.7) Mierosławski legte das Kommando nieder, und sein Nachfolger schloß am 9. Mai in Bardo eine Kapitulation mit dem Generalleutnant v. Wedell ab, die das Ende der organisierten polnischen Erhebung bedeutete. Kleinere Banden führten aber noch wochenlang mit Überfällen auf Dörfer und Gehöfte einen langwierigen Kleinkrieg.8) Immerhin war die schwerste Gefahr nun beseitigt. Schon am 6. war - gerade während der Bewaffnung der Bürgerschaft — unter ungeheurem Jubel die Aufnahme Posens in den Deutschen Bund bekannt geworden. Am 11. Mai feierte die ganze deutsche Bevölkerung unter Beteiligung aller Behörden diesen Sieg. Nach einem großen Festzug sprachen auf dem Markt mehrere Mitglieder des Komitees und sogar der Oberbürgermeister Naumann vom Dank für den Erfolg und von der Freude über die endlich erreichte Verbindung mit dem Vaterland. Aus 15 000 Kehlen ertönte die Nationalhymne von 1848, Arndts "Was ist des Deutschen Vaterland" — "wohl niemals seit den Freiheitskriegen von so großer Versammlung gesungen". Dies Fest war der Höhepunkt des nationalen Aufschwungs.9) Ein Aufruf des deutschen Komitees forderte die Polen noch einmal zur Versöhnung auf, mußte aber in diesem Augenblick als beißender Hohn empfunden werden. Am 21. feierte auch Bromberg die Verbindung mit Deutschland durch Umzug und Festkundgebung, und ähnlich machten es manche anderen Kleinstädte.

Nach den großen Erfolgen der letzten Tage gab es für die deutschen Ausschüsse noch immer große Aufgaben 10): Werbung in der öffentlichen Meinung Deutschlands, Mitwirkung bei der Demarkation, Organisation der Bewaffnung und Unterstützung der Opfer des Aufstands. Für den letzten Zweck wurden in Posen und Bromberg besondere Unterstützungskomitees gebildet, die auch aus dem Innern Deutschlands Zuwendungen erhielten.

⁶⁾ Es hatte erst zu einem Zusammenstoß zwischen Schreeb, dem Leiter der erregten Volksversammlung, und Steinäcker als Vertreter der Militärgewalt kommen müssen. Infolgedessen weichen die Berichte bei Wuttke S. 254, L. v. J. S. 127 und im DKB 6. 5., 11. 5. stark voneinander ab; kurz auch in den Erinnerungen von G. Wendt S. 36. Hauptquelle Wuttkes war der genannte Brief Hepkes v. 6. 5.

⁷⁾ Vgl. Ad. Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse im Ghzt. P. S. 29. Potworowski und Libelt versuchten Willisen nochmals zu einer Fürsprache beim Ministerium zu bewegen. Ihr Schreiben

^{(30. 4.,} Kl. Ö.) drückt grenzenlose Enttäuschung aus.

8) L. v. J. S. 135 f., S. 142 f. Wuttke S. 255. Kunz S. 166.

9) Vgl. Jaffé S. 199 f. Berichte: Preuß. Staats-Anzeiger 15. 5., Dt. Ztg. Nr. 145, Ztg. d. Ghzt. P. 12. 5., DKB 13. 5. f.

10) Ztg. d. Ghzt. P. 28. 5. und 1. 12.

Das Wichtigste war jetzt die genaue Abgrenzung des deutschen und des polnischen Teiles. In Bromberg wollte man von der Teilung überhaupt nichts wissen; der Posener Ausschuß aber hatte schon am 29. April alle Orte, welche gegen die in der Kabinettsorder gezogene Grenze reklamieren wollten, aufgefordert, sich mit genauen Angaben an ihn zu wenden, und die Deutschen in dem bestimmt zu reorganisierenden Gebiet um Vorschläge gebeten, "welche Garantien sie für die Wahrung ihrer Interessen zu beantragen haben". An Hand der von den Landräten gegebenen statistischen Materialien und dieser Eingaben wurde dann ein genauer Entwurf ausgearbeitet.

Von neuem erhoben seit dem Bekanntwerden der letzten Kabinettsorder die Deutschen im Osten Einspruch gegen jede Reorganisation oder versuchten, auf irgend eine Weise doch noch an den Deutschen Bund angeschlossen zu werden.¹¹) Sie erinnerten auch jetzt noch oft an die preußische Gesinnung vieler polnischer Bauern. Die Begründungen, die für den Anschluß an Deutschland angeführt wurden, waren verschiedenster Art: historische Zugehörigkeit zum Netzedistrikt, objektiv feststehende deutsche Mehrheit, Wille der national gemischten Bevölkerung. Überwiegen des deutschen Grundbesitzes, schließlich wirtschaftliche. verkehrspolitische oder strategische Gründe. Der Bromberger Zentralausschuß war bei allen seinen Maßnahmen eifrig darauf bedacht, daß kein Stückchen Landes vom alten Netzedistrikt abgetrennt würde. Den gleichen Wunsch hatte die Westpreußische General-Landschaft in Marienwerder, zu deren Verband noch seit der Zeit Friedrichs des Großen der Netzedistrikt gehörte; sie wandte sich deswegen mehrfach an Auerswald und an Pfuel. 12) Wirtschaftliche Gründe bestimmten auch das Posener Komitee, sich für die Einverleibung des Kreises Kosten in den Deutschen Bund lebhaft einzusetzen, dem die Straße von Breslau über Lissa und Kosten nach Posen besondere Bedeutung gab. Nachdem Schmiegel seinen Ausschluß von der Reorganisation im April durchgesetzt hatte, wirkte das Komitee darauf hin, daß auch der Rest des Kreises Kosten um den Anschluß an den Deutschen Bund nachsuchte, und trat bei Pfuel für dieses Ziel ein; ihm schlossen sich auch die Posener und die Lissaer Stadtverordneten an. Allerdings konnten diese Gesuche bei der vorläufigen Demarkation nicht mehr berücksichtigt werden.¹³)

Zusammen mit den Provinzialbehörden, dem deutschen Nationalkomitee in Posen und Willisens einstigem Mitarbeiter, dem Obersten v. Stavenhagen, arbeitete Pfuel rasch eine vorläufige Demarkationslinie aus, die er am 12. Mai zugleich mit der Kapitulation von Bardo bekannt gab und die im allgemeinen den deutschen Petitionen entsprach, die polnisch-katholischen aber überging.14) Für die endgültige Regelung wartete er noch die Einspruchserklärungen von beiden Seiten ab. Man

¹¹⁾ DZNK Kr. Schroda, Schrimm, Kosten. Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 28 für Kr. Gnesen und Wongrowitz.

12) Rep. 77 tit. 539 V.

13) DZNK Kr. Kosten, Lissa. ABV Nr. 24 II. Vgl. Jaffe S. 199.

¹⁴⁾ L. v. J. S. 136 f., S. 150 f. Briefe Stavenhagens an Willisen (KlÖ.).

hoffte, sie durch eine nationale Flurbereinigung erleichtern zu können: Pfuel forderte die deutschen Grundbesitzer im polnischen und die polnischen im deutschen Teil, die eine Übersiedlung durch Tausch oder Verkauf wünschten, auf, den Behörden entsprechende Anträge einzureichen. Es wurde aber nicht viel Gebrauch davon gemacht.

Jetzt, da die Aufnahme in den Deutschen Bund, die Abgrenzung gegen den zu reorganisierenden Landesteil und die Niederwerfung der Polen erreicht waren, begann in den breiten Massen die völkische Begeisterung allmählich nachzulassen. Nicht, als ob das Posener Deutschtum jetzt wieder in den Schlaf gesunken wäre - es war nur natürlich, daß die großen Fragen der Gestaltung des neuen Staates nun, als die beiden Nationalversammlungen zusammentraten, auch im Grenzland durchdacht wurden. Immerhin hielt es das Posener Komitee doch schon für nötig, in einem Aufruf zur Wachsamkeit und Eintracht zu mahnen. 15) Zwischen Deutschen und Juden zeigten sich hier und da zuweilen leise Gegensätze - es waren aber mehr Nachwehen der Vergangenheit als Vorboten neuer Zwietracht. Gelegentlich kam es auch zu Reibereien zwischen Beamten und altansässigen Bürgern, besonders anläßlich der Wahlen. Der Gegensatz der Parteien machte sich in der Hauptstadt in steigendem Maße bemerkbar. Der Konstitutionelle Klub war zwar noch die einzige Organisation seiner Art, aber bei der Auseinandersetzung über die Kandidaten für die Wahlen zur Paulskirche deutete sich schon die Kluft der Zukunft an.

Auch im Nationalkomitee selbst kam es zu Streitigkeiten. Der Mann, der die Massen der Stadt erst auf die Beine gebracht hatte, Schreeb. konnte sich innerhalb dieses Komitees nicht wohl fühlen. Sein Element war die Volksversammlung, hier war er beliebt und angesehen. Mit den Leitern der Behörden aber verstand er nicht zu verhandeln, und dem Komitee dünkte sein nachdrückliches Auftreten zu schroff. Seine Beliebtheit bei den Massen schwand allmählich, seit er mehr als einmal — auch mit Einsetzung des eigenen Lebens - polnische Gefangene vor der Wut des Pöbels geschützt hatte. So umging man ihn nun im Komitee und machte ihm schließlich das Verbleiben unmöglich; am 14. Mai trat er auch als Ordner der Volksversammlung zurück. Er versuchte zwar, noch weiter eine Rolle zu spielen, verlor aber in den nächsten Monaten alles Ansehen. Er war einst der Führer gewesen, der aussprach, was in den Massen unklar vorhanden war. Sein Verschwinden aus der Öffentlichkeit ist ein Ausdruck dafür, daß die Zeit stürmischer Bewegung zu Ende ging. 16)

Bedenklicher aber war es für das Schicksal der Volksgruppe, daß stellenweise die Kirchturmpolitik jetzt Eingang fand,¹⁷) Doch blieben

¹⁵) Aufruf des DZNK am 6. 5.: Ztg. d. Ghzt. P. 9. 5. — Über

Reibereien zwischen Bürgern und Beamten vgl. DKB passim.

16) Über Schreeb vgl. Wuttke S. 243, S. 249-252, S. 256-258.

17) Die Fraustädter protestierten gegen die Tätigkeit des Meseritzer Auschusses für die Einverleibung der Stadt Posen, weil sie darin eine Auschusses für die Einverleibung der Stadt Posen, weil sie darin eine Erschwerung ihres Anschlusses an Schlesien sahen; in ähnlicher Weise

solche kleinen Gegensätzlichkeiten und Eigenbrödeleien gewöhnlich unter der Oberfläche.

Die ganze deutsche Bevölkerung war sich damals in dem Wunsche einig, jetzt gründlich Ruhe zu schaffen und die Funken des Aufstands diesmal völlig auszutreten. Das gesamte überwiegend deutsche Gebiet war Anfang Mai gut bewaffnet und bereit, die Aufständischen blutig zurückzuweisen. Die Kampfbegeisterung und die Wut gegen die Polen war groß, und es hätte nicht viel gefehlt, so wären die Deutschen, wo sie es nur konnten, gegen die Insurgenten losgezogen. Ja, an manchen Orten taten sie es schon! 18)

Der Ausschuß des Netzedistrikts hatte am 29. April zu einer Versammlung in Bromberg am 14. Mai aufgefordert, die sich mit der politischen und militärischen Zusammenfassung aller "preußisch gesinnten Männer" befassen sollte, und den Plan zu einer landsturmartigen Organisation der Dörfer und Kreise entworfen. Als aber der Tag der Versammlung herangekommen war, hielt es der Ausschuß für zweckmäßiger. von der allgemeinen Bewaffnung nicht mehr zu reden, um nicht damit auch die ruhig gebliebene polnische Bevölkerung herauszufordern. Zum Schutz gegen plündernde Banden hielt man Vereinbarungen zwischen Nachbarorten und allenfalls die Aufstellung von Freischaren für ausreichend.19) Aus dem gleichen Grunde wurde auch ein ähnlicher Vorschlag des früheren Kriegsministers v. Rohr trotz der Zustimmung des Königs vom Kriegsministerium abgelehnt.20)

Doch hat Pfuel in seiner Bekanntmachung vom 12. Mai die Möglichkeit offen gelassen, die regierungstreue Bevölkerung zur Wiederherstellung und Erhaltung der Ordnung einzusetzen. Im Aufstandsgebiet mußten alle Waffen abgeliefert werden; dann aber konnten sich in den Städten "Bürgergarden zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, jedoch nur unter Aufsicht und Verantwortlichkeit der Ortsbehörden" bilden, nur an wirklich zuverlässige Leute durften Waffen ausgegeben werden, und die Reglements waren dem Generalkommando zur Prüfung und Bestätigung einzusenden. Solche Sprache war deutlich genug! In einem Augenblick, da unmittelbar nach dem Auseinandergehen von Mierosławskis Scharen die größte Unordnung drohte, hat die

forderte der Magistrat Meseritz die Nachbarstädte dazu auf, ohne Rücksicht auf das Schicksal der Gesamtprovinz ihren sofortigen Anschluß an Brandenburg zu beantragen; er stieß dabei aber auf Widerstand des Zentralausschusses für den Westgürtel (ZAWG f. 169, 189,

^{18) 1100} Hauländer marschierten Anfang Mai mit der Landwehr nach Grätz (ZAWG f. 180). Vgl. auch die unten genannte Proklamation

nach Gratz (LAWG f. 180). Vgl. auch die unten genannte Proklamation der Bromberger Regierung v. 19. 5.

19) Aufruf v. 29. 4. Protokoll v. 10. 5. ZAWG f. 166, 213.

20) Denkschrift über die Verhältnisse im Ghzt. P., von General v. Rohr, Glogau 9. 5. Der König gab sie am 12. 5. weiter an das Kriegsministerium und empfahl den Vorschlag über den Landsturm in den deutschen Kreisen zur Beachtung. (HeA. Rep. 4 cap. V tit. 4 Abt. 1 nr. 1 vol. 5).

Bromberger Regierung es ihren Landräten freigegeben, im äußersten Notfall die deutsche Bevölkerung in den Kampf zu führen:

"Treten einzelne Haufen auf, ...um Angriffe auf das Eigentum zu machen..., so wird alles, was die Ordnung und das Eigentum zu schützen die Pflicht hat und sich sonst dazu berufen fühlt, von den Behörden den Frevlern entgegengeführt und letztere vernichtet..." 21)

Ein paar Tage später aber mußte Schleinitz öffentlich darauf hinweisen, daß die Bürgerwehren und Freischaren nur nach Aufforderung und unter Verantwortung und Aufsicht der Ortsbehörden ausziehen dürften. Man mußte eben jetzt dafür sorgen, daß es nicht zu einem ausgedehnten Volkskrieg komme, der das Land völlig dem Ruin ausgeliefert und die Kluft zwischen beiden Völkern auch in den unteren Schichten unendlich vertieft hätte.

Denn die gesamte Entwicklung seit der Revolution, das Zögern der Regierung, Willisens Verhandeln und die Hetzereien der Priester hatten die deutsche Bevölkerung dahin gebracht, daß sie sich das Plündern, Morden und Brennen der Banden, in die sich die Insurgentenscharen jetzt auflösten, nicht mehr ruhig mit ansehen konnte. Die gleiche Stimmung herrschte unter den Truppen, die Colomb jetzt in starken mobilen Kolonnen durch die Provinz schickte, um den Landfrieden wiederherzustellen und dem Kleinkrieg ein Ende zu machen. Das lange tatenlose Warten, die vielen angestrengten Märsche der letzten Wochen und die Erbitterung gegen die Insurgenten hatten jedoch die Mannszucht besonders der Landwehr bedenklich gelockert, so daß es schon im April zu Ausschreitungen gekommen war. Die Verwendung der Truppen im Kleinkrieg, zu Verhaftungen und Waffensuchen brachte eine weitere Lockerung der Zucht mit sich.²²) Von den Freischaren war militärische Disziplin nicht zu verlangen: sie waren die deutsche Antwort auf die Partyzantka. "Uns hilft niemand, es ist, als hätten wir keine Justiz. Der Pole sengt und brennt, raubt und mordet, schändet und verstümmelt... und was geschieht ihm? Nichts!"23) Diese Scharen erlaubten sich Exzesse, das liegt in

1. 6.), den Bericht der Bromberger Regierung v. 18. 8. nebst Anlagen



²¹⁾ Rundschreiben an die Landräte v. 15. 5., Bekanntmachung vom 19. 5. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. B vol. 1). Zeitungsbericht für März und April (Rep. 89 B X).
22) Deswegen sind von polnischer Seite zahlreiche Beschwerden eingegangen, die naturgemäß zum großen Teil erheblich übertreiben. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. B vol. 1-3, Beiträge zur faktischen Widerlagung Beweisende Beilagen zum Promemoria gegen den projektionen. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adn. B vol. 1—3, Beitrage zur laktischen witterlegung..., Beweisende Beilagen zum Promemoria gegen den projektierten Anschluß des Ghzt. P. an den Dt. Bund sowie Ad. Lipski, Beiträge zur Beurteilung der Ereignisse im Ghzt. P. S. 15 ff.). Sie scheinen z. gr. T. planmäßig gesammelt zu sein und fordern daher eine sehr kritische Einstellung heraus. Vgl. aber Colombs Corpsbefehl v. 19. 5., die Instruktion vom 12. 5. und sein Schreiben ans Ministerium v. 30. 5. (1. c. vol. 1 f. 118—124), auch L. v. J. S. 145 f. — Umgekehrt bedarf es nicht besonderer Betonung daß auch die deutschen Berichte bedarf es nicht besonderer Betonung, daß auch die deutschen Berichte über Greueltaten der Polen oft übertreiben. Die meisten dieser polnischen Greuel ereigneten sich in den Aufstandswochen und waren gegen das Militär oder die Juden gerichtet.

23) Vgl. die Mitteilung des Grafen Lüttichau (Ztg. d. Ghzt. P.

der Natur solcher Unternehmungen; — aber die Reste der Insurgentenhaufen haben doch wohl mehr Plünderungen und Überfälle verübt und sind roher vorgegangen, als die wenigen deutschen Scharen. Bis diese raubenden polnischen Banden zerstreut waren, vergingen noch einige Wochen.

Daß zu ihrer Beseitigung außergewöhnliche Maßregeln ergriffen wurden, war unumgänglich. Da ihre Ausführung der Militärgewalt übertragen war, ging auch die letzte Entscheidung oft genug an sie über. und die Zivilbehörden hatten Grund, sich über Kompetenzüberschreitungen und Übergriffe der Soldaten zu beklagen.²⁴) Besonderen Unwillen erregten die Waffensuchen in katholischen Kirchen — auch deutsche Dörfer beschwerten sich deswegen — und die zahlreichen Verhaftungen. die oft auf Grund von Denunziationen und ohne Mitteilung an die Zivilbehörden vorgenommen wurden. Es war gar nicht möglich, sämtliche Gefangene in der Festung Posen unterzubringen. Die sofort wieder Entlassenen wurden anfangs zum Teil auf Befehl Colombs, um ihre Rückkehr zu den Sensenleuten zu verhindern, mit Indigo oder mit einer die Haut für einige Zeit schwärzenden Silberchloridlösung gezeichnet. Diese "Brandmarkung" wurde von der polnischen Propaganda sofort gehörig aufgebauscht und gab schließlich den Anlaß zur Versetzung Colombs. der wegen seines Verhaltens im April dem Ministerium wohl schon lange nicht mehr genehm war.25) Auch das energische Vorgehen der Bromberger Regierung war den Polen höchst unangenehm. Ihre Erlasse wegen der Heranziehung der regierungstreuen Bevölkerung zur Verteidigung und der auf einem Mißverständnis beruhende, nur einmal ausgeführte Prügelbefehl eines Landrats boten ein willkommenes Mittel, der Staatsregierung Schwierigkeiten zu machen. Tatsächlich hat Auerswald, um für peinliche Interpellationen in der Nationalversammlung gerüstet zu sein, aus Bromberg wiederholt dringend Berichte darüber eingefordert und Untersuchungen verlangt. Auch an Pfuel gingen in den letzten Maitagen mehrere dringende Aufforderungen, jeden Anlaß zu neuer Aufregung

^{(1.} c. vol. 3 f. 351 f.), ihre Berichte an Auerswald v. 19. 5. und 30. 5. und Pfuels Schreiben v. 4. 6. (1. c. vol. 1 f. 64 f., 167 f.). Ferner die deutsche Flugschrift, "Finis Poloniae" S. 14 (1849), Wuttke S. 255 und J. Buzek, Historja polityki narodowościowej rządu Pruskiego wobec Polaków, S. 98. (Lemberg 1909).

²⁴) Landrat Fernow an Beurmann, Hohensalza 30. 5., Beurmann an Pfuel, 31. 5., an Auerswald 1. 6. (1. c. vol. 1 f. 85 f.). — Am 28. 5. bat auch der deutsche "Patriotische Verein" in Hohensalza Pfuel um strenge öffentliche Untersuchung der Truppen-Ausschreitungen (Ztg. d. Ghzt. P. 3. 6., Pfuels Antwort ebd. 6. 6.).

²⁵) Vgl. Colombs "Darstellung der Umstände..." nebst Anlagen (ZOG IV S. 348 f. S. 357 f.) und E. Brandenburg, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Camphausen, S. 97, S. 135, S. 232, dazu Graf v. Kanitz an den König 17. 5. (Haenchen, Revolutionsbriefe 1848, S. 100 f.). Auch der Stabschef v. Olberg sollte Posen verlassen, "weil sich derselbe seit längerer Zeit zu entschieden gegen alles polnische ausgesprochen hat, um nicht durch ferneres Verbleiben in Posen die dort innezuhaltende versöhnliche Richtung zu kompromittieren".

zu vermeiden.26) Wirklich erfolgten Anfang Juni einige Interpellationen polnischer Abgeordneter in der Posener Frage, die schließlich zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses führten.

Im großen und ganzen aber trat die Polenfrage jetzt aus dem Vordergrund der großen Politik zurück. Das Bündnis der französischen Linken mit den Polen brachte vorübergehend die Gefahr eines preußisch-französischen Konflikts, die indessen durch Lamartines und Circourts kluge. hinauszögernde Taktik abgewendet wurde. Im Pariser Putsch vom 15. und 16. Mai versuchten französische und polnische Radikale gemeinsam, die friedliebende Regierung Lamartines zu stürzen und die Lösung der polnischen Frage in europäischem Rahmen zum Mittelpunkt ihrer revolutionären Außenpolitik zu machen. Sie scheiterten, und Lamartine gelang eine völlige Rechtfertigung seiner Polenpolitik.

Geringe Hoffnungen setzten die Polen noch auf die tschechische Bewegung und den Prager Slawenkongreß, an dem ihre Führer teilnahmen.²⁷) Nach der Einnahme Prags und der Sprengung des Kongresses durch kaiserliche Truppen - Vorgänge, die man natürlich gerade in Posen eifrig verfolgte — blieben den Polen nur noch die Hoffnungen auf die Berliner und die Frankfurter Nationalversammlung. Vertreter polnischer Ausschüsse aus dem preußischen und dem österreichischen Teilgebiet übergaben der deutschen Nationalversammlung gleich nach ihrem Zusammentritt eine ausführliche Protesterklärung gegen die Zulassung der Deutschposener Abgeordneten und verlangten Anerkennung und Ausführung der Beschlüsse des Vorparlaments. In einer Gegenschrift verteidigte das deutsche Nationalkomitee die deutsche Forderung nach der Teilung Provinz mit dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts.28)

Für die Polen war es eine Lebensfrage, ob sie nach ihrer Niederlage wenigstens die Einheit des Großherzogtums Posen retteten.²⁹) Mit dem Drittel der Provinz, das ihnen verbleiben sollte, konnten sie sich nicht zufrieden geben. Das Dogma von den Grenzen von 1772 wurde vorläufig noch von allen polnischen Gruppen hochgehalten. Es blieben auch jenseits der Demarkationslinie über 100 000 polnische Volksgenossen, die nicht preisgegeben werden konnten. Vor allem fürchtete man auf polnischer Seite wohl, Preußen könnte das kleine Stückchen Landes im Osten der Provinz außerhalb des Bundes möglicherweise doch einmal Rußland

^{26) 1.} c. vol. 1; die Konzepte sind zum Teil von Auerswald entworfen. Am 20. 5. richtete Camphausen an Pfuel die Fragen, ob bei der Grenzbestimmung auch Polen herangezogen würden, ob Untersuchungen wegen der Ausschreitungen von Soldaten und Beamten eingeleitet seien und ob wirklich die Gefangenen bei der Entlassung gezeichnet würden. Pfuel verneinte alle Fragen; das letzte sei allerdings vorgekommen, aber von ihm bald untersagt worden. (Rep. 77

tit.,539 I vol. 1).
27) Brandt, Bd. III. S. 7: "In Posen hallte jedes in Prag gesprochene Wort tausendfach wider.

DKB 6. 6., 9. 6., 16. 6.
 Vgl. Bemerkungen zu der Denkschrift über die Ereignisse im Ghzt. P.... S. 13, Zur Beurteilung der polnischen Frage S. 29.

überlassen, welches sowieso schon dies "Herzogtum Gnesen" als eine neue Freistatt polnischer Agitation höchst argwöhnisch betrachtete. Die Polen brauchten damals noch den preußischen Schutz, wenn die in den letzten Jahren von Posen ausgegangene kulturelle Erstarkung ihres Volkstums weitergehen und einmal die Quelle staatlicher Erneuerung werden sollte. So war es unmöglich, einen der Führer der gemäßigten polnischen Partei für den neuen Präsidentenposten in Gnesen zu gewinnen, und daran scheiterte die sofortige Ausführung der Reorganisation.30)

Die Deutschposener begriffen die Bedeutung und den Zweck dieses passiven Widerstandes sehr wohl. Ihr Ziel war es, dies Land dem Deutschtum zu sichern. Dann mußte die Einheit des Provinzialverbands fallen und vielleicht das rein polnische Gebiet von Deutschland völlig abgetrennt werden. Wenn alles beim alten blieb, hätte ja der polnische Adel in allen Selbstverwaltungs-Einrichtungen der Provinz das Übergewicht behalten und die Deutschen hätten von den konstitutionellen Errungenschaften nicht viel geerntet. Eine kulturelle Eindeutschung wäre dann ebenfalls unmöglich gewesen. Man durfte aber hoffen, daß — wäre die politische Führerschicht der Polen erst einmal durch die Aufteilung ausgeschaltet -die bäuerlichen polnischen Minderheiten dreier deutscher Provinzen allmählich ins deutsche Kulturleben einbezogen werden könnten. Langsam war neben dem Willen zur Freiheit das Machtmotiv getreten. Willisen hatte es verabscheut und in Posen war es auch jetzt noch vielen fremd. Überhaupt konnte in der geistigen Welt von 1848 das Motiv der Freiheit und Gerechtigkeit gegenüber dem nationalen Egoismus nie völlig verschwinden.

Im Grunde war der Machtgedanke in den Männern des Ausschusses für den Westgürtel auch jetzt noch nicht recht ausgeprägt. Sie beschränkten sich darauf, ohne grundsätzliche Stellungnahme zur Reorganisationsfrage die eigenen Interessen der Westkreise wahrzunehmen.31) Sie verlangten klare Scheidung von allem, was polnisch hieß: "Wir fordern unsere Abtrennung als ein Recht, das uns als unvermischten Deutschen nach unserer Nationalität zukommt." Auch mit den von der Reorganisation ausgeschlossenen Kreisen um Posen herum wollten sie, wenn möglich, nichts mehr zu tun haben. Jedenfalls aber sollten die deutschen Gegenden der Provinz auf Westpreußen, Brandenburg und Schlesien aufgeteilt werden und allenfalls die national gemischten inneren Kreise einen Restbezirk Posen bilden, der jedoch "sofern man die Polen nicht mit Gewalt germanisieren will, sich immer Modifikationen in der Organisation der Schulen und Behörden gefallen lassen müsse... Wir aber wollen nichts Polnisches, wollen der Berechtigung nicht entsagen, in jeder Beziehung ganz preußisch und deutsch zu sein." Doch sah

 $^{^{30})}$ Ztg. d. Ghzt. P. 28. 5. $\stackrel{\bot}{\vdash}$ Vgl. Chr. Meyer S. 39 (ohne Quelle) und H. Schmidt S. 371.

³¹) Das Folgende nach den Akten des ZAWG, Kersts Briefen aus dem Mai bei Chr. Meyer bzw. bei Becker (Grenzmk. Heimbl. II 4) und der Meseritzer Eingabe an das Staatsministerium (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1).

man in der Abtrennung der überwiegend deutschen Kreise keine Gefahr für das Deutschtum im Innern der Provinz und forderte nach wie vor dessen kräftigen Schutz durch die Regierung. Hier und in anderen Städten wurde verlangt, daß Posen nach Aufteilung der Provinz Bundesfestung werden, aber keinesfalls Sitz der Behörden für den deutschen Teil bleiben solle.32) Stärker spricht sich der Doktrinarismus der Zeit in diesen Landschaften etwa in der Flugschrift des demokratischen Wollsteiner Assessors G. Wilmowski über "Deutschlands Grenzen, namentlich gegen Dänemark und Polen" aus, der sowohl das innere Staatsleben als auch die Grenzziehung nach dem Selbstbestimmungsrecht: "allein nach dem freien Völkerwillen der Gegenwart", gestaltet sehen will.

Ganz anders die Stellung des Bromberger Ausschusses! Am 9. April hatten sich die Volksversammlungen im Netzegau gegen jede Reorganisation erklärt, und dabei blieb es grundsätzlich; immer von neuem wurde der Anschluß an Westpreußen verlangt. Indessen entschloß sich der Ausschuß, gegen die Ausführung der Kabinettsorder vom 26. April keine direkte Opposition zu treiben, sondern bei ihrer Ausführung möglichst viel für die deutschen Interessen herauszuholen. Doch machte er für sich Pläne zur Aufteilung des Großherzogtums und zog seine Teilungslinien auch durch den polnischen Teil.³³)

"Wir glauben, daß eine innere Notwendigkeit zur Wiederherstellung Polens aus nationalen Gründen nicht vorhanden ist und am wenigsten durch das vorhandene Reorganisationsprojekt erreicht werden wird... Was in Preußen von den nationalen Eigentümlichkeiten des polnischen Volkslebens gehemmt wird, das sind allein Eigenschaften... des Adels und der Geistlichkeit... Haben sie einen vernünftigen Anspruch auf ihre fortdauernde Existenz zur Vermittlung des nationalen Bewußtseins des polnischen Volkes?"

Eine reinliche Scheidung der Nationalitäten sei doch nicht möglich, und das Reorganisationsgebiet werde stets ein Herd von Verschwörungen sein. Zur Durchführung der Reerganisation müßten die Bewohner der betroffenen Landschaften erst ihre Zustimmung gegeben haben. Das Großherzogtum wurde als ein wesentlicher Bestandteil von ganz Deutschland angesehen. Man meinte, niemand habe das Recht, auch nur einen deutschen Bruder durch Anerkennung der Reorganisation preiszugeben. Preußen habe für die Polen das Äußerste getan, was es tun konnte, indem'es selbst nach dem Aufstand den Polen noch ein Stück von ihm rechtmäßig besessenen Landes darbot; da sie das nicht angenommen hätten, seien alle Reorganisationspläne erledigt.34)

28. 5.; auch in einem Aufsatz von Heinrich Wendt im DKB, 14. 5.

 ³²⁾ z. B. Fraustadt 18. 5., Rawitsch 3. 6. (ZAWG f. 219, f. 319).
 33) Protokolle vom 9., 14. und 18. 5.; Briefe an den ZAWG v.
 18. und 31. 5. (ZAWG). Eingabe vom 24. 5. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 27 f. 190). — Das Folgende aus dem "Sendschreiben des deutschen Bürger-Vereins in Bromberg an den Politischen Klub in Berlin betr. die Reorganisation im Ghzt. P." (13. 5. ZAWG f. 206).

34) Ähnlich im Sendschreiben des ZBAND an Dr. v. Kraszewski,

Das deutsche Komitee in Posen war damit nicht einverstanden. In ihm saßen — nach Wuttkes Worten — "gar viele Halbe, die es recht gut meinten, aber überall mit Vermittlungen auszukommen wähnten". Die Antinomie von nationalem Egoismus und übervölkischer Gerechtigkeit wurde — wenn man die Dinge von dieser Seite her betrachten will hier tiefer empfunden als anderswo im Posener Land. Die Hauptstadt hatte sich — das wirkte doch immer noch nach — zuerst ganz auf die Seite der Polenfreunde gestellt; sie hatte auch den polnischen Aufstand aus nächster Nähe miterlebt und wünschte jetzt eine reinliche, gerechte und dauernde Scheidung der Polen und Deutschen. Die Demarkation sollte "ein Akt der Gerechtigkeit und zugleich weise Sorge für unsere Sicherheit" sein.35) Der Gerechtigkeit: denn die leitenden Männer des Deutschtums in der Provinzialhauptstadt, aufgewachsen im Banne des deutschen Idealismus, nahmen es ernst mit ethischen Grundsätzen in der Politik. Der Sicherheit: denn wenn die ganze Provinz ohne Reorganisation eines Teiles in den Bund aufgenommen würde, fürchtete man den baldigen Ausbruch neuer Wirren und die Zurückdrängung der Deutschen in der Provinz; die böhmischen Zustände waren Warnung genug. Diese Entwicklung glaubte man vermeiden zu können, wenn "durch die Reorganisation ein reines Stück Polenland gebildet und durch Austausch die Germanisierung diesseits der Demarkationslinie noch mehr vervollkommnet werden könnte".

"Das einzige Recht, welches nach dem Prinzip nationaler Selbständigkeit den Polen verbleibt, beschränkt sich auf die größtmögliche Erweiterung der Demarkationslinie und …wir wünschen aus Gerechtigkeitsliebe und um unserer künftigen Ruhe willen, daß all ihren diesfälligen Bitten, sofern sie wohlbegründet sind, die möglichst ausgedehnte Berücksichtigung zu Teil werden möchte."36)

Gleichviel, wonach die Polen verlangten: — die Deutschen in Posen wollten, nachdem ihnen so oft gesagt war, die "nationale Reorganisation" sollte nicht allein den Polen, sondern auch ihnen zugute kommen, zur vollen Entfaltung ihres Volkstums mit den Volksgenossen der Nachbarprovinzen engstens verbunden werden. "Ihr habt in diesen Wochen eine Scheidewand zwischen Euch und uns gezogen, die wir nicht mehr nach Eurem Belieben fortnehmen können." Drei Forderungen stellte demgemäß das Zentral-Nationalkomitee am 15. Mai beim Staatsministerium ³⁷): "Die vollständige Verbindung des nunmehrig deutschen Teils mit Deutschland, die baldige planmäßige Reorganisation, die Aufhebung des Provinzialverbands in seiner jetzigen Art, namentlich die sofortige Auflösung des Großherzogtums Posen als solchen." Gegen eine Verbindung des polnischen Gebiets, das sehr viel eigene Rechte haben sollte, mit dem Deutschen Bund in Form eines schutzstaatlichen Verhältnisses hatte

 ³⁵⁾ DZNK an ZBAND, 12. 5. (DZNK Kr. Bromberg).
 36) H. Wendt a. a. O.

^{37) &}quot;Denkschrift des DZNK betr. die Ausführung der nationalen Reorganisation im Ghzt. P.", DKB 16. 5. — Eingabe vom 22. 5. (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1).

man nichts einzuwenden. (Die Stadtverordneten aber wollten nichts davon wissen, daß Posen nur noch Hauptstadt eines verkleinerten Regierungsbezirks bleiben solle!)

Die Regierung enthielt sich vorläufig aller Äußerungen. Sie war jetzt in einer unangenehmen Lage zwischen den Nationalversammlungen auf der einen, dem "ministère occulte" in Potsdam auf der andern und Frankreich auf der dritten Seite.

Um die Endlösung aber begann nun eine Auseinandersetzung zwischen den Posenern und Brombergern, die einigen Einblick in die letzte Phase des Ringens von "Weltbürgertum und Nationalstaat" im deutschen Osten gewährt.38) Über Staat und Volk, die bloßen Formen, stellte u. a. ein Aufsatz des idealistischen jungen Gustav Wendt, Mitglied des Posener Komitees, die Freiheit als den ewigen Inhalt.39) Das entsprach ganz dem Geist, der im Frühjahr 1848 Deutschland beherrschte, und ähnliche Gedanken wurden in ähnlicher Lage unter den Sudetendeutschen etwa von Moritz Hartmann und Alfred Meißner ausgesprochen. Aus diesem Geiste heraus begründete das Nationalkomitee in Posen seinen Standpunkt in der Reorganisationsfrage, den es aussprach in den Worten:daß jedes Volk jetzt einer unbedingt freien, ungemischt reinen Entwicklung seines eigensten Wesens bedarf, damit es sich einreihen könne als freies Glied in die Schar der europäischen Völker".

"Aber", sagte es in der Adresse an die deutsche Nationalversammlung vom 4. Juni, "wir sind uns bewußt, nur dem Gemeinbesten unseres deutschen Vaterlandes zu dienen, wenn wir mit all unserer Kraft für die deutschen Gebiete dieselbe Freiheit der nationalen Entwicklung verlangen, die wir den Polen zu gewähren bereit sind. Zahl und Wille der Bewohner der einzelnen Gebiete haben zu entscheiden, ob sie dem deutschen oder dem polnischen Volkstum angehören wollen. Das Recht, das Zustände längst vergangener Zeiten auf den Besitz dieses Landes geben konnten, ist jetzt, wo die Selbstbestimmung der Nationen ihr einziges Gesetz ist, ein nichtiges; und eine viel größere Beleidigung "der ewigen Gerechtigkeit" wäre es, ganz deutsche Landesteile durch Aufzwängung eines ihnen fremden Volkstums ihres besten Lebensmarks zu berauben, als wenn Deutschland die Gebiete als sein unbestreitbares Eigentum in Besitz nimmt, in denen sein Volkstum längst lebendig ist".

Darum wird die Aufteilung der Provinz verlangt, und wenn die Polen ihre Forderungen aus den Verheißungen von 1815 ableiten wollen, liegt darin "ein innerer Widerspruch gegen das Entwicklungsgesetz der Geschichte". Die historische Entwicklung hat eben dahin geführt, daß ein Teil des von Preußen 1815 rechtmäßig erworbenen Landes durch deutschen Fleiß und deutsche Bildung friedlich erobert worden ist; auf

^{38) &}quot;Über die Stellung des Deutschen Central-Comitees in der polnischen Frage und die Grundsätze seiner Tätigkeit. Eine Sendschrift politischen Flage und die Grundsatze seiner latigkeit. Eine Sendschrift an den Bromberger Central-Bürger-Ausschuß." (v. 29. 5., Beilage zur Ztg. d. Ghzt. P. 3. 6.). — "Antwort des Central-Bürger-Ausschusses zu Bromberg..." v. 10. 6. Vgl. übrigens Meinecke, Radowitz S. 144.

39) DKB 17. 5., ähnlich am 26. 4. Vgl. Josef Pfitzner, Das Erwachen der Sudetendeutschen S. 269, S. 283.

diese Errungenschaften haben die Deutschen "ein heiliges Recht". Nachdem jetzt der Druck des vormärzlichen Systems gefallen ist, kann der Drang der Bevölkerung nach Selbstregierung und freien nationalen Formen nicht länger übersehen werden. Er fordert die Trennung und ..wie jenseits das deutsche Element dem überwiegend polnischen weichen muß, so kann diesseits ein Gleiches mit Recht von dem polnischen Elemente... gefordert werden". Dann wird ein wahres deutsches Bürgertum und ..ein wirklich in sich tüchtiges deutsches Volksleben" entstehen können. Und so wird es schließlich in der "Zeitung des Großherzogtums Posen" als ein unbestreitbarer Satz anerkannt 40), "daß jedes politisch reife Volk erst die eigenen Angelegenheiten ordnet, erst den dringenden Forderungen seines nationalen Egoismus zu genügen sucht. bevor es auf solche Beziehungen zum Auslande, die ein unmittelbar praktisches Interesse nicht darbieten, sich einläßt".

In Bromberg war man noch weiter auf diesem Wege gegangen als in Posen. Der Ausschuß des Netzedistrikts beschäftigte sich damals schon mit der Heranziehung deutscher Arbeiter aus der Mark, Pommern und Schlesien, mit der Verdeutschung der polnischen Namen deutscher Orte und mit der Abtrennung der deutschen Gebiete der Provinz vom Diözesanverband des Erzbistums Posen-Gnesen.41) Seine gesamte Haltung war entschieden polenfeindlicher als die des Posener Komitees, sie äußert sich in einer Petition an Auerswald vom 10. Juni, die auch für die Vergehen der Deutschen Amnestie und in Zukunft strengste Maßregeln zur Erhaltung des Landfriedens verlangt. Am selben Tage erließ er auch eine Antwort an den Posener Ausschuß. 42) Vollständige Verbindung des deutschen Teils mit Deutschland und Auflösung der Provinz entsprach auch den Wünschen der Bromberger; gegen die Reorganisation aber wurde angeführt, daß die Polenführer selbst sie jetzt nicht mehr wünschten und sie nur einen neuen Unruheherd schaffen, aber nicht die Polenfrage lösen würde.

"Wir sind weit entfernt, das Recht der Völker für ein selbständiges Bestehen anzutasten oder gar der Unterdrückung das Wort zu reden, im Gegenteil, unser recht eigentlicher Beruf und treuer Wille ist es, unseres eigenen Volkes Selbständigkeit und Freiheit... zu vollenden; nur das Volk aber darf selbst frei sein, welches auch die Freiheit eines anderen Volkes anerkennt, jedoch wohlverstanden, sobald dieses für sie reif und seine Selbständigkeit ohne Knechtung anderer herbeizuführen, keine Ungerechtigkeit gegen letztere ist. Den Eintritt dieser beiden Bedingungen müssen wir indessen bei den polnischen Einwohnern dieser Provinz in Abrede stellen. Der Drang der Völker, allein nach Selbständigkeit kann... auch ein mißverstandener, unzeitiger, krankhafter sein..., wenn dasselbe größere Selbständigkeit

⁴⁰) Leitartikel am 4. 6. ⁴⁰) Leitartikel am 4. 6.

⁴¹) Auf Antrag des Kreis-Bürger-Ausschusses in Hohensalza; s. a. Protokolle v. 31. 5., 14. 6. und 5. 7. An den Verein zur Wahrung der deutschen Sache im Osten wandte sich der ZBAND mit der Bitte um Unterstützung bei der Verdeutschung polnischer Ortsnamen: "Diese äußere Verleugnung unserer Deutschheit muß nicht länger fortdauern." (VWDSO I f. 23).

⁴²) Beide Schriftstücke vom 10. 6.: DZNK Kr. Bromberg.

und Selbstherrschaft beansprucht, ohne sich selbst regieren, in der Regierung erhalten und der Verletzung wohlbegründeter Rechte anderer Völker sich enthalten zu können... Wir können, und hierin liegt eben der große Irrtum der Polen, nicht diejenigen als ein Volk anerkennen, welche nur Stammgenossen sind oder einerlei Sprache reden, sondern nur diejenige größere Menschenmasse, ob gleicher, ob versc uedener Abkunft oder Sprache, welche in ihren intellektuellen, sittlichen und politischen Bestrebungen sich zu einem harmonischen und sozialen Ganzen von besonderer und entschiedener Eigentümlichkeit vereinigt hat, mit dem festen Bestreben, diese Totalität und Eigentümlichkeit selbst während der Unterdrückung zu bewahren und geltend zu machen."

"Darum sind die Deutschen, darum die Preußen, wiewohl ein Verein heterogener, ursprünglicher Stammgenossen, in verschiedenen einzelnen Staaten, unter ungleicher Verfassung, doch ein Volk, darum blieben die letzten dies ungeachtet der gewaltsamen Zersplitterung ihres Staates in den Unglücksjahren von 1806 bis 1813. Darum sind es die Juden nicht mehr, darum nicht mehr die Elsasser Deutsche, weil sie fremde Nationalität sich angeeignet."⁴³) "Wir bestreiten, daß die Polen in hiesiger Provinz noch eine eigene Nationalität haben... Dem Wesen nach haben sie aufgehört, Polen zu sein, sondern sind Preußen geworden; der kaum einige Tausende bildende übrige Teil kann selbstredend als Volk nicht gelten... Wir können nach allem diesen", so schließt die Flugschrift, "eine besonnene, konsequente und energische, ohne Härte in allen Richtungen des Staatslebens vollständig durchgeführte Verbreitung deutscher Bildung, deutscher Sitte, deutschen ganzen Wesens allein als heilbringend und notwendig für Deutschland, Preußen, diesen Landesteil und jeden einzelnen Einwohner desselben erachten."

Wie von Anfang an Gleichheitsgedanken hier keinen festen Fuß fassen konnten, so gab es auch keinen Zweifel an der Berechtigung des deutschen Volkstums als des kulturell überlegenen vor dem polnischen. Der Stil und Aufbau dieser Denkschriften zeigt aber, wie nahe man auch hier noch dem deduktiven und prinzipiellen Denken der Zeit stand. Ihre Gedanken paßten in die damals Deutschland beherrschende Geisteswelt freilich wenig hinein. Wie weit aber ihre Urheber schon auf dem Wege zu einem kühlen und zielbewußten politischen Realismus gekommen waren, davon zeugt die Tatsache, daß sie das Ankämpfen gegen die Reorganisation sofort aufgaben, als die Bromberger Abgeordneten in Berlin und Frankfurt das aus taktischen Gründen wünschten. Damit hatte auch die Wechselrede mit dem Posener Ausschuß ihr Ende gefunden.

Nachdem in Posen die Entscheidung gefallen war, wandte sich die politische Arbeit der Deutschposener Bewegung den Nationalversamm-

⁴³) Dieser für den Volksbegriff der Zeit bezeichnende Vergleich zwischen den preußischen Polen und den Elsässern findet sich mehrfach in den Flugschriften der Zeit, z. B. in der Eingabe der Posener Stadtverordneten vom 2. Juni; in anderm Sinne auch in der Aussprache über Osterraths Minderheitenschutz-Antrag in der 2. Kammer am 18. 12. 1849. — Der vorangehende Satz ist ebenso kennzeichnend für die Anschauungen über Deutschtum und Preußentum!

⁴⁴) Das wird z. B. in dem genannten Schreiben des ZBAND an den VWDSO ausgesprochen.

⁴⁵) Protokoll des ZBAND v. 21. 6.

Ĺ

lungen zu, besonders der Paulskirche. Die Wahlen nach Frankfurt. die in den erst am 2. Mai in den Deutschen Bund aufgenommenen Gebieten später als anderswo stattfanden, beschäftigten daher besonders in der Stadt Posen lange die Gemüter. Trugen diese Wahlen gleich nach der Revolution schon an sich viel politische Erregung in die Massen, so vor allem hier, wo dreimal in einem Monat gewählt wurde (am 2. Mai zur preußischen Nationalversammlung, am 19. zur deutschen und am 28. zur Stadtverordnetenversammlung). Alle drei Wahlen brachten einen entschiedenen Sieg der Deutschen. In die Frankfurter Nationalversammlung wurde nach längeren Auseinandersetzungen der bisherige Vorsitzende des Zentral-Nationalkomitees, Regierungsrat Viebig, gewählt. Zu seiner Unterstützung in der Werbearbeit wurden von den Wahlmännern — es war in Posen kein einziger Pole darunter - zwei weitere Mitglieder des Komitees, v. Dazur als stellvertretender Abgeordneter und Dr. Hepke als Presseagent, nach Frankfurt gesandt. Hepkes Sendung ist auf Pfuels Antrag durch Staatsmittel insgeheim unterstützt worden. 46) Der Vorsitz im Komitee ging jetzt an den Gymnasialdirektor Kießling über. Im Wahlkreis Obornik wurde — ein deutliches Zeichen der auf dem Lande herrschenden Stimmung - der Sieger von Xions, Oberst v. Brandt, gewählt, der sein Mandat jedoch bald seinem Stellvertreter, dem Professor Loew aus Posen, ebenfalls Mitglied des Zentral-Nationalkomitees, überließ. Die Polen hatten an manchen Orten (z. B. in Posen) Wahlenthaltung propagiert, wählten aber anderswo mit, und im Wahlreis Buk-Samter gelang es ihnen infolge der Uneinigkeit der Deutschen, den Propst Janiszewski durchzubringen. 47) Vor allem aber protestierten sie überhaupt dagegen, daß im Posener Lande und gar in der Hauptstadt selbst Wahlen für die deutsche Nationalversammlung vorgenommen wurden.

Sie fanden dabei auch die Unterstützungeiniger Deutscher Außerungen sie in den "Öffentlichen Stimmen edeldenkender Deutscher aus dem Großherzogtum Posen 1848" für ihre Werbung verwerteten. Diese Deutschen können wir nur als Gerechtigkeitsfanatiker ansehen, die am Recht der Vergangenheit und an einem doktrinären Nationalitätenprinzip klebten und denen die Massenbewegung der Deutschen und besonders der Juden mißfiel, oder als verstimmte, wirtschaftlich heruntergekommene Kleinbürger, die von der katholisch-polnischen Werbung leicht gewonnen werden konnten. In der deutschen Volkheit nur locker verwurzelt, standen sie auch den in die Zukunft weisenden Ideen, die sich in den Führergruppen allmählich durchsetzten, fremd gegenüber. Die landfremden Assessoren Ruhe ("Polen! Ungehaltene Rede an die Stiefgermanen des Herzogtums Posen") und Fischer ("Zwei Prozesse im preußischen Polen", "Protestation gegen die Wahl eines Abgeordneten der Stadt Posen für das Frankfurter Parlament"), bestritten

⁴⁶⁾ Das ergibt sich aus Pfuels Schreiben an Auerswald v. 18. 5. und der Antwort v. 20. 5. (Rep. 77 tit. 539 III), sowie Hepkes Brief an Crousaz v. 1. 8. (DZNK). — Vgl. zum übrigen DKB 21. 5., 31. 5.
47) Dt. Ztg. Nr. 153, Nr. 174 (Korrespondenzen aus Posen v. 27. 5. und 19. 6.). — Vgl. Anmkg. 87 zu Abschnitt IV.

sogar alles Recht ihrer Volksgenossen an diesem Lande und erregten natürlich deren lebhaftesten Unwillen: Ruhe wurden vom Pöbel in Hohensalza die Fenster eingeworfen und Fischers Protest rief mehr als eine Gegenerklärung hervor. Als Ausdruck der Stimmung breiterer Kreise können sie nicht gelten, ebensowenig die von einem Schneidemühler Vikar veranlaßte "Öffentliche Protestation deutscher Bürger gegen das Deutsche Nationalkomitee in Posen": Viele von denen, die sie unterschrieben hatten, bekannten sich nach der Veröffentlichung in Zeitungserklärungen zum Standpunkt des Nationalkomitees.48)

Leicht war es natürlich für die Geistlichkeit, die polnischen Urwähler zu Erklärungen gegen die deutschen Ausschüsse zu bewegen. Der Hauptvorwurf, der diesen immer wieder gemacht wird, ist der, daß sie gar nicht das wirklich bodenständige Deutschtum in Posen vertraten, sondern das ganz undeutsche Judentum und die landfremden Beamten, daß sie überhaupt dem Geist der Zeit fremd seinen und eine reaktionäre Politik trieben. wie sie allein den Interessen der unter dem alten System geförderten deutschen Beamten und Gewerbetreibenden entspreche. Ferner findet sich immer wieder die Behauptung, daß dieses "Heer von Beamten, teils von bürokratischen, teils von engherzig-konfessionellen Tendenzen geleitet" die katholische Kirche nicht unangetastet lassen könne. 49) Alle derartigen Erklärungen, die ja sämtlich zur Werbung bei den binnendeutschen Liberalen und Demokraten geschrieben sind, zielen gegen die Punkte, an denen die Deutschposener Bewegung am leichtesten zu treffen war: gegen ihr Bündnis mit den altpreußischen Gewalten, gegen ihre ablehnende Haltung dem Berliner Radikalismus gegenüber, gegen den nationalen Egoismus, den sie vertrat, und gegen die leitende Stellung der Beamten in ihr.

Gegen den Mißbrauch des katholischen Glaubens, der dabei getrieben wurde, wandten sich auch katholische Deutsche: aus Krotoschin wurde Przyłuski ein "Descende, descende!" zugerufen, und Posener deutsche Katholiken verlangten öffentlich die Aufteilung des deutschen Teils der Provinz auf die Diözesen Culm und Breslau.⁵⁰) Als 'ein Mittelpunkt polnischer Propaganda, der sogar auf Staatskosten unterhalten wurde, galt das katholische Lehrerseminar in dem ehemaligen Zisterzienser-Kloster Paradies (dicht an der brandenburgischen Grenze zwischen Lagow und Meseritz). Der Meseritzer Ausschuß verlangte wiederholt die Entfernung des polnischen Direktors und die Verwandlung des Seminars in eine Simultananstalt. Um die revolutionären Hetzereien unter dem Deckmantel der Religion gänzlich unmöglich zu machen, wandte sich

"Vereins zur Wahrung deutscher Interessen" v. 6. 5.: VWDSO II.



⁴⁸⁾ Ztg. d. Ghzt. P. 15. 6., 25. 6. Ähnliches Schicksal hatte ein

Protest Posener Kleinbürger, ebd. 9. 7.

49) Vgl. die "Protestation gegen die Einverleibung der Stadt Posen in den Deutschen Bund" (Beweisende Beilagen zum Promemoria gegen den projektierten Anschluß..." S. 57. S. 60 f.) und das "Promemoria betr. die Beeinträchtigung der katholischen Kirche im Ghzt. P. seit der kgl. preußischen Besitznahme." (v. 3. 6., PrStB).

50) Ztg. d. Ghzt. P. 23. 5. — Die Proklamation des Krotoschiner

der katholische Schulrat Nepilly in Bromberg sogar unmittelbar an den Papst⁵¹), mit der (vergeblichen) Bitte, die Polen durch die Geistlichkeit zum Frieden mahnen und über die Sicherheit ihres Glaubens belehren zu lassen, sowie eine Untersuchung von Przyłuskis Verhalten einzuleiten und nötigenfalls dafür zu sorgen, daß er nicht einseitig für seine polnischen Diözesanen Partei nehme.

Es darf natürlich nicht vergessen werden, daß für viele deutsche Gewerbetreibende, gerade auch in der Provinzialhauptstadt, die polnischen Adligen die besten Abnehmer waren, und es ist nur verständlich, wenn sich aus diesem Grunde im Mittelstand nicht selten Abneigung gegen eine Zweiteilung der Provinz (deren Wert zweifelhaft war) und gegen alle weitere Verschärfung des Völkergegensatzes zeigte. Hier handelt es sich nicht um die dogmatische Polenfreundschaft der Revolutionäre. sondern (eher im Gegenteil) um das wirtschaftlich begründete Bedürfnis in den bisherigen Bahnen fortzuschreiten und sich das ruhige Zusammenlehen mit dem polnischen Nachbarn nicht verderben zu lassen. Bei der damaligen wirtschaftlichen Lage konnte daher die Stimmung mancher kleinhürgerlicher Schichten von den Polen leicht für ihre Zwecke gegen die deutsche Bewegung benutzt werden. Die früheren Tuchmacherstädte im Westen der Provinz, seit der Sperrung der russischen Grenzen immer mehr verarmt, hatten von einer Teilung der Provinz gar nichts zu hoffen. Die Kosten einer erweiterten Selbstverwaltung zu tragen, dürfte ihnen wohl auch oft unmöglich gewesen sein. Oft finden sich Spuren solcher Verzagtheit, meist aber gelang es, wie in Posen den deutschen Komitees. das Handwerkertum mit seinen besonderen Forderungen in die allgemeine deutsche Bewegung einzubeziehen, - ja in vielen Kleinstädten wurde diese in erster Linie von den deutschen Handwerkern getragen.

In Lissa aber, wo schon das katholische Element besonders stark war, wo Johann Metzig für seine Versöhnungsideen wirkte, wurden solche Gedanken auch einmal offen ausgesprochen. Enwohnend sind solche Worte wie: Wir hoffen, "daß alle Bestimmungen über die Zukunft des Landes in dem Geist und Sinne getroffen werden, daß vorzugsweise der Zustand der alteingesessenen deutschen Einwohner und Gewerbetreibende verbessert werde. Die neuesten Maßregeln müssen aber gerade diesem Stande die letzten kümmerlichen Früchte auch des emsigsten Fleißes rauben." Da Deutsche und Polen bisher friedlich zusammenleben konnten, so würde sich in Posen ein Musterstaat errichten lassen, der den Kern eines künftigen Polenreichs unter einem Hohenzollernprinzen bilden sollte. Wenn das einzelnen Beamten oder "in neuester Zeit ansässig gewordenen Deutschen" nicht behage, dann seien sie die ersten zum Auswandern.

⁵¹⁾ GStA. Ausw. Sect. Amt I. Rep. 1 gen. nr. 58 f. 31-42. Das Originalschreiben wurde vom Auswärtigen Amt durch den Gesandten in Rom an die Kurie weitergeleitet. Nepilly hat aber keine Antwort erhalten.

^{52) &}quot;Petition der treuen Bürger Lissas" 29. 5. (Öffentl. Stimmen edeldenkender Deutsche S. 6 f., Urschrift Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh.
28 f. 60 f.). – Über die Finanzverhältnisse in Posener Kleinstädten vgl. Laubert, Verwaltung der Provinz P., Kap. 12.

Metzig stand hinter alledem und versuchte, seinen polenfreundlichen Wünschen stärkeren Widerhall zu verschaffen; er fand aber nur reichlich 50 Unterschriften für diese Petition. Zwei Wochen später fand eine Erklärung dagegen, daß durch Rückgängigmachung der Teilung der Provinz "die Übel der Vermischung beider Nationalitäten durch Zwang wieder herbeigeführt werden sollten", in Lissa über 1000 Unterschriften.⁵³)

Deutsche Einspruchserklärungen gegen die Teilung der Provinz und die Demarkationslinie vom 12. Mai blieben jedoch vereinzelt, die polnischen, die aus einigen Kreisen eingingen, waren meist Stimmen einer Minderheit 54) und konnten deshalb bei der Ziehung der endgültigen Demarkationslinie gewöhnlich nicht berücksichtigt werden. Nur einer Anzahl polnischer Gutsbesitzer, die nahe der Linie ansässig waren und den Anschluß ihrer Besitzungen an das zu reorganisierende Gebiet wünschten, konnte Pfuel entgegenkommen — um so mehr, als ja die preußisch gesinnten Einwohner dieser Gegenden nach dem Anschluß an den Deutschen Bund und den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung ihre Ansprüche für immer durchgesetzt wähnten und daher schwiegen. Dieser Wiederausschluß einiger Landstriche aus dem Deutschen Bund und umgekehrt der Anschluß des größten Teils des Kostener Kreises an den deutschen Teil waren die wichtigsten Veränderungen, welche die Demarkationslinie durch Pfuels Bekanntmachungen vom 4. Juni erfuhr. 55) Sie sollte vorbehaltlich der Ratifikation durch das Ministerium definitiv sein. Aus den Orten, die jetzt von der Reorganisation ausgeschlossen waren. oder die nun nahe an der Demarkationslinie lagen, gingen wiederum zahlreiche Reklamationen für oder wider ein, vor allem aus den Gemeinden, die jetzt wieder aus dem Deutschen Bund ausgeschlossen waren. Pfuel mußte zu seinem Schmerz die unerwartet zahlreich eingehenden Petitionen an das Staatsministerium weiterleiten. In Berlin wurde zu ihrer Prüfung eine Kommission aus den Vertretern der beteiligten Ministerien gebildet. die jedoch nach wenigen Tagen ihre Arbeit einstweilen einstellen mußte, weil die erforderlichen Akten vom völkerrechtlichen Ausschuß der Frankfurter Nationalversammlung gebraucht wurden.56)

Das war alles, was die preußische Regierung fürs erste in der Posener Frage tat. Am 5. Juni wurde Pfuel aufgefordert, möglichst bald nach Berlin zurückzukehren, nachdem er zur Vermeidung weiterer Übergriffe der Truppen das Standrecht in der Provinz aufgehoben, die Zahl der Truppen vermindert und sie mehr konzentriert hätte. Pfuel hatte am gleichen Tage seine Abberufung beantragt, weil er die Ansicht des Staatsministeriums über die Durchführbarkeit der Reorganisation nicht mehr

^{53) 1.} c. adh. 27 f. 244 f.

⁵⁴) Vgl. "Kurze Übersicht dessen, was bisher in Betreff der Demarkationslinie geschehen ist" (Rep. 77 tit. 539 IV f. 74 f.), u. "Denkschrift über die definitive Feststellung der Demarkationslinie im Ghzt. P." (v. 15. 11., HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 3).

⁽v. 15. 11., HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 3).

55) L. v. J. S. 193 f. Vgl. Karte.

56) Akten der Ministerialkommission: Rep. 77 tit. 539 I adh. 2,

IV vol. 1. — Vgl. Pfuels Schreiben an Auerswald v. 5. 6.

teilte und seine Aufgabe mit der Wiederherstellung der Ruhe und der Demarkation als gelöst ansah. Am 12. Juni verließ er Posen. Ihm und Beurmann erschien jetzt die Aufteilung des Großherzogtums auf die Nachbarprovinzen als die beste Lösung.⁵⁷)

Ohwohl bei seiner Abreise der Landfrieden völlig wiederhergestellt war, verschwand die Unruhe in der Bevölkerung nur langsam. Die Deutschen befürchteten einen neuen polnischen Aufruhr. Die Befreiung Mierosławskis, der sich in Kriminaluntersuchung befand und wohl nur aus außenpolitischen Gründen entlassen wurde, 58) sowie die Versetzung des Generals v. Colomb nach Königsberg, die — wie Pfuel richtig vorausgesehen hatte - viel Staub aufwirbelte, trugen durchaus nicht zur Beseitigung ihrer Besorgnisse bei. Denn sie verstanden den Grund dieser Versetzung nicht; und wenn sie ihn gekannt hätten, wären sie darüber empört gewesen. Das Kabinett hatte es für notwendig gehalten, "der polnischen Bevölkerung einen Beweis der versöhnlichen Gesinnung abzulegen" und um der Reorganisation willen den General abzuberufen, weil er die Angelegenheiten der Provinz "nicht in einem hinlänglich versöhnlichen Sinne geleitet habe". Das sollte auch — nach der Ansicht des Außenministers Kanitz - "Frankreich gegenüber die Versicherung der Reorganisation bewahrheiten und, was an uns liegt, jeden Anlaß zu einem Bruch mit diesem Lande hinausschieben". — Die Deutschen Posens wußten aber zur Genüge, was dieser Mann, den sie vor einigen Wochen wegen seines Zögerns angegriffen hatten, für sie geleistet hatte, und brachten ihm zum Abschied einen Fackelzug und eine Dankadresse.59)

Die Sorge vor neuen polnischen Adelserhebungen veranlaßte zahlreiche Einspruchserklärungen gegen die Reorganisation sowohl seitens deutscher als auch seitens

⁵⁷⁾ Schreiben Pfuels an Auerswald (vorgelegt 23. 5., Rep. 77 tit. 539 II f. 156), Stavenhagens an das Ministerium, 14. 5., und Beurmanns Berichte vom 24. und 30. 6. (1. c. I vol. 2). — Pfuel wurde gleich nach seiner Rückkehr vom König an den Zaren geschickt, um ihm einen beruhigenden Bericht über die preußische Polenpolitik zu erstatten, in dem Sinne, daß sie ohne Nachricht gegen die polnische Nationalbewegung nur die engere Vereinigung der Provinz Posen mit der Monarchie auf dem Wege der Verwaltungsreform erstrebe. (Vgl. W. Andreas, FBPG Bd. 43 S. 132, 1930).

⁵⁸⁾ Pfuel an Canitz, 8. 6. (Ausw. Amt Sect. I. Rep. 1 gen. nr. 58 f. 53); Auerswald und Canitz an Pfuel 13. 6. (HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt II nr. 9 vol. 2 f. 91 f. 95).

⁵⁹⁾ Vgl. darüber Hoetzsch, Die Stellung des Generals v. Colomb zur Revolution in Posen und zu Willisen 1848 (ZOG IV S. 338-374, 1914. S. besonders Colombs Schreiben an den König v. 27. 5. S. 349 ff. und Pfuels Schriftwechsel mit den Ministern S. 357 ff.). Brandenburg, Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Camphausen S. 96-99, S. 120, S- 135-146 und Haenchen, Revolutionsbriefe 1848 S. 100 f. Colomb wurde wenig später auf seinen Wunsch in den Ruhestand versetzt. — Man beachte die Widersprüche zwischen der Haltung der preußischen Regierung gegenüber Frankreich und der des Königs gegen Rußland!

polnischer Bauernschaften. 60) Sie wandten sich oft zuerst an das Posener oder das Bromberger deutsche Komitee. Die Bromberger unterstützten eifrig alle derartigen Petitionen, besonders wenn es sich um die Erhaltung der Grenzen des Netzedistrikts handelte. Das Posener Komitee aber wollte die definitive Demarkation nicht aufhalten und versagte seine Unterstützung.61)

Die Posener Bauern waren zum größten Teil auch nach dem Aufruhr noch immer zuerst Preußen, dann Deutsche oder Polen. Der Anschluß an den Deutschen Bund schien manchmal nur das einfachste Mittel zu sein, um dem Druck der Abgaben an den adligen Grundherrn zu entgehen. Sie glaubten, auf diese Weise die Fortführung der preußischen Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte zu sichern - von Volksbewußtsein fehlt manchmal jede Spur.

Bei uns haben sich verschiedene Gerüchte über die Einführung der Nationalität und ähnlicher Dinge verbreitet," so heißt es in einer Immediatpetition dieser Art, "wir wollen vor allem von keiner Nationalität, von keiner Einführung polnischer Beamter und Einrichtungen etwas wissen, wir wollen nur unter dem Gesetze und dem Szepter des Königs und des Reiches Preußen verbleiben... Diejenigen, die uns am meisten bedrückten, wollten uns nur vom preußischen Staat entfernen, wir aber haben sie zeitig genug kennen gelernt... arme unaufgeklärte Bauern wollten die Beamten nicht hören; nie haben wir uns den Beamten widersetzt, nie haben wir Gewalt angewendet - jetzt können wir die Last nicht mehr tragen... Wir wollen wie immer dem Preußenlande Abgaben zahlen, wir wünschen nur noch, daß unsere Schulen nach Art der deutschen eingerichtet werden, damit wir es so weit bringen wie die anderen preußischen Landleute.

So schrieben arme polnische Bauern ihrem König von Preußen und rückten dabei ausdrücklich ab von dem vor kurzem zum Abgeordneten gewählten Propst, der "das Wort Gottes zur Rache und zum Wirken gegen die Gesetze und den König von Preußen gebraucht hat". 62)

Daß die evangelischen Polen (in den Kreisen Adelnau und Schildberg) nichts von der Reorganisation wissen wollten, ist danach selbstverständlich. Sie galten als "Niemcy" und fühlten sich "ganz schlesisch". "Unsere Muttersprache ist polnisch, aber wir besitzen eine echt preußische und deutsche Gesinnung". 63) Für ihren Anschluß an Schlesien trat auch die

(21. 5.) und Grembanin im Kr. Kempen (17. 5.), mit amtlicher Übersetzung in Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 27.

63) Petitionen von Schwarzwald, Uciechow und Ostrowo (Anfang Juni, Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 27. Reisebericht des Regierungsrats Meerkatz v. 9. 6. (1. c. adh. 28 f. 157 f.).



⁶⁰⁾ Pfuel an Auerswald: "Die Reklamationen gegen die Reorganisation häufen sich dermaßen von den deutschen Bevölkerungen, ja sogar von den polnischen Bauernschaften gehen viele ein..." (Rep. 77 tit. 539 II f. 156).

⁶¹⁾ Eingabe des ZBAND an das Staatsministerium v. 30. 6. (Rep. 77 tit. 539 I adh. 2 f. 32); Adresse des DZNK an die deutsche Nationalversammlung v. 4. 6. (DKB 16. 6.). — Schreiben des Pastors Werner in Jutroschin v. 10. 6. (DZNK Kr. Kröben), Eingabe aus Koschmin (vorgelegt 19. 6., Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. 27 f. 192).

22 Aus den polnischen Petitionen von Sklarka myślniewska

Stadt Ostrowo lebhaft ein, die so in unmittelbare Verbindung mit dieser Provinz kommen konnte. Ihre polnische Sprache hielten sie auch in Schlesien für ungefährdet, aber nicht ihren evangelischen Glauben unter polnischer Herrschaft. Die Sorge für das evangelische Bekenntnis wirkte auch für deutsche Bauern zuweilen als Motiv gegen die Reorganisation. 64)

Einmal kam es auch zu einer Volksbefragung über den Anschluß an den Deutschen Bund. Graf Alexander Mielżyński hatte am 22. Mai gegen den Ausschluß seiner Herrschaft Baschkow im Kreis Krotoschin von der Reorganisation Einspruch erhoben, weil die Bevölkerung nicht gehört worden sei. Daraufhin ordnete Pfuel eine protokollarische Vernehmung der Einwohner an. Es wurden nur die selbständigen Besitzer durch den Distriktskommissar vernommen, ob sie eine Änderung der Regierungsformen wünschten (!). Das Ergebnis war, daß sich die meisten Dörfer der Herrschaft gegen die Reorganisation aussprachen und nur das Dorf Baschkow selbst dafür. Die dortigen Gutsbeamten waren nämlich national-polnisch eingestellt und haben - soweit man sieht -1848 als erste den nationalen Kampf ins Wirtschaftliche hinübergetragen, indem sie Anfang Juni die polnischen Dorfbewohner zu der Erklärung veranlaßten, von nun an nur noch polnische Handwerker zu beschäftigen. 65)

Inzwischen hatte Pfuel schon dem Wunsche Mielżyńskis nachgegeben. Die betroffenen Orte bestürmten nun in ihrer Enttäuschung das Staatsministerium mit Bittschriften um Anschluß an Deutschland, ebenso die anderen wieder zum polnischen Teil geschlagenen Gebiete im Süden der Provinz. "Eine Chaussee, die mit Geld zu ersetzen ist, will man halten, aber Menschen und Deutsche kann man preisgeben!" Es war kein Wunder, wenn jetzt das in den Tagen Willisens entstandene Mißtrauen gegen die preußische Regierung von neuem geweckt wurde; der Verein zur Wahrung deutscher Interessen in Krotoschin (das durch die neue Grenzziehung sehr benachteiligt war) forderte von der Frankfurter Nationalversammlung, an die sich die Dörfer und Kleinstädte sonst selten gewandt haben, kräftige Maßregeln zum Schutze des Deutschtums durch schleunige Vereinigung mit Schlesien. Ebenso wollten sich im Kreis Kröben und im Osten des Kreises Fraustadt weder deutsche noch polnische Bauern nach der Einverleibung in den Deutschen Bund noch reorganisieren lassen und protestierten gegen die Wünsche ihrer Gutsherrschaften. Noch nach Wochen liefen immer neue Petitionen aus diesen Gegenden ein.66)

In den deutschen Bauern regte sich das Volksbewußtsein jetzt mehr und mehr. Die im Aufstandsgebiet verstreuten Deutschen begannen sich enger zusammenzuschließen: in Pleschen bildete sich ein "Verein zum

⁶⁴⁾ So z. B. Racot (Kr. Kosten, 17. 6.) und Gr.- und Kl.-Golle (Kr. Wongrowitz, 5. 6. — 1. c. adh. 27 f. 257 und f. 238).

⁶⁵⁾ Ztg. d. Ghzt. P. 15. 6. — Bericht des Landrats: 1. c. adh. 28;

Protokolle über die Volksbefragung: Rep. 77 tit. 539 1 adh. 2.

66) Eingaben in adh. 27 und 28. Das obige Zitat aus einer Petition der Deutschen in Doberschütz und Umgebung v. 23. 6. Die Krotoschiner Eingabe im ANV Nr. 61.

126

Schutz gegen die Reorganisation des Großherzogtums Posen" 67) und die auch hier entstandenen Bauerwehren wurden in den Kreisen Posen und Schroda im "Posener Landschutz-Verein" fest zusammengeschlossen. Er war aus einer schon Ende April begründeten Schutzvereinigung der Gegend von Owinsk hervorgegangen und zählte zu Beginn des Jahres 1849 beinahe 1300 Mitglieder. Als seine Ziele bezeichnete er gegenseitigen Schutz von Person und Eigentum, Unterstützung der Behörden, Mitwirkung bei der Wiederherstellung und Erhaltung der Sicherheit sowie Förderung der Eintracht unter den verschiedenen Volksstämmen und Glaubensbekenntnissen. 68)

Auch in den deutschen Gebieten war die Erbitterung noch groß: so wollten z. B. deutsche Bauern im Kreise Czarnikau einen aus der Haft entlassenen Polenführer bei der Rückkehr von sich aus sofort wieder gefangen setzen.69) Pfuels Proklamationen an die polnischen Bauern vom 23. Mai, die den Adel als den Urheber alles ihres Leids bezeichnete und zu neuer Treue gegen den König aufforderte, verfehlte ihren Eindruck nicht.70) Die gefangenen Sensenleute konnten ohne Bedeckung in die Heimat entlassen werden. Aber solange vom polnischen Adel und Klerus noch versucht wurde, die Bauern aufzuwiegeln, konnte auch auf dem Lande keine Ruhe werden, mußte das Mißtrauen beider Völker gegen einander stets wach bleiben.

68) Berichte des Posener Landschutz-Vereins im Dt. Volksbl.

⁷⁰) L. v. J. S. 159.



⁶⁷⁾ Eine Protesterklärung an die preußische Nationalversammlung in der Ztg. d. Ghzt. P. 8. 6.

<sup>17. 1.-21. 2. 49.

6)</sup> Berichte des Landrats Juncker v. 24. 6. und 13. 7. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. B vol. 3 f. 299 f.).

Abschnitt VI.

Werbearbeit der Posener in Deutschland.

In den wenigen Frühjahrswochen, da die Posener Deutschen für die Erhaltung ihres Volkstums plötzlich im Kampfe einzustehen hatten. hatte diese bis jetzt politisch zurückgebliebene Volksgruppe einen gewaltigen Schritt vorwärts getan in ihrer Entwicklung: in der Entfaltung der geistig-politischen Gestalt des "Ostmärkers". Dabei hatte sie manche der binnendeutschen Landschaften weit überholt, in denen realpolitisches Denken und nationaler Egoismus sich noch kaum durchgesetzt hatten. Der schneidende Lufthauch des kampferfüllten Ostens (und Nordens) mußte die in dieser Richtung vorhandenen Ansätze zu rascherer Entfaltung bringen als die politische Atmosphäre der Paulskirche. Das machte die Posener Frage - ebenso in noch höherem Maße die Schleswiger Frage — zu Durchbruchspunkten einer neuen politischen Denkweise in Deutschland. Denn wenn auch etwa die Heidelberger Gelehrten in ihrer Adresse an Wilhelm Beseler vom Herbst 1846 in der Schleswiger Frage erklärt hatten, es gäbe keine größere politische und nationale Sünde als die Selbstversäumnis,1) so war es doch noch längst nicht so weit, daß wenigstens die führenden Schichten mit diesem Grundsatz in allen Lebensfragen der Nation ernst gemacht hätten. Die ganz verschiedene Stellungnahme der öffentlichen Meinung und der Frankfurter Nationalversammlung zur Schleswiger, zur Posener und zur böhmischen Frage ist der beste Beweis dafür, wie sehr es noch an der Folgerichtigkeit in der Behandlung von Grenzlandfragen fehlte.

Ob allerdings dieser "realistische Liberalismus", wie er sich aus dem achtundvierziger Denken herausentwickelte, zu bestandhaftem Gestalten fähig gewesen wäre, wenn er seine Wünsche und Ideen hätte Tat werden lassen können — das soll hier nicht erwogen werden, auch nicht, ob das, was damals noch vom deutschen Idealismus lebendig war und sich mit neuem mischte, zu dauernder Ordnung und Befriedung der Grenzlandfragen besonders befähigt gewesen wäre, oder ob es sie nicht vielleicht gerade gehemmt hätte? Erst recht kann hier nicht erörtert werden, ob die jenem neuen Denken zugrunde liegende Auffassung politischer Wirklichkeit unbedingte Gültigkeit beanspruchen dürfe, ob sie nicht vielmehr an historische Voraussetzungen gebunden sei.

In ihrem Grenzkampf hatten die Deutschposener die Notwendigkeit des nationalen Egoismus mit als erste erkennen müssen — auf der anderen

¹⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte V S. 568.

Seite aber erwies es sich, daß hier die konstitutionellen oder gar demokratischen Ideen, die Süd-, West- und Mitteldeutschland beherrschten, noch kaum Fuß gefaßt hatten. So bedeutungsvoll die Auswirkung der völkischen Bewegung von 1848 unter den Posener Deutschen war, — an der innenpolitischen Umwälzungen hatten sie keinen Anteil. Der Gedanke der Selbstbestimmung wurde von ihnen zunächst und vor allem als völkisches Verteidigungsmittel benutzt. Ihre Werbearbeit im Binnendeutschtum war von vornherein dadurch schwer belastet, daß ihre Erhebung — eine Teilerscheinung der deutschen Revolution — doch eine Gegenbewegung gegen den polnischen Aufstand war und daher notwendig im Bund mit den gegenrevolutionären Gewalten Preußens stehen mußte. Daher ist es zweifelhaft, ob sie sich hätten durchsetzen können, wenn ihre Werbearbeit nicht bald starke Unterstützung gefunden hätte.

Zunächst versuchten die einzelnen Ausschüsse in Posen und Bromberg, in Lissa und Meseritz noch ohne Zusammenarbeit den Gegner da zu packen, wo er ihnen am gefährlichsten schien: in den Mittelpunkten der revolutionären Bewegung, Berlin, Breslau, Leipzig, Frankfurt.

Breslau²) war, wenn es auch die Posener Entwicklung aus der Nähe miterlebte, als einer der Hauptsitze der preußischen Demokratie auch eins der Zentren der deutschen Polenfreundschaft. "Alle wollen ein entschiedenes festes Auftreten zugunsten Polens. Hier ist das der eine Gedanke, welcher alle anderen absorbiert... Verlautet es hier, daß unsere Truppen gegen die Polen marschieren, so bricht hier offene Empörung aus. Das Drängen nach der freien Verfassung ist nicht lebhafter als der Wunsch, gegen Rußland keine Schwäche zu zeigen," schrieb Willisen aus Breslau am 27. März. Die Breslauer Zeitung und die schlesischen Blätter standen dem polnischen Nationalkomitee stets offen — die deutschen Volksgenossen aber wurden von ihnen mit anderem Maß gemessen. Der Demokratische Verein, im April tonangebend im politischen Leben Breslaus, unterstützte die nach Krakau und Posen durchreisenden Emigranten und warb deutsche Freiwillige zum Krieg gegen Rußland — die Posener Volksgenossen waren für ihn nur Schrittmacher der Reaktion. Diese Verhältnisse zu bessern, sandte das Posener deutsche Komitee Mitte April den Referendar Leviseur nach Breslau. Er begann mit seiner Arbeit gerade beim Demokratischen Verein und konnte durch einen Vortrag wenigstens einiges Verständnis für die Posener Verhältnisse herstellen, so daß der Verein sich entschloß, eine Abordnung nach Posen zu senden. (Sie kam am Tage nach den Wreschener Greueln dorthin und wußte nur vergebliche Versöhnungsreden zu halten). Dann erst wagte Leviseur es, mit den weiter rechts stehenden Vereinen in Verbindung zu treten. Der Vaterländische Verein, obwohl der polnischen Sache abhold und der politischen Richtung des Posener Deutschen Komitees und Konstitutionellen Klubs nahestehend, scheute sich vor den Wahlen vor einem offenen Eintreten für die Deutschposener, weil er dabei Sympathien zu verlieren fürchtete. Nur der rechtsstehende konstitutionelle

²⁾ Breslauer Briefe Willisens v. 27. 3. (Rep. 77 tit. 539 I vol. 1) und Leviseurs v. 14.—16. 4. (DZNK).— S. auch Wuttke S. 250.

Klub zeigte ein entschiedenes Interesse für Posen. Zu tätiger Hilfe konnte aber auch er sich noch nicht entschließen.

In Berlin standen die Dinge immerhin etwas besser.3) Hier war vor allem Wilhelm Jordan energisch für die Posener Volksgenossen eingetreten und die meisten Abordnungen, welche die größeren deutschen Ausschüsse des Posener Landes zum Staatsministerium sandten, hatten nebenbei auch die Aufgabe, in den Zeitungen, Klubs und Volksversammlungen für die Sache der Heimat zu wirken. Besonders v. Dazur und Robert Hepke aus Posen waren in den ersten Apriltagen im Bunde mit Jordan eifrig in den Versammlungen tätig; sie konnten sich damals nur schwer durchsetzen gegen den heftigen Widerstand, den jeder zu erfahren hatte, der die Sache der Deutschen in Posen vertrat. Die Prinzipienpolitik vom Schreibtisch aus verschwand aber mit dem Anwachsen der Krise in Posen mehr und mehr. Schon von Anfang April an hatte sich der Konstitutionelle Klub in Berlin, der politische Mittelpunkt des gebildeten und besitzenden Bürgertums, entschieden auf die Seite der Posener Deutschen gestellt und ihnen am 3. April in einer Adresse versichert: "Wir werden hier auf dem Wege des Gesetzes für Eure Rechte wirken und in der Stunde der Gefahr Euch nicht verlassen." Wenige Tage später trat er bei dem Ministerpräsidenten Camphausen nachdrücklich für ihre Wünsche ein, doch wollte dieser damals von einer Teilung der Provinz noch nichts wissen. Dieser langsame Wandel in der öffentlichen Meinung der Hauptstadt hat den deutschen Ausschüssen Posens ihre Arbeit wesentlich erleichtert. Die Gegner der nationalen Revolution im Grenzland schlossen sich mit den Gegnern einer neuen sozialen Umwälzung im Innern zusammen; beide hätten bei einer zweiten Umwälzung nur verlieren können. Ihren Rückhalt fanden sie im Heer. Die Vossische, Spenersche und bald auch die National-Zeitung vertraten diese Richtung in der Berliner Presse, während das Hauptorgan der Polenfreunde die demokratische Zeitungshalle war. Die Führer des Konstitutionellen Klubs standen dem neuen Ministerium nahe. Deutsche wie Polen bemühten sich daher, sie für sich zu gewinnen, beide klagten über Unterdrückung durch die andere Partei. Die Sympathien für die Polen sanken aber in der Mitte des Monats immer mehr, zumal nach dem Bekanntwerden der Vorfälle in Tremessen und Wreschen, und es gelang den Vertretern des Posener Deutschen Komitees, am 23. April eine neue Adresse des Konstitutionellen Klubs an den Ministerpräsidenten für die Posener Deutschen zu erwirken.4)

In der Volksversammlung Unter den Zelten aber blieb die Neigung für die Polen nach wie vor noch stark, die Vertreter der Posener Deutschen konnten sich hier nicht durchsetzen. Sie setzte ein Deutsches Komitee zur Wiederherstellung Polens ein, das zunächst durch Zeitungsaufsätze, Straßenplakate, Adressen für die polnische Freiheit wirken wollte. Bald

³⁾ Adolf Wolff Berliner Revolutionschronik Bd. II. S. 50-58. Dt. Ztg. Nr. 217. — Vgl. Abschnitt III.

⁴⁾ Hierzu u. z. folgenden vgl. Adolf Wolff II S. 191-201, S. 296 f. u. Bleck S. 74 f. (National-Zeitung).

erwiderten die Deutschposener Deputierten in Berlin diese Gründung mit der Bildung eines Berliner Komitees zur Wahrung der deutschen Interessen im Großherzogtum Posen. Der Volksverein Unter den Zelten begrüßte auch Willisen nach seiner erfolglosen Rückkehr mit einer ausführlichen Adresse in bewegter Sprache (- Willisen allerdings fand sie in seiner Gerechtigkeitsliebe zu scharf!). Anfang Mai wurde sogar eine eigene Werbezeitschrift "Freischar für Polen" gegründet, die es jedoch nur auf zwei Nummern brachte. Und schließlich, als die Entscheidung schon gefallen war, entsandte die Volksversammlung sogar zwei Vertreter nach Posen, um dort die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennenzulernen.⁵) Sie kamen am 13. Mai dorthin, zwei Tage nach der Siegesfeier, und wurden wenig freundlich empfangen. In der Posener Volksversammlung kam es zu erregten Auseinandersetzungen, bei denen auch die Berliner nicht schwiegen, und das Ende war, daß der Stadtkommandant die beiden schützen und aus der Stadt entfernen mußte. Die Gesinnung der Berliner Volksversammlung gegen die Posener und umgekehrt wurde dadurch nicht eben freundlicher.

Die Stellung der Parteivereine zur Posener Frage war damals im wesentlichen schon festgelegt. Den Ausschlag hatten dabei in erster Linie die oben gekennzeichneten parteipolitischen Entwicklungen gegeben, und wohl erst danach staats- und nationalpolitische Erwägungen. Derartige Erwägungen waren für die Posener Deutschen selbstverständlich, ohne theoretische Grundlegung. Die kam ja erst hinterdrein, nachdem der Daseinskampf im großen und ganzen schon entschieden war. Die Berechtigung des nationalen Egoismus durchzusetzen, das war der eigentliche Inhalt des Ringens der Deutschposener um die öffentliche Meinung Deutschlands.

In einer Stadt nur, in Leipzig, gab es Männer, die die verschiedenen völkischen Kämpfe im Osten Mitteleuropas im Zusammenhang und in ihrer weiterreichenden Bedeutung erkannten und die entschlossen waren, alles zu tun, was in ihren Kräften stand, um im Osten das Lebensrecht ihres Volkes zu wahren. Es waren freiheitliche, fortschrittliche Männer, politisch z. T. linksstehend, die nicht etwa für die Erhaltung der Rechte des preußischen Staates in Posen oder des österreichischen Staates in Ungarn, sondern für die Zukunft des deutschen Volkes in den Ländern "von Reval bis Hermannstadt" kämpften, die aber als überzeugte Verfechter des Gedankens der Volkssouveränität im innerstaatlichen Leben wie in den zwischenvölkischen Beziehungen auch das Selbstbestimmungsrecht der anderen anzuerkennen bereit waren. Ihr Führer war der Historiker Heinrich Wuttke, der sich schon seit einigen Jahren mit der Vergangenheit des Deutschtums im Osten beschäftigte, nach dem Aufstand von 1846 mit seiner Schrift "Polen und Deutsche" die deutschen Polenfreunde zum Kampf herausgefordert hatte und später durch sein "Städtebuch des Landes Posen" für die Posener Provinzialgeschichte bahnbrechend wirkte. Obwohl gebürtiger Schlesier, war er doch ent-

⁵⁾ Wuttke S. 251 Anmkg. DKB 16. u. 19. 5.

schiedener Gegner des Preußentums; obwohl naher Freund Robert Blums und sein Nachfolger in der Paulskirche, machte es ihm die historische Erkenntnis doch unmöglich, dessen Polenschwärmerei mitzumachen. So steht er einem anderen hervorragenden Verfechter des demokratischen Gedankens von ostdeutscher Herkunft, Wilhelm Jordan, in mehr als einer Beziehung nahe. Zusammen mit Gustav Kühne und Heinrich Laube, den liberalen Publizisten, und mit dem Arzt Göschen, dem Vorsitzenden des konstitutionellen Deutschen Vereins in Leipzig, begründete er im April den Verein zur Wahrung der deutschen Sache in den östlichen Grenzländern, den ersten deutschen Schutzverein, und nahm bald die Verbindung mit den Deutschen in Posen. Böhmen und Siebenbürgen auf.6)

Wenn wir oben sagten, diese Männer wollten für ihre Volksgenossen im Grenzland tun, was in ihren Kräften stand, — so waren diese Kräfte nicht eben sehr groß, weder die Kräfte des Geistes noch die des Geldes. Was sie den Brüdern im bedrohten Land bieten konnten, war mehr das warmfühlende Herz als die hilfreiche Hand. Die Gedanken, von welchen sie geleitet wurden, wiesen z. T. weit hinaus über die Welt von 1848. Ihre Arbeitsweise war aber noch ganz und gar von dem politischen Stil ihrer Zeit beherrscht: Adressen, Entschließungen, Eingaben waren ihre hauptsächlichen Wirkungsmittel. Auch diese Männer glaubten noch, mit großen Worten und edlen Gedanken Politik treiben zu können.

Bald nach seiner Gründung trat der Verein in Verbindung mit den wichtigsten Trägern des deutschen Widerstandes in Posen, mit den Ausschüssen in Posen, Bromberg, Meseritz und Lissa, mit dem Landrat Juncker in Czarnikau und mit General v. Colomb. In den Tagen, da der Fünfziger-Ausschuß sie so ganz im Stich ließ, war es für die deutschen Komitees wohl wertvoll, einen wenn auch schwachen ideellen Rückhalt und Bundesgenossen im inneren Deutschland zu finden. Posen und Lissa stellten auch eine persönliche Verbindung mit Leipzig her; ein Posener Student, J. G. Cohn, konnte als Vertreter des Posener Nationalkomitees zusammen mit Wuttkes Verein in Leipzig einiges für seine Heimat wirken. Bei dem Leipziger Abendblatt, der Leipziger Zeitung und dem Dresdner

⁶⁾ Seine Akten, im Nachlaß Heinrich Wuttkes als Depositum im Dresdener Ratsarchiv, sind im folgenden vielfach benutzt. Vgl. auch J. Pfitzner, Das Erwachen der Sudetendeutschen, Augsburg 1926, S. 389 f. Ferner Kühnes "Tagebuch in bewegter Zeit" passim u. die Briefe des J. G. Cohn in DZNK.

⁷⁾ Warschauer (ZHG XXV S. 274), Schmidt (S. XXVII) u. Laubert (Gött. Gel. Anz. 1913 S. 383) sind der Ansicht, daß die mit H. W. bezeichnete Flugschrift "Über die neueste polnische Insurrektion im Ghzt. P." v. Heinrich Wuttke stamme. Doch wohl kaum mit Recht. Der Schrift fehlt Wuttkes gepflegte, Fremdworte vermeidende Schreibweise und die geistige Höhe seiner Schriften; sie lobt den preußischen Staat und sein Heer, was Wuttke gewiß nicht täte; sie ist in Berlin (Reichardt), nicht in Leipzig erschienen und knüpft an die in Bromberg erschienene "Denkschrift über die neueste polnische Schilderhebung im Ghzt. P." an. Ihr Verfasser scheint sich zum Schluß als Deutschposener anzudeuten.

Journal, bei Kurandas Grenzboten und bei Kühnes "Europa", seit dem Juli auch bei Brockhaus' Deutscher Allgemeiner Zeitung fand er entgegenkommendes Verständnis. Von Wert mag es für die Posener gewesen sein, als sie mit seiner Hilfe die Verbindung zu der großen Organisation der Deutschen Vereine Sachsens fanden. Die Neigungen für die Polen und die Tschechen gingen hier mit dem Fortschreiten der slawischen Bewegungen mehr und mehr zurück. Ende Mai konnte Cohn berichten, "daß hier die Stimmung bedeutend zu unseren Gunsten sich geändert hat" und daß nach Schriften über den polnischen Aufstand große Nachfrage herrschte. Anscheinend hat aber das Posener Komitee, damals bereits etwas erlahmend, diesen Wink nicht genügend beachtet.

Die Änderung der Stimmung in Sachsen dürfte kaum auf die Arbeit des Vereins zur Wahrung der deutschen Sache im Osten unmittelbar zurückzuführen sein, sie könnte eher mit dem Widerhall der böhmischen Kämpfe zusammenhängen. Im Spätsommer wurden Versammlungen des Vereins immer seltener und die Geldmittel begannen auszugehen. Er hatte sich bis dahin nicht nur in der Öffentlichkeit betätigt, sondern auch auf die leitenden politischen Stellen einzuwirken versucht. Der Vorschläge tauchten viele in seinen Versammlungen auf. So wollte man eine Denkschrift an die französische Regierung richten, so forderte man das preußische Ministerium auf, Willisens Verhalten streng zu untersuchen und ihn gegebenenfalls zu bestrafen, und verlangte ausreichende Berücksichtigung der deutschen Belange vor der Reorganisation. An die Bischöfe von Dresden und Breslau richtete der Verein die Bitte, den von den Polen immer wieder verbreiteten falschen Gerüchten, die katholische Kirche werde in Posen unterdrückt, entgegenzutreten. Beide aber lehnten eine solche Erklärung ab, da sie ja einen deutlichen Tadel gegen das Verhalten des Nachbarbischofs Przyłuski in sich geschlossen hätte.

Auch auf die Entwicklung der Dinge in Frankfurt versuchte der Verein einzuwirken; nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes war ja die deutsche Nationalversammlung der wichtigste Kampfplatz geworden. Venedeys und Blums Äußerungen gegen die Deutschposener trat er öffentlich scharf entgegen, ebenso überhaupt der Polenbegeisterung in der Frankfurter Versammlung und den Ausschüssen zur Unterstützung der Polen in den deutschen Städten. —

Als die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche zusammentrat, da hatte sich die Stimmung in Frankfurt seit den Tagen des Vorparlaments doch schon erheblich gewandelt, und auch in Süd- und Westdeutschland hatten die Nachrichten vom polnischen Aufstand wohl viel dazu beigetragen, daß die Neigung für die Polen zurückging.8) Die Ausschreitungen in Posen, das vollständige Fehlen von Organisation und Disziplin, die polnischen Ansprüche auch auf Westpreußen, das Übergewicht des Adels in der polnischen Bewegung und die aufwiegelnde

⁸⁾ Vgl. den Bericht des französ. Gesandten in München v. 27. 4. bei Guichen, Les grandes questions européennes et la diplomatie des puissances S. 101 u. Circourt II S. 11.

Tätigkeit polnischer Emissäre in den unteren Schichten mußten ernüchternd auf die deutsche Polenfreundschaft wirken. Sie wurde immer mehr eine Parteisache. Der Augenblick, in dem es möglich gewesen war, die polnische Frage in den Mittelpunkt einer revolutionären Außenpolitik zu stellen, war dahin. Die oberen Schichten des Bürgertums, die eigentlichen Sieger der Revolution, dachten weder in Deutschland noch in Frankreich daran, ihn wieder herbeizuführen. Wer aber die Revolution weiterführen wollte, der durfte die polnische Frage nicht zur Ruhe kommen lassen. Doch es ist ja bekannt, daß die deutsche Revolution in dem Augenblick, als in Frankfurt und Berlin die Nationalversammlungen zusammentraten, außenpolitisch eigentlich schon verloren war.⁹)

Der idealistische Aufschwung der Zeit einte die Männer der Paulskirche noch bei der Anerkennung der Lebensrechte der völkischen Minderheiten auf deutschem Boden und im Glauben an die Möglichkeit friedlicher Nebeneinanderordnung der Völker Mitteleuropas. Die Errichtung des Großdeutschen Reiches setzte diese Haltung voraus, und so war es ein Österreicher, Professor Marek aus Graz, der Ende Mai—als sich die böhmische Krise immer mehr zuspitzte—eine Erklärung der Minderheitenrechte beantragte, die alsbald in der Form, die ihr Dahlmann im Verfassungsausschuß gab, fast einstimmig angenommen wurde. Sie ging in die Reichsverfassung vom März 1849 über und sollte danach noch, als es nur mehr um die kleindeutsche Lösung ging, bei der Ordnung der Polenfrage politische Bedeutung gewinnen. 10)

10) Vgl. Sitzungsberichte v. 27. u. 31. 5. Die Erklärung lautete: "Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung erklärt feierlich, daß sie im vollen Maße das Recht anerkenne, welches die nicht deutschen Volksstämme auf deutschem Bundesboden haben, den Weg ihrer volkstümlichen Entwicklung ungehindert zu gehen, und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Literatur und die innere Verwaltung und Rechtspflege sich der Gleichberechtigung ihrer Sprache, soweit deren Gebiete reichen, zu erfreuen, so wie es sich denn von selbst verstehe, daß jedes der Rechte, welche die im Bau begriffene Gesamtverfassung dem deutschen Volke gewährleisten wird, ihnen gleichmäßig zusteht.

Das fortan einige und freie Deutschland ist groß und mächtig genug, um den in seinem Schoße erwachsenen andersredenden Stämmen eifersuchtslos in vollem Maße gewähren zu können, was Natur und Geschichte ihnen zuspricht, und niemals soll auf seinem Boden weder der Slawe, noch der dänisch redende Nordschleswiger, noch der italienisch redende

⁹⁾ Vgl. Bleck S. 64 f. u. Hallgarten S. 80 ff. — Über die Parteien von 1848 unterrichtet in großen Linien ein Aufsatz von L. Bergsträßer, Preuß. Jahrbücher Bd. 177 S. 180—212 (Berlin 1919), besonders über die Entwicklung der Fraktionen in Frankfurt. Über die Einengung der Paulskirche durch die außenpolit. Entwicklung vgl. Erich Marcks Histor. Zeitschr. Bd. 142 S. 80 f. (1930). — Den Gegensatz zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken in der Polenfrage kann man sich nicht besser veranschaulichen als durch einen Vergleich zwischen Bismarcks Schreiben an die Magdeburgische Ztg. v. 20. 4. 48 (von ihr erst am 5. 1. 86 veröffentlicht) und Marxens Artikeln in der Neuen Rhein. Ztg., besonders wenn man noch seine und Engels frühere Polenreden in London und Brüssel mit heranzieht. (Vgl. N. Rjasanoff, K. Marx u. Fr. Engels über die Polenfrage, Archiv f. Gesch. d. Sozialismus Bd. VI S. 175—221, Leipzig 1915).

In den Wochen des Umschwungs von Mitte April bis Mitte Mai begann die Tätigkeit der Vertreter der Posener Deutschen in Frankfurt. Sie konnten, so sehr die Lage in der Heimat auch zur Entscheidung drängte, hier in Frankfurt doch der weiteren Entwicklung im Grunde ruhig entgegensehen, wenn ihnen im Augenblick das Glück auch wenig hold war: sie arbeiteten ja im Bunde mit den erstarkenden Regierungen.

Kerst, der Abgesandte der Westkreise und Professor Loew vom Deutschen Komitee in Posen waren die ersten, die nach Frankfurt kamen. 11) Kersts erste Aufgabe, für die Aufnahme seiner Heimat in den Deutschen Bund zu wirken, war bei seiner Ankunft schon durch den Bundesbeschluß vom 22. April hinfällig geworden. Werbung und Aufklärung durch die Presse und persönliche Einwirkung wurden nun die Hauptgebiete seiner Tätigkeit. Er setzte sich sofort mit dem preußischen Gesandten v. Dönhoff in Verbindung; der wies ihn besonders auf die Aufklärungsarbeit bei dem Bundestagsgesandten der süddeutschen Staaten und im Fünfziger-Ausschuß hin und unterstützte die beiden Posener auch fernerhin, ebenso wie später die Deutschposener Abgeordneten. In persönlichen Besprechungen gelang es Kerst und Loew, einige der führenden Männer beider Versammlungen für sich zu gewinnen. Sie konnten schon hoffen, daß ihr Eintritt in den Fünfziger-Ausschuß und die rasche Aufnahme der Stadt Posen in den Deutschen Bund keine großen Schwierigkeiten mehr bereiten würden. Doch wurde Kersts Gesuch um Aufnahme unter die Fünfziger abgewiesen, und es wurde ihm nur gestattet, an den Beratungen der Kommission teilzunehmen. Die persönliche Einwirkung auf die Mitglieder des Ausschusses blieb also die wichtigste Aufgabe. Sogar bei einigen Führern der gemäßigten Linken wie Jacoby aus Königsberg, Simon aus Breslau, auch bei Welcker hatte Kerst damit langsame Erfolge. Solche Nachrichten, wie von den Wreschener Greuelszenen hat er dabei gehörig ausgebeutet. So wurde wenigstens das erreicht, daß bei der Aussprache über die Posener Frage im Fünfziger-Ausschuß am 26. April der Gegenstand mit ein wenig mehr Sachkenntnis als vier Wochen früher im Vorparlament verhandelt wurde, daß sich immerhin eine sehr starke Minderheit für die Aufnahme der Stadt Posen in den Deutschen Bund erklärte und daß die Schlußerklärung Sympathien nicht nur für die Wiederherstellung Polens, sondern auch für die Deutschen des Posener Landes aussprach. Seit diesem Tage war es auch in Frankfurt deutlich, daß die Wiederherstellung Polens nur mehr eine Parteisache der republikanischen Linken war. 12) Im Augenblick allerdings schienen die Dinge

١

Bewohner Süddeutschlands, noch wer sonst uns angehörig in fremder Zunge spricht, zu klagen haben,daß ihm seine Stammesart verkümmert werde oder die deutsche Bruderhand sich ihm entziehe, wo es gilt."

¹¹⁾ Vgl. Meyer S. 52 ff., Becker, S. G. Kerst (Grenzmk. Heimatbl. II 3, 4; Schneidemühl 1926), dazu den Schriftwechsel des preuß. Bundestagsgesandten in Rep. 75 A. P 57.

¹²⁾ Über diese Debatte s. Verhandlungen des deutschen Parlaments, hsg. v. Jucho, S. 211 f., S. 372-403, dazu Kerst's Brief vom 27. 4. (Meyer S. 56) u. Bleck S. 19 f. Das folgende Zitat aus Dönhoffs Schreiben an Arnim v. 28. 4., 1. c.

noch recht bedenklich zu stehen; der Bundestagsgesandte Dönhoff berichtete: "Ein paar deutsche Deputierte aus dem Großherzogtum Posen..., die ich hier öfter sehe, bemühen sich, jedoch nicht immer mit Erfolg, der hiesigen Polenmanie, welche von französischen und deutschen Republikanern genährt wird, entgegenzutreten. Nur die Gervinus'sche Zeitung beweist auch hierin ihre tüchtige deutsche Gesinnung." sind Kersts Berichte aus den letzten Apriltagen durchaus optimistisch. — er arbeitete ja jetzt schon zusammen mit Loew für die Aufnahme der Stadt Posen und der inneren Kreise in den Deutschen Bund Von Tag zu Tag gewannen sie unter den Konstitutionellen mehr Freunde und Bundesgenossen. Dem vorwärts drängenden Kerst ging es in der Heimat viel zu langsam her; jeder seiner Briefe ist voll von Plänen und Vorschlägen für Anträge in Berlin, für Zusammenarbeit mit Posen und Bromberg. Er wollte sofort die radikale Trennung des deutschen und des polnischen Teiles, sofortige Aufteilung der Restprovinz auf die Provinzen Preußen, Brandenburg und Schlesien, rasche Eindeutschung des Westens. Verlegung des Regierungssitzes in das reindeutsche Meseritz, Vorgehen gegen die politische Tätigkeit der katholischen Geistlichkeit. Von sich aus stellte er Anträge dieses Inhalts beim preußischen Ministerpräsidenten, von sich aus regte er einen Antrag des holsteinischen Bundestagsgesandten an, Posen (neben Rendsburg, Danzig, Thorn und Pillau) zur Bundesfestung zu erklären, - kurz er blieb auch in den ersten Wochen seines Frankfurter Aufenthaltes der eigentlich führende Kopf des Zentralausschusses für den Westgürtel.¹³) Auch Loew reichte durch den Bundestagsgesandten der preußischen Regierung ein Promemoria zur Trennung Posens in einen überwiegend deutschen und einen überwiegend polnischen Teil ein, der den Ministerialentwurf in einigem, ähnlich wie Pfuel, zugunsten der Deutschen veränderte und neben der Beachtung des Zahlenverhältnisses der Völker, der Wünsche der Bevölkerung und der Verteidigung der Ostgrenze auch Berücksichtigung des Anteils der Völker am Grundbesitz und der Übersiedlungsmöglichkeiten forderte. In der Schaffung eines möglichst reinpolnischen Gebiets mit freier Selbstverwaltung und möglichster Trennung vom übrigen Staat sah er das beste Mittel, den Polen die Fortführung des von Marcinkowski begonnenen Kampfes, des einzigen Wegs zu dauernder Freiheit, zu ermöglichen. Er fühlte sich durchaus nicht als Stockpreuße "und noch viel weniger als Polenfresser".14)

Kersts politische Tätigkeit in Frankfurt zeigte ihm deutlich genug, was die großen Städte des Südens und Westens, die Freie Stadt Frankfurt zumal, vor denen des Posener Landes voraus hatten: den rechten Bürgersinn, der hier in Generationen herangewachsen war. Er erkannte die Bedeutung der Bürgerwehr für die Erziehung zu Staatsbürgertum

¹³) S. Meyer passim; Bericht Dönhoffs v. 10. 5. (Rep. 75 Immediatberichte).

¹⁴⁾ Loew an Wuttke 6. 5. (VWDSO II). Das Promemoria (Anfang Mai) und der Schriftwechsel darüber: Rep. 75 A. P 57. Sein konstitutionell-monarchisches Wahlmanifest: ZAWG f. 148.

und Volksgemeinschaft. Wenn er immer wieder vor Reaktionären und vor Republikanern warnte und für den konstitutionell-liberalen Gedanken warb, dann wußte er doch wohl auch, wie sehr es in der Posener Heimat, wo nun einmal der Kampf der Völker ausgebrochen war, auf die politischen Tugenden jedes einzelnen ankommen würde. Eine ungeheure Aufgabe sah er hier — von ihrer Erfüllung oder Nichterfüllung hing das Schicksal der deutschposener Volksgruppe, nicht nur in den nächsten Jahren, ab.

Mit dem Zusammentritt des deutschen Parlaments am 18. Mai wurde Kerst vor neue Arbeiten gestellt. Unter den Posener Abgeordneten war er der einzige, der schon mit den Frankfurter Verhältnissen vertraut war. Er wußte, wie leicht unbedachte Schritte das, was er mit Loew zusammen erreicht hatte, wieder zerstören konnten, wußte, worauf es zuerst ankam, wenn nicht gerade die Abgeordneten der Posener Kleinstädte, unter denen es noch an Zusammenarbeit fehlte, unter dem gewaltigen Eindruck dieser ersten deutschen Nationalversammlung von der ihnen vorgezeichneten Linie weggerissen werden sollten. Denn jetzt begann ja der Kampf mit den Polen von neuem, auf einem anderen Schauplatz und mit anderen Waffen; endgültig entschieden war das Schicksal des Posener Landes noch keineswegs. Die ganz unsichere Lage der Heimat machte es den Posener Abgeordneten zur Pflicht, die Entscheidung, soweit sie bei der deutschen Nationalversammlung lag, möglichst zu beschleunigen. 15)

Die Polen fochten zuerst die Wahlen im Großherzogtum an; doch lehnte der Zentralausschuß ihre Ansicht ab und beantragte, die endgültige Entscheidung dem völkerrechtlich-internationalen Ausschuß zu überlassen. Die weiteren Wünsche der Polen gingen auf Beseitigung der Teilung des Großherzogtums und womöglich Bestätigung des Beschlusses des Vorparlaments, daß Deutschland die heilige Pflicht zur Wiederherstellung Polens habe. Demgegenüber sprachen Kerst und Nerreter aus Fraustadt die Wünsche der Posener Deutschen aus: nochmalige Anerkennung der völkerrechtlichen Besitztitel Preußens am Großherzogtum Posen und der Einverleibung seiner westlichen und nördlichen Teile in Deutschland, Verbindung der Westkreise und des Netzedistrikts mit den Nachbarprovinzen. So traten die Parteien sich schon bald nach Eröffnung der Nationalversammlung in den Hauptstreitpunkten der Posener Frage gegenüber. In der Sitzung vom 5. Juni erreichten die Deutschposener Abgeordneten nach stürmischen Auftritten ihre Zulassung und konnten nun hoffen, auch bei der endgültigen Entscheidung, wenn auch nach hartem Kampf, den Sieg zu erringen.

Dieser erste Erfolg war vor allem der guten Werbung zu verdanken, mit der Kerst und neben ihm Viebig und Hepke diese Debatte in einer

¹⁵⁾ Vgl. Bartholomäus ZHG XIV S. 33 f., Bleck ZHG XXIX S. 25 f., Hallgarten S. 87 f. — Die Eingaben der poln. Vertreter aus Posen, Westpreußen u. Galizien in Frankfurt v. 22. u. 23. 5.: DKB 6. u. 9. 6., die Eingabe des Führers d. demokr. Emigration, Prof. Lelewel im Abdruck HeA Rep. 15a Nr. 81 f. 55. Nerreters Antrag in den Sitzungsberichten S. 66; dazu Kersts Brief bei Meyer S. 85.

großen Versammlung der Rechten und der Zentren im "Weidenbusch" am 3. Juni im Wettstreit mit den Polen vorbereitet hatten.¹6) Durch persönliche Wirkung, persönliche Beziehungen ließ sich im Ringen mit den Polen um die noch unentschiedenen unter den Abgeordneten das meiste erreichen. Kerst war es wieder, der durch seine genauere Bekanntschaft mit den Frankfurter Verhältnissen, durch seine Persönlichkeit und die kluge, unaufdringliche Art seines Auftretens auch hierbei die besten Erfolge erzielte. Dazu machte ihm auch seine Zugehörigkeit zum linken Zentrum solche Verbindungen leichter, als den meisten der anderen Posener Abgeordneten, die zum großen Teil auf der Rechten, in der "Preußenclique" saßen und daher leicht dem Vorwurf reaktionärer Gesinnung ausgesetzt waren. Ihr Vorgehen war viel weniger zurückhaltend als das Kersts, der es für aufdringlich und der deutschposener Sache für schädlich hielt.

Neben der parlamentarischen Tätigkeit der Abgeordneten stand die publizistische des Presseagenten des Posener Komitees, Dr. Hepke, der allerdings ebenso wie die Abgeordneten nur fortführte, was Kerst im April unter viel schwierigeren Umständen begonnen hatte. Das Posener Komitee erhielt in den Wochen der militärischen Entscheidung vom Generalkommando umgehend die letzten Nachrichten von den Kämpfen und verbreitete sie mit möglichster Beschleunigung an die Presse in ganz Deutschland; so gewann es im Nachrichtendienst einen erheblichen Vorsprung vor den Polen.¹⁷) Es handelte sich seit dem Mai wohl weniger um die Bekehrung der polenfreundlichen Presse, als darum, die für die Posener Deutschen gewonnenen großen Blätter mit zuverlässigem Tatsachenmaterial für aufklärende Artikel zu versorgen. Von größter Bedeutung für die Entwicklung in Frankfurt war es, daß Gervinus' einflußreiches Organ, die Deutsche Zeitung in Heidelberg, von Anfang an den Deutschposenern recht gewogen war. Die Frankfurter Presse blieb, aus Abneigung gegen Preußen, noch lange zurückhaltend gegen die deutsche Bewegung Posens. Eine Wendung trat auch hier erst im Juni ein, als die Prager Pfingstereignisse eine Niederlage nicht nur des Slawentums, sondern auch der revolutionären Linken brachten. 18)

Neben der persönlichen Einwirkung auf die Abgeordneten in Frankfurt stand die Wirkung durch die Adressen und Eingaben der deutschen Magistrate und Ausschüsse im Posener Land. Den Anfang machte die Eingabe des deutschen Zentralkomitees vom 4. Juni, in der es das Recht der freien Selbstbestimmung für die Posener Deutschen verlangte. Am

¹⁶⁾ Bericht Hepkes: Ztg. d. Ghzt. P. 11. 6., Kersts: Meyer S. 90. Kerst neigt dazu, seinen eigenen Anteil unauffällig zu betonen und ist gegen seine deutschposener Kollegen, besonders die aus der Landeshauptstadt, sehr kritisch eingestellt.

hauptstadt, sehr kritisch eingestellt.

17) G. Wendt, Lebenserinnerungen eines Schulmanns, S. 49. Dazu Kersts Briefe passim.

¹⁸⁾ Schreiben Hepkes v. 8. 7. (Rep. 77 tit. 539 I vol. 2). — Haltung der Presse: Bleck S. 64 ff.

¹⁹) Die Posener Eingabe DKB 16. 6., die Meseritzer ZAWG f. 270-292 u. ANV Nr. 61.

10. Juni sprach der Zentralausschuß des Westgürtels zusammen mit dem Magistrat Meseritz den Wunsch aus, die Nationalversammlung möge die Einverleibung anerkennen, die Deputierten endgültig zulassen und die Vereinigung des Westgürtels mit den Nachbarprovinzen befürworten. "Die preußische Regierung hat kein Recht, deutsche Staatsbürger vom Verband des preußischen Staates auszuschließen und zu Experimenten polnischer Staatskunst abzutreten..." Diese Anträge machte in der Paulskirche Wilhelm Jordan zu den seinigen; sie wurden daher schon am 19. Juni im völkerrechtlich-internationalen Ausschuß behandelt, aber die erhoffte Beschleunigung der Verhandlungen über Posen hatte er damit doch noch nicht erreicht. Jordan ließ sich für die weiteren Beratungen vom Meseritzer Ausschuß noch mehr und genauere Schilderungen der polnischen Erhebungen und der gegenwärtigen Lage senden. Gleichzeitig konnten sich die Posener Abgeordneten aus Berlin die besten Beweisstücke verschaffen, mit denen sie ihre Wünsche überhaupt unterstützen konnten: 24 Aktenbände mit Petitionen für den Anschluß an den deutschen Bund, zum größten Teil aus den westlichen, nördlichen und mittleren Kreisen des Großherzogtums 20). Die preußische Regierung unterstützte durch den Bundestagsgesandten die Posener Deutschen nach Kräften. Zu Werbezwecken ließ sie im Juni einige Hundert Exemplare der "Denkschrift über die Ereignisse im Großherzogtum Posen" und der "Beleuchtung der dem General v. Pfuel von Mieroslawski am 16. Mai eingereichten Denkschrift" in der Paulskirche verteilen.²¹)

Die Ansprüche Polen verfocht vor der deutschen Volksvertretung als Abgeordneter der Propst Janiszewski aus Samter. Ihm standen zur Seite Dr. Libelt, bereits aus dem Moabiter Polenprozeß bekannt, und der reformierte Prediger Cassius, welcher ohne gehörigen Urlaub seine Pfarre schon seit Monaten verwaist ließ.²²) Sie arbeiteten sehr eifrig in der Presse und richteten in diesen Wochen eine heftige Propaganda gegen die Posener Deutschen. Alle Ausschreitungen und Übergriffe der Truppen und der deutschen Bevölkerung nutzten sie gehörig aus und wiederholten immer wieder den Vorwurf reaktionärer Gesinnung. Sie verlangten, daß die deutsche Nationalversammlung die Teilung der Provinz verwerfe, den König von Preußen zur Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung für das Großherzogtum Posen veranlasse und begründeten diesen Anspruch damit, daß dieses nach den

²²) Im Juli wurde er vom Konsistorium zurückberufen. (Schriftwechsel in Rep. 75 A. P 57). — Polnische Eingaben an die National-

versammlung: ANV nr. 61.

²⁰) Schreiben der Abgeordneten v. d. Goltz, v. Treskow, Senft, Viebig u. Eckert v. 18. 6. an den preuß. Innenminister, Antwort v. 29. 6.: Rep. 77 tit. 503 nr. 22 ad 3-26 P. Viebigs Rede, Stenogr. Berichte S. 1213.

²¹) Ausw. Amt sect. 1 Rep. I. gen. nr. 58 f. 45-49; Rep. 75 A. P57; Rep. 77 tit. 503 Nr. 22 V 2. Die "Beleuchtung der Denkschrift Mierosławskis" stammt von Major v. Olberg, dem Posener Stabsschef, und ist ein recht unbedeutendes Flugblatt. (PrStB).

Verträgen von 1815 unteilbar und die Teilung politisch und wirtschaftlich undurchführbar sei, daß die deutsche Revolution und auch der König von Preußen die Rechte Posens und den Anspruch auf Selbstbestimmung anerkannt hätten. Durch den Aufstand könnten die Polen diese Rechte nicht verwirkt haben; die Wahlen seien unter militärischem Terror und der Leitung parteiischer Beamter vorgenommen. Die Deutschen brauchten den Schutz ihrer Nationalität durch die Teilung der Provinz gar nicht und verlangten ihn auch nur zum kleinen Teil.23)

Reide Parteien hatten in diesen Sommerwochen alles daran gesetzt. um die Mehrheit zu gewinnen. Doch schon Anfang Juli wurde es deutlich. daß die Deutschen dabei den Vorsprung gewonnen hatten — dank dem Vordringen des Konstitutionalismus und eines aktiveren Nationalbewußtseins in Deutschland. Voller Siegeszuversicht schrieb Hepke am 8. Juli "Unser Streben ist nun darauf gerichtet, daß der Sieg für die Posener Sache ein glänzender Sieg für Preußen werde." Die gleiche Zuversicht äußern die Briefe Kersts und die Berichte der Gesandtschaft.24) Die Polen konnten nur durch Verschiebung der Aussprache noch einen besseren Ausgang zu erreichen hoffen. Der Aufschub, den die Linke nach dem Erscheinen des Ausschußberichtes noch durchsetzte, war indes nur gering. Den Deutschen in Posen dauerte die Unentschiedenheit ohnehin schon zu lange. Die mehrfache Verzögerung und die fortgesetzte Unruhe unter den Posener Polen machten sie auch unruhig. Schon am 5. Iuli hatte die Posener Volksversammlung nochmals dringend um baldige Entscheidung gebeten.25)

Doch ihre Sache war in den Händen des völkerrechtlich-internationalen Ausschusses gut aufgehoben; hier hatten Männer wie Gervinus und Arndt. Heckscher aus Hamburg, v. Raumer aus Berlin, Stenzel aus Breslau gegenüber der durch Schuselka vertretenen Linken durchaus das Übergewicht. So war denn auch der Bericht des Ausschusses den Deutschen durchaus günstig.26) Er schloß nach ausführlicher Würdigung der historischen Entwicklung und der gegenwärtigen politischen, nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Posener Landes mit den Anträgen, die Aufnahme der in dem deutschen Bund einverleibten Gebiete anzuerkennen und ihre Abgeordneten endgültig zuzulassen, die Demarkationslinie vorbehaltlich genauerer Prüfung vorläufig anzuerkennen, von der preußischen Regierung eine Erklärung über die

²³⁾ Promemoria_gegen_den projektierten Anschluß des Ghzt. P.

an den Deutschen Bund. Frankfurt 1848.

24) Vgl. die Schreiben Hepkes v. 8. 7. und des Legationsrat Thile v. 19. u. 23. 7. in Rep. 77 tit. 539 vol. 2 und 503 ad 3–26 f. 33. Kersts Briefe v. 5. 8. u. 19. 7. bei Meyer S. 102–112.

25) ANV Nr. 61, mit nochmaliger Mahnung von Viebig am 16. 7.

überreicht.

²⁶) Die Mitglieder des Ausschusses s. Stenogr. Berichte S. 183, den Bericht über die Posener Frage und die Aussprache S. 183, S. 1135 ff. die Verhandlungen selbst. Darstellungen der Debatte vor allem bei Bartholomäus S. 49 f., Bleck S. 30 f. Hepkes Berichte in der Posener Ztg. 23. 7. — 1. 8.

Sicherung des Deutschtums in dem zu reorganisierenden Landesteil zu verlangen und den westpreußischen Polen ihre nationale Entwicklung zu gewährleisten. Um diese Anträge ging nun vom 24. bis zum 26. Juli jene berühmte Redeschlacht der Polendebatte. Sechs von den elf deutschen Abgeordneten aus Posen ergriffen das Wort. Goeden aus Krotoschin eröffnete die Debatte, und Kerst löste am zweiten Tage die Aufgabe, die glänzende und eindrucksvolle Rede Janiszewskis wirkungsvoll zu erwidern, in seiner ruhigen Art mit gutem Erfolg. Am dritten Tag war die Versammlung doch schon zu ermüdet, als daß Loew mit einem anderthalb Stunden langen wohldisponierten Erguß noch Erfolg haben konnte. Zum Schluß faßte Viebig, nicht ohne Spitzen gegen Janiszewski, noch einmal die Wünsche der Deutschposener zusammen: "Der polnische Adel soll und wird uns nicht verdauen, weil es ihm nicht gelingen wird, uns zu verschlucken." Die Entscheidung für die Deutschen hatte eigentlich schon am ersten Tage Jordan mit seiner Polenrede gegeben, jenem großen Dokument erwachenden nationalen Machtwillens und politischen Realismus, das schon durch seine Sprache sich von den Prinzipientiraden so vieler Redner des ersten deutschen Parlamentes eindrucksvoll unterscheidet. Das Ergebnis war ein voller Sieg der Deutschposener, den so glänzend vielleicht auch die kühnsten unter ihnen nicht erträumt hatten: Mit 342 gegen 31 Stimmen wurden die drei ersten Anträge des Ausschusses angenommen. Die bisherigen Ergebnisse der Deutschposener Bewegung - Anschluß an den Deutschen Bund und Vertretung im deutschen Parlament — waren bestätigt; nur Pfuels Demarkation sollte von der Reichsgewalt nochmals überprüft werden.

Damit war nicht nur über eine nationale und territoriale Frage des Posener Landes entschieden. Die Bedeutung dieses Beschlusses lag weniger auf dem Felde der praktischen Politik, als auf dem der geistigen Entwicklung. Die Wiederherstellung Polens war im Frühjahr eines der Hauptziele der revolutionären Außenpolitik gewesen: Wenn die Mehrheit der deutschen Nationalversammlung jetzt gegen die Polen entschied, so erlitt damit auch die radikale Partei, die die Revolution noch immer fortführen wollte, eine schwere Niederlage. Rudolf Haym spricht das in seinen Betrachtungen über die deutsche Nationalversammlung deutlich aus²⁷): "Alle Interessen, alle Triebfedern unserer auswärtigen Politik traten uns hier in vergrößertem Maßstab entgegen... die Sache Polens war bei alledem nur die Nebensache: im Vordergrund stand die Sache Deutschlands; jene war nur die Kehrseite von dieser. Wir sahen die nationalen Interessen beider Völker in unmittelbarem Konflikte, aber den einen wie den andern standen zugleich die Motive parteiisch zur Seite, die in dem Gegensatz der politischen Ansichten wurzeln..." Wenn Haym dann aber spricht von der "Feuerprobe für jenen Umschwung des deutschen Geistes, mit dem er aus beschaulicher Existenz zu politischem Leben hinübertritt", dann glauben wir acht Jahrzehnte später doch anmerken zu müssen, daß der Umschwung zu politischem Realismus hier

²⁷) Rudolf Haym, Die Deutsche Nationalversammlung, Frankfurt 1848 I S. 76. Ähnlich im Zuruf des DZNK, Dt. Ztg. 11. 8.

erst eingeleitet, aber noch nicht vollendet wurde. Denn es war doch sehr zweifelhaft, ob die Demarkationslinie einmal Wirklichkeit werden könne. Gewiß hatte die Mehrheit der Paulskirche in bewußt nationalem Geiste entschieden, — aber das Nationalbewußtsein war nicht in allen von der instinktiven realistischen Art wie in Wilhelm Jordan. Die Deutsche Zeitung — das Organ der "Professorenpartei"! — mußte sich die Entscheidung im Sinne des nationalen Egoismus noch mühsam mit viel Ideologie und vielen Phrasen deduktiv begründen.28)

Für die durch den Beschluß der Paulskirche zunächst betroffenen kämpfenden Völker in Posen konnten die Beweggründe für die Entscheidung ziemlich gleichgültig sein. Für die Polen bedeutete der Ausgang der Frankfurter Debatte zugleich das Ende der Politik des "Vertrauens auf die Völker" und damit zugleich einen Schritt vorwärts: auch in der Richtung zum politischen Realismus.29) "Er hat die Polen aufs tiefste gegen ganz Deutschland erbittert und die Überzeugung, auf Deutschland für ihre Freiheitspläne nicht rechnen zu dürfen, ist es, welche die Idee des Panslawismus auf alle Weise zu verwirklichen sucht," so wurde über den Eindruck des Frankfurter Beschlusses auf die Londoner Emigration berichtet. In Posen aber begann nun die Liga Polska, ihre Arbeit zur Festigung des polnischen Volkstums mit aller Kraft aufzunehmen.

Die Deutschen in Posen sahen jetzt die Stellung, die sich im Frühiahr mit Hilfe des Preußischen Staates und Hereres errungen hatten, durch die Vertretung des ganzen deutschen Volkes von neuem befestigt. Endgültig gesichert war diese Stellung (und damit die Aussicht auf völlige Eindeutschung des Westens der Provinz) erst, wenn die Demarkation mit allen Folgerungen durchgeführt war. Die Entscheidung darüber lag beim preußischen Staatsministerium. Auf die Tätigkeit der Posener Abgeordneten zur Preußischen Nationalversammlung kam also viel an. Unter ihnen fehlte es aber sowohl an bedeutenderen Köpfen wie an engerer Zusammenarbeit.30) Die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Ursache der blutigen Zusammenstöße in Posen, deren Tätigkeit bei den gespannten Verhältnissen nur weitere Zwietracht säen konnte, hatten sie vergeblich zu verhindern gesucht.31) Ebensowenig gelang es dem Abgeordneten Neumann aus der Stadt Posen Mitte Iuli, die endgültige Bestimmung der Demarkationslinie noch vor der Entscheidung in Frankfurt beim Ministerpräsidenten durchzusetzen und so die Lösung zu beschleunigen. Der Grund dieses Mißerfolges wird verständlich, wenn wir erfahren, daß in den gleichen Tagen die polnischen Abgeordneten den Minister des Innern darum baten, auf die Aussetzung der Verhandlungen über die Posener Frage in der Paulskirche hinzu-

Dt. Ztg. Nr. 201-204 Leitartikel.
 Feldmann, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit den Teilungen S. 152-157. Bericht über die Emigration in London, 1. 8. HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II Nr. 9 vol. 2.

30) Abg. Seger aus Posen an Kießling, Berlin 22. 9. (DZNK). Kersts Briefe bei Meyer S. 89 f., 93 f., 100f.

31) Stenogr. Berichte über die Verhandlungen der preuß. National-

vers. v. 4. 7. S. 369-389.

wirken, die Lösung also zu verzögern. Der Minister Kühlwetter war bereit, diesem Wunsche zu entsprechen, denn neben den Polen stand ein mächtigerer Bundesgenosse als neben den Deutschen: die Linke der Berliner Nationalversammlung.³²) Diesem Gegner gegenüber war weitere Werbe- und Aufklärungsarbeit aussichtslos. Die Parteiverhältnisse begannen in Berlin bereits zu erstarren, und hier überwog nun einmal, anders als in Frankfurt, die polenfreundliche Linke. Die Arbeit der Posener deutschen Abgeordneten mußte sich also darauf beschränken, in persönlichen Besprechungen auf die Minister einzuwirken, um eine rasche Lösung der Posener Frage herbeizuführen.³³) Die Frankfurter Beschlüsse veranlaßten sie zu noch fleißigerer Tätigkeit in den Ministerien; denn die noch immer gespannte Lage in der Heimat forderte je länger desto dringender eine wirklich endgültige Entscheidung.

digung kam.

33) Vgl. Neumanns Brief v. 7. 8. u. den Hepkes v. 1. 8. in DZNK, auch den Kersts v. 28. 7. bei Meyer S. 113. Einzelheiten über die Stellung des preuß. Ministeriums zur Posener Frage im August u. September im felgenden Abschrift

im folgenden Abschnitt.



³²) Neumann an Kießling, Berlin 7. 8. (DZNK). In Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1 f. 47 befindet sich ein Entwurf aus dem preuß. Ministerium des Innern zu einem Schreiben an das Reichsministerium v. 18. 7., der aber im Ausw. Amt erst nach der Frankfurter Polendebatte zur Erledigung kam.

Die Deutschposener Bewegung vom Juni bis in den Oktober.

Seit Mitte Juni war die Ruhe im Posener Lande wieder hergestellt aher unter der Oberfläche glomm das Feuer nationaler Erbitterung auf beiden Seiten weiter. Starke Truppenmengen blieben darum im Lande: an die Aufhebung des Belagerungszustands in der Stadt Posen war nicht zu denken. Das Mißtrauen der Deutschen, die polnische Bewegungspartei würde im ersten günstigen Augenblick einen neuen Aufstand wagen, wollte nicht schwinden. Sie hätten sich wohl diesmal nicht in der Verteidigung halten lassen! Noch größer war die Erbitterung in den deutschen Truppenteilen. Allerlei Gerüchte, begründete und falsche. hielten das Land in Unruhe und wurden von den Hetzern auf beiden Seiten nach Kräften ausgenutzt. Hier und da trieben Räuberbanden noch ihr Wesen. Überhaupt konnte die Lage in keiner Hinsicht als befestigt gelten, solange nicht die deutsche Nationalversammlung über die Zulassung der Posener Abgeordneten und die Demarkationslinie und die preußische über eine eigene Verfassung für den polnischen Teil entschieden hatten. Selbst der Oberpräsident v. Beurmann hielt jetzt die völlige Trennung und die Aufteilung des deutschen Gebiets auf die Nachharprovinzen für die beste Lösung.¹) Das Deutsche Zentral-Nationalkomitee wandte sich Mitte Juli, um endlich einmal sichere Nachrichten zu bekommen, an den Bromberger und den Meseritzer Ausschuß. Neue Gerüchte kamen ihm so zu Ohren, auch einiges Tatsächliche über die Tätigkeit katholischer Geistlicher in den polnischen Truppenteilen aber ein klares Bild war nicht zu gewinnen.2) Immerhin, das 18. und das 19. Infanterie-Regiment, die zum großen Teil aus Polen bestanden, mußten aus der Provinz herausgezogen und durch deutsche Regimenter ersetzt werden.3)

Bei dieser Unsicherheit trotz äußerlicher Ruhe konnten die Deutschen ihre Selbstschutzorganisationen nicht auflösen, wenn auch ihrer Erhebung die Schwungkraft mehr und mehr verloren ging. Der deutsche Bauer, dessen Grimm sich vor allem gegen die Berliner Demokraten richtete, wird auch jetzt noch in den meisten Gegenden

Beurmanns Berichte: Rep. 77 tit. 539 I vol. 2; Brünnecks Berichte: HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 2; Zeitungsbericht der Posener Regierung für Juli—August: Rep. 89 B X.
 DZNK Kr. Bromberg, ZAWG f. 304, f. 328 f.
 HeA 1. c., L. v. J. S. 166, EB. 17. 9.

mit seinem polnischen Nachbarn friedlich zusammengelebt haben. Sie wollten beide von Revolution nichts wissen, sondern nur ihre Abgaben vermindert sehen.

Nicht viel anders stand es in den breiten Schichten des Bürgertums. Das Judentum trat jetzt wieder etwas in den Hintergrund; es mag in seiner Geschäftigkeit noch immer durch Verbreitung von Gerüchten zur Beunruhigung des Landes beigetragen haben.4) Die Juden waren naturgemäß eifrige Parteigänger der deutschen Revolution, die ihnen ja erst vollkommene Gleichberechtigung gebracht hatte, und wandten sich daher später der Linken zu. Eine linksradikale Massenbewegung wie in Berlin, Leipzig oder Breslau gab es freilich in Posen nicht. Das Bündnis der deutschen Radikalen mit den Polen hatte sie daran gehindert, in Posen Fuß zu fassen. Auch fanden sie in der Sinnesart, der geistigpolitischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Lage des Posener Deutschtums keinen günstigen Boden für ihre Arbeit. Das deutsche Komitee war sich allerdings wohl von Anfang an darüber klar, welche Gefahren drohten, wenn die deutschen Arbeiter und Handwerker der Stadt, von der durch die Revolution noch verschärften wirtschaftlichen Not getrieben, ins radikale Fahrwasser kämen und sich vielleicht mit den polnischen Radikalen verbündeten. Es hatte sich im Frühjahr für die Beschäftigung von Arbeitslosen bei Chausseebauten, für Erleichterungen bei der Benutzung des städtischen Leihhauses und Steuerstundungen eingesetzt und später zusammen mit dem Konstitutionellen Klub die Bildung eines Handwerkervereins unterstützt,5) Mochte auch das Problem der Gewerbefreiheit für den einzelnen Handwerker eine Lebensfrage sein - es trat zurück hinter die nationalen Fragen; von einer Wiederkehr der polnischen Herrschaft hatte ja auch der deutsche Handwerker gewöhnlich nichts zu hoffen, er setzte vielmehr alle Hoffnungen auf Besserung seiner Lage auf die kommende Verfassung für ganz Preußen.

Die Führung der Bewegung von 1848 lag auch in Posen und Bromberg durchaus beim oberen Bürgertum, und in diesem war in den Behördenstädten die höhere Beamtenschaft tonangebend. Daß sie reaktionär bis in die Knochen gewesen sei, wie die polnische Propaganda gern behauptete, ist nicht richtig. Im Gegenteil, gerade die im Posener und im Bromberger Ausschuß hervortretenden Beamten waren durchaus liberale Männer, die zuerst Deutsche und dann Preußen waren; manche unter ihnen wandten sich sogar mehr und mehr der demokratischen Bewegung zu. Doch kamen, seit sich in Berlin die Kräfte der Rechten wieder sammelten und in Posen der Sturm vorüber war, auch die Anhänger des alten Systems und des "spezifischen Preußentums" wieder zum Vorschein. Ihr Sammelpunkt wurde der "Verein für König und Vaterland", der im Sommer, von der Hauptstadt ausgehend, an vielen Orten

 ⁴⁾ Wenigstens nach einer unter den Offizieren verbreiteten Ansicht: Brünnecks Bericht v. 26. 7., Generalstabs-Chef v. Reuß an Kriegsminister v. Schreckenstein (HeA 1. c. vol. 2 bzw. 3). Vgl. Brandts Erinnerungen Bd. III S. 170 f.
 5) DZNK. — DKB 17. 4. u. a.

der Provinz Fuß faßte. Einig blieben sich alle Richtungen innerhalb der Deutschposener Bewegung in der scharfen Ablehnung des Berliner Radikalismus.

Sowohl aus nationalen als auch aus parteipolitisch-sozialen Gründen nahmen sowohl Bromberg wie Posen schärfstens gegen den Berliner Zeughaussturm und die ihm folgenden Beschlüsse der Nationalversammlung (Mitte Juni) Stellung und verteidigten die konstitutionelle Partei.⁶) Ein eifriger Justizkommissar in Samter rief sogar schon alle treuen Preußen auf, sich an einem Zug gegen die Berliner zu beteiligen. Kennzeichnend für die Stimmung ist eine Petition des Bromberger Zentralausschusses an die preußische Nationalversammlung wegen der Abtrennung der deutschen Teile; in ihr heißt es:

"Die polnischen Mitglieder in Ihrer Mitte, die Beförderer einer von Anarchie unzertrennlichen republikanischen Staatsverfassung, die Feinde des Protestantismus und verkappten Handlanger des Jesuitismus sehen wir innig verbündet, um die bereits anerkannte Vereinigung der deutschen Teile des Großherzogtums Posen mit dem deutschen Vaterland in Frage zu stellen und uns das Los einer schmachvollen Knechtschaft unter einer heillosen polnischen Herrschaft zu bereiten."

In den meisten Zügen, den erhabenen wie den lächerlichen, zeigt auch die Deutschposener Bewegung das gleiche Bild, welches das Jahr 1848 in andern deutschen Gauen bietet: nur, daß hier das Nationale allein das Leitmotiv gibt. Statt Fürstengegnerschaft Feindschaft gegen die Polen, statt eifersüchtigem Stolz auf die revolutionären Errungenschaften Deutschtümelei, dabei aber die gleiche frohe Hoffnung auf eine große deutsche Zukunft. In vielen Städten Posens hat man trotz der durch den Aufstand verschäften Notlage mit gleicher Liebe wie anderswo für die deutsche Flotte gesammelt.7)

Im Vordergrund des auf keimenden Parteilebens standen zunächst noch der Konstitutionelle Klub in Posen und der Deutsche Bürgerverein in Bromberg; ihre Richtung entsprach im Sommer ungefähr der des rechten Zentrums in Frankfurt. Auf dieses richteten sich auch ganz besonders die Hoffnungen der Julitage, als endlich die langersehnte Entscheidung fallen sollte. Fast täglich berichtete die "Posener Zeitung" — "Zeitung des Großherzogtums Posen" wollte sie sich jetzt nicht mehr nennen über die Stimmung in Frankfurt. Mit Spannung wurden die Berichte über die dreitägige• Redeschlacht in der Paulskirche verfolgt, bis die Nachricht vom Sieg der deutschen Sache Hunderttausende aufatmen ließ. Ein Jubelsturm ging durch die deutschen Städte und Dörfer des Posener Landes: Das deutsche Volk selbst hatte für sie entschieden!

⁶⁾ Aufruf der Posener Volksversammlung an die Berliner v. 18. 6. (ZWAG f. 315), Eingaben des ZBAND v. 18. 6. und 19. 7. (Rep. 77 tit. 496 a II vol. 1 bzw. tit. 539 I vol. 1). — Korrespondenzen der Ztg. d. Ghzt. P. aus Samter und Meseritz 21. 6., 27. 6. f.
7) Mehrere Kreisausschüsse bildeten Marinekomitees; auch in

⁷⁾ Mehrere Kreisausschüsse bildeten Marinekomitees; auch in Posen trat im September ein Frauenverein zur Erwerbung eines Kriegsschiffs für die deutsche Flotte zusammen. (Pos. Ztg. 17. 9., ZAWGf. 301 f., 337 f.).

Zahlreiche Dankadressen gingen jetzt an die deutsche Nationalversammlung und besonders an den Mann, der vielleicht am meisten für den Sieg geleistet hatte, an Wilhelm Jordan.8)

Praktisch war indessen noch nichts Dauerndes erreicht. Die nächste Aufgabe war, die wirklich endgültige Bestimmung der Demarkationslinie und die Auflösung des Provinzialverbandes zu erreichen.9) Zu diesem Zweck richteten die Deutschposener Abgeordneten in Frankfurt und Berlin zwei Eingaben an das Staatsministerium. Ihnen folgte am 16. August eine Adresse der Posener Volksversammlung, die darum bat, "den mit Ungeduld erwarteten definitiven Beschluß der deutschen Nationalversammlung über die Demarkationslinie durch ungesäumte Mitteilung des erforderlichen Materials an die hohe Zentralgewalt zu ermöglichen"; denn wenn der Wunsch der Polen auf Einverleibung des ganzen Großherzogtums ohne räumliche Scheidung der Völker erfüllt werden würde, dann sei die Wiederholung der Ereignisse des Frühjahrs zu befürchten. Der Ausschuß des Netzedistrikts schloß sich dieser Eingabe an und wies besonders darauf hin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Beseitigung der Ungewißheit über die Zukunft verlangten und daß die Abtrennung der deutschen Teile das beste Mittel dafür, aber nicht vor endgültiger Feststellung der Demarkationslinie durchführbar sei; außerdem verlangte er wiederum den Anschluß des Netzedistrikts an Westpreußen. Wenige Tage später forderten der Ausschuß des Westgürtels die endgültige Anerkennung der von Pfuel gezogenen Linie und Auflösung der Provinz. Auch mehrere kleinere Orte verlangten in den nächsten Wochen rasche Bestätigung dieser Linie.

Zusammen mit den Posener deutschen Abgeordneten in Berlin sollten die bisherigen Vertreter des Zentral-Nationalkomitees in Frankfurt, v. Dazur und Hepke, auf das gleiche Ziel hinarbeiten. Am 31. Juli und 1. August hatten sie Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Rudolf v. Auerswald. Auf ihr Ersuchen um rasche Erledigung der Demarkationsfrage hatte er nur die Antwort: "In der Tat, ich muß mich instruieren…!" Er versprach dann aber, alles zu veranlassen, was zur Beschleunigung dienen könne. Der Frankfurter Beschluß, der ihn zum Handeln nötigte, mag ihm wenig angenehm gewesen sein! Überhaupt wußte in Berlin niemand, wie man eigentlich mit der Posener Frage fertig werden sollte; niemand hatte es eilig damit, am wenigsten die demokratische Mehrheit der Nationalversammlung.10) Kühlwetter, seit den Juniereignissen Minister des Innern, wollte in der Unsicherheit aller Verhältnisse in Posen keinen Grund zu besonderer Eile sehen und sich hinter den parlamen-

Bleck ZHG XXIX S. 49 f.



⁸⁾ Nach ANV Nr. 61 und dem Nachlaß Wilhelm Jordans, zu dem mir seine Tochter in liebenswürdigster Weise Zutritt gewährte. Vgl. auch den "Zuruf aus Posen an die deutschen Brüder", Dt. Ztg. 11. 8.
9) EB. 20. und 23. 8. Die folgenden Eingaben in Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1 f. 58 und vol. 2 f. 3 und ZAWG f. 342 f.
10) S. die Briefe v. Dazurs, Hepkes und des Abg. Neumann an das DZNK in dessen Akten. — Vgl. Bartolomäus ZHG XIV S. 53 f.,

tarischen Untersuchungsausschuß verstecken. Bei dessen Mitgliedern fanden die Posener die gleiche Unlust wie bei den Ministern und in der Ministerialkommission. Nur von Frankfurt aus, meinten sie, würde sich ein Druck auf Berlin ausüben lassen. Dort aber hatte man wenig Neigung, sich von neuem mit dieser Frage zu befassen, und verzögerte die Angelegenheit ebenfalls. Sie hätte, nachdem die Huldigung der preußischen Truppen vor dem Reichsverweser verweigert worden war, womöglich zu einer Machtfrage zwischen Berlin und Frankfurt werden können.

Auf polnischen Wunsch stellte die Kommission der preußischen Nationalversammlung am 30. August den Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, es möge die endgültige Abgrenzung bis zum Abschluß ihrer Untersuchungsarbeiten verschieben. Kühlwetter legte, obwohl eine heftige Debatte erwartet wurde, auch jetzt der Angelegenheit noch keine größere Bedeutung bei. Obgleich Geßler aus Schubin, der Führer der Deutschposener Abgeordneten in Berlin, beantragte, das Staatsministerium möge die Zentralgewalt schleunigst um die nötigen Vorlagen (welche??) zur endgültigen Feststellung der Demarkationslinie zwecks Veranlassung weiterer Schritte der deutschen Nationalversammlung ersuchen, und obgleich Alfred v. Auerswald und Max Duncker Zwischenlösungen vorschlugen, erklärte sich die Regierung am 5. September doch damit einverstanden, daß die preußische Nationalversammlung bei der definitiven Demarkation mitzureden habe. Die beiden referierenden Regierungsräte hatten sich dagegen gewandt 11): Wenn auch das Nationalitäts-Prinzip durch Aufnahme überwiegend polnischer Gebiete in den Deutschen Bund verletzt worden sei um höherer Interessen willen, so sei das doch eine vollendete Tatsache und die Regierung dürfe sie mit Rücksicht auf die Zentralgewalt nicht von der preußischen Nationalversammlung in Frage stellen lassen. Sie brauche aber nichts dagegen einzuwenden, wenn die Polen die Einverleibung des ganzen Großherzogtums in Deutschland wünschten. Auch der Ministerpräsident Rudolf v. Auerswald scheint durchaus kein Freund der Bildung eines eigenen Herzogtums Gnesen gewesen zu sein.

Auf konservativ-legitimistischer und vielleicht auch auf katholischer Seite scheint man die Erhaltung des bisherigen Zustandes ebenfalls für die beste Lösung gehalten zu haben; die katholischen Interessen wurden dabei jedenfalls besser gewahrt als bei einer Teilung der Provinz.¹²) Außenpolitische Motive kamen hinzu, um diesen Ausweg als den ratsamsten erscheinen zu lassen. England und Rußland waren von Anfang an gegen jede Wiederaufrollung der polnischen Frage. Auch die französische Regierung hat wohl seit der Pariser Junischlacht

¹¹) Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1 f. 69 f. und Rep. 92 Nr. 20 (Privatakten des Ministers Hansemann, Schreiben des Regierungsrats Hesse v. 3. 9.). — Vgl. Hallgarten S. 100. u. Drucksachen der preußischen Nationalversammlung Nr. 164, Nr. 177, Nr. 181 u. Nr. 187 (30. 8. bis 5. 9.).

¹²⁾ Vgl. zu diesen Vermutungen Bleck, ZHG XXIX S. 38 und S. 71.

— Über R. v. Auerswald vgl. Neumanns Schreiben v. 7. 8., dazu auch das seines Stellvertreters Seger v. 22. 9. (DZNK).

keine große Neigung mehr dazu gehabt. Sie war jedenfalls gegen eine Teilung Posens und hatte Anfang Juni auf Grund der Wiener Verträge dagegen einschreiten wollen. Jetzt schien allen die Einverleibung der ganzen Provinz in den Deutschen Bund die einfachste Lösung zu sein: denn sie stellte die Polen und die Radikalen fürs erste zufrieden und war ja so bequem! 13) Wie weit es zu ernstlichen Verhandlungen deswegen gekommen ist, wissen wir nicht; doch hat das Staatsministerium Anfang August sicher die Abtrennung des Netzedistrikts erwogen.¹⁴)

Die katholische Geistlichkeit arbeitete jetzt mit verstärkter Kraft an der Aufgabe, die breiten Massen des polnischen Landvolks zu tätigem Volksbewußtsein zu erziehen. Die ersten Mittel, die sie dabei anwandte, wie z. B. phrasenreiche Flugblätter, entsprachen noch ganz der bisherigen politischen Arbeitsweise und mußten nach den Kämpfen des Frühjahrs nur die Deutschen erbittern, ohne greifbare Erfolge zu bringen. Mehr Erfolg versprach die politische Zusammenfassung der Katholiken in den "Pius-Vereinen"15), die seit dem August auch in Posen vorbereitet wurde. Unter den besonderen Verhältnissen in Posen konnte sie leicht dazu führen, auch die katholischen Deutschen in das Fahrwasser der polnischen Politik zu bringen.

Ein ähnliches Kampffeld war die Schulfrage. Die bürgerlichliberale deutsche Oberschicht trat aus grundsätzlichen, aus völkischen und schließlich auch aus konfessionellen Motiven für die Umwandlung der Elementarschulen in Staatsschulen ein — aus den gleichen Gründen mußte die katholische Geistlichkeit dem entgegenarbeiten. Bei den Wahlen zu den Konferenzen der Volksschullehrer und bei ihren Verhandlungen (Juni bis August) wurden die Gegensätze deutlich, als der Klerus hier seinen Einfluß geltend zu machen suchte. "Freie Entwicklung der Schule" war das Schlagwort der einen Seite, "Die Religion in Gefahr" das der anderen. Das war in anderen Teilen Preußens genau so; aber hier im Grenzland trat auch in diesem Kampf das Nationale an erste Stelle.16)

¹³⁾ Vgl. Guichen, Les grandes questions européennes et la diplomatie des puissances sous la deuxième république S. 152 f., besonders die Schreiben von Bastide an Arago, Paris 9. 6., und von Palmerston an Westmoreland, London 30. 6. In seinem Bericht an das DZNK vom 9. 8. sagt Dazur, in der französischen Gesandtschaft halte man die Herübernahme des ganzen Ghzt. P. in den Deutschen Bund für den besten Ausweg.

 ¹⁴⁾ Kühlwetter an Beurmann, 30. 8. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh.
 27 f. 382). Am 8. 8. beauftragte das Staatsministerium die Regierung 27 f. 382). Am 8. 8. beauftragte das Staatsministerium die Regierung in Marienwerder, den Ständen des Kr. Deutsch-Krone mitzuteilen, daß ihre Petition vom 29. 3. 46 wegen Trennung von Westpreußen und Vereinigung mit Pommern bei der durch Abtrennung einiger Kreise von der Provinz P. bedingten Änderung der Provinzialgrenzen nochmals geprüft werde. (Rep. 77 tit. 539 V f. 65).

15) Nach dem Brief Holzschuhers an Kießling, Meseritz 27. 8. (DZNK) und der Eingabe v. 17. 9. (ZAWG f. 452 f.). — Vgl. das "Sendschreiben an unsere katholischen Gemeinden im Ghzt. P.", Pos. Ztg. 5.8.

16) Dt. Ztg. Nr. 188, Korrespondenz aus Posen v. 2. 7. — EB 10. 9. In der Pos. Ztg. finden sich im Juli und August mehrere Berichte über die Kreisversammlungen der Lehrer und Aufsätze über die Stellung der

die Kreisversammlungen der Lehrer und Aufsätze über die Stellung der Schule zu Kirche und Staat.

Bei der Forderung nach einer Reform des Paradieser Lehrerseminars • ging es für den Ausschuß des Westgürtels nicht zuletzt auch darum, die Heranbildung der Lehrer für die katholischen deutschen Volksschulen von der der polnischen Lehrer völlig zu trennen und sie in rein deutsche Hände zu legen.¹⁷) Er verlangte am 17. September die Verlegung des Seminars in den polnischen Teil und die Neugründung eines katholischen Seminars für die deutschen Teile mit weltlichem Direktor und deutschen Lehrern. Die Begründung dieses Gesuches wandte sich aber nur negativ gegen die Polen, noch dazu unter Anführung übertriebener oder unrichtiger Nachrichten; das Kultusministerium lehnte es daher ab und empfahl nur den Provinzialbehörden eine sorgfältige Beaufsichtigung der Anstalt. Noch mehr forderte der Meseritzer Ausschuß ein paar Tage später: die Ahtrennung des zu Deutschland geschlagenen Teiles der Provinz vom Erzbistum Posen-Gnesen und die Bildung eines neuen Suffraganbistums unter dem Fürstbischof von Breslau; denn die Regierung müsse jetzt die treue Anhänglichkeit an Preußen und Deutschland fördern und alles entfernen, "was die deutsche Nationalität zu untergraben oder das Vertrauen zur preußischen Regierung zu schwächen droht", und die größte Gefahr drohe vom Klerus, wenigstens solange er dem polnischen Erzbischof unterstehe. Neben diesen nationalen Argumenten stehen liberale: die Furcht vor dem "Staat im Staate", vor der Verbindung der Hierarchie mit Republikanismus und Panslawismus und Besorgnis um die Freiheit der Schule. Ähnliche Gedanken waren zwar schon anderswo früher aufgetaucht, so im Bromberger Ausschuß und anscheinend sogar bei den Beratungen Beurmanns mit dem Innenminister Ende Juni¹⁸) aber zu lauter Forderung hatten sie sich noch nirgends verdichtet. Bei der damaligen politischen Lage, bei der Unsicherheit gerade in der Lösung der Posener Frage, konnte das Kultusministerium unmöglich darauf eingehen; erst nach der Neuordnung der Posener Dinge und des Verhältnisses von Kirche und Staat wollte es dazu Stellung nehmen.

Im Zusammenhang mit den fortgesetzten Bemühungen der katholischen Geistlichkeit sah man auf deutscher Seite auch stets die Unternehmungen von Metzig in Lissa. Dieser ebenso menschenfreundliche wie weltfremde polenschwärmerische Idealist lud im August Deutsche und Polen zur Gründung eines "Vaterländischen Vereins für das Großherzogtum Posen" ein. Doch dieser "Versuch zur Versöhnung und Vermittlung der im Lissaer Kreise am wenigsten schroff sich entgegenstehenden nationalen Elemente blieb ohne Resultat". Nach einer Rede Metzigs sollte die Versammlung eine Petition an den "König-Großherzog" absenden, er möge "die Provinz Posen als einen für sich abgeschlossenen,

18) Protokolle des ZBAND. — Beurmann an Auerswald, Berlin 24. 6.

(Rep. 77 tit. 539 I vol. 2).

¹⁷⁾ Vgl. den nach dem oben angeführten Brief Holzschuhers verfaßten Artikel der Pos. Ztg. 2. 9., dessen Berichtigung durch Beurmann am 26. 9. und den Schriftwechsel der Meseritzer mit dem Kultusministerium (ZAWG f. 264, f. 358, f. 452 f.). — Über die Auseinandersetzungen wegen der Besetzung des Paradieser Direktorpostens vgl. Laubert in Grenzmk. Heimatbl. III. (1927).

nicht integrierenden Bestandteil der preußischen Monarchie erklären"! Die Deutschen widersprachen, in der kurzen Aussprache kam es zu solchen Worten wie: "Der Pole ist zu stolz, dem Deutschen die Hand zur Versöhnung zu reichen!" und in Feindschaft gingen Deutsche und Polen auseinander.¹⁹) Eine Episode nur — aber doch charakteristisch für die Lage!

Was an solchen Versuchen für die Ziele der deutschen Bewegung gefährlich werden konnte, das war die Möglichkeit der Verbindung mit der polnischen Propaganda und der neuen polnisch-nationalen Organisation der "Liga Polska", die sich zu Anfang gelegentlich den Anschein einer übervölkischen Vereinigung gab. Man fürchtete in ihr vor allem die national-revolutionäre Organisation. Sie war auch das, aber ebenso sehr ein Mittel, um der alten politischen Führerschicht, dem Adel, die Führung der polnischen Bewegung, die in radikal-demokratische Hände überzugehen schien, nicht völlig entgleiten zu lassen und um im Bunde mit der Geistlichkeit das Bauerntum erst wirklich für die nationale Sache zu gewinnen. Von den adligen Abgeordneten Cieszkowski, Potworowski u. a. ging Ende Juni die Gründung aus, Przyłuski übernahm den Ehrenvorsitz.

Wenn bei neuen europäischen Umwälzungen einmal etwas für Polen erreicht werden sollte, dann war die innere Stärkung des Polentums und die Durchdringung der Massen mit völkischem Bewußtsein eine unerläßliche Voraussetzung, - dann galt es, dem Polentum schon vorher Macht zu erringen. Die Macht der Religion war durch Przyłuskis Hirtenbrief vom 21. April offen als nationales Kampfmittel eingesetzt worden. Die Geistlichen waren auch jetzt in erster Linie die Träger und Verbreiter der Organisation. Wirtschaftliche Macht sollte der Verruf des deutschen und die Förderung des polnischen Handels und Handwerks bringen. Politische Macht konnte das Bündnis mit der deutschen und der französischen Linken (- denken wir nur an die Verhältnisse in der preußischen Nationalversammlung!) und die engere Verbindung mit der tschechischen Bewegung und den slawischen Vereinen in Österreich bringen. Nach dem Vorbild der "Anti-Corn-Law-League" sollte durch gründliche Ausnützung der Presse- und Rede-Freiheit die öffentliche Meinung des Auslands bearbeitet werden. Aufgabe der Liga sollte sein die "Vereinigung und Entwickelung sowohl moralischer als auch materieller Kräfte im Lande und außerhalb desselben zur Förderung der polnischen Nationalität auf dem Wege der Öffentlichkeit und Gesetzlichkeit." Die Festsetzung der Ziele und Mittel im einzelnen und der Ausbau der Vereinsorganisation erfolgten im Januar 1849 auf einem Kongreß in Kurnik, den Przyłuski in der Kirche eröffnete und eingehend über das "Thema der religiösen Propaganda" - d. h. Agitation unter den Bauern! — unterrichtete.²⁰)

Zeitungshalle über den Kongreß in Kurnik (26. 1. 49) sowie eine sehr

¹⁹⁾ Pos. Ztg. 25. 8., 5. 9.
20) Vgl. R. Hepke, Die polnische Liga und der deutsche Bund in Posen (P. 1848), Die poln. Liga (anonym P. 1849), Bericht der Berliner

Im Sommer und Herbst konnten, oft nicht ohne erhebliche Mühe. in fast allen Posener Kreisen Ortsvereine gegründet werden, deren Leitung häufig in den Händen der Geistlichkeit lag. Auch in deutschen katholischen Dörfern versuchte man solche zu gründen, aber ohne anhaltenden Erfolg. In Westpreußen, in Oberschlesien und in den von deutscher Kultur bereits ganz durchdrungenen Teilen Posens bestand die erste Aufgabe in der Absonderung und Vereinigung des polnischen Elements — das mußte natürlich den nationalen Gegensatz vertiefen. Mittel dazu waren zunächst Pflege der polnischen Sprache (etwa in Lese-, Geselligkeits- oder Handwerker-Vereinen), Einfluß auf die Volksschule und Wirkung durch die Presse ("Gazeta Polska" und das volkstümlich gehaltene Hetzblatt "Wielkopolanin"), ferner wirtschaftliche Kampfmittel. Finzelne Bezirksligen verbreiteten bald den Grundsatz "Jeder zum Seinigen", der später in den Nationalitätenkämpfen des Ostens solche Bedeutung gewinnen sollte. Wer von Deutschen kaufte oder deutsche Arbeiter beschäftigte, dessen Name wurde in der "Gazeta Polska" öffentlich bekanntgegeben.

Derartige Maßnahmen forderten die Selbsthilfe der Deutschen und Juden heraus. Am 24. September beschloß die Posener Volksversammlung unter stürmischem Beifall, Repressalien zu üben und vier Wochen lang nichts von polnischen Gewerbetreibenden zu kaufen, und setzte das Militärproviantamt in Kenntnis davon. Schon die Schriftleitung der "Posener Zeitung" lehnte solche "mittelalterlichen Maßregeln" ab, und vom Lande und aus den Kleinstädten wurde Widerspruch gegen diese nationale Intoleranz laut; der Schutzverein im Posener und Schrodaer Kreise erließ sogar einen Gegenaufruf. Es entspricht ganz dem Geist von 1848, wenn darin die Versündigung gegen das Prinzip der Verkehrsfreiheit an die erste Stelle gerückt wird. Die Posener Getreidehändler aber schlossen sich der Volksversammlung an und kauften mehrere Markttage hindurch nichts von polnischen Bauern. Statt des Geldes für ihr Korn bekamen diese Flugschriften, in denen sie ermahnt wurden, durch Schaden klug zu werden und nicht auf Einflüsterungen zur Zwietracht zu hören. Die Einkäufe der polnischen Kaufleute bei ihren Volksgenossen dürften den Ausfall wohl kaum gedeckt haben. In Koschmin erreichten die Deutschen auf diese Weise, daß die polnischen Bauern - die sowieso vielfach der Liga Polska teilnahmslos gegenüberstanden — der Gründung eines Ortsvereins trotz der Werbung des Pfarrers fernblieben.²¹)

Die Aufregung, die diese Ereignisse hervorriefen, veranlaßte die Berliner Zentraldirektion der Liga Polska, den Abgeordneten v. Taczanowski Anfang Oktober zu Verhandlungen mit den Getreidehändlern

inhaltreiche Mitteilung des Ausw. Amt an die österreich. Regierung (GStA, Ausw. Amt 1. Sect. Rep. I gen. nr. 58 f. 64 f.). Von Interesse ist auch das weitausgreifende Projekt finansowy dla ligi polskiej, das der phantasiereiche Eugen v. Breza 1849 herausgab.

²¹) Nach der Pos. Ztg. v. 26. 9./14. 10. S. auch Jaffé, S. 215. — Einen früheren Versuch, den Nationalitätengegensatz ins Wirtschaftiche zu übertragen, erwähnt Treitschke, Bd. V. S. 148 (1841).

nach Posen zu senden. Er rückte von der Aufforderung zum Boykott ab und versprach entsprechende Weisungen an die Bezirksligen und an die "Gazeta Polska". Damit hatte dieser erste Versuch, den Nationalitätenkampf Posens im großen Stil ins Gebiet der Wirtschaft hinüberzuspielen, sein vorläufiges Ende gefunden. Allein die Losung "Od Żyda nie chcemy kupić!" ²²) verschwand nicht so rasch aus den Köpfen polnischer Bauern, wenn sie sich erst einmal darin festgesetzt hatte. Hier und da tauchten auch auf deutscher Seite ähnliche Gedanken noch auf, besonders Pläne zur Ersetzung polnischer Arbeiter durch deutsche.

"Die Spannung zwischen den beiden Nationalitäten ist noch derart," so berichten der Oberpräsident und der Kommandierende General, "daß bei dem geringsten Anlaß der kaum unterdrückte Kampf in vollen Flammen auflodern muß. Es ist, statt die Versöhnung und den Frieden herbeizuführen, alles getan worden, die Feindschaft zu stärken und die nationale Trennung in denjenigen Schichten der Bevölkerung rege zu machen und zu befestigen, welche bis dahin völlig unberührt von dieser Frage in friedlichem Verkehr miteinander gestanden haben. Es ist fast kein Ereignis eingetreten, das man nicht von beiden Seiten für diesen Zweck auszubeuten versucht hätte."²³)

So wenig die Anwendung wirtschaftlicher Kampfmittel in weiten Kreisen beider Völker Anklang gefunden hatte — bei der Behauptung der einmal errungenen Machtstellung waren die Deutschen nicht zimperlich. Sie verdankten die Stellung, die sie jetzt in Posen innehatten, nicht zuletzt dem Belagerungszustand in der Hauptstadt und der Art seiner Handhabung. Deutsche Versammlungen und die Gründung deutscher Vereine wurden nicht gehindert. Es konnte geschehen, weil die deutsche Bevölkerung jetzt unbedingt staatstreu war. Aus dem umgekehrten Grunde wurde den Polen alle öffentliche politische Tätigkeit unmöglich gemacht; die Zentraldirektion der Liga Polska hatte ihren Sitz in Berlin. Auf die Dauer wurde die politische Arbeit der Polen dadurch wesentlich erschwert.

Nach der Durchbringung der sogenannten "Habeas-Corpus-Akte" in der preußischen Nationalversammlung am 24. September richtete daher der Abgeordnete v. Pokrzywnicki eine Anfrage an das Ministerium, ob es den von Colomb vor einem halben Jahre eigenmächtig verhängten Belagerungszustand aufheben oder, wenn nicht, die nunmehr erforderliche Genehmigung der Nationalversammlung dafür einholen wolle. Der Ministerpräsident v. Pfuel hatte aber schon die Weisung nach Posen gehen lassen, ihn aufzuheben, wenn nicht ganz besondere Gründe die Beibehaltung gerechtfertigt erscheinen lassen würden. Der Kommandierende General v. Brünneck wandte sich wiederholt gegen die Aufhebung, da die Einführung des freien Vereins- und Versammlungsrechts jetzt noch zuviel Gefahren mit sich bringe. Zusammen mit dem

²³) Aus dem Bericht Beurmanns und Brünnecks v. 17. 10. (Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. W f. 23 f.).

²²) "Vom Juden wollen wir nicht kaufen!" — Vgl. Wollsteiner Kreisblatt 10. 12., Eingabe des Kreisausschusses in Hohensalza v. 5. 11. (Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1) u. a.

Oberpräsidenten erklärte er, ohne den Belagerungszustand die Verantwortung für die Sicherheit des Landes bei der gespannten Lage nicht übernehmen zu können und warnte davor, durch seine Beseitigung den Polen für ihre politische Tätigkeit den Weg freizugeben und die Ruhe des Staates zu gefährden. Auf Grund dessen konnte sich die Regierung nicht zur Aufhebung entschließen. Die Nationalversammlung überwies diese Frage jetzt der Kommission (die sich gegen die Ansicht der Regierung aussprach); sie hatte ein wirksameres Mittel, die Posener Frage wieder aufzurollen.²⁴)

Unter den Deutschen der Stadt Posen hatte schon die Anfrage Pokrzywnickis Unruhe hervorgerufen. Sofort wurde deswegen eine Deputation nach Berlin geschickt; die aber nur mit Mühe die Rechte der Nationalversammlung für sich gewinnen und bei Pfuel kurzen Aufschub durchsetzen konnte. Dann sprach sich der Verein für König und Vaterland angesichts der unsicheren politischen Gesamtlage — eben war ja in Wien die Oktoberrevolution ausgebrochen! — für die Beibehaltung des Belagerungszustandes aus. Das gleiche forderte die deutsche Volksversammlung am 17. Oktober: In der befestigten Provinzialhauptstadt dürfe die polnische Bewegung nicht von neuem Fuß fassen; darin wurde, wohl allzu ängstlich, eine Gefahr für die Verbindung mit Deutschland gesehen, und "von einem scharf begrenzten deutsch-nationalen Standpunkte aus" dürfe kein Mittel zu deren Sicherung verabsäumt werden.

"Solange Preußen nicht mit offener Entschlossenheit an die Ausführung des Frankfurter Beschlusses geht..., solange Posen nicht in unantastbarer Zweifellosigkeit vor aller Welt als integrierender Bestandteil des deutschen Reiches proklamiert ist, solange werden die Polen diese Stadt zum Zielpunkte ihrer Bestrebungen machen... Eine unzeitige Nachgiebigkeit im gegenwärtigen Augenblicke könnte die Deutschen für immer ihres wohlerworbenen Rechts auf Demarkation von den Polen verlustig machen, während der Druck des Belagerungszustandes nur als temporäre Maßregel auf den Polen lastet."

Im Konstitutionellen Klub allein gab es Männer, die diese Frage nicht vom nationalen, sondern "vom allgemein politischen Standpunkt" als eine Sache der Gerechtigkeit behandelt sehen wollten und den Belagerungszustand für nutzlos hielten. Sie blieben auch dort in der Minderheit. Die "Posener Zeitung" wird die Meinung der meisten wiedergegeben haben, wenn sie fragte: Soll hier Sentimentalität oder nüchterner Verstand entscheiden? Vor der endgültigen Demarkation dürfen wir unsere sichere Stellung nicht aufgeben; und wenn sich der Belagerungszustand nur gegen die Polen richtet, — c'est la guerre, Versöhnlichkeit haben wir von ihnen doch nicht zu erwarten! ²⁵) Gewiß eine recht kühle realistische Betrachtungsweise! Allerdings ist deutlich zu spüren, wie hier aus Vorsicht zuweilen jene Ängstlichkeit wird, die den Osten bei dem kleinsten Anlaß von der Regierung verraten und verlassen wähnt.

Ygl. Akten über den Belagerungszustand in P. 1. c. und den Bericht der parlamentarischen Kommission: Pos. Ztg. 31. 10.
 Ygl. Pos. Ztg. 17. 10.; EB 15. und 24. 10. Briefe der Deputation in DZNK.

Dieselbe Stimmung herrschte auch an vielen Orten nach Erlaß der Amnestie für Vergehen bei der Insurrektion und ihrer Unterdrückung (9. Oktober). Dabei sollte die Amnestie zur Beruhigung des Landes beitragen und auch dazu dienen, den durch ständige Anfragen polnischer Abgeordneter veranlaßten ärgerlichen Untersuchungen über angebliche oder tatsächliche deutsche Ausschreitungen ein Ende zu machen. 26)

Das neue Anwachsen der Unruhe unter den Posener Deutschen ist der Ausdruck der letzten, entscheidenden Wendung im Schicksal der deutschen Revolution: die großen Fragen des Frühjahrs kommen, wie überall, so auch hier im Grenzland noch einmal in Fluß. Jeder Erfolg der radikal-demokratischen Bewegung in Frankfurt, Wien oder Berlin konnte auch eine Verbesserung der polnischen Stellung mit sich bringen, jeder Erfolg der konstitutionellen Gruppen eine Stärkung der Deutschen.

Sofort nach den Frankfurter Septemberereignissen und der Bildung des neuen preußischen Ministeriums hatten die drei Zentralausschüsse ihre Wünsche nach baldiger Demarkation wieder kundgetan; auch der Bromberger stimmte jetzt um so mehr zu, je mehr die Polen dagegen ankämpften. Auf das neue Ministerium Pfuel wurden große Hoffnungen gesetzt, zumal der Ministerpräsident die Posener Verhältnisse ja gründlich genug kannte und sich bei den Deutschen großer Beliebtheit erfreut hatte. Von ihm erwartete man eine "energische, planmäßige Leitung der Dinge", die gerade für die rasche Lösung der Posener Frage notwendig war, wenn sich nicht die Linke ihrer bemächtigen sollte. Die Ziehung der Demarkationslinie, der künftigen Reichsgrenze, war Reichssache; die Zentralgewalt hatte die preußische Regierung damit beauftragt; von der preußischen Nationalversammlung durfte sie sich hierbei nicht die Hände binden lassen. Die Änderungen der Provinzialgrenzen wurden von den Posenern als Verwaltungsangelegenheit betrachtet. Allein darüber sollte nach ihrer Meinung die Berliner Versammlung entscheiden, in welchem Verhältnis die Verwaltung des polnischen Landesteils zu der des Gesamtstaats zu stehen hätte; manche wollten ihm noch immer sehr weitgehende Sonderrechte zugestanden wissen. Eine einseitig borusissche Politik, die zum Konflikt zwischen Berlin und Frankfurt geführt hätte, wurde demnach ebensò abgelehnt wie die preußenfeindlichen Umsturzbestrebungen der Linken.

"Unser Heil ruht einzig in der richtigen Harmonie zwischen der deutschen Zentralgewalt, welche uns für unsere unauflösliche Verbindung mit Preußen einzustehen hat, und zwischen Preußen..."²⁷)

Denn die Posener hatten ihr Deutschtum im Kampfe neu erworben, um es nun fest zu besitzen; sie hatten es sich bewahrt mit Hilfe des

^{· 26)} Die wenig bedeutenden Akten über die langwierigen Verhandadh. B vol. 1—4, adh. V, Rep. 89 C sect. XII 75 vol. 4 und HeA Rep. 4 cap. I tit. 13 Abt. II nr. 9 vol. 2 und 3. — Vgl. Pos. Ztg. 20. 10. f. 27) Vgl. Pos. Ztg. 8. 9., 19. 9.; Hepke, Die polnische Liga und der deutsche Bund S. 19 und die Eingaben v. 24. und 27. 9. in Rep. 77 tit. 539 I vol. 1 und IV vol. 2.

preußischen Staates. Als sich im Frühherbst die Parteien rasch und deutlich zu scheiden begannen, trat in den beiden Hauptrichtungen eines dieser Momente in den Vordergrund: Hier standen die deutsch-nationalen Verfechter der Volkssouveränität und die Verteidiger der Revolution - dort die treuen Anhänger des preußischen Königtums und die Vorkämpfer der Kronrechte, die gerade aus den Posener Erlebnissen heraus eine starke preußische Staatsgewalt wünschen. Zwischen beiden die Vertreter jenes achtundvierziger Idealismus, die über allen Gegensätzen immer wieder die ausgleichende Synthese suchen. Der Gang der Entwicklung hat auch sie allmählich in das eine oder andere Lager getrieben.

Die Sonderung der Parteien geschah nicht ohne Streitigkeiten und Gegensätze.²⁸) In den Kreisen Fraustadt und Bomst kam es zu recht erregten Auseinandersetzungen über die politische Haltung der Abgeordneten in Berlin und Frankfurt, die in der Heimat vielen als zu reaktionär galt. Der Konstitutionelle Klub in Posen, der sich jetzt den Namen "Demokratisch-konstitutioneller Verein" gab, wandte sich nun langsam der demokratischen Bewegung zu und hätte, obwohl dem "Konstitutionellen Zentral-Verein" angehörig, Ende Oktober fast Vertreter zum demokratischen Kongreß nach Berlin geschickt. Im April war er als ein politisches Organ der deutschen Bewegung ins Leben gerufen worden. (deren freiheitliche Motive jetzt im allgemeinen fast ganz vom Machtgedanken verdrängt waren), seine Gründer wirkten noch in ihm; aber er betonte jetzt seine "versöhnende Stellung" über den Völkern, was ja durchaus den Anfängen der Bewegung in der Stadt Posen entsprach. Der im September in Lissa gegründete "Verein zur Wahrung der Volksrechte" wollte alle politischen und sozialen Fragen erörtern, nur die deutsch-polnische nicht! Hier traten die Prinzipienfragen der deutschen und preußischen Verfassung wieder in den Vordergrund vor die nationalen Kämpfe.

Auf der andern Seite der "Verein für König und Vaterland", an dessen Spitze Männer standen, die in der Frühjahrsbewegung nicht hervorgetreten waren. Ihr Preußentum fand bei der Mehrzahl der Deutschen Posens mehr Widerhall als demokratische Grundsätze. Für ihn war es bei der politischen Lage eine Selbstverstänglichkeit, mit allem Nachdruck für die nationalen Belange einzutreten. Das tat auch die Generalversammlung der monarchisch-konstitutionellen Vereine in Berlin. es entsprach ja durchaus ihrem Parteiinteresse.²⁹) Wie andere Preußenvereine, wandte sich auch der "Verein für König und Vaterland" und seine Zweigvereine gegen die langsame Arbeitsweise und die ständigen Verzögerungen in der Behandlung der Verfassung durch die preußische

²⁹) Eingabe ans Staatsministerium v. 5. 10.: Rep. 77 tit. 539 IV

²⁸) Vgl. die Sitzungsberichte des Vereins für König und Vaterland und des Konstitutionellen Vereins in den EB; ferner das Gemeinnütz. Wochenbl. f. d. Ghzt. P. (Lissa) und das Wollsteiner Kreisbl. für die dortigen Vorkommnisse.

Nationalversammlung. Auf sie, nicht auf die Paulskirche waren im Oktober die Blicke Posens wie ganz Preußens gerichtet. Als sie nun endlich — in den gleichen Tagen, da in Frankfurt die Beratung der Reichsverfassung begann — an die Verfassungsverhandlungen ging, wurde sofort bei der Beratung des ersten Artikels die Posener Frage von neuem aufgerollt.

Abschnitt VIII.

Das Wiederaufflammen der Bewegung im Herbst.

Der erste Artikel des Verfassungsentwurfs der preußischen Nationalversammlung lautete: "Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet." Dazu waren vier Zusatzanträge eingebracht worden. Geßler aus Schubin und Alfred v. Auerswald, der frühere Minister des Innern, verlangten die Einschränkung auf die zu Deutschland gehörigen Teile, d. h. sie wollten die Demarkation verfassungsmäßig festlegen, wie es vor Monaten der Entwurf der Regierung vorgesehsn hatte. v. Brodowski wollte die Sonderstellung des Großherzogtums Posen und eigene "nationale Institutionen" auf Grund der Versprechungen von 1815 und vom Frühjahr 1848 in der Verfassung verankern, also die Reorganisation retten. Die Mehrheit fand in den Sitzungen vom 23. und 26. Oktober der durch den Demokraten Phillips aus Elbing eingebrachte Antrag: "Den Bewohnern des Großherzogtums Posen werden die ihnen bei der Verbindung mit dem preußischen Staat eingeräumten besonderen Rechte gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser Verfassungsurkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte näher festlegen." Wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit und unter Protesten der Deutschposener Abgeordneten — die Einheit und Sonderstellung von Posen war doch durch diesen Beschluß, den polnischen Wünschen entsprechend, in der Verfassung festgelegt worden.¹) Fraglich war allerdings noch, ob dieser Zusatz die königliche Sanktion finden würde, fraglich auch, wie sich die deutsche Nationalversammlung zu dieser offenkundigen Mißachtung ihrer Beschlüsse verhalten werde.

In Posen aber drohten in diesem Augenblick neue ernste Verwicklungen. Die deutsche Bewegung schien dem Fernerstehenden fast eingeschlafen zu sein - jetzt erhob sie sich wieder, und ein Sturm der Empörung gegen die ohnehin schon wenig geachtete Berliner Nationalversammlung ging durchs Land. Schon am 26. riefen Straßenplakate in Posen die Volksversammlung zusammen. Am gleichen Abend noch schickte sie eine lange Protesterklärung nach Berlin2): "Deutschland allein hatte die Befugnis, in dieser Frage zu entscheiden", denn sie betreffe "eine bloß Deutschlands Interessen berührende, Preußens Verhältnisse aber gar nicht alterierende Maßregel." Polnische Rechte würden

Vgl. die Sitzungsprotokolle v. 19., 23., 24. und 26. 10., dazu Bleck, ZHG XXIX S. 54 f.
 Pos. Ztg. 27. 10. f. Die verschiedenen Posener Protesterklärungen: ANV Nr. 61, ZAWG f. 465 f., Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1 f. 134; z. T. sind sie in den EB gedruckt. — Vgl. Jaffé S. 204 f.

durch die Teilung der Provinz überhaupt nicht verletzt, und selbst wenn man solche aus den Verheißungen von 1815 ableiten wolle, könnten sie doch heute keine bindende Kraft mehr haben. — Das Zentral-Nationalkomitee forderte alle Ausschüsse der Provinz zu neuer Tätigkeit auf und erbat in einer Petition das Einschreiten der Frankfurter Nationalversammlung dagegen, daß der deutsche Teil "Ausnahmegesetzen unterworfen werde, die nur die Rechte einer fremden Nationalität betreffen und uns Deutschen den unmittelbaren Zusammenhang mit unserem Vaterlande rauben". Die Stadtverordneten verlangten unter Protesterklärungen - anders als im April und Mai - schleunigste Herbeiführung der endgültigen Demarkation. Der Konstitutionelle Klub rief das ganze deutsche Volk auf, für die Sache des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit auch in Posen einzutreten. An einen derartigen Appell dachte der Verein für König und Vaterland freilich nicht; er bemühte sich darum, die Deutschen des Posener Landes rasch mobil zu machen, und hatte es dabei leicht, einige Spitzen gegen die Berliner Versammlung in seinen Aufruf zu bringen. Die Volksversammlungen dieser Tage verliefen manchmal recht stürmisch. "Die Aufregung unter den Deutschen wird immer größer...", heißt es in einem Pressebericht. "Die Volksversammlung hat einen Beschluß gefaßt, dessen Ausführung von unberechenbaren Folgen sein wird. In jeder Stadt, in jedem Dorf wird eine deutsche Ligue gebildet. In Posen selbst soll der Zentralpunkt sein. Durch Deputierte und Ausschreiben wird das Unternehmen mit größter Schnelligkeit über das ganze Land verbreitet werden. An Geldmitteln fehlt es nicht, jeder Deutsche ist bereit, bedeutende Opfer zu bringen. Man wird von nun an germanisieren mit allen Mitteln und nach allen Seiten. Eine allgemeine Bewaffnung geht damit natürlich Hand in Hand... Die gemäßigte, ruhige Haltung der Polen in den letzten Tagen verdient übrigens die vollste Anerkennung."3)

Ein deutscher Gegenbund gegen die polnische Liga, eine dauernde festgefügte Vereinigung zum Kampf für das eigene Volkstum — diese Idee muß in den letzten Monaten angesichts des Zerbröckelns der deutschen und des Erstarkens der polnischen Bewegung sich den leitenden Männern in Posen und Bromberg geradezu aufgedrängt haben. Jetzt, da neue Gefahr drohte und der Geist der stürmischen März- und Apriltage wieder lebendig wurde, nahm sie festere Gestalt an. Für den 5. November rief der neubelebte Zentralausschuß für den Netzedistrikt eine große Volksversammlung nach Bromberg zusammen. Sie sollte sich mit zwei Punkten beschäftigen:

1. "Unsere Vereinigung mit Deutschland, wie sie durch die Frankfurter Nationalversammlung beschlossen worden, muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden." 2. "Es soll eine Verbrüderung unter den Deutschen begründet werden, um die Bestrebungen der polnischen Liga, sofern sie den Deutschen nachteilig zu werden drohen, entgegenzutreten."

³⁾ Bericht der Ostsee-Ztg. über die Volksversammlung v. 27. 10. (Nach dem Birnbaumer Kreis-Wochenbl. 3. 11.).

Jubelnd wurde diese Aufforderung begrüßt, und nachdem einige Protesterklärungen gegen die preußische Nationalversammlung beschlossen waren (die im ganzen schließlich an 17000 Unterschriften fanden). berieten die Vertreter des Posener und des Bromberger-Ausschusses mit den ländlichen Deputierten über die deutsche Verbrüderung - in dem gleichen Saal, in dem in der Erregung der letzten Oktobertage vor kurzem die erste Versammlung der Liga Polska in Bromberg mit Gewalt gestört worden war.4) Der Plan wurde zunächst innerhalb der beiden Ausschüsse weiter entwickelt.

Für die breite Öffentlichkeit war jetzt der Kampf gegen die Beschlüsse der Landesversammlung das Wichtigste.5) Bis die Kreiskomitees und Volksversammlungen überall wieder zusammengetreten waren, vergingen einige Tage: in manchen Orten entstand jetzt erst ein Komitee. In Bromberg gingen die ersten Proteste nicht vom Zentralausschuß, sondern von den Parteivereinen, dem Deutschen Bürgerverein und dem Patriotischen Verein, gemeinsam aus. Der erste, am 27. Oktober an die deutsche Nationalversammlung gerichtet, trägt einen schroff polenfeindlichen Charakter: wir Deutsche in Posen verlangen keine besonderen Rechte. den Polen in Deutschland sind ihre nationalen Rechte durch den Beschluß der Nationalversammlung vom 31. Mai (über den Minderheitenschutz-Antrag von Titus Marek aus Graz in der Formulierung Dahlmanns) gewährleistet, "Rechte den Deutschen gegenüber stehen ihnen nicht zu, dem Staat gegenüber ebenso wenig; andere gibt es nicht, wenn nicht die Gleichheit der Staatsbürger gefährdet werden soll". Neben der baldigen endgültigen Demarkation wird im Netzedistrikt wieder nachdrücklichst die Vereinigung mit Westpreußen verlangt; aus den meisten dortigen Kreisen gingen Anfang November deswegen Massenpetitionen mit Tausenden von Unterschriften nach Frankfurt und Berlin. Der Magistrat Meseritz kam jetzt wieder auf den Plan zurück, den Westen der Kreise Meseritz und Birnbaum allein abtrennen und mit Teilen der Neumark zu einem eigenen Regierungsbezirk erheben zu lassen. Der Ausschuß des Westgürtels schloß sich aber der allgemeinen Forderung nach schleunigster endgültiger Feststellung der Demarkationslinie an. Der gleiche Wunsch wurde im Westen des Posener Regierungsbezirks überall erhoben. Im Osten schlossen sich ihm die Deutschen naturgemäß nicht an, sondern waren froh, auf diese Weise der Trennung von den deutschen Gegenden zu entgehen. Auch der Südwesten der Provinz schwieg; hier war die deutsche Bewegung das ganze Jahr hindurch am schwächsten gewesen, hier war man der demokratischen Bewegung Schlesiens am nächsten und das bedeutete in diesem Zusammenhang geringere nationale Entschiedenheit.6)

Bei der großen Mehrzahl der Posener Deutschen hatte die preußische Nationalversammlung jetzt den letzten Rest von Ansehen verloren, und

⁴⁾ Pos. Ztg. 3. 11., 10. 11.

b) Die meisten dieser Erklärungen befinden sich in ANV Nr. 61 und Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1.

⁶⁾ Lissa: Pos. Ztg. 10. 11.; Gemeinnütz. Wochenbl. Nr. 46. — Meseritz 1. c. vol. 2 f. 40 f., ZAWG f. 473 f.

die Wiederherstellung der königlichen Macht durch die Ernennung des Ministeriums Brandenburg - Manteuffel und die Vertagung der Nationalversammlung wurde von den meisten freudig begrüßt. Treupreußische Bauern empfanden es zuweilen schmerzlich, "daß die revolutionäre Gesinnung unserer eigenen Kammer uns zu der Schmach nötigt, an den deutschen Patriotismus einer auswärtigen Nationalversammlung zu appellieren!" 7)

Für die Paulskirche war gleichfalls durch die Berliner Beschlüsse vom 23. und 26. Oktober eine Frage von allergrößter Wichtigkeit aufgerollt worden.8) Denn sie bedeuteten eine Machtprobe der Berliner Demokratie, ob die konstitutionell-monarchisch gerichtete Reichsversammlung die von ihr beanspruchte Autorität wirklich verteidigen könne. Damit war die Posener Frage mit der Zukunft ganz Deutschlands aufs neue eng verflochten. Über drei Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung hatte sich die preußische hinweggesetzt: einmal über den Beschluß vom 27. Mai über den Raveaux'schen Antrag, daß die Frankfurter Versammlung die höchste Autorität in Deutschland bilde, dann über die Beschlüsse nach der Polendebatte und zuletzt über die erst vor kurzem beschlossenen ersten Artikel der Reichsverfassung. Artikel 1 behielt die Grenzfestsetzung in Posen besondere Bestimmungen vor, Artikel 2 lautete: "Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Land dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach dem Grundsatze der reinen Personal-Union zu ordnen." Das galt nicht nur für Österreich, sondern auch für den Osten der Provinz Posen, das geplante "Herzogtum Gnesen".

An diese Artikel knüpfte sich die Hoffnung der Posener Deutschen. Sie konnten das Hilfsmittel werden, die Demarkation dennoch durchzusetzen.

Schon als sie am 19. Oktober beraten wurden, hatte der polnische Abgeordnete Libelt, allerdings vergeblich, versucht, die Posener Frage noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen, und der deutschposener Abgeordnete Landrat v. Schlotheim hatte eine rasche Entscheidung über die Demarkationslinie angeregt. Das hat das Reichsministerium veranlaßt, sich sofort der Entscheidung dieser Frage zuzuwenden. Es wollte eine weitere Verzögerung durch Preußen verhindern und ernannte am 22. Oktober den darmstädtischen General v. Schäffer-Bernstein zum Reichskommissar für die definitive Feststellung der Demarkationslinie (der neuen Reichsgrenze). Daraufhin wies der preußische Außenminister am 27. den Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt, Camphausen, an, darauf hinzuwirken, daß das Reichsministerium keine weiteren Schritte unternehme, da es nach den Beschlüssen des preußischen Parlaments vielleicht zweckmäßig schiene, ganz Posen in Deutschland aufzunehmen.

8) Vgl. Bartolomäus ZHG XIV S. 57 ff., Bleck ZHG XXIX S. 58 f., Hallgarten S. 101.

⁷⁾ Aus der "Nichtigkeitsbeschwerde wider den berüchtigten Beschluß der Berliner Nationalversammlung", 1. 12., aus der Gegend von Filehne (ANV Nr. 61).

Wenige Tage später wurden diese Beschlüsse in Frankfurt bekannt und erregten großes Aufsehen und heftigen Unwillen gegen die Berliner Versammlung. Am 29. Oktober erklärte das Reichsministerium, es betrachte sie als nicht ergangen, und wies den Finanzminister zur Bereitstellung der für die Sendung Schäffers nötigen Summen an; die preußische Regierung wurde um rasche Beendigung der Vorarbeiten ersucht. Camphausens Antwort ist bezeichnend für den Umschwung, der sich in diesen Tagen in Preußen vollzog: Die Vorarbeiten seien immer noch nicht soweit gediehen, daß die Entsendung eines Reichskommissars Zweck hätte; im übrigen solle sich das Reichsministerium nicht an die Beschlüsse der preußischen Nationalversammlung halten, die vielleicht gar nicht die Sanktion des Königs fänden, sondern nur an die preußische Regierung.

Das neue Ministerium Brandenburg-Manteuffel aber war sich über die Behandlung der Posener Frage zunächst noch nicht im klaren. Camphausen, der am 6. November um Verhaltungsmaßregeln gebeten hatte, erhielt daraufhin zuerst ein Schreiben des stellvertretenden Außenministers v. Bülow, welcher die Zurückweisung von Schmerlings Erklärungen gegen die Berliner Beschlüsse billigte, aber über die Absichten der Regierung vor Abschluß der Arbeiten der ministeriellen und der parlamentarischen Kommission nichts mitteilen wollte. Das wahrscheinlichste sei ein Antrag auf Einverleibung der ganzen Provinz. Wenn die Demarkation sich als unmöglich herausstellen oder wenn die Landesversammlung kategorisch auf der Einverleibung des ganzen Großherzogtums bestehen sollte, dann dachte man ernstlich daran, diesen Ausweg zu gehen, zumal ja das Schicksal des Artikels 1 bei der zweiten Lesung der Reichsverfassung noch gar nicht feststand. Am 10. aber schrieb der Innenminister v. Manteuffel an Camphausen, die preußische Regierung könne den Absichten der Reichsregierung nur beipflichten und in ihrer Ausführung Hand in Hand mit ihr gehen! Dem "Ministerium der rettenden Tat" scheint für die Wendung in der deutschen Politik doch sehr viel am guten Einvernehmen mit der Reichsregierung gelegen gewesen zu sein. So mußte es jetzt fürs erste nolens volens dem Reichskommissar aufs beste entgegenkommen, der ungeachtet der preußischen Erklärungen am 4. November zunächst nach Berlin abgesandt worden war.9)

Denn das Reichsministerium konnte nicht warten. Es sah sich durch die öffentliche Meinung gedrängt, die Rechte der Posener Deutschen und damit die der deutschen Nationalversammlung zu wahren. Gerade Südwestdeutschland trat jetzt für die Deutschen an der Ostgrenze ein, und die meisten größeren Zeitungen Deutschlands standen auf ihrer Seite. Die Posener Abgeordneten und Hepke, der Presseagent, hatten plötzlich wieder alle Hände voll zu tun. Die nahen Beziehungen, die einige von ihnen zu Camphausen hatten, kamen ihnen jetzt zugute. Sie fanden bei den meisten Fraktionen bereitwillige Unterstützung, denn

⁹⁾ Nach dem Schriftwechsel in ABV Nr. 24 II, Rep. 75 P a 3, Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1 f. 169 f. und Hepkes Bericht an das DZNK v. 31, 10.

man war in Frankfurt recht aufgebracht gegen die Berliner Versammlung. Wilhelm Jordan wurde durch ein sehr persönlich gehaltenes Schreiben von Kießling, dem 1. Vorsitzenden des Zentral-Nationalkomitees, das von seinem Ansehen in Posen zeugt, aufgefordert, in diesem kritischen Augenblick wieder seinen Beistand zu leihen.¹⁰)

So wurden dem Reichsministerium vier Anfragen von im wesentlichen gleichem Inhalt vorgelegt: welche Maßnahmen es zur Ausführung der Beschlüsse vom 27. Juli und zur Beruhigung der Posener getroffen habe? Schmerling, der Minister des Innern, gab eine Erklärung über die von der Reichsregierung ergriffenen Maßregeln ab, die die Zustimmung des Hauses fand.

Schäffer-Bernstein kam zu einem höchst kritischen Zeitpunkt nach Berlin: bald nach der Bildung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, noch vor der Vertagung der Nationalversammlung. Im Außenministerium wurde die Einverleibung des ganzen Großherzogtums noch immer als Eventualität erwogen.¹¹) In diesem Augenblick aber war ein Festhalten an den alten Plänen das Gebotene. Damit allein waren die erregten Posener Deutschen zu beruhigen, und damit konnte man zugleich auch der Frankfurter Nationalversammlung und der öffentlichen Meinung Deutschlands entgegenkommen. Und in Berlin brauchte man damals das Entgegenkommen von Frankfurt gerade so sehr wie in Frankfurt das von Berlin! So beschloß das Staatsministerium, in Übereinstimmung mit den Frankfurter Beschlüssen und der Mitwirkung des Reichskommissars die Demarkationslinie unverzüglich endgültig festzustellen; Beurmann erhielt die Weisung, Schäffer jede mögliche Beihilfe zu gewähren.¹²) Nach einigen Vorbesprechungen mit der Regierung stellte Schäffer fest, daß die Vorarbeiten der Ministerialkommission (deren langsames Fortschreiten der preußischen Regierung bisher zum Vorwand ihres Zögerns gedient hatte) ausreichend seien, und begab sich am 17. November nach Posen, zusammen mit dem Major v. Voigts-Rhetz, einem ihrer Mitglieder, der den Posener Deutschen durchaus gewogen und auch publizistisch für sie eingetreten war.

Hier empfing den Reichskommissar die freudige Begeisterung der Deutschen.¹³) Durch Adressen oder Deputationen baten sie ihn um rasche Erfüllung ihrer Wünsche. "Von meiner Seite", schrieb Schäffer

tit. 539 IV vol. 1).

13) Das Folgende nach den Berichten Schäffers an das Reichsministerium und den Protokollen der Sitzungen in Posen und Bromberg

(ABV Nr. 24 II). Vgl. Wuttke S. 260 und Bleck S. 60.

¹⁰⁾ Nach Viebigs und Hepkes Briefen (DZNK), Hepkes Berichten in der Pos. Ztg. 7., 10., 11. 11. und dem Aufsatz', Rundschau durch die deutsche Zeitungspresse in der Posener Sache" in den EB. 5. und 9. 11. Kießlings Schreiben v. 29. 10. im Nachlaß Jordans.

11) Manteuffel an Bülow 24. 11., dessen Antwort 27. 11. (Rep. 77)

¹²⁾ Bülow an Ćamphausen 27. 11. Manteuffel an Beurmann 14. 11. (1. c.). Pos. Ztg. 19. 11. — Ein Brief Adolfs v. Willisen, Adjutanten des Königs, an seinen Bruder Wilhelm v. 16. 11. (Kl. Ö.) läßt darauf schließen, daß man auch am Hof jetzt die endgültige Erledigung der Posener Sache erwartete.

dem Reichsministerium, "wird nichts versäumt werden, was dazu dienen kann, diese patriotische Gesinnung und das Vertrauen dieses in allen Beziehungen tüchtigen und zuverlässigen Volkes zu beleben und zu stützen." Aber kein einziger Pole trat mit einem Gesuch an ihn heran! Das Demarkationsgerede mußte ihnen ja schon längst als eine bloße Farce, als bittere Ironie erscheinen!

Bei den Beratungen, die Schäffer nun in Posen und Bromberg mit den Regierungsräten und Stabsoffizieren hatte, wurde davon ausgegangen, daß kein in Deutschland einverleibter, Landesteil wieder abgetrennt werden dürfe und daß möglichst die Pfuel'sche Linie vom 4. Juni zugrunde gelegt werden solle. Die vorgenommenen Änderungen sind nur selten durch deutsche Gesuche, sondern meistens durch den Gesichtspunkt militärischer Zweckmäßigkeit, also rein machtpolitisch, begründet.¹⁴) Pfuel hatte seine Linien diesem Gesichtspunkt angepaßt, inzwischen aber hatte Voigts-Rhetz genaue Erhebungen darüber angestellt und in seiner Schrift "Die strategische Bedeutung des Großherzogtums Posen bei einem Kriege Rußlands gegen Preußen und Deutschland" entsprechende Forderungen ausgesprochen. Jetzt wurden auch der Teil des Kreises Wongrowitz, durch den die Straße von Posen nach Bromberg führte, ein Gürtel drei Meilen rund um die Festung Posen und der wichtige Wartheübergang von Schrimm von der Reorganisation ausgeschlossen. Im letzten Fall konnte man sich auf eine Eingabe der Deutschen und Juden stützen; als aber die preußischen Offiziere auch die Straße Schrimm-Lissa verlangten, wiesen Beurmann und Kries denn doch darauf hin, daß die Demarkationslinie ja eigentlich eine Scheidelinie der Völker sein solle! Eine strikte Durchführung dieses Grundsatzes war ja völlig unmöglich — auch jetzt noch liefen flehentliche Gesuche der Deutschen aus dem überwiegend polnischen Gebiet ein, die um den Anschluß ihrer Städtchen an den Deutschen Bund baten.15)

So schien nun endlich das Demarkationswerk zum Abschluß gekommen zu sein. Aber — war schon Pfuels Linie reichlich verworren, so war die jetzige dermaßen zerrissen und verzahnt, daß sie unmöglich Verwaltungsbezirke voneinander scheiden oder gar einmal Staatsgrenze werden konnte. Kries, der Vizepräsident der Posener Regierung, versuchte, dem Ministerium das klar zu machen, und forderte eine Linie, die einmal als Staatsgrenze denkbar sei, wenn sie vielleicht auch nicht allen Ansprüchen deutscher Gutsbesitzer gerecht würde. Er hielt eine wirkliche Scheidelinie zwischen den Völkern mit Recht für unmöglich und hätte am liebsten die Aufnahme der ganzen Provinz in Deutschland gesehen. Beurmann hingegen hielt trotz stärkster Bedenken gegen die Brauchbarkeit der Linie am Plan der Auflösung von Provinz und Diözese fest.

Diese Einwendungen dürften dem Staatsministerium bekannt gewesen sein, als es Schäffers Werk am 5. Dezember prüfte. Aber ohne

¹⁴) Promemoria des Vizepräsidenten v. Kries v. 22. 11. Schreiben Beurmanns an Manteuffel v. 25. 11. (Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1 f. 188 f.).

¹⁵⁾ ABV Nr. 24 II.

sie zu beachten oder andere Einwände zu machen, genehmigte es seine Linie als die zweckmäßigste. 16) Doch in der am gleichen Tage verkündeten Staatsverfassung hieß es im ersten Artikel: "Alle Landesteile der preu-Bischen Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das Staatsgebiet" - fast so wie es 6 Wochen vorher die aufgelöste preußische Nationalversammlung beschlossen hatte! Von neuem entstand, jetzt durch die preußische Regierung, ein erheblicher Widerspruch zwischen preußischer und Reichs-Verfassung. Dieser Widerspruch ist nicht aufzulösen, auch wenn wir annehmen mögen, daß die verantwortlichen Staatslenker damit den von den beiden Posener Präsidenten vorgebrachten Bedenken Rechnung tragen wollten, daß sie, da nun die Posener Deutschen befriedigt waren, auch in diesem Punkte der Linken entgegenkommen wollten, oder daß im Rahmen des Gagern'schen Programms vielleicht eine Änderung des Artikels 2 der Reichs-Verfassung möglich war.¹⁷)

Von den Deutschen Posens sind jedenfalls jetzt sowohl für die Demarkation wie für die Oktroyierung der Verfassung Dankadressen nach Frankfurt bzw. nach Berlin gesandt worden. Sie scheinen sich jetzt mit der Ausdehnung der Gültigkeit der preußischen Verfassung auch auf den Osten der Provinz ausgesöhnt zu haben, da von der Sonderstellung des ganzen Großherzogtums hier nicht mehr die Rede war. Doch wurden wiederum Anträge auf Trennung des Netzedistrikts von der Provinz gestellt, die von der Bromberger Regierung und dem jetzt wieder einflußreichen Legationsrat Küpfer, dem konservativen Abgeordneten des Kreises Wirsitz, unterstützt wurden. Manteuffel antwortete ihm persönlich, bei der endgültigen Regelung werde "auf vollste Sicherung des Interesses der deutschen Bevölkerung Bedacht genommen" werden. Zur Zeit seien die Dinge aber dazu noch nicht reif. Und als die Deutsche Verbrüderung (s. u.) das Staatsministerium um baldige Aufklärung über seine Posener Pläne und um die Lösung jenes Widerspruchs bat, erhielt sie vom Grafen Brandenburg selbst die beruhigende Antwort, die Demarkationslinie werde nach ihrer endgültigen Feststellung durch das Reich "mit denjenigen Änderungen in der Organisation der Provinz, welche aus der politischen Sonderung der beiden Teile notwendig hervorgehen, zur

16) Auszug aus dem Sitzungsprotokoll v. 5. 12. (1. c.). — Der "deutsche" Teil Posens umfaßte nun glücklich an 1 041 800 Einwohner (am 14. 4. hatte er mit 593 900 begonnen!), der polnische nur noch etwa 308 900. S. Hallgartens treffende Bemerkungen (S. 89).

17) Den Widerspruch zwischen preußischer und Reichs-Verfassung erkennt auch Hallgarten S. 104. — Haben vielleicht irgendwelche Beziehungen bestanden einmal zwischen den Verhandlungen Gagerns in Berlin und der Sendung Schäffer-Bernsteine anderseits zwischen

in Berlin und der Sendung Schäffer-Bernsteins, anderseits zwischen der Verkündung der preußischen Verfassung als Akt deutscher Politik und der Ausdehnung ihrer Gültigkeit auf die ganze Provinz Posen? Vgl. dazu das 2. Buch von Meineckes "Weltbürgertum und Nationalstaat". Daß dem Ministerium Brandenburg die Haltung der Paulskirche angesichts der preußischen Verfassungskrise nicht gleichgültig war, geht auch aus Fr. Frahm, Entstehungs- u. Entwicklungsgesch. d. preuß. Verfassung, hervor (FBPG Bd. 41 S. 276, 1928).

Ausführung gebracht werden..." ¹⁸). Daß Männer wie Graf Brandenburg und Manteuffel sich über die neue Rechtslage in der Posener Frage und ihre inneren Widersprüche völlig klar waren, daran ist wohl nicht zu zweifeln. Es bleibt allein übrig anzunehmen, daß sie nur einen geeigneten Zeitpunkt abwarteten, um statt der unmöglichen Demarkationslinie die alte preußisch-russische Grenze zur Ostgrenze auch des neuen Deutschland zu machen. Zunächst aber brauchten sie die Bundesgenossenschaft der Paulskirche und wollten sich auch den Weg der Demarkation noch offen halten. Der Artikel 1 der Verfassung hätte ja bei der Revision fallen können; — und jedenfalls hatte man sich in ihm nicht auf die anfechtbare Schäffersche Linie festgelegt. Ihre Beseitigung hätte den Wünschen des Königs wohl entsprochen; mit dem Versprechen, die Provinz aufzuteilen, wären auch die Posener Deutschen (deren Beachtung durch die öffentliche Meinung man ja erst vor kurzem gesehen hatte) für diese Absicht zu gewinnen gewesen, wie sich 1849 zeigte.

Aber auch in die Paulskirche war nationaler Egoismus jetzt soweit eingedrungen, daß sie ihre Einwilligung wohl nicht verweigert hätte. Denn als die Genehmigung der Schäffer'schen Linie am 6. Februar 1849 auf der Tagesordnung stand, war bereits eine sichere Mehrheit dafür da und die Anerkennung erfolgte trotz der offenbaren Schwächen des Entwurfes nach kurzer Aussprache. "Diese Bestätigung hielten wir uns weder für befähigt, noch für berechtigt zu verweigern, so winzig klein auch das polnische Gebiet ausgefallen war, so wenig uns auch die strategischen Gründe der Denkschrift überall einleuchteten, so unvollkommen uns auch der Zweck einer wirklichen Scheidung des deutschen und des polnischen Elements erreicht schien." Viebig hätte sogar am liebsten gegen die Linie gestimmt, denn er hielt sie für eine "Perfidie der Regierungen", und auch für Goeden, den Krotoschiner Abgeordneten, war es schwer, sie zu verteidigen. 19) Über die Unsinnigkeit dieser Linie waren sich wohl viele Abgeordnete klar, so weit sie nach dem vorliegenden Material sich überhaupt eine Meinung über sie bilden konnten. Und schon gingen wieder neue Reklamationen ein! Das eine war sicher: eine Lösung der Posener Frage war damit in keiner Weise erreicht! -

Kehren wir noch einmal zurück in die sorgendüsteren Novembertage, in denen mancher seine Hoffnungen für die deutsche Zukunft schon begrub! Mit einem Fieber hat man die Revolution oft verglichen: in

¹⁸⁾ Bericht der Bromberger Regierung v. 14. 12. (Rep. 77 tit. 539 V f. 69), Schreiben Küpfers an Manteuffel v. 15. 12., Antwort v. 19. 12. (1. c. IV vol. 1 f. 360 f.). — Der Nachlaß Manteuffels im GStA enthält keine darauf bezügliche Schriftstücke. Der Schriftwechsel zwischen dem Hauptverein der "Deutschen Verbrüderung" und dem Staatsministerium ist abgedruckt im Dt. Volksbl. 13. 1. 49.

¹⁹⁾ S. Rudolf Haym, Die deutsche Nationalversammlung Bd. II S. 279 (Frankfurt 1849). — Brief Goedens v. 10. 2., in seinem Nachlaß im Reichsarchiv, Zweigstelle in Frankfurt a. M. Brief von Clara Viebig (Gattin des Abgeordneten und Mutter der Schriftstellerin) v. 6. 2. in den Erinnerungen ihres Sohnes. (s. Abschn. IV, Anmkg. 35) — Vgl. Bleck ZHG XXIX S. 62.

jenen Tagen wurde ganz Preußen, ganz Deutschland vom letzten, stärksten Fieberanfall durchschüttelt, dem dann die ruhigmatte Schwäche der Genesungszeit folgte. Was in Posen geschah, war jetzt nicht wesentlich verschieden von den Ereignissen in anderen Provinzen. Um den 10. November herum wurden die letzten Beschlüsse der Paulskirche und der rasche Umschwung in Berlin bekannt. Nun trat der völkische Kampf zurück vor der heißen Anteilnahme an den Verfassungskämpfen. Das Bauerntum begrüßte freudig die Wiederherstellung der Kronrechte und die Schritte gegen die Nationalversammlung. Große Teile des Bürgertums aber sahen die Errungenschaften der Revolution gefährdet und glaubten sich jetzt ernstlich vor die Frage gestellt, ob Nationalität oder konstitutionelle Freiheit mehr gälte. Sie wollten auch jetzt die Freiheit höher stellen, als deren Frucht sie die nationalen Erfolge betrachteten. Ihre Sympathien waren zuerst, für kurze Zeit, der Berliner Nationalversammlung zugewandt, die nach ihrer Meinung "durch ihre wahrhaft antike Haltung wieder gut machte, was sie in der Posener Frage versäumt". Die Versammlungen des demokratisch-konstitutionellen Vereins waren jetzt zahlreicher besucht als sonst; in mehreren Kleinstädten zeigte sich der gleiche Unwille gegen das neue Ministerium; und die Posener Zeitung, die sich vor kurzem noch heftig gegen den Partikularismus der preußischen Nationalversammlung gewandt hatte, erklärte jetzt stolz: "Von einem Ministerium Manteuffel wollen wir die Ausführung unserer Angelegenheit nicht. Wir halten dieselbe für zu gerecht, um ihre Ausführung unter die Ägide der Reaktion zu stellen".20) Von den 14 deutschen Abgeordneten der Provinz Posen blieben wenigstens 6 auch nach der Vertagung der Nationalversammlung in Berlin.

Auf der Gegenseite standen, zunächst mit weniger Anhang, die Vereine für König und Vaterland, denen die Beschlüsse vom 23. und 26. Oktober einen bequemen Agitationsstoff gegen die Berliner Nationalversammlung gaben. Sie sammelten bald die konstitutionell-monarchisch Gesinnten; auf ihre Seite stellten sich auch die Posener Stadtverordneten. Der Steuerverweigerungsbeschluß des in Berlin gebliebenen Rests der vertagten Nationalversammlung entschied auch in Posen den Sieg der regierungstreuen Gruppen, und die Sympathien für die Versammlung verschwanden rasch.

Unbegreiflich erschien es den Posenschen Abgeordneten in der Paulskirche, wie diese Sympathien überhaupt in Posen aufkommen konnten.

"Meine politischen Freunde," schrieb einer von ihnen nach Hause, "welche unsere Sache so treu gefördert und kräftig unterstützt haben, werden an unserm deutschen Willen irre. Selbst die Linke begreift diesen Mangel an politischer Auffassung nicht... Verderbt doch nicht dort unsere deutsche Sache so mutwillig! Der einzig richtige Weg für die Posener Deutschen liegt deutlich vorgezeigt, er besteht in dem festen, energischen Anschließen an die Regierung, die es, abgesehen von allem andern, bisher mit den Posener Deutschen nur gut gemeint

²⁰) 12. 11. S. auch die Sitzungsberichte der politischen Vereine in den EB. — Vgl. E. Brandenburg, Die Reichsgründung, Bd. I S. 245.

hat; und in entschiedenem Tadel gegen die renitente Partei der Berliner Nationalversammlung, deren Majorität durch die Annahme des Phillips'schen Amendements ja klar genug bewiesen hat, daß ihre anarchischen Tendenzen und Zwecke ihr mehr gelten als das Wohl von 500 000 Deutschen..." ²¹)

Dagegen hielt der Schreiber dieses Briefes — vielleicht Viebig oder Hepke — die Ernennung des Ministeriums Brandenburg trotz allen "Unfugs des Berliner Pöbels" für einen Mißgriff.

Während so auch die Deutschposener Volksgruppe vom Gegensatz der Parteien zerspalten wurde, waren in der Stille Männer am Werke, die trotz aller Kämpfe der Gegenwart und Zukunft in völkischen Dingen durch eine feste Organisation das einigende Band um alle Posener Deutschen schlingen wollten. Notwendigkeit und Zweck einer solchen Organisation erläuterte eine Flugschrift von Robert Hepke "Die polnische Liga und der Deutsche Bund in Posen".22)

"Wir können uns nicht verhehlen," führte er in ihr aus, "daß unsere Organisation in den Stürmen des laufenden Jahres den Polen gegenüber eine höchst mangelhafte war. Der Grund lag teils in unserm eingewurzelten Vertrauen zu der Stärke unserer Regierung, teils in der Zuversicht an die Macht der in der deutschen Gesittung ruhenden Intelligenz. — Unzweifelhaft wären, wenn wir auf uns selbst beschränkt blieben, unsere materiellen Kräfte sehr bald unterlegen, besonders schon deshalb, weil sie nicht in starkem Zusammenhang standen... Schuld daran war aber auch der Mangel an politischer Regsamkeit, die hier von der nationalen getragen werden und Zusammenhang in alle deutschen Vereine hätte bringen müssen... Nicht die Kräfte fehlten, wohl aber die Vereinigung derselben... zur Ausbildung des politischen Vereinswesens, und wohl uns, wenn kein Stand sich davon zurückzieht, weil dann unnütze Spaltungen und vor allem extreme Richtungen vermieden werden können".

Dann entwickelte er — wohl sicher im Einverständnis mit den Zentral-Ausschüssen, die ja damals für das gleiche Ziel arbeiteten — ein Programm zur Organisierung eines derartigen Verbandes auf der Grundlage der bestehenden Komitees und in Verbindung mit neuen politischen, geselligen und Lese-Vereinen; er sollte in politischen und wirtschaftlichen Dingen, in Bürgerwehr- und Presse-Angelegenheiten u. ä. tätig sein. "Wir haben nur ein vorhandenes lebenskräftiges Volkstum zeitgemäß auszuprägen und alle seine Rechte durch energischen Willensausdruck dem Polentume gegenüber geltend zu machen."

Für den 26. November beriefen die beiden großen Ausschüsse zwei deutsche Volksversammlungen nach Posen und Bromberg zu Beratungen über einen allgemeinen deutschen Verein.²³) Entsprechend den zu Beginn

²¹) "Brief eines Frankfurter Abgeordneten v. 21. 11.", Pos. Ztg. 29. 11.; Viebigs Brief v. 30. 11. (DZNK); EB. 30. 11. — Die Entschließung der Paulskirche gegenüber dem Berliner Steuerverweigerungsbeschluß nennt Goeden "das Großartigste, was wir bis dahin geleistet haben!" (Brief an seine Gattin v. 22. 11., 1. c.).

²²) S. S. 21 f. (Erschienen Ende November).
²³) ,,Entwurf des Statuts für den Verein der Deutschen Verbrüderung", Bromberg 7. 11., und ,,Aufruf an unsere deutschen Brüder in der Provinz P.", 18. 11. (DZNK).

des Monats gefaßten Entschlüssen sollte jetzt die völkische Bewegung der Revolutionszeit in dauernde Form übergeführt werden. In Posen wurde ein "Verein der deutschen Verbrüderung im Regierungsbezirk Posen" gegründet, in Bromberg ein "Deutscher Verein für den Netzedistrikt", die beide eng zusammenarbeiten sollten. Sie waren in Ortsund Kreis-Vereine und einen Hauptverein in Posen bzw. Zentralausschuß in Bromberg gegliedert. Von der Tätigkeit des Bromberger Vereins ist Näheres nicht festzustellen, wir kennen auch die leitenden Männer nicht, dürfen aber wohl in dem Gymnasialdirektor Deinhardt, dem Schriftleiter der "Bromberger Deutschen Zeitung", einen von ihnen sehen. In den Posener Hauptverein wurden die beiden Schuldirektoren Kießling - der bisherige Vorsitzende des Nationalkomitees und vielleicht der Urheber all dieser Pläne - und Barth - bisher Ordner der Volksversammlung —, der Forstrat v. Bailliodz und andere Mitglieder des Komitees gewählt. Die Grundgesetze der beiden Vereinigungen unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander, umfassender und anschaulicher ist das Bromberger, dessen wichtigste Punkte hier mitgeteilt seien.²⁴)

"§ 1. Die deutsche Bevölkerung des Netzedistrikts schließt unter sich einen engen Verband, durch welchen das nationale Interesse derselben geschützt, die Sicherheit der Person und des Eigentums gewahrt, der allgemeine Wohlstand gehoben, das Gemeindeleben gestärkt und überhaupt die volkstümliche Entwicklung in jeder Richtung und auf alle Weise durch Rat und Tat gefördert werden soll. — Die Verschiedenheit politischer Parteiansichten und kirchlicher Glaubensbekenntnisse soll die Einheit der nationalen Bestrebungen nicht stören.

§ 2. Der Verein bildet sich zunächst aus deutschen Männern des Netzedistrikts. Aber auch alle Deutschen in den benachbarten Provinzen, na-

mentlich in der Provinz Westpreußen, sind zur Teilnahme eingeladen. § 6. Als Mittel zur Erreichung der Vereinszwecke soll zunächst gegenseitige Mitteilung und Belehrung durch das lebendige Wort in den Versammlungen der einzelnen Vereine dienen. — Dann soll durch Verbreitung von Völksschriften und durch Anlegung gemeinnütziger Bibliotheken für die Bildung des Volkes gesorgt werden. Auch wird der Verein dem Volksschulwesen so viel wie möglich seine Aufmerksamkeit zuwenden.

§ 7. Um eine fortwährende geistige Verbindung unter den Mitgliedern des Vereins zu erhalten, wird in Bromberg unter Leitung des Zentralausschusses ein deutsches Volksblatt herausgegeben werden.

§ 8. Ferner wird der Verein auf Unterstützung und Vermehrung deutscher Ansiedler und Arbeiter Bedacht nehmen.

§ 9. Zur Erleichterung des Ankaufs von Grundstücken in dieser Provinz für Deutsche aus andern Gegenden des Vaterlandes soll eine besondere Kommission eingesetzt werden, welche sich auch bemühen wird, eine Aktiengesellschaft mit großen Mitteln zu diesem Zweck ins Leben zurufen.

§ 10. Was sonst noch zur Belebung des deutschen Sinnes und zur Kräftigung des Nationalbewußtseins geschehen kann, bleibt den Ausschüssen nach Maßgabe der Umstände und der ihnen zu Gebote stehenden Mittel überlassen. — Namentlich wird die Veranstaltung von Volksversammlungen und Volksfesten an geeigneten Orten und Zeitpunkten für wesentlich wichtig erachtet".

²⁴) Das "Grundgesetz für den Deutschen Verein" in einem Flugblatt d. d. Bromberg 2. 12.: HeA Rep. 15 a nr. 81 f. 64; das "Grundgesetz des Vereins der Deutschen Verbrüderung" nebst Bericht über die Versammlung v. 26. 11.: Pos. Ztg. 28. 11.

In allen wesentlichen Punkten stimmt dies Programm mehr oder minder deutlich mit dem der späteren deutschen Schutzvereine überein. Alles das, was zwanzig, dreißig Jahre später die Deutschen Österreichs zu höchster Kraftentfaltung in der völkischen Schutzarbeit zwang, bedrohte mehr oder weniger schon 1848 die Posener Deutschen. Hier wie dort galt es, in allen Volksgenossen das Volkstum bewußt zu machen zu stetiger Tatbereitschaft für das Ganze.

Wichtige Hilfskräfte sind dabei bis heute die Lehrer, zumal die an den Volksschulen, geblieben. Auch der Hauptverein der Deutschen Verbrüderung bat sogleich die deutschen Lehrer der Provinz um ihre Mitarbeit.²⁵) "Wie Sie stündlich Zeugen der geistigen Armut des Volkes sind, so haben Sie auch die wirksamsten Mittel in Händen, ... auch den einzelnen zu der Höhe des Bewußtseins zu bringen, auf der er sich als Teil des Volksganzen fühlt." Hier wird das Programm des Grundgesetzes nach der Seite der Kulturarbeit näher ausgeführt: Bezirksvereine sind zu gründen, das Deutsche Volksblatt muß in jeder deutschen Familie, ganz besonders in polnischen Orten, eingeführt werden. Leseabende sind einzurichten zur Förderung der Erwachsenenbildung; der Hauptverein wird sie unterstützen durch Herbeischaffung nützlicher und populär geschriebener Bücher. Gesangvereine sollen ins Leben gerufen werden "zur Förderung der Gemütsbildung und Vaterlandsliebe der männlichen Jugend". "Das Turnen ist viel mehr als bisher wieder heimisch zu machen." Das wichtigste Arheitsfeld aber ist die Schule.

"Der Schüler muß vor allem durch die Sprache und deren Erzeugnisse sein Volk lieben lernen... Deutsche Volkstümlichkeit und Sitte muß er schätzen, lieben und festhalten lernen, deutsches Lied und Wort muß ihm zum begeisternden Klange werden. Eine Hauptsorge des Hauptvereins wird darum auch die sein, deutsche Schüler und Schülerinnen in polnischen Ortschaften mit deutschen Büchern zu versorgen und überhaupt allen zu tun, was diese gegen die Gefahr der Entnationalisierung schützen und dem Deutschtum erhalten kann."

Es ist bereits der Geist der völkischen Schutzarbeit unserer Tage, der uns hier umweht!

Schließlich bildete sich kurz vor Weihnachten nach dem Vorbild ähnlicher Vereine in anderen deutschen Städten ein Verein zur Unterstützung deutscher ohne ihr Verschulden heruntergekommener Handwerker, der mit der Deutschen Verbrüderung Hand in Hand arbeiten sollte. In seinen Satzungen ist, ähnlich wie in denen des Marcinkowski-Vereins, von der Beschränkung auf das eigene Volk nicht mit einem Wort die Rede.²⁶)

Das Zentral-Nationalkomitee in Posen und der Zentral-Bürgerausschuß für den Netzedistrikt in Bromberg lösten sich nun auf, und die Deutsche Verbrüderung übernahm die Vertretung des Posener Deutschtums nach außen. Die Posener Zeitung widmete dem aufgelösten Komitee

²⁵) Beilage zur Pos. Ztg. 11. 12.
²⁶) EB. 15. 12. — Über die Not der Handwerker und Kleinhändler vgl. Jaffé S. 214.

einen dankbaren Rückblick und veröffentlichte (freilich vergebens) einen Aufruf, den Mitgliedern des Deutschen Zentral-Nationalkomitees, "die als Männer mit den Waffen des Rechts in den Schranken der Gesetzlichkeit gekämpft... und auf den verfallenen Ruinen früherer Volksstämme den Grundstein eines neuen Deutschland gelegt haben", eine Gedenktafel zu setzen.²⁷)

Mit einem Aufruf vom 30. November stellte sich die Deutsche Verbrüderung dem Lande vor und versicherte "treuen Beistand jedem unserer deutschen Brüder in diesem Land, der in seinen nationalen Rechten durch feindliche Gewalt bedrückt oder gekränkt ist... Übergriffe von Seiten der Deutschen werden bei uns nie eine Unterstützung finden." In seiner ersten Bittschrift an das Staatsministerium bezeichnete sie sich als einen Verein, "der durch die Machinationen unserer Landsleute polnischer Zunge eine Notwendigkeit geworden. seinen Stolz dareinsetzt, die Staatsbehörden mit allen Kräften zu unterstützen, solange sie den heiligen Rechten unseres Deutschtums die gebührende Rechnung trage"; sie verlangte die Suspendierung des am 17. November verkündeten Bürgerwehrgesetzes in Posen.²⁸)

Damit wurde nur eine Forderung erneuert, die schon von mehreren einzelnen Stellen erhoben war. Noch während der Beratung des Gesetzes in der Nationalversammlung im September hatten Beurmann und General v. Brünneck vor seiner Einführung im Posener Lande dringend gewarnt, einmal weil viele Gemeinden zu arm seien, dann, weil es zu gefährlich sei, den Polen Waffen in die Hand zu geben und weil es schließlich in völkisch gemischten Bürgerwehren ständig Reibereien geben werde. Das Ministerium Pfuel hatte sich ihnen nicht angeschlossen, und trotz aller Unruhe im Land mußte Beurmann die vorbereitenden Maßregeln für die Einführung treffen. Schon vorher, am 9. November, hatte der Magistrat Hohensalza nachdrücklich dagegen Einspruch erhoben, und diesem Proteste schlossen sich in den nächsten Wochen die meisten städtischen Behörden, zahlreiche Landgemeinden und Vereine und auch einige Landräte an, so daß die Posener Regierung am 19. Dezember den Landräten auftrug, dort, wo sich Widerstand zeige, fürs erste nicht auf die Organisation von Bürgerwehren zu dringen.

Verschiedenste Gründe sind es, die gegen die Bildung der Bürgerwehr angeführt werden und die zum Teil in andern Provinzen ebenso ausgesprochen worden sind. Der erste und gewichtigste ist der feindliche Gegensatz der Völker; daneben wird immer wieder auf die Armut der Gemeinden hingewiesen. Sie fürchten, die polnischen Gutsbesitzer würden den polnischen Gemeinden die nötigen Mittel zur Anschaffung guter Schußwaffen zur Verfügung stellen, um sie ihren eigenen Wünschen dienstbar zu machen, — während sich die Deutschen ohne Staatsbeihilfe

Ausschuß bestand noch weiter.

28) Pos. Ztg. 7. und 15. 12. — Das Folgende nach Rep. 77 tit.

244 a adh. 7 vol. 1.

²⁷) Pos. Ztg. 1. und 16. 12. — Kießling zeigte dem ZAWG am 29. 11. die Auflösung des DZNK an. (ZAWG f. 493). Der Meseritzer Ausschuß bestand noch weiter.

nur Piken beschaffen könnten. Motive des Mißtrauens gegen die niederen Schichten werden gelegentlich ausgesprochen; an vielen Orten macht sich auch die Abneigung gegen jedes von der aufgelösten Nationalversammlung beschlossene Gesetz geltend, und bei den Bauern stieß die ganze Einrichtung auf eine wesensmäßige Ablehnung. Überhaupt zeigt es sich, daß der Grundgedanke der Bürgerwehr, der mit den Ideen der Selbstverwaltung eng verwandte Gedanke der eigenen Verantwortung des Gemeinwesens für Ordnung und Sicherheit, in den Kleinstädten und auf dem Lande nicht Wurzel geschlagen hatte, bei den Polen wohl ebenso wenig bei wie den Deutschen. Der Sinn dafür fehlte noch; wir haben doch Militär, heißt es, und die Staatsgewalt ist doch dazu da, Ordnung zu halten.

Bedenkliche Zeichen! Zwar bestanden noch die Land-Schutzvereine, die im November die konservative Gesinnung der Bauern deutlich ausgesprochen hatten und nun geschlossen der Deutschen Verbrüderung beitraten. Aber es ist nicht zu verkennen, wie sich nach der endgültigen Feststellung der Demarkationslinie und der Verkündung der preußischen Verfassung 29) wieder jene Autoritätsgläubigkeit breit macht, jenes Vertrauen auf den Staat und auf die Regierung, das in der preußischen Geschichte und auch in der jüngsten Entwicklung des Posener Deutschtums so wohl begründet war, das aber einen rechten Grenzergeist, wie er in den letzten Stürmen erwacht war und nun erhalten werden mußte, nicht gedeihen ließ. Er konnte den ganzen Zeitverhältnissen nach sich nur auf der Grundlage eines freien, selbstbewußten und tatenfrohen Staatsbürgertums fortentwickeln. Jetzt aber hing die Bewahrung des im Revolutionsjahr Errungenen davon ab, ob er die Erschlaffung des öffentlichen Lebens in Deutschland und den Geist der aufkommenden Reaktion überdauern würde oder nicht...

Kießling, der als Vorsitzender der Deutschen Verbrüderung der erste Hüter des Errungenen war, schrieb in einer Neujahrsbetrachtung, vielleicht mit einiger Übertreibung, im Grunde aber doch richtig: ³⁰)

"Deutsche zu sein und zu bleiben, haben wir als unser heiligstes Recht zu verteidigen gewußt, … und welches Glaubens und Standes wir auch sind: wir fühlen und wir wissen uns fortan als ein Volk... Gerade für uns ict das Jahr 1848 ein besonders großes gewesen, wahren wir denn auch, was es uns überantwortet hat; nur unsere eigene Schuld ists, wenn das Geringste von dem Errungenen verloren gehen sollte oder wenn die Hoffnungen der Zukunft unerfüllt bleiben."

²⁹) Vgl. "die in Beziehung auf die Auflösung der Nationalversammlung und die Verfassungs-Urkunde eingereichten Adressen aus der Provinz P." (Rep. 89 C sect. II vol. 24).
³⁰) Deutsches Volksblatt 6. 1. 49.

Der Ausklang der Deutschposener Bewegung im Jahre 1849.

Das Jahr 1848 hatte die Posener Frage noch offen gelassen. Allem, was für ihre Lösung seit der Niederschlagung der polnischen Erhebung geschehen war, fehlte noch die Gewähr für festen Bestand. Selbst das war noch nicht ganz sicher, ob wirklich die gesamte Provinz impreußischen Staatsverband verbleiben würde. Die Posener Deutschen sahen beim Jahreswechsel zum größten Teil noch die Durchführung der Demarkationslinie und die Aufteilung des deutschen Teils auf die Nachbarprovinzen als eine Lebensfrage an. Aber der Abstand von den blutigen Frühjahrswochen wurde immer größer, mehr und mehr zogen die deutschen und preußischen Verfassungsfragen die Aufmerksamkeit auf sich, das Stocken von Handel und Gewerbe wirkte sich gerade in dem armen Posener Lande immer schwerer aus. In solcher Zeit mußten die eigenen Wünsche wieder dringender erscheinen als die allgemeinen Ziele, und so begannen sich langsam die Ziele und Wünsche der einzelnen Landschaften wieder voneinander zu trennen. Der Netzedistrikt wurde nicht müde, immer wieder den Wunsch nach Vereinigung mit der Provinz Preußen in Berlin vorzutragen. Anfang Januar sandte der Deutsche Verein für den Netzedistrikt (der Nachfolger des Bromberger Zentralausschusses) deswegen eine neue große Eingabe an das Staatsministerium; in den folgenden Monaten schlossen sich ihr eine ganze Reihe von Städten und Dörfern an. Zuweilen wird in diesen Bittschriften darauf hingewiesen, daß "die Fortdauer des vortrefflichen und lovalen Sinns" doch fraglich sei, wenn solche berechtigten Hoffnungen nicht erfüllt würden... Und es zeigt wohl schon einen Gegensatz gegen die Wochen, in denen die deutschposener Bewegung auf ihrem Gipfelpunkt stand, daß dabei einmal deutlich erklärt wurde, es sei den Bittstellern (Lobsens) gleichgültig, ob der Rest der Provinz ohne den Netzedistrikt weiter einen Provinzialverband bilde oder nicht. Auch aus dem Westen der Provinz gingen wieder einige ungeduldige Mahnungen nach Berlin. Der Zentralausschuß des Westgürtels, der in den Revolutionswochen die Deutschen dieser Gegenden gesammelt hatte, scheint zwar das Jahr 1848 nicht überlebt zu haben, aber die Männer, die in ihm wirkten, trugen die Wünsche ihrer Mitbürger jetzt als Stadtverordnete von Meseritz vor. Sie wünschten den Anschluß ihrer reindeutschen Gegenden (etwa des Südteils der heutigen Grenzmark) an Brandenburg - die inneren Kreise des von der Reorganisation ausgeschlossenen Gebietes mochten dann einen neuen kleineren Regierungsbezirk Posen bilden.1)

Bei der Neuordnung der Provinz, die überall in kurzem erwartet wurde wollten alle möglichst viel für sich selbst herausschlagen. Der Westen und Norden des Landes sahen ihr Heil in der völligen Lostrennung vom Provinzialverband; eine ganze Reihe von Kleinstädten hofften, bei der Änderung der Kreisgrenzen für sich Gewinn davontragen zu können.2) Aber ob die Ausführung der Demarkation, die ja erst solche Änderungen nach sich gezogen haben würde, für die Provinz und ihre Einwohner wirklich ein Gewinn war, das wurde doch von Monat zu Monat fraglicher. Auch wenn die Schäffer'sche Linie nur Verwaltungsbezirke trennen sollte, so zerriß sie doch Hunderte gewordener Lebenseinheiten — und warum? Eine Scheidelinie der Nationalitäten war sie schon längst nicht mehr, und die militärischen Motive, mit denen sie verteidigt wurde, konnten niemandem einleuchten. Für die Posener Abgeordneten in der Paulskirche war es denn auch reichlich schwer, sie zu verteidigen.3) Wie ein Damoklesschwert hing die früher so oft herbeigewünschte Ausführung der Demarkation und die Zerteilung der Provinz jetzt über der Hauptstadt. Was sollte erst danach werden, wenn schon bloß ein derartiger Plan die Erholung des wirtschaftlichen Lebens hinderte!

Der Hauptverein der Deutschen Verbrüderung legte am 14. Februarseinen Zweigvereinen die Frage vor, ob das Fortbestehen des Provinzialverbandes den deutschen Interessen entspräche oder nicht, und ob vielleicht gegen eine etwaige Einverleibung des zu reorganisierenden Teils in Deutschland Schritte unternommen werden müßten? Und der Zweigverein in der Stadt Posen erklärte sich, den Belangen seiner Stadt gemäß, gegen die Aufteilung der Provinz, weil er von ihr eine Hebung des Kredites nicht erhoffen konnte, und auch gegen die Beseitigung der Demarkationslinie durch Aufnahme Ostposens in den Deutschen Bund. Andere Bezirksvereine dagegen, wie Fraustadt und Obornik, bestanden entschieden auf der Zerschlagung der Provinz.4)

Obwohl die Demarkationslinie doch soweit wie irgend möglich nach Osten vorgeschoben worden war - westlich der Schäffer'schen Linie waren mehr Polen als östlich von ihr! - so blieben doch immer noch genug deutsche Gutsbesitzer und Ansiedler oder deutsch-jüdische Kleinstädter, die jetzt die Linie vor ihren Toren hatten und die nun auch in sie einbezogen sein wollten. Das Petitionieren um Anschluß an Deutschland hörte also nicht auf.5)

¹⁾ Rep. 77 tit. 539 I vol. 2 u. 3 u. adh. I u. tit. 244a Nr. 7 vol. 1. ZAWG f. 497.

S. die Gesuche v. Mogilno, Schroda, Pudewitz, Schwerin, Schmiegel u. Raschkow in Rep. 77 tit. 539 adh. I.
 S. Abschn. VIII Anmkg. 19, dazu Nerreters Erklärung, Gemeinnütziges Wochenblatt, Lissa, 2. 3. 49.

⁴⁾ HDV Akten betr. d. Bezirksvereine Posen, Obornik u. Fraustadt. 5) Eingaben in Rep. 77 tit. 539 IV vol. 1 u. 2; ABV Nr. 24 II; ANV Nr. 61.

Ebensowenig ließ zunächst die Spannung zwischen den Nationalitäten seit der definitiven Verkündung der Demarkationslinie nach. Die Polen gingen jetzt sogar im Angriff gegen das Deutschtum vor. Sie begründeten zwei deutschsprachige Zeitungen, um mit ihnen Seelen zu gewinnen: am 1. Januar 1849 begann, zugleich mit den Volksblättern der Deutschen Verbrüderung und des Deutschen Vereins im Netzedistrikt, der "Deutsche Friedensbote für den Bürger und Landmann" in Lissa sein Erscheinen. Er wurde von katholischen Geistlichen herausgegeben und bemühte sich, den deutschen Bauern und Kleinstädtern klarzumachen, daß sie doch nur Gäste auf polnischem Boden und als solche zur Dankbarkeit verpflichtet seien und warnte sie vor der Deutschen Verbrüderung als einer Gründung der landfremden Beamten. Der Friedensbote hat denn auch die beiden Volksblätter nicht lange überlebt. Im März wurde in Posen sogar eine deutsche Tageszeitung in polnischem Geiste begründet, die "Zeitung des Ostens", die bald in heftige Fehden mit der Posener Zeitung verwickelt war und nur ein kurzes Leben geführt zu haben scheint.

Ende Februar tauchten wieder einige Gerüchte von polnischen Putschplänen für das Frühjahr auf. Gelegentlich kam es sogar zu Schlägereien zwischen den Angehörigen beider Völker. (6) Die völlige Ungewißhet über die Zukunft ließ eben beide Völlker nicht zur Ruhe kommen.

Sie verschärfte auch die Spannung in den Wahlwochen. Für die Polen boten die Wahlen zu den beiden preußischen Kammern wieder eine Gelegenheit, den Deutschen in offenem Angriff die Erfolge des vergangenen Jahres streitig zu machen. Diese aber standen ihnen jetzt nicht mehr, wie bei den Wahlen zu den Nationalversammlungen, in geschlossener Volksfront gegenüber. Die Interessen einzelner Parteien, sozialer und konfessioneller Gruppen traten vor die Lebensfragen der gesamten Volksgruppe. Der Widerhall des Staatsstreichs im November hatte Rechte und Linke endgültig geschieden, und der Streit um die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember machte eine Verständigung vollends unmöglich. Fanden die Monarchisch-Konstitutionellen, die die Verfassung anerkannten und sich vor allem auf Gutsbesitzer und Bauern. aber auch auf Beamtenschaft und Handwerker stützten, offen oder geheim die Unterstützung der Staatsbehörden. - so mußten sich die Demokraten, die sich aus den gebildeten Städtern, den Juden und auch dem Kleinbürgertum rekrutierten, auf ihre Parteinachbarn in der aufgelösten Nationalversammlung, die Polen, angewiesen sehen. Wenn auch mit Widerstreben, so entschlossen sie sich doch hie und da, auf die polnischen Bündnisangebote einzugehen. Aber es kam auch vor, daß die deutschen konservativen Wahlmänner in Pleschen einen polnischen

1

⁶⁾ So z. B. am 7. 2. in Nakel (Samtersches Kreisbl. 16. 2.) und bei den Urwahlen in Posen (Bericht Beurmanns v. 24. 1., Rep. 77 tit. 496a adh. I nr. 18 vol. 2). Vgl. ferner d. Zeitungsberichte der Posener und Bromberger Regierung f. Januar—April (Rep. 89 B X) u. d. Nachrichten der Pos. Ztg. v. Ende Februar.

Gutsbesitzer dem deutschen Radikalen vorzogen, wie es der Konservative Wantrup aus Graudenz öffentlich empfohlen hatte.?)

Wie sich die deutsch-katholischen und die polnischen Bauern entschieden, das hing von der Einwirkung des Klerus ab. Noch gab es in diesem gelegentlich Männer, deren Zuverlässigkeit für die Regierung selbst von den Landräten anerkannt wurde.⁸) Aber sie waren sehr selten, — die Mehrzahl der polnisch-katholischen Geistlichen waren vielmehr eifrigste Bannerträger der Liga Polska, die fast überall die polnische Landbevölkerung für sich zu gewinnen verstand. Gelegentlich nur machte sich ein Nachklang des früheren Gegensatzes der Bauern zum Adel oder der besitzlosen Komorniks zu den landbesitzenden Bauern bemerkbar — doch ohne Folgen für das Gesamtergebnis.⁹)

Dies war für die Polen verhältnismäßig günstig — dank ihrer Einigkeit; denn der Wahlkampf wurde doch in erster Linie durch den nationalen Gegensatz bestimmt. Die Wahlbezirke waren nach der Demarkationslinie abgegrenzt; die Regierung hatte außerdem von den Künsten der Wahlgeometrie zugunsten der Deutschen reichlichen Gebrauch gemacht. Trotzdem gelang es den Polen, auch in mehreren Wahlbezirken im westlichen Posen einige Kandidaten durchzubringen. Sie siegten öfters nur mit Hilfe der Juden und Demokraten, die von den Preußenvereinen durch Mangel an Entgegenkommen vor den Kopf gestoßen waren worden und dann lieber für den Polen als für den Konservativen stimmten. 10) In den meisten Kreisen überwog unter den Deutschen die monarchisch-konstitutionelle Rechte bei weitem; nur an der schlesischen Grenze war die Demokratie stärker.

Unter den Vertretern der deutschen Wahlbezirke Posens in der ersten Kammer befanden sich Flottwell, der Oberpräsident v. Schleinitz (1848 in Bromberg, jetzt in Breslau), Land- und Stadtgerichtsrat Neumann aus Posen als einziger Demokrat, dazu zahlreiche aus andern Provinzen stammende Konservative, die mit Posen bisher noch nicht vertraut waren. Zur zweiten Kammer wurden in Posen u. a. Oberbürgermeister Naumann und Gerichtsdirektor Seger gewählt, in Bromberg Major v. Voigts-Rhetz und Legationsrat Küpfer, anderswo Gerichtsdirektor Geßler, die Landräte v. Schlotheim-Wollstein, v. Roeder-Ostrowo, Bauer-Krotoschin (Demokrat), ferner einige Prediger und Gutsbesitzer. Im ganzen gingen also erheblich mehr Beamte aus Posen in

^{?)} L. Wantrup, Die oktroyierte Verfassung, Berlin 1849, S. 39-42. Wahlbericht aus Pleschen v. 25. 1. (Rep. 77, tit. 496a adh. I nr. 18 vol. 2) u. die Berichte der Pos. Ztg. 19. 1.—15. 2. u. der Lokalblätter v. Samter, Lissa u. Krotoschin.

⁸⁾ So Propst Kottusch-Czempin u. Propst Schmidt-Byszewo, Kandidaten zur 1. Kammer (Wahlberichte aus Kosten bzw. Bromberg 1. c. nr. 7).

⁹⁾ Ersteres geht aus dem Wahlbericht aus Schroda v. 24. 1. hervor, letzteres aus dem Kolmarer v. 25. 1. (1. c. nr. 18 vol. 2).

¹⁰⁾ Beispiele Pos. Ztg. 26. 1.—30. 1. u. Wahlberichte aus Posen, Bromberg u. Kolmar 1. c. nr. 18 vol. 2.

¹¹⁾ Berichte über die Wahlen der Abgeordenten in Posen zur 1. Kammer (1. c. adh. II nr. 17) u. zur 2. Kammer (1. c. adh. II nr. 18). — Die meisten genannten sind aus Absch. II — V bekannt; eine Charakteristik Küpfers gibt H. v. Poschinger, Histor. Vierteljahrschr. Bd. 5 S. 34 ff. (1902).

die neuen Kammern als in die Nationalversammlung, — was bei der Lage von 1849 für eine unabhängige Volkstumspolitik nicht unbedingt von Vorteil war.

Ein selbständiges, gerades, zielbewußtes Vorgehen des Posener Deutschtums, als Fortentwicklung seiner Haltung im April und Mai 1848, hätte jetzt vielleicht Aussicht auf Erfolg gehabt, da die Regierung ja in der Posener Frage kein rechtes eigenes Programm hatte. Die erste und wichtigste Aufgabe für sie war, den Ausbruch neuen Streites zwischen den beiden Völkern zu verhindern. Eine zweite Voraussetzung für die friedliche Neuregelung der Posener Verhältnisse war es, die Provinz nicht von neuem zum Mittelpunkt der europäischen Politik werden zu lassen.

Iener ersten Aufgabe dienten seitens der Verwaltung die Aufrechterhaltung des Belagerungszustands in der Provinz Posen und die Suspendierung des Bürgerwehrgesetzes. Ihr sollte auch ein Versuch des Königs dienen, durch Vermittlung des Gesandten am Vatikan Verhandlungen mit dem Papst anzuknüpfen, "um Przyłuski und die polnische Geistlichkeit auf den Weg der Pflicht zurückzuführen",12) Durch die Flucht Pius' IX. nach Gaeta wurde die Sache etwas verzögert, doch erhielt der preußische Gesandte Mitte März vom Kardinal-Staatssekretär den Bescheid, ein päpstliches Schreiben an den Erzbischof würde sich wohl erreichen lassen. Ob es ergangen ist, steht nicht fest; — wenn es der Fall ist, scheint seine Wirkung nicht allzu groß gewesen zu sein. Von seinem russischen Schwager wurde Friedrich Wilhelm etwas später, als die Revolution in Süddeutschland und Ungarn noch einmal bedrohlich aufflammte, nachdrücklich und dringend aufgefordert, sich zu einem gemeinsamen tatkräftigen Vorgehen gegen die Polen bereitzumachen, um zu verhindern, daß eine neue polnische Erhebung die polnische Frage wiederum zum Programmpunkt revolutionärer Außenpolitik mache. 12)

Inzwischen hatte das Ministerium schon die ersten Schritte zur endgültigen Regelung der Posener Frage getan. Erschwert und verzögert wurde die Lösung dieser Aufgabe durch den völligen Mangel an Gewißheit über die Zukunft Deutschlands und Europas. Denken wir nur daran, daß zu Beginn des Jahres 1849 Österreich noch mitten in seiner Staatskrise stand! Wenn das Schicksal des Ganzen noch unsicher war, wie konnte die Regierung dann das Schicksal des Teiles einer helleren Zukunft entgegenführen und gerade diese Teilfrage lösen, die in den Revolutionswochen von so entscheidender Bedeutung gewesen war, auf die ganz Europa blickte? Es war schwierig, mit dieser unangenehmen Hinterlassenschaft des Märzministeriums in einer Zeit etwas anzufangen, die sich wieder auf preußische Interessenpolitik zu besinnen begann!

¹²⁾ Friedrich Wilhelm IV. an den Minister Grafen Arnim, Charlottenburg 19. 3. u. 20. 3. in: Hänchen, Revolutionsbriefe 1848, S. 399, S. 403. Gesandter Usedom an den König, Gaeta 20. 3., ebd. S. 405. — Nikolaus I. an Friedrich Wilhelm IV., 28. 4./10. 5. 1849: ,,... et nous ferons ce que nous pouvons pour vaincre et detruire nos ennemis communs, les infames Polonais." (Veröffentlicht von W. Andreas, FBPG Bd. 43 S. 145).

In den Weihnachtstagen hatten die Ministerialräte ihre Gutachten niedergeschrieben. 13) Sie stellten fest, daß die Zusagen der Kabinettsorder vom 26. April zum Teil in der Verfassung genügend berücksichtigt seien, zum anderen Teil aber im Staatsinteresse abgeschwächt werden müßten. Durch die freie Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise und durch die Bildung eines polnischen Regierungsbezirks glaubten sie, den Polen genügend Freiheiten zu lassen. Die Provinz sollte nicht aufgeteilt, nur der Netzedistrikt und die Westkreise vielleicht abgetrennt werden. Soviel wollte man von den Reorganisationsgedanken immerhin noch festhalten; doch auch dieser Rest wurde im Laufe des Jahres nach und nach fallen gelassen.

Diese Denkschriften wurden in den Sitzungen des Ministerrats am 12. und am 15. Januar im wesentlichen gebilligt. An diesen Beratungen nahm auch der Oberpräsident v. Beurmann teil; er sprach sich entschieden für die Auflösung der Provinz aus. Diese Frage wurde vertagt, weil sich dagegen wegen der Verträge von 1815 Bedenken erhoben. Die Teilung der Diözese Gnesen-Posen wurde jedoch ernstlich erwogen; obgleich man keinen unmittelbaren Anlaß dazu hatte und auch die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht unterschätzte, so "übersah man doch die bedeutenden Vorteile nicht, welche für die Ruhe und die Sicherheit der Provinz erreicht werden würden..." Der Kultusminister erklärte sich aber einige Wochen später doch gegen die Aufteilung der Diözese, wenn sie nicht auf kirchliche Initiative vorgenommen würde. In den Sitzungen im Januar wurde schließlich beschlossen, den westlichen Teil der Provinz in zwei Bezirke (Posen und Bromberg) zu zerlegen und jenseits der Demarkationslinie einen neuen eigenen polnischen Regierungsbezirk Gnesen zu bilden. Er sollte polnisch sprechende Beamte, besondere Bataillonsbezirke und ein eigenes Appellationsgericht erhalten, aber in Schul-, Steuer- und Domänensachen keine Änderungen erfahren; die dort neu zu bildenden Kreise sollten kleiner als die bisherigen sein. Einige Tage später erhielt Beurmann den Auftrag, die neue Kreiseinteilung vorzubereiten. Das geschah im Laufe des Februar, Anfang März wurde der Entwurf den Regierungen zu Posen und Bromberg vorgelegt.14) Keine von beiden stimmte ihm rückhaltlos zu. Das Bromberger Kollegium ging über ihn hinaus und war für Auflösung der Provinzund Vereinigung des Netztedistrikts mit Westpreußen. Ebenso forderte der Vizepräsident der Posener Regierung v. Kries, der ja schon im November die Schäffer'sche Linie verurteilt hatte, Einverleibung und Aufteilung der gesamten Provinz. Die Demarkation sollte überhaupt beseitigt werden, denn "man täuscht sich, wenn man glaubt, daß hierdurch die Wünsche der beiden Nationalitäten befriedigt würden und ein Weg zur künftigen Ruhe und Einigkeit gefunden sei". Seine Meinung war: alle Hoffnung auf Wiederherstellung Polens niederzuschlagen, aber auch die den Polen gegebenen Freiheiten nicht zu verkürzen und allen Grund zu Klagen

¹³⁾ Rep. 77 tit. 539 I vol. 2 f. 77 f.

^{14) 1.} c. adh. I f. 1-3.

über materielle Nachteile zu nehmen. Er hatte trotz dieses nüchternen Standpunktes noch die chimärische Hoffnung, man könne beide Nationalitäten miteinander verschmelzen, und verlangte kräftige Förderung des "Eindringens deutscher Kultur und Sitte" und der deutschen Einwanderung besonders durch Bahn- und Straßenbauten. Nach Möglichkeit sollten beide Völker gleichberechtigt sein, die Stadt Posen aber einer Ausnahmegesetzgebung unterworfen werden durch Beibehaltung des Belagerungszustandes, Beschränkung der Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und Suspension des Bürgerwehrgesetzes. Außerdem müßten "Strafen angedroht werden gegen alle Schriftstücke, welche dazu dienen, den Haß zwischen Deutschen und Polen zu nähren, die einstige Wiederherstellung Polens als wünschenswert in Aussicht zu stellen, oder für die sogenannte Nationalität Forderungen zu stellen, welche über das gesetzlich gewährte Maß hinausgehen". Diesem Programm für eine energische Politik gegen die Polen schloß sich Beurmann an¹⁵), und es fand auch im Ministerium Anerkennung. Das Posener Regierungskollegium allerdings erklärte sich in seiner etwas verspäteten Äußerung über Beurmanns Entwurf gegen eine völlige Aufteilung der Provinz oder eine Sonderstellung des polnischen Bezirks; aus politischen Gründen schien ihm die Beibehaltung der Provinz Posen unter Änderung einiger Verwaltungsgrenzen ratsam, wenn es auch die Wünsche der Deutschen im Norden und Westen auf Lostrennung als berechtigt anerkannte.

Dann ruhten die Verhandlungen über die Posener Frage etwa ein Vierteljahr. Die Regierung behandelte sie nun immer mehr nach rein staatlichen Gesichtspunkten und nahm weniger Rücksicht auf örtliche Wünsche und Interessen; je mehr sich die deutsch-nationale Bewegung Posens auflöste, desto weniger wurde sie auch auf die rein völkischen Gesichtspunkte hingewiesen. Die gesamtdeutsche Entwicklung brachte diese Bewegung sogar in einen tragischen Gegensatz zum preußischen Ministerium, der ihr Ende beschleunigen sollte. Denn anders als in den Tagen des Aufbruchs brauchte die Regierung für die Tagespolitik jetzt die Posener Deutschen nicht mehr, und anders als ein Jahr zuvor, war das Eintreten für ein einiges deutsches Reich jetzt auch mit einer parteipolitischen Entscheidung verbunden.

War die Parteigruppierung bei den Wahlen zu den Kammern im wesentlichen durch die preußische Verfassungsfrage bestimmt, so wurde sie im Februar und März durch die Entwicklung der deutschen Frage etwas verändert. Nun sonderten sich die einseitig "borussisch" Gesinnten, also die streng konservativen Anhänger des Ministeriums Brandenburg, schärfer von den Anhängern der Frankfurter Kleindeutschen, die für die Annahme der Kaiserkrone und für die neue Reichsverfassung waren und nach der Frankfurter Kaiserwahl rasch starke Gefolgschaft gewannen. Die führenden Männer unter ihnen waren zum großen Teil die gleichen wie in der Märzbewegung, darunter wieder

^{15) 1.} c. vol. 2: am 5. 4. sandte Beurmann Kries' Denkschrift mit zustimmenden Bemerkungen ans Ministerium.

mehrere höhere Beamte. Diese letzte Aufwallung der deutschen Erhebung war nicht eben sehr regierungstreu und mußte sich selbst in Posen gegen das Ministerium wenden, seit es durch die Auflösung der zweiten Kammer im April allen denjenigen den Kampf ansagte, die auf dem Boden der Frankfurter Verfassung fortarbeiten wollten. Zu ihnen gehörten in Posen nicht nur die liberalen und demokratischen Parteivereine, sondern auch die Posener Zeitung, die einzige deutsche Tageszeitung der Provinz, und die Deutsche Verbrüderung.

In Bromberg konnten am 29. April und 12. Mai ungehindert Kundgebungen für die Frankfurter Reichsverfassung stattfinden und Adressen an die deutsche Nationalversammlung abgeschickt werden. Die Leiter und Redner, unter ihnen der verdiente Gymnasialdirektor Deinhardt, mußten sich allerdings von den regierungstreuen Demokratenfressern heftige Angriffe und üble Anschwärzungen gefallen lassen.¹⁶)

Ihren Gesinnungsgenossen in der Landeshauptstadt standen größere Schwierigkeiten entgegen.¹⁷) Der Posener Bezirksverein der Deutschen Verbrüderung beschloß Anfang Mai nach erregter Aussprache, eine Volksversammlung zu einer Erklärung für die Frankfurter Reichsverfassung einzuberufen. Sie sollte am Sonntag, den 6. Mai, stattfinden; viele Bürger hatten sich bereits eingefunden, - da wurde die Versammlung vom Militär aufgelöst. Der Stadtkommandant v. Steinäcker erinnerte sich daran, daß in der Festung Posen noch immer Belagerungszustand herrschte, und daß dieselbe Deutsche Verbrüderung etwa drei Wochen vorher, als diese Frage wieder einmal auf der Tagesordnung stand, dessen weitere Beibehaltung verlangt hatte! Der Belagerungszustand wurde jetzt verschärft, Versammlungen aller Art wurden im Festungsgebiet verboten und die Zeitungen unter Zensur gestellt. Für die liberalen Deutschen war das ein ebenso harter Schlag wie für die Polen. Das war die erste Maßnahme des neuerstarkten preußischen Staates, welche die beiden Gegner von 1848 wieder in die gemeinsame Stellung gegen ihn brachte, wie sie im Vormärz einmal bestanden hatte und in der Reaktionszeit vorübergehend wiedererscheinen sollte.

Die deutschen Konservativen hatten in jenen Tagen keine günstige Stellung inne. Ihre Versammlungen waren schwach besucht. Die ihnen nahestehenden Vorstandsmitglieder der Deutschen Verbrüderung legten sofort nach der Einberufung jener Versammlung ihre Ämter nieder. Dieser Verein, der über den Parteien hatte stehen wollen, war jetzt in ihre Kämpfe herabgezogen worden und in eine heikle Stellung zu den Staatsbehörden geraten. Er hat sich von dieser Schlappe nie mehr recht erholt. Aber war er denn eigentlich seinen Grundsätzen untreu geworden? War nicht alles das, was er für das Deutschtum (allerdings unter Anlehnung an die preußische Regierung) hatte erringen wollen, nur in einem

¹⁶) Vgl. Pos. Ztg. 1., 4., 9., 15., u. 22. 5., auch Deinhardts Brief v.
7. 7. 49 (HM XVIII S. 122) u. die amtl. Berichte in Rep. 77 tit. 245 Nr. 8.
¹⁷) Nach denselben Berichten, den Nachrichten der Pos. Ztg.
4. -12. 5., des Dt. Volksbl. 9. 5. u. den Akten des HDV Bezirskverein Posen.

freiheitlich regierten Staate erreichbar? Und ließ sich denn nicht das Eintreten für die Frankfurter Verfassung durchaus mit den Belangen des Posener Deutschtums vereinen? Hier wie dort ging es ja um nationale Lebensfragen! Aber sie mußten in der Zeit der beginnenden Reaktion langsam wieder aus dem Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit verschwinden.

Was die deutsche Erhebung zur Sicherung ihres Volkstums stürmisch durchzusetzen versucht hatte, das war kaum erst verwirklicht. Aber die Gefahren, welche die Deutschen aufgerüttelt hatten, solche Sicherungen zu verlangen, waren vorüber, gebannt durch den starken Arm des preußischen Staates. In dessen schützender Obhut glaubte die Mehrzahl der Deutschposener ihre Rechte genügend gewahrt. Daher konnten solche Verbände, die zur Selbsthilfe und Selbstverteidigung des Posener Deutschtums geschaffen worden waren, nicht festen Fuß fassen. Während die Liga Polska erstarkte und sich ausbreitete, klagten die Führer der Deutschen Verbrüderung, daß ihre Arbeit fruchtlos bleibe. Mitte Mai mußte ihr Vorsitzender, Gymnasialdirektor Kießling, in seinem Deutschen Volksblatt offen aussprechen, daß er aller Unterstützung entbehre und daß von dem Einfluß des Blattes auf die Belebung des deutschen Volksbewußtseins im Posener Lande bisher wenig zu spüren sei, trotz aller Vorschläge und Bemühungen des Vereins. Keine acht Wochen später war es soweit, daß das Deutsche Volksblatt sein Erscheinen einstellen mußte: der völkische Eifer vom Frühjahr 1848, der nur noch in wenigen lebte, strich die Segel vor der schleppenden Gleichgültigkeit der vielen mit einer letzten Warnung, der preußischen Regierung in der deutschen Politik keine fruchtlose Opposition zu machen!

Der Versuch, aus den Verhältnissen des Revolutionsjahres heraus eine eigene Nationalpolitik der deutschen Volksgruppe in Posen zu begründen und gegebenenfalls die staatlichen Einrichtungen für nationale Ziele zu benutzen, war damit endgültig gescheitert — und nicht zuletzt an der Lethargie, die sich unter den Deutschen wieder breit gemacht hatte. Im Gegenteil, die Staatsgewalt schickte sich jetzt wieder an, die besonderen Bestrebungen des Posener Deutschtums für ihre Wünsche und Zwecke: Festigung und Neubildung ihrer Machtstellung im Osten, zu gebrauchen. Seit in der deutschen Bewegung an die Stelle der Freiheits- und Verbrüderungsmotive der Machtgedanke getreten war, stimmten beide Seiten ja überein in dem Streben, alle Besonderheiten und jede neue Erhebung des Polentums niederzuhalten. (Gerade von hier aus wird die Stellungnahme der Spitzen der Posener Verwaltungsbehörden erst wirklich verständlich!)

Der offene Nationalitätenkampf neigte sich jetzt langsam zum vorläufigen Ende. Er hatte der Entwicklung der revolutionären Bewegung im Grenzland Posen ihre eigene Note gegeben. Jetzt glichen sich die Posener Verhältnisse von Monat zu Monat denen anderer Provinzen mehr und mehr an. Wie anderswo wandte sich das öffentliche Interesse von der Politik ab, und was in Posen an politischem Tatwillen noch übrig war, richtete sich im Sommer 1849 fast ganz auf den Parteikampf, der

angesichts der Neuwahlen zur zweiten Kammer im Juli neue Schärfe gewann. 18)

Die demokratischen Vereine warben für die Wahlenthaltung, weil sie das Dreiklassenwahlrecht nicht billigten; auf ihre Seite stellte sich auch ein großer Teil der jüdischen Intelligenz. Die sonst mit der Linken verbündeten Polen aber folgten ihr bei der Wahlenthaltung nicht sie wollten die Vertretung ihrer Belange in Berlin nicht aufgeben. Und ebensowenig wollten die nationalen Führer der Deutschen darauf verzichten. Die Deutsche Verbrüderung stellte sich jetzt nicht gegen die Regierung, sondern forderte in einem Aufruf und durch persönliche Werbung ihrer Vertrauensmänner zum Wählen auf und bemühte sich, die Deutschen bei der Wahl zu einigen. Die liberale Posener Zeitung hatte, seitdem zugleich mit der Verschärfung des Belagerungszustandes die Zensur wieder eingeführt worden war, darauf verzichtet, ihre Meinung in Leitartikeln zu äußern; aber sie machte aus ihrer ablehnenden Haltung zur Regierungspolitik kein Hehl und unterstützte die Aufrufe zum Wählen nicht. Die Propaganda für Wahlenthaltung fand bei der (bekanntlich gerade im Hochsommer großen) Abneigung gegen die Politik günstigen Boden. Diese Haltung der Demokraten ersparte den Deutschen diesmal zwar fast alle Wahlkämpfe im eigenen Lager, verschaffte aber in manchen Kleinstädten den Polen den Sieg; nur in ganz wenigen Orten wählte die Linke mit. Daher wurden von den Deutschen nur entschieden rechtsstehende Wahlmänner und Abgeordnete gewählt. Immerhin hatte der Nationalitätengegensatz die Folge, daß Posen, besonders die polnischen Kreise, der einzige Teil der Monarchie war, dessen Abgeordnete nicht von einer Minderheit der Wahlberechtigten gewählt worden waren. 19)

Anfang August waren die Wahlen erledigt, und nun kümmerten sich erst recht nur noch wenige um die Politik. Das völlige Stocken des Wirtschaftslebens ließ auch in Posen wirtschaftliche und soziale Fragen wichtiger erscheinen als die immer wieder verschobene Entscheidung über die deutsche Zukunft. Die Parteivereine erlitten jetzt starke Einbußen. In Bromberg z. B. traten im September sowohl aus dem liberalen Deutschen Bürgerverein als auch aus dem konservativen Patriotischen Verein viele Mitglieder aus und bildeten ein "neues Zentrum", das sich nicht mehr mit fruchtloser Krittelei beschäftigen, sondern der "praktischen Lösung der sozialen Fragen" zuwenden wollte.²⁰) Den stärksten

¹⁸⁾ Zum folgenden vgl. Pos. Ztg. 6. 7.—2. 8., besonders den Leitartikel v. 14. 7. u. HDV Akten betr. Obornik.

Wenn man sich auf die Angaben der vom Zentralkomitee zur Wahrung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts herausgegebenen Flugschrift, Die Wahlen v. 17. u. 27. 6. 49" verlassen kann. Die Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts verringerte die Zahl der polnischen Abgeordneten von 27 auf 21 (Komierowski, Koła Polskie w Berlinie,

²⁰) Vgl. Pos. Ztg. v. 27. 5. (Auszug aus der Kreuz-Ztg. über die Parteien der Pos. Deutschen), 4. u. 12. 8., 23. 9., 2. 10. Für die Bromberger Verhältnisse sind die von Lüdtke mitgeteilten Briefe Deinhardts aufschlußreich. (HM XVIII, S. 122 f., 1917).

Zuwachs aber hatten die Unentschiedenen, die vor allem ihre Ruhe wollten. Kriecherei und Gesinnungsschnüffelei, die Vorboten der Reaktion, erhoben ihr Haupt. Das politische Bewußtsein der Deutschposener erwachte aus dem Schlummer, in den es allmählich versank, kaum, als in Berlin über die Zukunft der Provinz endgültig entschieden wurde. Denn von sich aus trugen die Posener Deutschen nur wenig zu dieser Entscheidung bei. Fast nur zur Wahrung örtlicher Belange (des Netzedistrikts oder der Stadt Posen) ließen sie in Berlin etwas von sich vernehmen. Die breite Öffentlichkeit scheint an den anderthalb Jahre früher für lebenswichtig gehaltenen Dingen fast gar keinen Anteil mehr genommen zu haben. —

Nach einer langen Pause wandte sich das Ministerium 14 Tage nach dem Abschluß des Dreikönigsbündnisses wieder der Posener Frage zu. Beurmann hatte Anfang Mai vorgeschlagen, einen polnischen Regierungsbezirk unmittelbar unter dem Staatsministerium zu bilden und den Netzedistrikt mit Westpreußen, den deutschen Rest des Posener Bezirkes mit Schlesien zu vereinigen. Dieser Vorschlag wurden den einzelnen vorgelegt.21) Manteuffel, den die Frage als Ministern zur Äußerung Minister des Innern am meisten anging, äußerte sich zuerst und am ausführlichsten. Ihn beschäftigte zunächst die Lösung des Widerspruchs zwischen preußischer und Reichsverfassung; — denn Artikel 2 der Frankfurter Verfassung, der zwischen einem deutschen Bundesland und einem mit ihm verbundenen nicht deutschen Land nur die lockere Verbindung der Personalunion zuließ, war ja auch in den Verfassungsentwurf des Dreikönigsbundes übergegangen. Drei Wege sah Manteuffel zur Beseitigung der Schwierigkeit: man konnte den polnischen Bezirk jenseits der Demarkationslinie vom preußischen Staatsverband abtrennen, man konnte ihn auch noch in Deutschland einverleiben, oder man konnte die Verfassung ändern. Den letzten Weg konnte man ein paar Wochen nach dem Abschluß des Bündnisses nicht gehen, der erste war in Hinblick auf die Größe, Abgrenzung und Einwohnerzahl des polnischen Restbezirks ungangbar. Daher griff der Minister jetzt den Vorschlag des Posener Regierungspräsidenten aus dem März auf, diesen Restbezirk in Deutschland einzuverleiben und Provinz und Diözese aufzuteilen. Zuerst sollten die Prinzipienfragen geklärt, dann dieser Bezirk Gnesen wirklich gebildet und schließlich vielleicht der Provinzialverband zerschlagen werden. Die Minderheitenrechte der Polen schienen ihm durch den Artikel 186 der Reichsverfassung (der aus dem Marek-Dahlmann'schen Antrag in der deutschen Nationalversammlung vom 31. Mai 1848 hervorgegangen und in den Verfassungsentwurf des Dreikönigsbündnisses übernommen war) genügend gesichert zu sein.

Der Kultusminister v. Ladenberg betonte demgegenüber die moralische Bindung der Regierung durch die königlichen Zusagen aus dem Frühjahr 1848. Die Entscheidung über die Einverleibung Ostposens wollte er den Landesvertretern dieses Gebiets, nicht den preußischen

²¹) Rep. 77 tit. 539 I vol. 2, dazu Hallgarten S. 105 f.

Kammern übertragen wissen. Die meisten der übrigen Minister wünschten, daß die Regierung in der Einverleibungsfrage nicht die Initiative ergreife und die ganze Sache ja nicht übereile. Strotha, der Kriegsminister, und Schleinitz, der Außenminister, wollten warten, bis aus dem künftigen Regierungsbezirk Gnesen selbst Anträge auf Einverleibung in Deutschland gestellt würden. Schleinitz und der Finanzminister v. Rabe wollten die Entscheidung darüber dem Reichstag (dem Erfurter Volkshaus) überlassen. Als einziger war der Justizminister Simons gegen die Bildung eines Bezirks Gnesen, weil die Polen die Reorganisation nicht mehr wünschten und die Deutschen den Schutz, den sie von der Abtrennung Ostposens erwarteten, nicht zu verlangen brauchten, wenn der Staat ausreichend für Ruhe und Ordnung sorge.

Der Plan, den Osten Posens getrennt von Deutschland polnischnational zu reorganisieren, war damit endgültig gefallen, und offenbar hatte auch der Gedanke, die Demarkationslinie völlig zu beseitigen, im Ministerium bereits Eingang gefunden. Aber das zweite Ziel eines großen Teiles der Deutschposener, die Zerschlagung des Provinzialverbandes, schien jetzt seiner Verwirklichung näherzurücken. Doch war man sich im Ministerium über die staatsrechtlichen Bedenken, die ihr entgegenstanden, noch nicht recht klar geworden. Immerhin faßte im August ein Promemoria die Voten der Fachminister im Sinne Manteuffels dahin zusammen, daß der deutsche Teil von Posen auf Westpreußen und Schlesien aufgeteilt werden müsse, da er eine eigene Provinz nicht bilden könne. Und schon besorgte man auch ein historisches Gutachten (von Georg Wilhelm v. Raumer, dem Direktor der Staatsarchive), aus dem hervorging, daß der ganze Westen des Posener Bezirks im späten Mittelalter einmal zum Herzogtum Glogau gehört habe, seine Vereinigung mit Schlesien also historisch wohl begründet sei. Das sollte wahrscheinlich zur Beruhigung des Königs dienen, der die völlige Verwischung überlieferter Grenzen bloß aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit wohl kaum gern gesehen hätte. Die damit verbundene starke Vermehrung der ohnehin schon zahlreichen slawischen Bevölkerung der Provinzen Preußen und Schlesien scheint das Ministerium damals nicht beunruhigt zu haben.

Gegenüber diesen Aufteilungsplänen des Ministeriums glaubten die Polen aus den Wiener Verträgen einen Anspruch auf Erhaltung der provinziellen Einheit des "Großherzogtums Posen" herleiten, ja sogar eine Sonderstellung verlangen zu können.²²) Den geeigneten Zeitpunkt zum

²²) Sie zogen zum Beweis für die Sonderrechte des an Preußen gefallenen Teils des Hzt. Warschau die Artikel 1, 3, 22 der Wiener Kongreβakte heran, die aus dem preuß.-russ. und dem österreich.-russ. Vertrag vom 3. 5. 1815 übernommen waren, ferner den Notenwechsel zwischen Lord Castlereagh und Hardenberg im Januar 1815, den königlichen Zuruf und das Besitznahmepatent v. 15. 5. und den Wortlaut des Eides für die Beamten des Großherzogtums Posen 1815—16, den aber nur ganz wenige wirklich schwören mußten, dazu die bekannten Einrichtungen aus den ersten Jahren der neuen preuß. Herrschaft. Von preuß. Seite hat man sich damit besonders in dem Kommissions-

Hervortreten mit solchen Wünschen bot die Beratung des Artikels 1 der oktrovierten Verfassung bei deren Revision durch die Kammern. Bei dieser Gelegenheit konnten auch deutsch-nationale Wünsche nach Durchführung der Demarkation und völliger Abtrennung des fast rein polnischen Ostposen noch einmal vorgebracht werden.

Wie fast alle preußischen Verfassungsfragen zweimal parlamentarisch beraten wurden: das erste Mal, als die Nationalversammlung 1848 über den Regierungsentwurf und den ihrer eigenen Kommission beriet, das zweite Mal bei der Revision der Verfassung vom 5. Dezember, — so wurde auch die Posener Frage bei der Erledigung der Artikel über das Staatsgebiet im September 1849 ebenso aufgerollt wie im Oktober 1848. Für die Deutschen war das Erstarken der Regierungsgewalt und der Rechten im Parlament gegenüber dem Vorjahr günstig: beide würden sich der Schaffung von Sonderrechten für das Großherzogtum Posen kräftig widersetzen. Aber die gleichen preußisch-machtstaatlichen Gründe hatten sie auch zu Gegnern der Bildung eines besonderen ostposenschen Territoriums gemacht. Das kam den Polen zugute, ebensowie die Tatsache, daß die Regierung es stets vermieden hatte, sich öffentlich und rechtsverbindlich dafür auszusprechen, daß die Demarkationslinie zwei Verwaltungsbezirke, geschweige denn zwei nur in Personalunion verbundene Staatsgebiete trennen sollte - allein ihr Verfassungsentwurf vom Mai 1848 hatte derartiges vorgesehen! Manteuffel hatte es auch vorsichtig vermieden, die Neuregelung der Posener Verhältnisse als Frage der Verwaltungsorganisation allein zu behandeln und vor Abschluß der Verfassungsberatungen auf dem Verordnungswege durchzuführen. Ja, er glaubte sogar, die Zügel allmählich etwas lockern zu können, und obwohl die Regierung sich noch Anfang August für die Beibehaltung des Belagerungszustands in der Stadt Posen erklärt hatte, hob sie ihn Mitte September doch auf.23)

²³) Erklärung Manteuffels in der 1. Kammer am 17. 9.: Stenogr. Berichte S. 700, ebd. S. 500 eine Denkschrift v. 12. 8. gegen die Aufhebung des Belagerungszustands. Vgl. auch Stenogr. Berichte der

2. Kammer S. 286 v. 15. 9.

bericht für die Sitzung der 2. Kammer am 13. 2. 50. (Stenogr. Berichte S. 2629 ff., s. u.), später in der im Abschn. XI angeführten Flugschrift v. Noah auseinandergesetzt. Text der Wiener Verträge u. a. bei d'Angeberg, Le Congrès de Vienne, Bd. III S. 1146 ff., S. 1389 ff. (Paris 1864) — Vgl. Anmkg. 18 zu Abschn. III.

Abschnitt X.

Die Erledigung der Posener Frage 1849-51.

Das preußische Ministerium und seine polnischen Gegner, die Rechte und die Linke der Kammern waren sich darüber einig, daß die Demarkationslinie, die bisher ja mehr eine Angelegenheit der deutschen als der preußischen Politik gewesen war, von Preußen nicht noch einmal feierlich anerkannt werden durfte. Auch für die Posener Deutschen hatte sie keinen erheblichen Wert mehr, wenn sie die Zerschlagung der Provinz anders erreichen konnten; sie folgten darum zunächst durchaus der Regierungspolitik. (Gerade in Bromberg und dem Netzedistrikt, wo man schon im Frühjahr 1848 von Demarkation und Reorganisation eines Teilgebiets nichts hatte wissen wollen und am eifrigsten auf der Trennung von der Provinz bestand, war ja schon damals und erst recht seit den letzten Wahlen das preußisch-konservative Element weitaus amstärksten!) Die Regierung wollte die Demarkationslinie beseitigen, um freie Hand für einen Neubau der Posener Verwaltung zu haben, — die Polen aber, um wenigstens die Einheit des Großherzogtums zu retten und ihm möglichst noch einige Sonderrechte zu erringen.

Der Kampf begann mit dem Beginn der Verfassungsberatung in der 1. Kammer am 8. September.¹) Der Zentralausschuß hatte Anträge auf ein besonderes Statut für Posen abgelehnt und "Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit und praktische Ausführbarkeit der beabsichtigten Abtrennung eines einer besonderen Organisation vorzubehaltenden Teils der Provinz Posen" geäußert. Er erklärte sich gegen die Bildung eines Staates im Staate und hielt die Gewährung der Minderheitenrechte nach Artikel 186 der Unionsverfassung für ausreichend. Potworowski stellte dem den polnisch-nationalen Standpunkt entgegen: Die Posener Frage kann nicht durch eine deutsche Reichsversammlung, sondern nur zwischen der Krone und dem Land gelöst werden, dessen Sonderrechte durch die Wiener Kongreßakte festgelegt seien; ihre Nationalität würden die Polen nie aufgeben. Radikalere polnische Abgeordnete beantragten die ausdrückliche verfassungsmäßige Festlegung ihrer Rechte in einem Statut, damit sie von nun an nicht mehr vorenthalten werden könnten. Manteuffel lehnte die polnische Auslegung der Wiener Verträge nachdrücklich ab, und dementsprechend nahm die 1. Kammer den Artikel 1 "Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfang bilden das preußische Staatsgebiet" ohne Zusatz an.

¹⁾ Stenogr. Berichte über die Verhandlungen der 1. Kammer, S. 634 ff.

Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen der 2. Kammer am 2. Oktober.²) Ihre Revisionskommission hatte sich zwar auf den Standpunkt der 1. Kammer gestellt, aber für die Plenarberatung wurden einige Zusatzanträge gestellt: Janiszewski beantragte ein organisches Statut zur Ausführung der 1815 gewährten Rechte, Geßler-Schubin eine eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung für den nicht zum Deutschen Bund gehörigen Teil der Provinz, Graf Dyhrn (der zu den Posener Liberalen Beziehungen besaß) Aufschub der endgültigen Regelung.

Mit einer Anklage gegen die einseitig deutschfreundliche Haltung der Provinzialbehörden und gegen die "illegitimen" Maßregeln wider die nationale Existenz der Polen begann Janiszewski die Aussprache — "Die Nationalität ist unsere letzte, heilige Legitimität" — und rief damit sogleich Manteuffel auf den Plan: "Ist den Polen Unrecht geschehen, nun wohlan, dann muß es gut gemacht werden. Ich bin der Überzeugung, daß ihnen kein Unrecht geschehen ist. In einzelnen Fällen mag Unrecht geschehen sein... aber die Regierung hat sich gegenüber dem Großherzogtum keine Vorwürfe zu machen!" Was den Polen vertraglich zustehe, werde ihnen mit Artikel 186 der Unionsverfassung gewährt werden, mehr nicht. Nach der Anklage brachte Pokrzywnicki die Forderung nach Zuerkennung einer eigenen "politischen Existenz"; wenn schon keine Sonderstellung erreichbar sei, dann solle man ganz Posen in Deutschland einverleiben, aber nur die Demarkationslinie nicht erhalten. Stablewski schließlich verlangte, mit dem Panslawismus drohend, das Recht zu freier Entfaltung der polnischen Nationalität.

Aus Gründen der deutschen Politik wollte Graf Dyhrn die Demarkationslinie erhalten sehen und betonte, daß auch 1848 Rechte für die Provinz Posen entstanden seien und daß die augenblickliche Rechtslage auf dem Volkswunsch und dem Zusammenwirken der beiden einzigen damals staatsrechtlich zum Mitreden Berufenen, Krone und Bundestag, beruhe. Daran knüpfte Hirsch, ein stockkonservativer Polizeirat aus der Stadt Posen, eine Reihe von Vorwürfen über die staatsfeindlichen polnischen Wühlereien und rief aus:

"Der Genius Deutschlands gebietet, mit allen Kräften an der Ausbreitung des germanischen Elements nach Osten hin zu arbeiten… Ich glaube, daß eine deutsche Provinz Posen das kräftigste Bollwerk gegen Osten sein wird!"

²⁾ Stenogr. Berichte über die Verhandlungen der 2. Kammer, S. 490-510. Nach der Kritik Hallgartens (S. 108 f. u. Anmkg. 249) an der Darstellung dieser Vorgänge in Lauberts Polenpolitik (S. 103 f.) und L.'s Entgegnung (FBPG, Bd. 42 S. 434 f.) schien mir eine etwas eingehendere Behandlung dieser Debatten zweckmäßig. Die "bedeutsame Erklärung" mit der Alternative: Auflösung der Provinz oder Ausnahmegesetze, die L. S. 104 anführt, haben die Deutschposener Abg. nicht am 2. 10., sondern erst am 13. 2. 50 abgegeben; Stablewski hat seine Rede am 2. 10. 49 gehalten. Hallgarten gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Regierung an der verwaltungsmäßigen Zweiteilung der Provinz vom April 1848 bis zum Sommer 1849 festgehalten hat. Eine ausführliche referierende Darstellung dieser und der folgenden Parlamentsverhandlungen vom polnischen Standpunkt gibt R. Komieroswki, Koła Polskie w Berlinie, S. 73 ff. (Posen 1910).

Manteuffel, dessen Äußerungen über die Demarkationslinie nicht ganz klar und eindeutig waren, kündigte zum Schluß eine Regierungsvorlage zur Posener Frage an, und der Berichterstatter, Simson, hob nochmals den Widerspruch zwischen den ersten Artikeln der preußischen und der deutschen Verfassung und die Möglichkeit späterer Zusätze zur preußischen hervor. Daraufhin zogen Geßler und Dyhrn ihre Zusatzanträge zurück und Artikel 1 wurde unverändert angenommen.

Die Kammern hatten sich also den Plänen des Innenministers entgegenkommend gezeigt und sich gegen die Ausgrenzung eines selbständigen Landesteils erklärt. Manteuffel glaubte nun, ruhig daran gehen zu können, die Demarkationslinie, diese "das preußische Staatsgebiet durchschneidende Grenze" zu beseitigen und dann den Provinzialverband aufzulösen. Wollte er ganze Arbeit leisten, dann durfte er im Osten keinen rein polnischen Bezirk übrig lassen, sondern die neuen Bezirksgrenzen mußten die Demarkationslinie überschneiden. Der rechte Zeitpunkt für diese Umwälzung mußte von der deutschen Politik bestimmt werden, nicht nur, weil zur Aufhebung der Demarkationslinie und Einverleibung Ostposens in Deutschland die Zustimmung des neuen deutschen Parlaments erforderlich war, sondern auch, weil die unsicheren Aussichten der Radowitz'schen Union davor warnten, der allgemeinen Politik neue Schwierigkeiten im Osten entstehen zu lassen.

Die Regierung wollte daher ohne viel Rücksicht auf besondere Wünsche die politischen und rechtlichen Verhältnisse Posens endlich einmal fest und klar gestalten.

"Die Unklarheit und Unsicherheit der Posen'schen Verhältnisse muß einer klaren und sicheren Aufstellung derselben weichen, die Ansprüche der Polen auf besondere politische Rechte und auf Schutz ihrer Nationalität müssen durch entschiedenes Handeln in diejenigen Grenzen zurückgewiesen werden, welche die Verträge bedingen, welche ohne Beeinträchtigung der Sicherheit und des Wohlstandes des Staates, ohne Verletzung des in der Provinz stark vertretenen deutschen Elementes nicht überschritten werden dürfen,"

hieß es in der unter Manteuffels Augen ausgearbeiteten Denkschrift des Innenministeriums.³) Da man die Kammern den Artikel 1 der preußischen Verfassung unverändert hatte annehmen lassen und den Artikel 2 der Unionsverfassung nicht ändern wollte, blieb ja nur der von Manteuffel schon vor vier Monaten empfohlene Weg übrig, durch Beseitigung der Demarkation die "halben Maßregeln" des Revolutionsministeriums wieder gutzumachen. Man betrachtete jetzt diese Frage nicht mehr vom Standpunkt der Wiederherstellung Polens, sondern nach den nüchternen Grundsätzen preußischer Machtpolitik und sah in der "interimistischen Staatsangehörigkeit der Bewohner des demarkierten Landesteiles" mit Recht nur eine "Anweisung auf künftigen Abfall". Nach den gleichen Grundsätzen betrachtete man jetzt aber auch die Freiheiten, die den

³⁾ Die Denkschrift ist zwischen dem 3. u. 12. 10. entstanden u. befindet sich in Rep. 77 tit 539 I vol. 3 f. 53-75. Den Schlußberatungen über sie wohnte auch Beurmann bei, vgl. Pos. Ztg. 19. 10.

Polen verbleiben sollten; die kulturellen und sprachlichen Rechte, die ihnen Artikel 186 der Unionsverfassung verbürgte, und die Gemeindeselbstverwaltung, die nach der neuen Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung auch in Posen eingeführt werden sollte. "Die Polen haben sich der Regierung stets feindlich gezeigt," heißt es in der Denkschrift: nun kann ihnen der Staat nicht auf einmal den guten Willen zur Vermeidung des Mißbrauchs ihrer Freiheiten beibringen; wohl aber kann er diesen Mißbrauch durch Aufteilung des Provinzialverbandes auf die Nachbarprovinzen unschädlich machen. Dann erst würden auch die Bestimmungen der preußischen Verfassung über die Provinzial- und Kommunalversammlungen im Osten anwendbar. Denn ein eigener Posener Provinziallandtag, fürchtete man, würde immer ein polnisches Propagandainstrument bleiben und die Posener Deutschen ihrer Vertretung berauben. Nach der Zerschlagung der Provinz, hoffte man, könnten die polnischen Minderheiten in Westpreußen und Schlesien "weder dem Staat noch den friedliebenden deutschen Nachbarn gefährlich werden" und die Regierung dürfe dann "mit voller Rückhaltlosigkeit den Polen die freieste Entwicklung ihres nationalen Lebens gestatten". Dann könnten sie einmal ebenso zufriedene preußische Untertanen werden wie die anderen Minderheiten. Die Aufteilung der Provinz dachte man sich so, daß der Bezirk Bromberg zusammen mit den Bezirken Danzig und Marienwerder eine neue Provinz Westpreußen bilden und der Bezirk Posen zum größten Teil an Schlesien angeschlossen werden sollte; dafür wäre die Oberlausitz von Schlesien zu Brandenburg geschlagen worden. "Die leitenden Gedanken hierbei sind Homogenität, geschichtliche Zusammengehörigkeit und administrative Zweckmäßigkeit." Die Durchführung der Einverleibung sollte so vor sich gehen, daß sich die Regierung zunächst durch eine Rundfrage bei den Fürsten, die dem Dreikönigsbündnis beigetreten waren, deren Zustimmung sicherte und danach die der preußischen Kammern einholte. Dann konnte in ganz Posen zum deutschen Volkshaus gewählt werden und schließlich dieses die Einverleibung endgültig beschließen. Aber damit wären die staatsrechtlichen Verhältnisse des östlichen Teiles der Provinz immer noch nicht völlig geklärt gewesen! Denn "in den weiteren deutschen Bund (den Bund von 1815) würde er dadurch noch nicht aufgenommen, hierzu liegt zurzeit eine staatsrechtliche Notwendigkeit noch nicht vor..."!

Dieser Entwurf Manteuffels entsprach vor allem den Bedürfnissen und Interessen des preußischen Staates. Die Leitgedanken der Polenpolitik von 1848 waren so gut wie ganz daraus verschwunden: weder weltbürgerlich-ethische Prinzipien noch eigentlich deutsch-nationale Gesichtspunkte leiteten die Polenpolitik Manteuffels. Er setzte sich nicht mehr eine möglichst reinliche Scheidung der Deutschen und Polen zum Ziel — die hatte sich als unmöglich erwiesen —, sondern er wollte die Verhältnisse im Osten so gestalten, daß den Polen ohne Gefahr für den preußischen Staat so viel Freiheiten gegeben werden konnten, wie notwendig waren, um ihre kulturellen Ansprüche (soweit sie als berechtigt anerkannt wurden) leidlich zu befriedigen. Wenn die Polen in den

letzten Kammerdebatten erklärt hatten, auf ihre nationalen Wünsche nicht verzichten zu wollen, dann war das schon das äußerste, was Preußen zugestehen konnte. Das Nationalitätenprinzip wurde in ienem Entwurf ausdrücklich abgelehnt4), und eine Flugschrift, die in diesen Monaten wohl zur öffentlichen Begründung des Ministerialentwurfs erschien. sprach gleich auf den ersten Seiten offen aus, daß Staat vor Volk gehe. wie der Geist über der Natur stehe, und daß ein Staat im Staate ein Unding sei.5) Und wenn man den Polen jetzt noch sprachliche und kulturelle Rechte nach Artikel 186 zu lassen bereit war, wollte man damit wohl kaum die Naturrechte der Minderheit anerkennen (wie die Schöpfer dieses Artikels), sondern zog nur die Folgerungen aus der Einsicht, daß die Polen vorläufig wenigstens nicht wirklich eingedeutscht werden könnten. Und diese Rechte zu geben, war eben für den Staat politisch weniger bedenklich, wenn man vorher das Übergewicht der Polen in einer Provinz gebrochen und sie als Minderheiten auf die angrenzenden Provinzen verteilt hatte. "Je unauflöslicher und sicherer die politische Verbindung ist, desto freier kann und wird der Staat die fremde Nationalität innerhalb jener Verbindung gewähren lassen."6)

Gegen diesen Aufteilungsplan erhob sich nun aber von verschiedenen Seiten Widerstand. Nicht ohne Grund hatte das Promemoria ausführlich die Frage behandelt, ob nicht die Verträge von 1815 der Aufteilung des Großherzogtums Posen entgegenständen. Nicht ohne Grund hatte das Ministerium diese Frage in einer umfangreichen Broschüre durch den Major v. Voigts-Rhetz untersuchen und verneinen lassen.⁷) Es scheint damals wirklich eine Frage gewesen zu sein, ob nicht in der Wiener Schlußakte die Integrität des Großherzogtums Posen verbürgt sei. Meyendorff, der russische Gesandte, welcher der Polenpolitik des Reaktionsministeriums sehr wohlwollend gegenüberstand und dem Aufteilungsplan durchaus zustimmte, stellte doch seinem Vorgesetzten Nesselrode gegenüber die Fragen: "... aber ist das nicht eine Frage der Verträge? Und was werden Frankreich und England und der ganze deutsche Liberalismus dazu sagen?"8) Wenn wir uns erinnern, daß die sofortige

^{4) &}quot;Die Maßregel der nationalen Reorganisation des Ghzt. P. oder eines Teiles desselben ist ein Produkt des wildesten Revolutionsschwindels...; es sollte mit der Vergangenheit entschieden gebrochen werden, es sollten die Staaten ohne Rücksicht auf historische Begründung nach dem Prinzip der Nationalitäten aufs neue begründet werden..." Die aus dieser Gesinnung entstandenen Maßnahmen werden dann als Halbheiten verworfen.

⁵) ,,Finis Poloniae, von einem Preußen", Berlin, F. Schneider, zu Ende des Jahres 1849.

⁶⁾ Ebd. S. 6.
7) Denkschrift über die politische Stellung d. Prov. Posen zur preuß. Monarchie u. die nationale Berechtigung ihrer Bewohner. Nach staatsrechtlichen Urkunden u. offiziellen Dokumenten. Berlin 1849.

⁸⁾ Vgl. Meyendorffs Briefe an Nesselrode v. 14./26. 10. u. Paskiewitsch v. 15./27. 10. (Politischer und privater Briefwechsel II, S. 228 f., 232 f.). — S. auch Anmkg. 18 zu Abschn. III u. Anmkg. 22 zu Abschn. IX.

Durchführung der Demarkation im August 1848 nicht zuletzt an außenpolitischen Hindernissen der Zerteilung der Provinz entgegenstanden.

Auch die extrem konservativen Kreise in Preußen wünschten die Teilung nicht und scheinen ebenfalls (wenigstens z. T.) die Wiener Verträge dagegen ins Treffen geführt zu haben. Und erst recht konnte die Teilung der Erzdiözese nie Gnade finden vor den Augen der romantischen Camarilla — sah sie doch gerade wie eine Maßnahme gegen die Kirche aus! Daher hatte Radowitz einen Mißerfolg, als er diese Pläne im Zusammenhang mit seiner deutschen Politik am 1. November dem König vortrug.⁹)

Widerstand gegen die Aufteilung erhob sich auch an einer Stelle, wo er vielleicht nicht erwartet worden war: in der Stadt Posen, die durch die Zerschlagung der Provinz ihre materielle Existenz aufs äußerste gefährdet sah. Schon als die ersten Nachrichten über die Pläne des Ministeriums in die Öffentlichkeit drangen und noch gar nicht einmal feststand, ob die Demarkationslinie Wirklichkeit werden sollte oder nicht, hatte die Posener Stadtverordnetenversammlung eine Kommission eingesetzt, die deswegen eine Bittschrift an die Kammern entwerfen sollte. Mitte Oktober wurde über den Entwurf beraten. Die Demarkationsfrage berührte man lieber nicht, denn darüber waren sich die Stadtväter nicht einig. Auf Wunsch eines polnischen Stadtverordneten strich man sogar eine Stelle, an der vom Anschluß an Deutschland die Rede war! Die Kammern wurden nur darum gebeten,

"die Integrität der Provinz Posen, wie sie gegenwärtig besteht, aufrecht erhalten und allen etwaigen Vorlagen der Regierung, die eine Zerstückelung oder Abtrennung einzelner Teile zum Zweck haben, die Zustimmung versagen zu wollen". Denn "die von einer solchen Zerstückelung für den Staat erhofften Vorteile sind mehr als problematisch, da die Ereignisse der Neuzeit hinlänglich bewiesen haben, daß willkürlich auf der Landkarte gezogene Linien auf die Bevölkerung eines Landstrichs keinen Einfluß ausüben; die Nachteile dagegen sind unausbleiblich, indem die Bevölkerung durch eine solche gouvernementale Maßregel aus allen ihren zeitherigen sozialen und kommerziellen Beziehungen gerissen wird und neue Beziehungen erst nach Besiegung großer Schwierigkeiten und nur mit empfindlichen Verlusten sich anknüpfen lassen…" ¹⁰)

Die Posener Zeitung, seit dem 1. Oktober in konservativem Besitz, wandelte auf denselben Wegen. Sie wollte in der Teilung kein Heil sehen, weder für die Provinz noch für den Staat; nur ein paar grundbesitzlose Beamte hätten vielleicht Vorteil davon. Man könne die Provinz dadurch nicht germanisieren, sondern höchstens die kleine Zahl polnischer Abgeordneter weiter vermindern. "Viel schlimmer für die Regierung, wenn ihre Stellen durch Ultrademokraten von Talent eingenommen würden..."

¹⁰) Pos. Ztg. 19. 10., 26. 10., 1. 11. — Am 2. 10. hatte der Abg. Hirsch-Posen noch Geßlers Antrag mitunterzeichnet, der den Polen die abgesonderte Reorganisierung Ostposens aufzwingen wollte!

⁹⁾ Vgl. Leopold v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I S. 380 u. Hallgarten S. 106. In Rep. 77 tit. 539 I vol. 3 f. 2 f. befindet sich ein anonymes Schreiben mit Aufzeichnungen gegen die Denkschrift, anscheinend von einem führenden Vertreter der äußersten Rechten.

besser sei es, wenn nach und nach polnische Politiker in den Berliner Kammern lernen könnten, die Weltereignisse nicht bloß von polnischen Standpunkt zu betrachten. "... Oder hält die Regierung die Provinz nicht für ein hinlänglich gesichertes Besitztum? Nun, dann eben muß sie die Provinz zusammenhalten durch eine starke Zentralisation." In Berlin wirkten jetzt die beiden deutschen Abgeordneten der Provinzialhauptstadt zusammen mit den Polen den Bemühungen der übrigen Deutschposener Abgeordneten auf Zerteilung der Provinz entgegen! 11)

So waren jetzt neben dem Vertrauen auf die Regierung einzig und allein die Kommunalinteressen wieder der Leitstern für das Handeln der Stadt Posen geworden. Wie in den ersten Tagen der Märzrevolution. standen sich auch jetzt ganz am Schluß der Bewegung die Deutschen der Provinzialhauptstadt und die Deutschen in Stadt und Land der Randkreise getrennt gegenüber. Diese glaubten sich ja durch die Nachrichten, die über die Absichten der Regierung durchdrangen, dem Ziele ihrer Wünsche nahe und erhoben keinen Widerspruch.

Doch hatte die Stadt Posen mehr Glück: wahrscheinlich aus den angeführten Gründen der hohen Politik entschloß sich das Ministerium, von der Auflösung der Provinz vorläufig abzusehen und zunächst nur die Einverleibung Ostposens in Deutschland durchzuführen. Diese galt als staatsrechtliche Notwendigkeit, jene schien nur aus Nützlichkeitsgründen geboten und sollte vorerst aufgeschoben werden, um keine neue Erbitterung unter den Polen hervorzurufen, um nicht eine Möglichkeit zu außenpolitischen Verwickelungen wegen der Wiener Verträge zu geben und um sich bei der unsicheren Lage Preußens und Deutschlands nicht noch mehr zu belasten. Noch ehe der König die Aufteilung Posens endgültig abgelehnt hatte (6. November), war im Ministerium ein Anhang an die Denkschrift von Anfang Oktober entstanden, der diese neue Ansicht darlegte.12) Grundsätzlich aber war man noch der Meinung, daß die Posener Zustände entschiedene Maßregeln verlangten und daß den Wünschen der Deutschen doch irgendwie entsprochen werden müßte, und glaubte bei der Beratung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung eine passende Gelegenheit zur Teilung finden zu können.

Nun erlahmte die Tätigkeit der Regierung in der Posener Frage wieder für einige Wochen. Aber über die Änderung ihrer Absichten drang doch genug in die Öffentlichkeit: am 10. November meldete die Posener Zeitung, der Demarkationsgedanke sei gefallen und die Abgeordneten der Stadt Posen hofften, eine Mehrheit für die Erhaltung der Provinz und ihre Einteilung in drei Bezirke zu gewinnen. Dieser schon im Frühjahr vom Ministerium beratene Plan fand jetzt natürlich bei allen Beifall, die von der Beseitigung der Demarkationslinie nichts wissen wollten. Zwei Wochen später teilte die Posener Zeitung mit, daß auch der Zerstückelungsplan gefallen sei.13)

 ¹¹⁾ Ebd. Leitartikel v. 21., 30., 31. 10., 4. u. 5. 11.
 12) Rep. 77 tit. 539 II vol. 3 u. V. Der Nachtrag wurde am 5. 11. entworfen u. am 7. versandt, vgl. Hallgarten S. 107. 13) Pos. Ztg. 24. -30. 11.

Wie im Oktober die Posener Stadtverordneten gegen die Aufteilung der Provinz gearbeitet hatten, so wurde jetzt von Bromberg aus noch einmal der Apparat der "Monstrepetition" benutzt, um, wenn irgend möglich, wenigstens den Anschluß des Netzedistrikts an die Provinz Preußen noch durchzusetzen. Wie 1848 so oft, wurde hier zum letzten Male betont: "Eine Verbrüderung mit den Polen ist unmöglich, deshalb wollen wir lieber ganz von ihnen geschieden sein, als in steter Uneinigkeit mit ihnen leben." Die Nachteile, die die Stadt Posen bei der Abtrennung des Netzedistrikts erleiden würde, hielt man für bedeutungslos gegenüber dem Wohl so vieler Tausender. 14) Schon in Anbetracht der Zahl der Unterschriften wird man in die Behauptung der Posener Zeitung, daß auch die Bevölkerung des Netzedistrikts alles beim alten zu lassen wünsche, Zweifel setzen müssen, selbst wenn man berücksichtigt, daß auch diese Petition in vielen Orten (nicht überall) von den Behörden unterstützt wurde. Ferner sprachen sich außer einer Anzahl von Privatleuten Anfang Dezember auch die deutschen Wahlmänner des Kreises Obornik für die Auflösung der Provinz aus, weil diese Lösung allein den Interessen des Staates und der Posener Deutschen entspräche. 15)

Und schließlich ließ sich am 1. Dezember auch die Deutsche Verbrüderung nach monatelangem Schweigen mit einer Eingabe an die Kammern wieder vernehmen. Das Wesentliche des Inhalts war: die Entwicklung der letzten zwei Jahre hat entschieden, daß die ganze Provinz preußisch bleiben soll. Daher verpflichtet das Prinzip der Selbsterhaltung die Regierung,

"dem von der polnischen Bevölkerung offen bekannten Streben auf Losreißung dieser Provinz durch Verstärkung der treuen Elemente, d. i. durch Beförderung des Deutschtums entgegenzutreten... Jede Konzession, welche geeignet ist, die polnische Nationalität zu kräftigen und zu einen, ist eine Sünde gegen den eigenen Staat, denn sie verstärkt und kräftigt den inneren Feind... Die Verwerfung des Zerteilungsprojekts gefährdet die Provinz für immer..."

Die Kammern wurden also gebeten, dies Projekt wieder aufzunehmen und zu genehmigen und außerdem den Antrag des Abgeordneten Osterrath, den Artikel 186 der Unionsverfassung in die preußische Verfassung aufzunehmen, zu verwerfen. Denn die Polen würden die Gewährleistung volkstümlicher Entwicklung für die nichtdeutschen Volksstämme so auslegen, als werde ihnen damit die Bildung eines Staates im Staate freigestellt. Diese Wiederaufnahme nationalistischer Gedanken der Revolutionszeit fand aber jetzt keinen wesentlichen Widerhall mehr; die Posener Zeitung konnte diese Eingabe einfach totschweigen. Die Deutsche Verbrüderung erließ am 7. Dezember noch einen Aufruf, bei den Wahlen zum deutschen Volkshaus in Erfurt nur regierungstreue Männer zu wählen — er scheint ihre letzte Kundgebung in der Öffentlichkeit gewesen zu sein. Auch in ihren Akten finden sich keine späteren

^{14) 21. 11. (}Rep. 77 tit. 539 I vol. 3 f. 106 f.) dazu vgl. das Schreiben d. Bürgermeisters Kaulfuß in Nakel an den Minister des Innern v. 15. 12. ebd. u. die Meldungen der Pos. Ztg. v. 30. 11. u. 7. 12.
15) Diese u. die folg. Eingaben ebd., dazu ZAWG f. 509 f. u. HDV.

Schriftstücke, und so dürfte dieser erste völkische Schutzverein im deutschen Osten über sein erstes Lebensjahr nicht weit hinausgekommen sein. Sein erster Führer, Gymnasialdirektor Kießling, scheint sich schon früher von ihm zurückgezogen zu haben. Auch der Bromberger Schwesterverein scheint keine Spuren weiterer Tätigkeit hinterlassen zu haben.

Bei der Vorbereitung der Wahlen zum Unionsparlament erhob sich die Frage, ob der kleine Bezirk im Osten der Provinz, der doch Deutschland einverleibt werden sollte, nicht gleich mitwählen könnte. Wenn sie auch in der Wahlausführungsverordnung vom 26. November vorläufig verneint wurde, so mag das doch die Posener Angelegenheit wieder etwas in Fluß gebracht haben. Am 10. Dezember stellte der Abgeordnete Żółtowski einen dringenden Antrag gegen die Vornahme von Wahlen zum deutschen Volkshaus im Großherzogtum Posen überhaupt, und Geßler aus Schubin mahnte Manteuffel durch eine kleine Anfrage daran, daß er im September und Oktober beiden Kammern Vorlagen über die Regelung der Posener Verhältnisse versprochen habe. 16) Ein paar Tage später wurde der Ministerpräsident durch den Stadtverordnetenvorsteher von Posen noch einmal an die Wünsche der Provinzialhauptstadt erinnert, in einer Schrift, welche die Forderung nach Erhaltung der Provinzialeinheit mit dem Verlangen nach einer kräftigen Verwaltung und rücksichtsloser Germanisierung verbindet.

Am 17. Dezember legte die Regierung der zweiten Kammer die Denkschrift vor, deren Entstehung wir oben verfolgten, und erbat sich im voraus ihre Zustimmung dazu, die Einverleibung zu einem ihr selbst erwünschten Zeitpunkt vornehmen zu können; im übrigen wahrte sie sich ihre Handlungsfreiheit in der Posener Sache. Sie konnte der Annahme sicher sein; denn die Kammermehrheit ging noch schärfer gegen die Polen vor. 17) v. Schlotheim, Landrat des Kreises Bomst, der schon eine Woche vorher bei der Einbringung von Zółtowskis Antrag auf die Bedeutung eines baldigen endgültigen Beschlusses für die Beruhigung des Posener Landes hingewiesen hatte, stellte seinem Vorgesetzten sofort eine Vorfrage, auf die Manteuffel einzugehen vermied, die aber für die Beamtenschaft der Provinz Posen um so wichtiger war: wie es denn in Zukunftmit der Verwaltung der Provinz stehen solle, das müsse doch vor der Beratung über die Aufnahme des Rests in Deutschland entschieden sein!

In derselben Sitzung lehnte die zweite Kammer auch Zółtowskis Antrag dem Kommissionsbeschluß entsprechend ab. Zum letzten Mal versuchten die Polen eine Sonderstellung für das Großherzogtum Posen durchzusetzen: Zółtowski bemühte sich um den Nachweis, daß die

¹⁶) Wahlausführungsverordnung im Preuß. Staatsanzeiger v. 29. 11., mit Liste der Abgeordnetenzahlen. Stenogr. Berichte d. 2. Kammer S. 1611 u. 1623. (Vgl. Hallgarten S. 109 f., Laubert, Polenpolitik S. 104 u. Buzek, Historja polityki narodowościowej rządu Pruskiego wobec Polaków, S. 104).

¹⁷) Stenogr. Berichte d. 2. Kammer S. 1743-54.

í

Einverleibung Westposens in den Deutschen Bund unrechtmäßig erfolgt sei, weil wegen der Einfügung der Bundesakte in die Wiener Kongreßakte von 1815 deren Signatarmächte bei Veränderungen des Bundesgebietes zu hören seien. Stablewski suchte der Versammlung klar zu machen, daß die mit der Einverleibung verbundene Eindeutschungspolitik die Polen dem allslawischen Gedanken in die Arme treibe und führte, im Hinblick auf die bevorstehende Aussprache über Osterraths Antrag, den Freiherrn vom Stein dafür als Zeugen an, daß sie nicht nur aussichtslos, sondern auch unsittlich sei.

Vergeblich - Schlotheim und Röder, Landrat in Ostrowo, widersprachen ihm nachdrücklich, verteidigten die Demarkationslinie und griffen die grundsatzlose amtliche Polenpolitik scharf an. Manteuffel erklärte kurz und deutlich: "Die Regierung hält dafür, daß der diesseits der Demarkationslinie liegende Teil des Großherzogtums durch gültige Staatsverträge Deutschland einverleibt worden ist; sie folgert daraus. daß sie die Pflicht habe, in diesem Teil auch für das deutsche Volkshaus wählen zu lassen." Geschichtlich ist das Schlußwort des Berichterstatters Max Duncker am bedeutendsten unter allem, was in den Polendebatten dieses Winters gesagt wurde: er stellte sich auf den Boden der Ergebnisse des Posener Volkstumskampfes von 1848 und bekannte sich zu einem realistischen, historisch begründeten Nationalismus, der damals neuen Staats- und Weltanschauung. "Es steht Nationalität gegen Nationalität in der Posener Frage, und für uns kann die Entscheidung nicht zweifelhaft sein... Jede schwächere Nationalität wird von der benachbarten stärkeren gedrückt und erleidet Verluste durch dieselbe.... Teilungen haben deutsch gemacht, was deutsch geworden ist von Polen, sondern der große Strom deutscher Kolonisation, der vorwärts gegangen ist vor, während und nach den Teilungen, hat jene Gebiete erobert. Die preußische Regierung begegnete der polnischen Nationalität immer mit einer gewissen Achtung... Ich glaube, das, was Preußen von Polen in Besitz hat, kann auch mit strenger Wahrung des Prinzips der Gerechtigkeit und der Nationalität bestehen und verteidigt werden."

Welches Schicksal Osterraths Versuch, den Minderheitenschutz, der doch in erster Linie den Polen zugute kommen sollte, verfassungsmäßig festzulegen, nach der Ablehnung von Żółtowskis Antrag haben würde, war leicht vorauszusehen.¹³) Der Abgeordnete Keller (Barnim), als Berichterstatter der Kommission für Verfassungsrevision, stieß insgleiche Horn wie Duncker. Zweifellos sei die Förderung aller Glieder Staatsaufgabe, aber doch so, daß "die besondere mit der allgemeinen Wohlfahrt in Einklang gehalten" werde. Die Sprache mache noch kein

¹⁸) Ebd. S. 1770 f. Osterrath war westpreußischer Katholik. Der von ihm beantragte Artikel lautete: "Den nicht deutsch redenden Volksstämmen des preußischen Staates ist ihre volkstümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege." Vgl. Abschn. VI, Anmkg. 10.

Volk "und es hieße den Staat zerreißen", wollte man allen Fremdsprachigen Sonderrechte geben — die beste Garantie für sie sei der treue Anschluß ans Ganze. Für die Deutschen in Frankreich verlange ja auch niemand solche Rechte! Gerade diese Behauptung aber mit ihrem Verzicht auf deutsches Volksrecht vor fremder Macht empörte Osterrath. In der Gewährung des Rechts zu freier Entfaltung der nationalen Besonderheiten, die der Staat nur fördern, aber nicht auf sich nehmen könne, sah er keine Aufforderung zu Verschwörungen, sondern gerade um so mehr zum Anschluß an das Staatsganze. Er schloß mit Dahlmanns eindrucksvollen Worten vom 31. Mai 1848. Fast einstimmig waren auf dessen Antrag damals die Rechte der Minderheiten in Deutschland von der Paulskirche ausgesprochen worden — mit übergroßer Mehrheit und ohne weitere Aussprache lehnte es jetzt die zweite Kammer ab, diese Rechte in der preußischen Verfassung festzulegen, in der allein jetzt ihre Durchführung für die Zukunft gesichert werden konnte.

Welche Wendung in diesen anderthalb Jahren! Nicht ohne Recht bezeichnet ein polnischer Historiker gerade diesen Beschluß als den ersten Hieb des deutschen Parlamentarismus gegen Polen¹9). Ihr Anspruch auf eigene politische Existenz war schon längst erledigt, jetzt aber auch die Gewährleistung kultureller Rechte dahin. Denn ob, wann und wie die Unionsverfassung und mit ihr vielleicht auch Artikel 186 einmal rechtskräftig würde, das war doch sehr unsicher. Wenn das Verbleiben der polnischen Abgeordneten im preußischen Parlament überhaupt noch einen Sinn hatte, dann nur den, noch Schlimmeres abzuwehren und im Wechsel parlamentarischer Kampflagen möglichst viel für sich herauszuholen. Da im Bunde mit den Parlamenten oder der Opposition nichts mehr zu erreichen war, konnten sie versuchen, sich womöglich der Regierung nützlich zu erweisen, um so vielleicht Erfolge zu erringen.²0)

Die Deutschposener Abgeordneten, die in der zur Vorberatung der Regierungsvorlage im Dezember gebildeten Kommission 21) gegenüber der polnischen Minderheit kurz vor Toresschluß noch möglichst viel durchsetzen wollten, erhoben gegen die Absichten des Innenministers nicht gerade offenen Widerspruch. Aber sie wiesen im Januar doch darauf hin, daß es weder gerecht noch politisch sei, den Deutschen ihren vorherrschenden Einfluß im Westen der Provinz zugunsten der Polen

¹⁹) Buzek a. a. O. S. 105.

²⁰) Unter diesem Gesichtspunkt bringt Hallgarten (S. 110) die Stimmenthaltung der Polen bei der Entscheidung über das Herrenhaus am 25. 1. 50 mit der Wendung Manteuffels zu einer etwas polenfreundlicheren Haltung in Zusammenhang. In diesen Wochen erschien übrigens bei Unger in Berlin, dem Drucker der Polenfreunde, noch eine verspätet anmutende Flugschrift, Über die Unteilbarkeit der Provinz Posen nach heiligem Völkerrechte", deren unbekannter Verfasser die Integrität des Großherzogtums auf Grund der Normen des christlichen Naturrechts, die allen Völkern ihr Lebensrecht zuerkennen, mit Eifer verfocht.

 $^{^{21}}$) Stenogr. Berichte der 2. Kammer S. 1769. Unter den 14 Mitgliedern der Kommission waren 6 Posener Deutsche und 2 Polen. Sie beriet v. 8. 1.-7. 2.

zu nehmen, und wünschten, daß vor der Aufnahme des östlichen Teiles in Deutschland durch Änderung der Provinzialverhältnisse den Deutschen die jetzige Stellung gesetzlich gesichert werde.22) Auf der anderen Seite brachten die deutschen Bürger der Provinzialhauptstadt Anfang Februar nochmals ihre Bedenken gegen den Aufteilungsplan vor und begründeten sie jetzt auch vom Standpunkt der Germanisierung. Sie zogen zwar am gleichen Strang wie die Polen, aber damit war die alte Polenfreundschaft hier noch nicht wieder auferstanden. Im Gegenteil, auch in der Stadt Posen herrschte eine recht polenfeindliche germanisatorische Einstellung. Den Polen durch Teilung der Provinz ihre Hoffnungen auf künftige Losreißung zu nehmen, sei unmöglich, hieß es in ihren Denkschriften. Eine schnelle Eindeutschung, d. h. Durchdringung polnischer Nationalität mit deutscher Bildung und Sitte und Anhänglichkeit an die deutsche Regierung, sei nur durch Stützung des deutschen Elements zu erreichen. Dann aber müsse die Stadt Posen ein wirtschaftlich starker Mittelpunkt deutscher Kultur bleiben; das sei aber nach der Teilung der Provinz unmöglich. Außerdem hätten die einzelnen Teile des Landes als Anhängsel anderer Provinzen nicht die gleiche Förderung zu erwarten, wie wenn sie eine Einheit blieben. Diese Meinung wurde aber nicht überall geteilt. Den Meseritzern z. B. lag so viel an ihrer Trennung von der Provinz Posen, daß sie jetzt darum baten, wenigstens die fast rein deutschen Kreise Meseritz und Birnbaum mit Brandenburg zu vereinigen.

Den deutschen Abgeordneten vom Lande und den Kleinstädten, die bei der Vorberatung der Regierungsvorlage in der Kommission mitwirkten, gelang es, diese zu einem letzten Versuch fortzureißen, um doch noch die Zerteilung der Provinz durchzusetzen.²³) Die zwei polnischen Mitglieder versuchten abermals, durch Ablehnung der beantragten und Anfechtung der bereits erfolgten Einverleibung auf Grund der Verträge von 1815 noch besondere Rechte für das Großherzogtum Posen zu erreichen. Sie blieben in der Minderheit; in ausführlichen Untersuchungen wies die Kommissionsmehrheit in ihrem Bericht nach, daß diese Verträge keine Sonderstellung Posens vorsähen. An der Notwendigkeit der Einverleibung gab es für sie keinen Zweifel mehr, - es fragte sich nur, wie sie durchzuführen sei. Sie gab zu, daß bei der herrschenden Spannung, ja dem Haß zwischen beiden Völkern, der deutsche Einfluß gegenüber den zahlreicheren Polen in der Selbstverwaltung — bald sollte ja die neue Provinzial- und Gemeindeordnung eingeführt werden! - noch nicht durch den Anschluß an Deutschland, sondern erst durch Aufteilung der Provinz gesichert sei. Der Regierungskommissar, der an den Verhandlungen der Kommission teilnahm, ließ durchblicken, die Regierung wisse, daß es mit der Einverleibung nicht getan sei, und sei bereit, klar bestimmte Kammeranträge reiflich zu prüfen und zu berücksichtigen. Eine schwache Mehrheit in der Kommission glaubte nun, mit Erfolg den Antrag stellen

<sup>Diese u. d. folg. Eingabe: Rep. 77 tit. 539 I vol. 3 f. 242 u. 221.
Vgl. d. Kommissionsbericht, Stenogr. Berichte der 2. Kammer,
S. 2629-42.</sup>

zu können, die Kammer möge ihre Zustimmung zur Einverleibung "unter der Bedingung erteilen, daß vorher die Provinz Posen als ein Ganzes aufgelöst und ihre Bestandteile den angrenzenden Provinzen zugeteilt werden".

Die polnischen Abgeordneten gaben das Spiel verloren. Eine Festlegung politischer und kultureller Sonderrechte der Verfassung hatten sie nicht erreichen können (sie wurde am 31. Januar vom König beschworen.) Sie wollten aber den jetzigen Zustand nicht durch den Eid auf die Verfassung noch freiwillig anerkennen, weil er als Verzicht auf die Rechte und Ansprüche des Großherzogtums Posen hätte aufgefaßt werden können. Daher legten am 5. Februar die polnischen Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer aus Posen ihre Mandate nieder.²⁴)

Doch die Deutschen der Provinz sollten den Sieg, den sie schon in Händen zu haben glaubten, nicht heimbringen, obwohl von keiner Seite gefährlicher Widerstand gegen den Kommissionsantrag zu drohen schien. Da erhob sich in der Abendsitzung am 13. Februar, 25) als der Berichterstatter v. Brauchitsch soeben zur Verteidigung des Antrages den Grundsatz aufgestellt hatte, "die feindseligen Kräfte zu trennen, bevor sie zu größerer Macht erstarken," — der Minister des Innern. Er schien zuerst zuzustimmen, hob dann aber die Kehrseiten des Aufteilungsplanes hervor: die Berührung von Einzelbelangen, die Schwierigkeiten für die Nachbarprovinzen, die Notwendigkeit eines Sondergesetzes für seine Durchführung, das am Schluß der Sessionsperiode nicht mehr ruhig erledigt werden könne, und alle Nachteile, die ein derartiger Schritt in der großen Politik nach sich ziehen würde. Manteuffel erklärte zwar ausdrücklich, die Regierung halte sich durch die Verträge nicht für gebunden, das Großherzogtum Posen in seiner dermaligen Lage fortbestehen zu lassen, könne aber jetzt trotz allem ein so gewaltsames Vorgehen noch nicht begründen und würde mit den augenblicklich bestehenden polnischen Vereinigungen auch ohne das fertig werden. "Sollte irgend eine spätere Organisationsveränderung der Provinz nötig sein, welche durchaus nicht unabweislich in einer Verteilung besteht, sollte man die Ansicht gewinnen, daß es rätlich und vorteilhaft sei, in den Regierungsbezirken und Kreiseinteilungen eine Änderung eintreten zu lassen, so wird die Regierung damit gewiß nicht säumen hervorzutreten; aber in diesem Augenblick, glaube ich, ist man es der polnischen Nationalität selber schuldig, einen letzten Versuch zu machen, und, nennen Sie es, zu wagen: ob nicht auf Grund unserer Verfassung ein einträchtiges Werk auch in dieser Provinz zu erzielen sei."

²⁴) Ebd. S. 2343, Berichte der 1. Kammer, S. 2515. Auf die Bitte der 3 poln. Abg. um authentische Interpretation der Verfassung erklärte Manteuffel, die 1815 in Wien stipulierten Rechte könnten durch die Verfassung gar nicht berührt werden. — Einige Abg. der 2. Kammer legten ihre Mandate erst in den nächsten Tagen, bis zum 13. 2., nieder, die westpreuß. u. oberschles. Polen gar nicht. Vgl. Komierowski, Kola polskie S. 103 f., u. Stenogr. Berichte der 2. Kammer, S. 2279, 2380, 2443, 2611. Damit erledigt sich der Streit zwischen Laubert und Hallgarten (s. Anmkg. 2 zu diesem Abschnitt).
²⁵) Ebd. S. 2643 ff.

Sofort brachte Schlotheim einen Abänderungsantrag ein, der auf die Auflösung der Provinz vor der Einverleibung verzichtete; auch der schon in der Kommission gestellte Antrag wurde wieder aufgenommen, die Regierung solle die nach der Aufhebung der Demarkationslinie notwendigen Maßregeln zum Schutz der Interessen des Staates und der Provinz, des deutschen und des polnischen Volkstums noch vor der Einverleibung vorschlagen; es war vergeblich. Der Abgeordnete der Stadt Posen, Polizeirat Hirsch, rechnete im Grunde schon mit der Erhaltung der Provinz, wenn er am Schluß der Aussprache noch einmal anführte, was dafür sprach: die sichere Aussicht, daß die heimliche und offene Volkstumsarbeit der Polen dadurch nicht verhindert, wohl aber die einheitliche Bekämpfung ihrer Wühlereien sehr erschwert werde. Den Gefahren, die die Einführung der Provinzial- und Gemeindeordnung in Posen mit sich brachte, wollte er durch Austausch einiger polnischer gegen deutsche Kreise der Nachbarprovinzen, durch Aufhebung der gemeindlichen Polizeiverwaltung und durch Zusammenfassung der Regierungsgewalt in einer Hand begegnen. Er war für Annahme des Regierungsantrags unter der Voraussetzung, daß die Regierung alle Schritte tue. ..welche eine Garantie für die Ruhe und Sicherheit dieses deutschen Grenzlandes bieten und zu größerer Entwicklung des deutschen Elements in der Provinz Posen dienen". Gegenüber diesem Verlangen nach staatlicher Unterstützung für die Aufgaben des deutschen Volkstums in Posen erklärte Manteuffel sofort, die Regierung kenne ihre Pflicht, auf jeden Fall für Ruhe zu sorgen, und fuhr dann unter Beifall fort: "Der zweite Antrag geht dahin, die Regierung solle für die Verbreitung der deutschen Nationalität sorgen. Das ist eine Aufgabe, die die Regierung nicht übernehmen kann. — Wenn die deutsche Nationalität des Schutzes der Verwaltungsbehörden bedarf, um sich geltend zu machen, dann hat sie auf keine Zukunft zu rechnen. Ich glaube, daß in dem deutschen Elemente innere Kraft genug ruht, um... da sich geltend zu machen, wohin seine Bestimmung es ruft. Deshalb halte ich dafür, daß man diese Verhältnisse sich selbst überlassen muß, daß man hier nicht regieren wolle, daß man die Nationalität nicht erbittern wolle, die wenigstens auf Schonung Anspruch machen kann!"

Daß nach zwei Erklärungen des Ministers über seine Absichten in der Polenpolitik diese Kammer nicht mehr widersprach, bedarf keiner Worte. Ohne Vorbehalte wegen Zeit und Umstände gab sie der Regierung die erbetene Zustimmung zur Einverleibung des noch nicht zu Deutschland gehörigen Teils der Provinz in den Deutschen Bund. Die Folgen für diese waren klar zu ermessen. Die Deutschposener Abgeordneten mit Ausnahme der aus der Stadt Posen erklärten in einem Separatvotum²⁶), sie hätten für die Kommissionsanträge gestimmt in der Annahme daß die der Provinz schädlichen Einflüsse einer Preußen und Deutschland feindlichen Partei nur durch Ausnahmegesetze oder durch Lösung des Provinzialverbands gebrochen werden könnten; sie zögen diese vor,

²⁶) Ebd. S. 2654.

weil durch eine Sondergesetzgebung auch die treue Mehrzahl der Untertanen ungerechterweise mitbetroffen werde.

Bald genug wurde auch die Bahn freigegeben für Ausnahmegesetze. Eine Neugestaltung der Posener Verhältnisse auf gesetzlichem Wege war jetzt am Schluß der Sessionsperiode nicht mehr möglich, und fürs erste entledigte sich die zweite Kammer dadurch sehr einfach aller Sorgen, daß sie am 22. Februar der Provinzialordnung folgenden Zusatzartikel (72) anfügte: "Die Anordnung darüber, wann und in welcher Weise die Bestimmungen der Kreis- Bezirks- und Provinzial-Ordnung in Beziehung auf die danach zu bildende Kreis- und Provinzial-Vertretung in der Provinz Posen zur Ausführung gelangen, wird durch ein besonderes Gesetz erfolgen, nachdem die Verhältnisse dieser Provinz mit Rücksicht auf die Demarkationslinie definitiv geregelt sein werden. — Die bis dahin erforderlichen vorläufigen Bestimmungen und Anordnungen sind nach Art. 67 von dem Minister des Innern zu treffen." Ein Zusatz zu Art. 67 hatte "die infolge der Demarkation erforderliche anderweitige Regulierung der Kreisgrenzen" ausdrücklich der Staatsregierung vorbehalten. diese Maßnahmen erhob nur der Abgeordnete Reichensperger auf Grund der Verfassungsartikel 105 und 110 Widerspruch. Manteuffel nahm sie an in der Meinung, "die Absicht gehe dahin, die Sache gewissermaßen in der Schwebe zu erhalten bis zum Austrag" der Demarkationsfrage.²⁷)

Mit der Erwähnung der Demarkationslinie war dem größeren Teil der Deutschen und der Beamten nochmals eine Hoffnung gemacht worden. Vergeblich erhob nun auch Graf Cieszkowski, der frühere Führer der polnischen Partei, vor der ersten Kammer Einspruch gegen diese Beschneidung der staatsbürgerlichen Rechte Posens durch ein "Kolonialregiment". Er glaubte vielleicht, nach Manteuffels Äußerungen am 13. Februar auf mehr Entgegenkommen rechnen zu können.

Manteuffels Reden hatten aber umgehend noch eine andere Wirkung gehabt: In diesem Augenblick, als — zum wievielten Male? — die preußische Polenpolitik in eine neue Kurve einbog, war der bisherige Oberpräsident v. Beurmann unmöglich geworden. Denn er hatte sich ja seit dem Juni 1848 mehr als einmal deutlich für die Aufteilung der Provinz und für eine entscheidende Eindeutschungspolitik ausgesprochen. Er hielt die Einführung der Selbstverwaltung, des freien Vereins- und Presserechts und der Geschworenengerichte in Posen für unmöglich und zog die Konsequenzen: am 17. Februar reichte er dem König sein Abschiedsgesuch ein. 28) Er wies darin deutlich darauf hin, daß die bevorstehenden Verhandlungen über das Verhältnis von Staat und Kirche einen Oberpräsidenten erforderten, der das volle Vertrauen der Polen besitze.

Die Regierung hatte nun freie Hand zur Gestaltung der Posener Verhältnisse; Manteuffel kündigte in der ersten Kammer, in der die Vorlage in dieser Session nicht mehr erledigt werden konnte, einen Gesetzentwurf zur "definitiven Regulierung" der Posener Sache an und bat

²⁷) Ebd. S. 3215 ff., dazu Rep. 77 tit. 539 I vol. 3 f. 264 ff.

²⁸) 1. c. f. 256 f.

auch am 1. April den Oberpräsidenten um Äußerungen, welche Anordnungen man zur vorläufigen Ausführung jenes Zusatzartikels zu treffen habe.²⁹) Aber zu einer umfassenden Gesetzgebung für die Verwaltung der Provinz Posen kam es ebensowenig wie zum Anschluß ihres östlichen Teiles an Deutschland. Die Radowitz'sche Unionspolitik stand doch zu sehr im Vordergrund, und als die Kammern Ende November wieder zusammentraten, kurz nach Olmütz, da beschäftigten wiederum drängendere Zukunftsfragen des preußischen Staates seine Lenker. Den Polen wurde klar, daß sie mit dem Abseitsgehen nichts mehr erreichen könnten, und so erklärten sich die polnischen Abgeordneten, die Anfang Februar ihre Mandate niedergelegt hatten und inzwischen zum größten Teil wiedergewählt worden waren, zur Eidesleistung bereit, da ihre Weigerung nach ihrer Ansicht jetzt nicht mehr einen Einspruch gegen die Nichtanerkennung ihrer Ansprüche in der Verfassung, sondern einen Verzicht auf Gebrauch der verfassungsmäßigen Kampfmittel bedeutet hätte.30)

Das Ministerium bemühte sich, jetzt möglichst wenig in Posen einzugreifen, sondern mit Hilfe der allgemeinen Gesetze auch das Polentum niederzuhalten. Die Teilnahme von Beamten an der Liga Polska hatte Beurmann schon im Herbst 1849 untersagt, und trotz Cieszkowskis Einspruch hob Manteuffel dies Verbot nicht auf. Infolge des am 11. März 1850 verkündeten neuen Vereins- und Versammlungsrechts war die Liga Polska gezwungen, wenige Tage später auf ihrer Hauptversammlung in Posen ihre Tätigkeit einzustellen.31) Die neue Gemeindeordnung wurde zwar in der Provinzialhauptstadt und anderen Städten eingeführt, der Einführung der Provinzialordnung aber widersprach der Innenminister v. Westphalen aber noch im April 1851 — und schon zwei Jahre später wurde sie für ganz Preußen aufgehoben.32)

Beurmann war im Frühjahr 1850 durch v. Bonin ersetzt worden, dessen Ernennung als ein Zugeständnis an die Polen galt und der nicht das Vertrauen der Deutschen erwerben konnte. Seine verhältnismäßig liberale und polenfreundliche Einstellung erwies sich in diesen Jahren der Reaktion auf die Dauer als unmöglich, schon im Sommer 1851 wurde er abberufen und Eugen v. Puttkamer nach Posen geschickt, der seit Jahren schon im Ministerium des Innern die Posener Angelegenheiten bearbeitet hatte und es jetzt für seine Aufgabe erklärte, "den Polonismus

³²) Vgl. Laubert a. a. O. S. 107 f. u. Jaffé S. 208, ferner die Aufzeichnungen Westphalens vom April und Mai 1851 in Rep. 77 tit. 539

I vol. 4.

²⁹) 1. c. f. 279 f., Stenogr. Berichte der 1. Kammer, S. 2996 f. (25. 2.). 30) Stenogr. Berichte der am 2. 11. 50 einberufenen 2. Kammer,

S. 11 (23. 11. 50).

S. 12 (23. 11. 50).

S. 13 (23. 11. 50).

S. 14 (23. 11. 50).

S. 15 (23. 11. 50).

S. 16 (23. 11. 50). bei Laubert, Polenpolitik S. 105, u. bei B. Limanowski, Historja demo-kracji polskiej, S. 434 (Zürich 1901). Doch scheint mir Komierowskis Auffassung quellenmäßig am besten gestützt zu sein. In den Akten des Kultusministersium über die Teilnahme von Beamten und Lehrern an politischen Vereinen (Rep. 76 II sect. 1b nr. 130) wird die Liga Polska, die diese Frage erst akut gemacht hatte, seit April 1850 nicht mehr genannt

energisch in der ihm zukommenden untergeordneten Stellung zu halten". Damit war die Festsetzung des Reaktionssystems in Posen vollendet:getragen wurde es in erster Linie von jenem bei aller Tüchtigkeit in der Verwaltung doch engherzig-rückständigen Beamtentum, das seit dem Spätjahr 1848 wieder gegen die völkisch und freiheitlich gerichtete deutsche Erhebung aufgekommen war. Von den höheren Beamten, die im Frühjahr 1848 in der deutschen Erhebung hervorgetreten waren. haben die meisten in diesen Jahren Posen verlassen.

Sobald die preußische Politik sich wieder schroff gegen die Polen wandte, ließen diese keinen Zweifel daran, daß sie ihre alten Wünsche auf Sonderstellung innerhalb Preußens nur zurückgestellt, nicht aufgegeben hatten: als im Oktober 1851 der Posener Provinziallandtag zum letzten Mal in alter Form zusammentrat, wurde eine besondere Verfassung für Posen beantragt. Dieser Antrag, der übrigens gar nicht zur Verhandlung kam, stützte sich auf die Verfassung des ehemaligen Herzogtums Warschau, auf die Verheißungen von 1815 und die Kabinettsordern vom 24. März und 26. April 1848 und faßte alle Wünsche der gemäßigten Partei noch einmal demonstrativ zusammen.33)

Bei der Bereinigung der aus der deutschen Revolution übrig gebliebenen Fragen im Jahre 1851 verschwand auch der letzte äußere Überrest der achtundvierziger Politik im Osten. Die Provinzen Preußen und Posen wurden wieder aus dem Bund ausgeschlossen, weil Preußen für eine selbständige Politik jetzt wieder eine vom Deutschen Bund unabhängige Grundlage seiner europäischen Machtstellung brauchte.34) Manteuffel hatte zwar vor anderthalb Jahren in der zweiten Kammer erklärt, er betrachte die Aufnahme Westposens in den Deutschen Bund als rechtlich zustande gekommen; aber wenn er jetzt als Ministerpräsident sich die Dinge ganz genau ansah, dann ließ sich doch behaupten, daß die Einverleibung der beiden Provinzen "nicht in genügender Weise zustande gekommen" sei. Man konnte daran zweifeln, ob nicht über die Aufnahme neuer Gebiete in den Bund nur eine Plenar-Bundesversammlung, an Stelle des engeren Bundestages, entscheiden müsse; auch fehlte ja noch ein Reichs- oder Bundesgesetz über die neue Ostgrenze. Außerdem - so erklärte Manteuffel in einem Erlaß an den Geheimen Legationsrat von Bismarck in Frankfurt — sei ja die Voraussetzung, von der man 1848 bei der Einverleibung ausging, nicht eingetreten, sondern in allem anderen der frühere Rechtszustand wieder hergestellt worden; er bewies damit, daß ihm die Gedankengänge von Heinrich v. Arnims deutscher und polnischer Politik noch bekannt waren.

Schon in der ersten Sitzung des neuen Bundestages im Mai hatte der Gesandte v. Rochow eine entsprechende Erklärung abgeben sollen;

a. a. O. S. 108 ff.

34) Vgl. die Protokolle der Bundesversammlung v. 1851: § 45 (11. 6.), § 79 (17. 7.), § 149 (20. 9.) u. § 178 (3. 10.), dazu die eben genannten Aufzeichnungen und die Akten derkgl. Gesandtschaft am Bundestag (Rep. 75 P c 2). Bismarcks Privatschreiben an Manteuffel in seinen Gesammelten Werken, Bd. I (Berlin 1924) S. 14-66 (12. 6.-3. 10.).



^{33) 1.} c. f. 25 f. Über die Reaktionsherrschaft in Posen vgl. Laubert

er hatte es unterlassen, weil er die Zustimmung Österreichs für erforderlich hielt, wenn die Versammlung sie annehmen sollte. Der Notenwechsel mit dem Wiener Kabinett in dieser Angelegenheit nahm einige Wochen in Anspruch, und an ihn schlossen sich zum Teil etwas langwierige Verhandlungen mit einzelnen Mittelstaaten. Im September konnte Bismarck (jetzt Bundestagsgesandter) endlich den Antrag stellen, "die Bundesversammlung möge zur Beseitigung jeder Ungewißheit über die Rechtsverhältnisse der königlichen Provinzen Preußen und Posen erklären, daß diese Landesteile nicht als zum Deutschen Bund gehörig zu betrachten seien". Aber erst nachdem auch noch ein paar kleinstaatliche Gesandte Instruktionen eingeholt hatten, wurde der Antrag am 3. Oktober angenommen — nicht ohne daß einige Klein- und Mittelstaaten das vom nationalen Standpunkt aus bedauerten.

In diesem Augenblick, da Bismarck den letzten Rest der politischen Erbschaft Heinrich v. Arnims aus der Welt schaffte, zeigte sich noch einmal deutlich die Verflechtung der Posener Frage und des polnischen Problems von 1848 mit dem gesamtdeutschen Schicksal.

Abschnitt XI.

Nachwirkung und bleibende Bedeutung der Posener Kämpfe von 1848.

Von außen gesehen schien alles wieder wie früher in Posen. Die Polen hatten weder die Bildung eines eigenen Staates noch Sonderrechte für Posen erringen können und die Deutschen ebensowenig den Anschluß an die Nachbarprovinzen. Das war der einzige Gewinn, der den Polen in letzter Stunde noch vergönnt war — scheinbar nur ein geringer Abwehrerfolg, aber für die Zukunft doch von Wert.

Wenn wir heute, zwölf Jahre nach der Verstümmelung des deutschen Ostens in Versailles, auf diese Dinge zurückblicken, dann drängt sich doch einmal die Frage auf: Was hätte werden können, wenn die Polenpolitik der fünfziger Jahre im Sinn der Deutschposener Bewegung von 1848 geleitet, wenn besonders die Demarkation durchgeführt und der westliche Teil von Posen auf Westpreußen, Brandenburg und Schlesien verteilt worden wäre? Wir können nicht entscheiden, ob es dann gelungen wäre, den Norden und Westen der Provinz dem Deutschtum zu sichern, oder ob die militärische Schwächung der Ostgrenze durch eine polnische Reservation sich nicht höchst gefährlich ausgewirkt haben würde. ganze Zwiespalt zwischen den politisch-militärischen Staatsnotwendigkeiten und den Forderungen ewigen Rechts in diesem Lande zweier Völker wird uns an dem Reorganisations- und Demarkationsproblem so deutlich, wie kaum sonst im 19. Jahrhundert. Die Zeit, die von dem aufkommenden Machtgedanken ergriffen wurde, verurteilte die aus dem politischen Idealismus der Revolutionszeit entstandenen Lösungsversuche als Halbheiten und besaß doch selbst nicht die Kraft, den von ihr beschrittenen Weg in aller Folgerichtigkeit zu Ende zu gehen: auf Schritt und Tritt erweist sich der so oft beklagte Mangel an Konsequenz als der Fluch der preußischen Polenpolitik.

Dennoch brachten die Revolutionsjahre unermeßlichen Ertrag. Eine kurze Zeitspanne hindurch war Nebel und Schwüle aus dem Land gewichen, und die Völker hatten einander ins Auge gesehen: Kampf wurde ihre Losung. Geschwunden war, was sie aneinander glauben ließ; auf sich selbst sahen sie sich gewiesen und auf eigene Kraft. Dabei blieb es, wenn auch die alte Zeit zunächst wiederzukehren und den völkischen Gegensatz zu verdecken schien. Das Tor zu einer neuen Wirklichkeit hatte die Revolution aufgerissen, zur Wirklichkeit einer Zeit chaotisch bewegten Dunkels, in dem als einziger Stern das Wunschziel der Größe des eigenen Volkes leuchtete.

Der Beginn dieses offenen Ringens der Völker (in Posen, in Böhmen, in Siebenbürgen) macht das Jahr 1848 zu einem Markstein in der Geschichte des deutschen Ostens. Bleibende Bedeutung erhält aber unsere Deutschposener Bewegung außerdem dadurch, daß sich in ihr, von der Zeit Flottwells vorbereitet, zum ersten Mal die geistig-politische Gestalt des deutschen Ostmärkers schärfer ausprägte, als der Versuch des friedlichen Nebeneinanders beider Völker scheiterte, als im Kampfe auf sich selbst angewiesen die Deutschen und dann die Polen zum Volksbewußtsein erwachten und den Kampf der Völker im Grenzland als notwendige Folge des neuen politischen Lebens erkennen lernten.

Nur ein Wetterleuchten und Donnergrollen war der polnische Aufstand von 1830 für die Posener Deutschen gewesen — das Land war vom Sturm verschont geblieben.¹) 1848 aber schlug der Blitz ein — jetzt mußten sie retten, was sie fortan noch ihr Eigen nennen wollten. Bedächtig zuerst, dann aber entschlossen und kräftig zupackend leisteten sie, was die Stunde von ihnen verlangte; nüchterner — wie es eben ostdeutsche Art ist — erlebten sie die Revolution als die Polen oder als die Deutschen im Südwesten. Die Mittelschichten in Stadt und Land waren es, die sich gegen die polnische (vom Adel und der besitzlosen Landarbeiterschaft getragene) Bewegung zur Verteidigung erhoben hatten. Diese Zeit voll Kampf und Leben gab ihnen nun auch einmal Männer, die leiten und an die Spitze treten konnten, wie sie bisher dem bürgerlichen Leben der Posener Deutschen so oft gefehlt hatten.²) Die Tatsache, daß die Verwirklichung ihrer Gedanken an den politischen Umständen und an der matten Passivität gescheitert ist, die ihre Landsleute nach Abwendung der ärgsten Gefahr wieder ergriff, kann den führenden Männern ihren ehrenvollen Platz in der ostdeutschen Geschichte nicht nehmen.

Eine Entscheidung von bleibender Bedeutung haben die Posener Juden getroffen, als sie sich dem Zwang der Notwendigkeit sowie ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen folgend, nach der Märzrevolution der deutschen Erhebung anschlossen und tätigen Anteil an ihr nahmen. Das gab ihrer 1847 erfolgten Emanzipation noch eine ganz besondere Bedeutung. Ihre Vermischung mit der Masse der deutschen städtischen Bevölkerung machte jetzt, gerade in den oberen Schichten, neue Fortschritte.³) Diese Tatsache hat in Verbindung mit der seit den dreißiger Jahren einsetzenden Auswanderung der Posener Juden ins innere Deutschland gewiß keine geringe rassische Auswirkung für das deutsche Volkstum gehabt.

Es war durchaus natürlich, wenn die Deutschen Posens, durch die Stellungnahme zum Reaktionssystem politisch gespalten, die national-politische Bedeutung der achtundvierziger Vorgänge zunächst in geringerem Maße erkannten als die Polen, deren Politik des "Vertrauens

¹) Das ergibt sich deutlich aus dem neuerdings von Laubert vorgelegten Material (Stadt und Provinz P. bei Ausbruch des Novemberaufstands, DWZ H. 19 S. 5-54, 1930) besonders aus dem S. 49 wiedergegebenen Bericht Flottwells v. 4. 1. 31. Vgl. dazu auch Jaffé S. 147.

Ebd. S. 154 f.
 Vgl. Jaffé S. 150 f., 162 f., 207.

auf die Völker" und deren Emigrantentum für die völkische Sache keine nennenswerten Früchte getragen hatten. Vielmehr hatte sich gezeigt daß die nationale Tätigkeit des Adels sehr stark von Klasseninteressen bestimmt war. Die Folge davon war, daß die Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte des Polentums im Lande selbst jetzt eifriger betrieben wurde, und daß die nationale Führung mehr und mehr an die Geistlichkeit überging, die sich die völkische Erweckung der Bauernschaft zur nächsten Aufgabe machte. Zunächst allerdings mögen sich die 1848 entstandenen Gegensätze auf dem Lande unter der Wirkung des Militärdienstes wieder etwas verwischt haben.

Der wirtschaftliche Kampf war 1848 erfolglos geblieben und auf deutscher Seite abgelehnt worden. Er begann nur langsam wieder, und zwar als Fortführung des alten Kampfes zwischen dem preußischen Staat und dem polnischen Adel, den Posener Verhältnissen entsprechend zuerst auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes: hei den Deutschen durch staatlichen Antrieb und amtliche Hilfe mit der Gründung eines neuen rein deutschen Kreditinstitutes, bei den Polen mit der Gründung der Landwirtschaftlichen Zentralgesellschaft durch Zusammenschluß mehrerer Adelsvereine.4) Das Bürgertum, wurde durch die Reaktionsherrschaft und die in Posen damals besonders ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse gehemmt. Weder erkannten die Machthaber der Reaktionszeit die Bedeutung des städtischen Deutschtums für die Gewinnung des Landes — sie konnten in ihm nur die Träger der deutsch-völkischen und freiheitlichen Bewegung sehen, und an "Industrialisierung des Ostens" dachte noch niemand - noch scheint das deutsche Bürgertum selbst wirtschaftlich - nationale Aufgaben ins Auge gefaßt zu haben.5)

Im Gegenteil — der neue Oberpräsident v. Puttkamer glaubte bald nach seinem Amtsantritt wieder den seltsamen Bund der vormärzlichen Zeit zwischen deutschem Bürgertum und polnischem Adel entstehen zu sehen, der sowohl in der wirtschaftlichen Abhängigkeit vieler Posener Städte vom polnischen Großgrundbesitz als auch in dem gemeinsamen taktischen Gegensatz zur Staatsgewalt seinen Grund hatte.6) Seit 1852 befand man sich also fast wieder in den gleichen Stellungen wie in den Jahren vor der Märzrevolution.

⁴⁾ Vgl. Laubert, Polenpolitik, S. 110, 134.

Besonders Magistrat u. Stadtverordnete v. P. scheinen sich jetzt erst recht in nationalen Dingen zurückgehalten zu haben, so z. B. bei erst recht in nationalen Dingen zurückgehalten zu haben, so z. B. bei der Ablehnung einer 700-Jahr-Feier 1853, bei der Errichtung polnischer Klassen in der neuen Realschule — vgl. Jaffé S. 211, S. 255. Über Bedrückung der deutschen Liberalen in P. vgl. Laubert S. 109, Wuttke, Städtebuch, S. 261 u. P. Waldstein, Posener Zustände, Dt. Jahrbücher für Politik u. Literatur, Bd. II S. 476—492 (1862), auch Lüdtke, HM XVIII S. 106 f., S. 123 (über J. H. Deinhardt in Bromberg).

6) Vgl. Laubert, Histor. Vierteljahrsschrift, Jg. 19, S. 475. — Als Beweis für eine gewisse Verschlechterung des Verhältnisses zwischen deutschwichen Handel u. polnischem Großgrundbesitz darf man vielleicht die

jüdischem Handel u. polnischem Großgrundbesitz darf man vielleicht die Entwicklung der privat. Produktenbörse in P. ansehen, vgl. Jaffe, S. 229 f.

Doch der Strom der Entwicklung, der 1848 die Deiche des Vormärz durchbrochen hatte, war nur von neuem aufgestaut, nicht unterbunden worden. Sowie in den Jahren 1858/59 die europäischen Nationalitätenfragen wieder in Fluß kamen und in dem frischeren Luftzug der Neuen Ära die Kräfte Deutschlands sich wieder zu regen begannen, wurde auch der Gegensatz der Nationalitäten in Posen rasch wieder lebendig, zeigte es sich, daß der Geist von 1848 unter den Posener Deutschen fortlebte. Gegenüber der neuen polnischen Bewegung seit 1859, die in dem letzten großen Aufstand von 1863 gipfelte und der die Abkehr der Neuen Ära von der Polenpolitik der Reaktion (Rückberufung Bonins!) den Weg frei gab, erwachten wieder deutsche Gegenkräfte wie 10, 15 Jahre zuvor - mochte auch der Konflikt zwischen Krone und Abgeordnetenhaus wertvolle Kräfte anderweitig binden. Liberale und nationale Bewegung stiegen Hand in Hand wieder empor, und die ersten Wahlen, die wieder ohne amtliche Beeinflussung vorgenommen werden konnten, brachten 1858 den deutschen Liberalen und den Polen einen entschiedenen Sieg über die Konservativen. Jedoch gaben bei den Wahlen von 1861 und besonders 1862 in noch stärkerem Maße als 1849 die Ansprüche der letzteren den Anlaß zur Spaltung unter den Deutschen und zu Wahlerfolgen der Polen. Andererseits aber schlossen sich die Deutschen den polnischen Angriffen gegenüber von neuem zusammen; sie erinnerten sich auch der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung. Wie 1848/49 die Deutsche Verbrüderung, so machte sich jetzt ein Verein zur Förderung deutscher Interessen die Eindeutschung des Posener Landes durch deutsche Ansiedler und Arbeiter zur Aufgabe. Gleichzeitig entstand ein Geselliger Verein Deutscher Landwirte der Provinz Posen, der ebenfalls der "Kräftigung des deutschen Elements" dienen wollte. Der deutsche Nationalverein faßte auch im Bürgertum der Städte des Ostens Fuß.⁷)

Gegenüber den Flugschriften, mit denen die Polen ihre Ansprüche von neuem begründeten, erschienen deutsche Verteidigungs- und bald auch Angriffsschriften. 1861 untersuchte Noah, der langjährige Posener Oberpräsidialrat, "Die staatsrechtliche Stellung der Polen in Preußen"; mit der Sachlichkeit des altpreußischen Beamten vertrat er den Standpunkt der Regierung. v. Olberg (der 1848 als unversöhnlicher Polengegner seinen Posten als Stabschef des V. Armeekorps hatte verlassen müssen) nahm zu derselben Frage in seiner gleichzeitig anonym erscheinenen Flugschrift "Das Großherzogtum Posen und die Polen gegenüber dem Nationalitäts-Prinzip und dessen neuesten Regungen" vom streng monarchistisch-legitimistischen preußischen Standpunkte aus Stellung;

⁷⁾ Vgl. Wuttke, S. 263 f. Edwart Kattner, Deutsche Abrechnung mit den Polen, S. 39 (Bromberg 1862), E. v. Tempelhoff, Die poln. Frage in der Prov. P., S. 20 (P. 1864) sowie Kattners für seine Richtung kennzeichnende Schrift "Neun Kapitel über die Ortsnamen in Posen und Westpreußen" (Bromberg 1861). Angaben über den zahlenmäßig ziemlich geringen Anteil der Provinz an der Nationalvereins-Bewegung in der Schrift "Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit" (Koburg 1861). Ein wertvolles Zeitbild gibt der genannte Aufsatz Waldsteins von 1862.

noch schärfer und schroffer als 13 Jahre früher forderte er die Regierung zur Wachsamkeit und zu tatkräftigem Vorgehen gegen die Polen auf Im nächsten Jahre richtete der freisinnige Schriftsteller Edward Kattner in Bromberg einen heftigen Angriff gegen die Polen - nicht als Diener der Krone Preußen, sondern als eifernder Kämpfer für Freiheit und Macht des deutschen Volkstums. Die Luft der Konfliktszeit, der Haß gegen die Reaktion (deren Herrschaft ja in Posen besonders empfindlich gewesen war) gaben seiner "Deutschen Abrechnung mit den Polen" eine Schärfe und eine Bitterkeit, die der Mehrzahl der Flugschriften von 1846/49 fremd gewesen war. Die polnische Volksart wurde von ihm nicht als gleichberechtigt anerkannt, sondern als wertlos hingestellt. Daher sind alle seine Forderungen schroff polenfeindlich und germanisatorisch; er nahm auch den Kampf gegen polnische Namen deutscher Orte wieder auf. In mancher Hinsicht könnte seine Schrift als ein Bindeglied zwischen der Gedankenwelt von 1848 (die ja wieder mancherlei aus den vorhergehenden Jahrzehnten übernommen hatte) und der des Ostmarkenvereins erscheinen. Mit ähnlicher Schärfe gegen das Polentum, aber ohne Feindseligkeit gegen die Regierung, schrieb nach dem Scheitern des polnischen Aufstands E. v. Tempelhoff seine Schrift "Die polnische Frage in der Provinz Posen": der preußische Staat und die deutsche Bevölkerung in Posen haben zur Eindeutschung des Landes zusammenzuwirken; dabei kommt es — ein wertvoller und in die Zukunft weisender Gedanke! - vor allem auf die wirtschaftliche Überlegenheit des Deutschtums an.

Der Gegensatz zwischen der staatlichen Polenpolitik und den Forderungen der deutschen Liberalen verschwand schon in den ersten Jahren von Bismarcks Wirksamkeit: seit 1865 lenkte Oberpräsident v. Horn in die Bahnen Flottwells zurück. Das Jahr 1866 brachte den Ausgleich zwischen Regierung und Liberalismus und der Provinz Posen die Aufnahme in den Norddeutschen Bund, ohne daß sie hätte erkämpft werden müssen. Im Kulturkampf standen Regierung und Liberale einträchtig gegen die Polen zusammen. Aber dieses Bündnis mit der Regierung konnte schließlich doch erschlaffend auf die Deutschposener Volksgruppe wirken, die durch ihre Vergangenheit und ihre Schicksalslage nun einmal trotz ihres Wiedererstarkens im 19. Jahrhundert zu den innerlich schwächeren deutschen Volksgruppen gehört.

Realismus und Nationalismus, machtpolitisches und kämpferisches Denken hatten sich im Grenzland im Vorspiel von 1848 stärker ausgewirkt als im Binnendeutschtum. Inzwischen hatten sie die gesamte deutsche Welt erobert und waren auch zu den wichtigsten Elementen der staatlichen Ostmarkenpolitik geworden. Nun standen sich staatliche Macht und nationaler Gedanke nicht mehr mit Spannung gegenüber; der Staat nahm sich jetzt mehr und mehr der völkischen Aufgaben im Osten an.

So entwickelte sich in der Saturiertheit des reichsdeutschen Lebens in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung die Gefahr, daß der Sinn der Bewegung von 1848 im preußischen Osten: der Gedanke der völkischen

Selbsthilfe im Grenzlandkampf den Posener Deutschen nicht mehr stets vor Augen bliebe. Deutlich wird das durch einen Vergleich mit der Entwicklung des völkischen Kampfes im schicksalsverwandten Böhmen, wo seit den 70er Jahren jenes große Gebäude völkischer Schutzvereine entstand das, von der übergroßen Mehrzahl aller Sudetendeutschen getragen, kaum einen Volksgenossen auf gefährdetem Posten ohne Rückhalt ließ.

Wie sollte man aber (von allem anderen abgesehen) in Posen auf den Gedanken kommen, der beinahe drei Jahrzehnte vorher in den Führern schon lebendig gewesen war: sich ähnlich zu verteidigen, solange man die Bewegungen des Gegners nicht fest im Auge behielt und stets auf staatliche Hilfe rechnen konnte? Daß man 1848/49 die Bestrebungen des Marcinkowski-Vereins zur Schaffung eines polnischen Mittelstandes als ungefährlich angesehen hatte, ist kein Wunder. Noch 1862 spottete Kattner über diese Bemühungen des Adels, ein Bürgertum auf die Beine zu stellen. Zwei Jahrzehnte später jedoch begannen die deutschen Gewerbetreibenden am eigenen Leibe zu spüren, was diese Bemühungen für einen Erfolg hatten! Gleichzeitig reihte sich auch das Bauerntum in den Aufbruch der polnischen Nation ein, und der Glaube an die unbedingte Überlegenheit der deutschen Kultur über das Slawentum wurde wankend, als man feststellen mußte, daß dieses doch über die stärkeren biologischen Volkskräfte verfügte. Das polnische Volkstum, innerlich erneuert und im Kampfe gestählt, trat seinen Vormarsch an und rief damit die Abwehrkräfte des deutschen und preußischen Staates sowie des deutschen Volkes in Posen auf den Plan.8)

So begann Bismarck 1886 die Politik aktiver Fürsorge des Staates für das ostmärkische Deutschtum. Wenige Jahre später machte ein abermaliger Kurswechsel deren Ergebnisse unsicher. Ähnlich wie der Umschwung von 1840 die Erhebung des Revolutionsjahres hatte vorbereiten helfen und wie auf den von 1858 neuer deutsch-völkischer Aufschwung folgte, so trat jetzt eine nationale Kampforganisation ins Leben, welche endlich die außerstaatlichen deutschen Kräfte (nicht nur der bedrohten Provinzen Posen und Westpreuen) zu Schutz und Trutz sammeln wollte, der Deutsche Ostmarkenverein (1894). Er führte das Werk, das 1848/49 der Verein zur Wahrung der deutschen Sache im Osten und die Deutsche Verbrüderung und 1861 der Verein zur Förderung deutscher Interessen aufgenommen hatten, mit größerer Kraft im Vollbringen fort. Die Deutsche Verbrüderung und der Deutsche Ostmarkenverein haben manches Gemeinsame; aber beide waren doch ganz Kinder ihrer Zeit, und zwischen ihnen liegt beinahe ein halbes Jahrhundert. Was der Ostmarkenverein vor der Bewegung von 1848 voraus hatte, das war vor allem der weitere politische Blick und die Großzügig-

⁸⁾ Aus dem zahlreichen Schrifttum über den neueren deutsch-poln. Nationalitätenkampf seien hier hervorgehoben: L. Bernhard, Die Polenfrage, besonders der 2. u. 3. Teil des 1. Buches, O. Hoetzsch, Der Nationalitätenkampf im Osten, in: "Die Ostmark", S. 567-623 (Lissa 1913) u. Laubert, Polenpolitik, S. 121-156. Über den Ostmarkenverein vgl. W. Ohnesseit, Der Kampf um die Ostmark u. d. deutsche Ostmarkenverein, Preuß. Jahrbücher, Bd. 213, S. 319-337 (1928).

keit seiner Unternehmungen gegenüber der kleinbürgerlichen Enge jener Zeit. Die neue Zeit ergriff mit Kraft und Klarheit auch eine Aufgabe, an die gerade jene idealistische Zeit kaum gedacht hatte (vielleicht waren die Posener Deutschen damals noch nicht weit genug dazu?): die bewußte Förderung deutschen Geisteslebens in der Ostmark. Der Wert wirtschaftlicher Selbsthilfe im Nationalitätenkampf, die der Weitblick der Führer von 1848 vergeblich erstrebt hatte, wurde jetzt unter dem Eindruck der polnischen Fortschritte allgemein anerkannt: Genossenschaften, Sparkassen und Banken entstanden in rascher Folge. Neue Verschärfung des Kampfes folgte auf den Einsatz wirtschaftlicher Macht.

Der Gedanke eines über Staaten und Völkern stehenden Rechts. der mit zum besten Besitz der Erhebung von 1848 gehört hatte (die ja auch den Begriff nationaler Schulpolitik noch kaum gekannt hatte). mußte in diesem Ringen auf beiden Seiten mehr und mehr an Boden verlieren. Die Anfänge der Entwicklung, die hier hinführte, konnten wir ja 1848 deutlich erkennen. Damals aber hatten die Deutschen in Posen noch mit Recht das stolze Gefühl unbedingter kultureller und wirtschaftlicher Überlegenheit über die Polen gehabt. Der politische und kulturelle Idealismus war längst dahin; inzwischen hatten Pessimismus und Kulturkritik in weiten Kreisen Deutschlands das Bewußtsein von der Würde und Größe der eigenen Kultur geschwächt. Auf der anderen Seite befand sich das Polentum in ununterbrochenem Aufstreben. Deutlich wird der Abstand der beiden Zeiten erkennbar durch einen Vergleich der Hauptgestalten unserer beiden großen Ostmarkenromane: Wohlfart und Fink in Gustav Freytags "Soll und Haben" sind Kulturträger schlechthin, verkörpern die Sendung des deutschen Geistes im Osten gegenüber dem kulturell niedriger stehenden Polentum. Hans Friedrich v. Doleschal aber in Clara Viebigs "Schlafendem Heer" ist ein Kämpfer allein für die Macht und Größe seines eigenen deutschen Volkstums inmitten zweier gleichstarker Heere. Dunkel und bang steigt aus diesem Roman, geschrieben von einer rheinischen Frau aus ostmärkischem Blut fünfzehn Jahre vor dem deutschen Zusammenbruch, die Frage nach Sinn und Ziel des Kampfes im Osten auf.

Die letzte Wendung in diesem Ringen haben wir selbst handelnd oder zuschauend miterlebt. Manche Vergleiche lassen sich zwischen den Ereignissen von 1848 und denen von 1918 ziehen. Hier wie da benutzten die Polen die deutsche Revolution zur eigenen Erhebung, hier wie da reicht ihnen die siegreiche deutsche Revolution die Hand, hier wie da sammeln sich die Posener Deutschen erst spät, dann aber entschieden zur Abwehr und suchen ihren Halt am Heer, während die Zentralstellen der Verwaltung dem Geschehen im Osten zunächst so rat- und tatlos gegenüberstehen, daß 1918 wie gelegentlich schon 1848 der Gedanke der Bildung eines eigenen ostmärkischen Staates auftaucht. Wieder wird eine Demarkationslinie gezogen, die ungefähr der ersten vom April 1848 entspricht, aber auf Vereinbarung der Parteien beruht und wiederum von der stärkeren Partei festgesetzt wird: diesmal von der Entente in einem für die Polen günstigen Augenblick. Wie siebzig Jahre vorher, entflammen

die Polen auch 1918 durch Landversprechungen und Benutzung kirchlicher Einrichtungen die Massen für die Revolution.

Doch die alten Gewalten, die Bundesgenossen von 1848, die damals alle Trümpfe der Außenpolitik in der Hand hatten, liegen 1918 machtlos am Boden. 1848 kam den Posener Deutschen die Kraft zur Abwehr aus der Stärke der gesamtdeutschen Erhebung, - 1918 aber hat ihnen Deutschlands jäher Sturz die Kraft der Verteidigung genommen. Jetzt gibt es schon einen polnischen Staat — wie es die Idealisten der ersten deutschen Revolution erstrebt hatten: mit deutscher Hilfe errichtet und er findet diesmal bessere Helfer im Westen, Helfer, die um Deutschland für immer zu lähmen, seinen Osten zerschneiden und die ihre Gewaltpolitik gegen Deutschland dem jungen polnischen Staat als ein Wiegengeschenk mit auf den Weg geben, das dem Wollen der besten unter den polnischen Führern von 1848 wohl kaum entspricht.⁹) Wie 1848 und wie an allen bedeutenden Wendepunkten der neueren Geschichte Posens, so ist auch 1918 die letzte Entscheidung über dieses Grenzland nicht durch die Ereignisse bestimmt worden, die sich auf seinem Boden abspielten, sondern durch die Zusammenhänge der großen europäischen Politik, mit der die Schicksale des deutschen und des polnischen Volkes unlöslich verflochten sind.

Diese letzte Wendung scheint die Ziele der Deutschposener von 1848 für die Gegenwart völlig bedeutungslos gemacht zu haben. Mehr noch: die 1848 emporgestiegenen Kräfte des Nationalismus und des Liberalismus scheinen in großen Teilen Europas an unbezweifelter Geltung zu verlieren. In dem Chaos, das heute den Erdteil beherrscht, steht die deutsche Minderheit in Polen jetzt völlig auf sich selbst angewiesen da. Dennoch gewinnen die Tage des Aufbruchs von 1848 einen neuen Sinn für sie, als die Zeit, in der sie nach langer Bedrückung und schwerem Wiederaufstieg erst zum Vertrauen auf eigene Kraft und zum Einstehen jedes einzelnen für den Bestand der Volksgemeinschaft gelangten, die plötzlich die Voraussetzung für alle besonderen Wünsche und Strebungen geworden war, als sich die staatliche Macht gegen das erwachte Volkstum der Posener Deutschen zu kehren schien.

Die Deutschen, die heute dort leben und schaffen, in ihres Volkes dunkelster Notzeit auf nichts gestützt als auf eigene Fähigkeit und eigene Leistung, haben den 1848 entdeckten Gedanken der völkischen Selbsthilfe, jetzt in ähnlicher Lage wie früher die polnische Volksgruppe in Preußen, zu bewähren in höchster Anspannung aller Kräfte, wie sie noch keines der vorangegangenen Jahrhunderte verlangte. Auf eigener Leistung für das Posener Land beruht ihr Anspruch in diesem Kampfe, der hier wie anderswo noch immer um das ewige Recht der Völker geht.

⁹⁾ S. Hermann Rauschning, Die Entdeutschung Posens und Westpreußens, Berlin 1930.

Anhang.

Die westpreußischen Deutschen im Nationalitätenkampf von 1848.

Angesichts der Schicksalsgemeinschaft, in der der überwiegende Teil des Posener und des westpreußischen Deutschtums seit der Wiederbegründung des polnischen Staates stehen, drängt sich die Frage auf, ob nicht schon in dem kleinen Vorspiel zur Revolution von 1918/19, als das wir die Ereignisse des Frühjahrs 1848 in Posen ansehen können, eine ähnliche Lage sich ergab. Und allerdings besteht eine solche Ähnlichkeit: sowohl im polnischen Angriff als auch besonders in der deutschen Abwehr. Wie die revolutionäre Bewegung, die sich an den polnischen Putsch in Posen Weihnachten 1918 anschloß, nicht nach Westpreußen überzugreifen vermochte und schon südlich Bromberg durch deutschen Widerstand zum Stehen gebracht wurde, so gelang es auch in den Wochen nach der Märzrevolution den Polen nicht, Westpreußen mit in die Posener

Bewegung hineinzureißen.

Wohl gab es im Süden und Südosten des Regierungsbezirks Marienwerder zahlreiche Polen, wohl hatte diese Gegend, der einstige Kulmer und Michelauer Kreis, zum Herzogtum Warschau gehört und war erst bei Neueinrichtung der Provinzialverwaltung vom Posener Anteil getrennt worden. Indessen fehlte dem Polentum in diesen Gegenden das, was es im Kerngebiet, dem alten Großpolen, stark machte: der geistige Mittelpunkt in der Provinzialhauptstadt. Dazu kam, daß dies Land in alter und neuer Zeit viel länger unter deutscher Herrschaft gestanden hatte, daß es mehr mit großem und kleinem deutschen Grundbesitz durchsetzt war, als die mittleren, südlichen und östlichen Kreise von Posen und daß es kirchlich nicht unmittelbar dem Posener Erzbischof unterstand, sondern dem Bischof von Pelplin, der im nationalen Leben der Polen nie eine ähnliche Rolle gespielt hat wie Dunin, Przyłuski oder Stablewski. Und gar an die Kaschuben und Masuren polnisches Volkshewußtsein heranzutragen, daran hatte damals noch kaum jemand gedacht.1) Im Gegenteil, bei diesen Stämmen dürften um die Mitte des 19. Jahrhunderts wie auch noch später die preußischen Gefühle bei den breiten Massen keine polnischen Neigungen haben aufkommen lassen. Bei den Deutschen Ost- und Westpreußens war der Stolz auf das Preußentum noch seit den Freiheitskriegen sehr stark, verbunden allerdings mit liberalen Neigungen, welche im Lauf der achtundvierziger Bewegung

¹⁾ Vgl. F. Lorenz, Geschichte der Kaschuben, S. 130 f. (Berlin 1926).

manche Politiker der Provinz zu Bundesgenossen der Polen machten. 1846 ging ohne Folgen vorbei, es blieb nur Andeutung einer Möglichkeit.

Das Patent vom 18. März 1848 stellte zunächst die Provinz Preußen vor die gleiche Frage wie die Provinz Posen: Anschluß an den Deutschen Bund oder nicht? Hier aber gab es nicht den geringsten Zweifel, daß es darauf nur ein Ja zur Antwort gäbe; am 3. April beschloß der Provinziallandtag in Berlin ohne weiteres, den Wunsch nach Einverleibung in Deutschland auszusprechen. In Berlin waren Konservative und Militärs sich wohl durchweg klar darüber, welche Gefahren für den preußischen Staat mit dem Versuch der Losreißung Westpreußens verbunden sein müßten.2) In der Provinz wurde es unruhig. Schon am 27. baten deutsche Landwirte der Graudenzer Gegend um militärischen Schutz.3) Der polnische Adel trat erst am 28. März mit seinen Wünschen hervor, in einer Versammlung deutscher und polnischer Gutsbesitzer in Briesen, die v. Zulerzycki einberufen hatte, wahrscheinlich nicht ohne Verbindung mit Berliner und Posener Kreisen. Die Polen kamen schon mit einem fertigen Programm, das sofort deutschen Widerspruch hervorrief: sie verlangten Bewaffnung gegen Rußland (nachdem einer von den Anwesenden in Berlin darüber mit Willisen verhandelt hatte, glaubten sie schon, der König hätte sie genehmigt!), Wahl eines Nationalkomitees und Absendung einer Adresse an den Bundestag, er möge Westpreußen auf diplomatischem Wege dem Königreich Polen einverleiben! Der Abtretung Westpreußens widersprach ein deutscher Gutsbesitzer sehr nachdrücklich, und die Polen wählten zum Schluß allein ihr Nationalkomitee, denn auf dessen Wahl durch eine Volksversammlung hatten sie sich bezeichnenderweise nicht einlassen wollen.4) Das Komitee erließ bald eine Kundgebung, in der es die Hoffnung aussprach, die Deutschen würden Westpreußen ebenso wie Posen freigeben, wenn man sie nur erst von der irrtümlichen Annahme befreie, es gäbe hier keine Polen mehr. Das rief sofort Gegenerklärungen hervor, u. a. auch einige von Kaschuben im Kreise Schlochau. Eine der ersten dieser Antwortadressen, von den Deutschen des Kreises Konitz am 31. März, zeigt noch eine ähnliche Gesinnung wie die ersten Flugblätter des deutschen Ausschusses in der Stadt Posen: "Polnische Brüder! Wir achten eure Nationalität und glauben unsere Teilnahme euch mehr als einmal bewiesen zu haben. Mit derselben Begeisterung aber, mit der ihr Herstellung eurer polnischen Nationalität verlangt, wahren wir unsere Nationalität als Deutsche... Gewiß ist es, die überwiegende Mehrzahl hat deutsche Gesinnung... eure Rettung liegt zunächst in der Hand Deutschlands, wir Deutsche sind bis jetzt eure Freunde... Harret aus, polnische Brüder, auch euch schlägt die Stunde der Freiheit! Eure Freiheit wollen wir mit euch erringen, wir aber sind Deutsche und werden Deutsche bleiben!" 5)

²) S. Anmkg. 3 u. 5 zu Abschnitt III (Befehl des Kriegsministers v. Rohr an die Kommandierenden Generale im Osten am 23. 3.).

³⁾ Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. III vol. 1 f. 38.

^{4) 1.} c. f. 33. f., Bericht eines Teilnehmers der Versammlung.
5) 1. c. f. 106. — Vgl. auch Paul Fischer, Erinnerungen an den polnischen Aufstand von 1848, S. 27 f. (Graudenz 1907).

Der Widerstand gegen die polnische Bewegung erstarkte von Tag zu Tag: Am 1. April wählte in Graudenz eine "preußische Volksversammlung" ein Komitee und erließ einen Aufruf des Inhalts: Wir achten das polnische Streben nach Unabhängigkeit, bleiben aber Deutsche und wollen kein Stück von Westpreußen abreißen lassen. Am gleichen Tage verbreitete auch ein deutsches Komitee in Marienwerder einen "Zuruf an die deutschen Bewohner Westpreußens" mit ähnlichem Inhalt. In zahlreichen anderen Städten regte sich die gleiche Stimmung: Platonische Anerkennung des polnischen Freiheitsstrebens, Jubel über den Anschluß an das neue Deutschland und entschiedene Ablehnung aller Versuche, diese Verbindung wieder zu trennen.⁶)

Auch das Landvolk war in Bewegung geraten, aber es nahm nicht teil an der polnischen Erhebung, sondern wollte nur endlich seine soziale Befreiung vollendet sehen. Wohl mußte der Kommandierende General des I. Armeekorps gelegentlich mobile Kolonnen durch seine Provinz schicken 7) — aber von vereinzelten Fällen abgesehen, blieben die Bauern ruhig und königstreu. Die Unsicherheit, die bei ihnen über die neue Lage herrschte, mußte Aufwieglern ihr Handwerk erleichtern: "Der Bauer sucht seinen Feind bald in dem König, bald in den Berlinern, bald in den Polen, bald in den Evangelischen, bald in den Russen... Wenn sich nur die Minister mehr rühren möchten! Die Regierung und die Landräte sind ungenügende Organe, haben es verlernt, mit dem Volke Kopf an Kopf zu sprechen... In unserm Bauernstande liegt eine ungeheure Anhänglichkeit für den König, für die Ordnung," so schrieb am 8. April der Regierungsrat Wehrmann aus Czersk an den Präsidenten Lette in Berlin.8) Im Laufe des April wurden Ergebenheitsadressen der "treugehorsamsten Einwohner Westpreußens" in Mengen nach Berlin gesandt, ebenso folgende zweisprachige Erklärung: "Wir Unterzeichnete aus den westpreußischen Landgemeinden erklären hierdurch, nachdem wir vernommen, daß verschiedene polnische Edelleute Westpreußen wieder mit Polen zu vereinigen streben, daß wir eine solche polnische Herrschaft nicht wünschen, sondern treu unserm König, Friedrich Wilhelm IV., wie bisher dem preußischen Staate angehören wollen und um Schutz gegen die Unruhestifter bitten."9)

Von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung der Ruhe in der Provinz war, nächst der treuen Haltung der Bevölkerung, die Stellungnahme der weltlichen und geistlichen Obrigkeit: Die Regierung in Marienwerder ließ kurzerhand die Agitatoren verhaften und erklärte, entschlossen gegen den Aufstand vorgehen zu wollen; der Bischof von Pelplin mahnte in einem Hirtenbbrief zur Treue gegen den König von Preußen. 10) Erst

⁶⁾ So z. B. in Neumark, Stuhm, Flatow, Deutsch-Krone, Neuenburg in der ersten Hälfte des April (1.c. u. Rep. 89 H sect. I nr. 1 vol. III).
7) Mitteilungen aus dem Leben des Grafen Friedrich zu Dohna, S. 134 (Berlin 1873).

⁸⁾ Rep. 77 tit. 503 nr. 22 adh. II vol. 1. f.111. 9) 1. c. vol. 1-3.

¹⁰) Vgl. außer Wehrmanns Brief die Zeitungsberichte der Regierung zu Marienwerder (Rep. 89 B X).

in der Osterzeit wurde durch die Geistlichen neue Aufregung verbreitet — wohl mit eine Folge des Hirtenbriefes Przyłuskis, des Metropoliten, vom 21. April. Jetzt begann auch die Haltung der polnischen Bauernschaft unsicher zu werden.

Inzwischen aber hatte der Bundestag am 11.April die Provinz Preußen in den Deutschen Bund aufgenommen.¹¹) (Preußen war damit zum größten Gliedstaat geworden!) Danach verlor die deutsche Bewegung in Westpreußen allmählich ihren Grenzlandcharakter — man wurde jetzt durch die Wahlen zur deutschen und zur preußischen Nationalversammlung in Anspruch genommen. Aber die Deutschen des Weichsellandes fühlten sich auch fernerhin mit ihren Posener Volksgenossen eng verbunden, zahlreiche Städte baten um kräftige Wahrnehmung der deutschen Belange bei der Reorganisation, so verlangte z. B. Marienwerder in einer großen Bittschrift vom 16. April Wiederherstellung der Ruhe in Posen mit allen gesetzlichen Mitteln, Einstellung der Reorganisation unter Willisen und Entscheidung über sie durch die preußische Nationalversammlung.¹²)

Für die westpreußischen Polen ergab sich nun als politische Aufgabe die Rückgängigmachung der Aufnahme dieser Provinz in den Deutschen Bund. Schon seit den Tagen des Vorparlaments wirkte Ignaz Łyskowski in ihrem Sinn in Frankfurt. Er überreichte bereits am 22. Mai der eben zusammengetretenen deutschen Nationalversammlung eine Einspruchserklärung gegen die Einverleibung ganz Westpreußens; die polnischen Wahlmänner der Kreise Strasburg und Löbau verlangten Ausschluß ihrer Gegend aus dem Deutschen Bund, so gut wie die Posener Deutschen den Anschluß. Andererseits erklärte wenig später der liberale Abgeordnete Osterrath (Danzig) im Auftrag seiner polnischen Wähler: sie freuten sich über die Aufnahme in den Deutschen Bund und wünschten nur eine weitgehende Berücksichtigung ihrer Nationalität neben der deutschen in Unterricht und Verwaltung.¹³) Diesen Wünschen entsprach die Erklärung der Minderheitenrechte durch die Paulskirche am 31. Mai. Sie wurde in einigen Adressen aus dem Kreise Konitz, die derselbe Abgeordnete überreichte, dankbar begrüßt — nur sollten sie auch ausgeführt werden. Den Polen gelang es in den Sommermonaten, die polnische Bevölkerung Westpreußens stellenweise gegen den Anschluß an den Deutschen Bund mobil zu machen; dem Frankfurter Parlament wurden im Juni durch Łyskowski und den Abgeordneten Richter-Berent (einen Pelpliner Domherrn, gebürtigen Westfalen) einige Protesterklärungen mit zahlreichen Unterschriften übergeben.

Es gab aber für die Polen keinen Zweifel, daß Westpreußen für sie völkisch durchaus noch nicht sicherer Besitz war. Die Liga Polska dehnte also ihr Arbeitsgebiet auch auf das Weichselland aus, konnte hier aber nicht so leicht Fuß fassen wie in Posen. Daher wurde auf ihrem ersten

¹¹) Protokolle der Bundesversammlung v. 11. 4. 48 (§ 257) Akten der Bundestagsgesandtschaft: Rep. 75 A. P 57.

Rep. 77 tit. 539 I wol. 1.
 Diese und die folgenden Eingaben: ANV Nr. 61.

Kongreß im Januar 1849 für Westpreußen ein besonderer Provinzialrat gehildet, der die Anträge bearbeiten und vorbereiten sollte, "welche die spezifischen geistigen und materiellen Bedürfnisse der Provinz betreffen. und insofern von denen des Großherzogtums verschieden sind".¹⁴) Die auf diesem Kongreß geführte Aussprache über "Nationalität" und "Nationalsache" 15) machte es wahrscheinlich, daß man sich damals selbst in den Kreisen der Liga Polska über die westpreußischen Verhältnisse noch nicht recht im klaren war. Wenigstens mußte Cieszkowski die Teilnehmer der Versammlung darauf hinweisen, daß man den Nationalitätsgedanken nicht so in den Vordergrund rücken dürfe, denn vom Standpunkt des Volkstums aus könne man keine Ansprüche auf Westpreußen und auf die ruthenischen Gebiete machen!

Da die Ansprüche auf Westpreußen von polnischer Seite öffentlich nicht mit größter Kraft verfochten wurden, so ist es verständlich, daß die Deutschen des Landes an eine Bedrohung nicht glaubten und daher nicht solchen völkischen Eifer entfalteten wie die Posener. Im Gegenteil: Der Abgeordnete Phillips, dessen Antrag in der preußischen Nationalversammlung Ende Oktober 1848 neue Schwierigkeiten in der Posener Frage schuf, war ein gebürtiger Westpreuße und vertrat den Wahlkreis Elbing. Und der Konservative Wantrup empfahl den westpreußischen Wahlmännern im Januar 1849¹⁶), nicht auf die Volkszugehörigkeit sondern nur auf die parteipolitische Zuverlässigkeit eines Bewerbers zu sehen. Er fürchtete, die deutschen Demokraten würden, nicht mehr durch nationale Gründe mit der monarchisch-konstitutionellen Partei verbunden, den Polen die Hand reichen, und wollte lieber polnische als deutsche Demokraten in der Kammer sehen, weil er sie für isolierter hielt. Er rechnete damit, daß die Polen doch immer in Opposition blieben. wenn man auch trotzdem die berechtigten Ansprüche ihrer Sprache und Nationalität in Schule und Amt anerkennen müsse.

Die Wahlen wurden aber doch schärfer durch den nationalen und religiösen Gegensatz bestimmt - eine Frucht der polnischen Volkstumsarheit der katholischen Geistlichen und Lehrer von der Liga Polska.17) In die erste Kammer wurden zwar nur Deutsche gewählt, auch die Wahlen zur zweiten Kammer fielen für die Deutschen und die besitzenden Mitte'und Oberschichten in vielen Kreisen günstiger aus als die zur Nationalversammlung, in anderen aber erhielten kleine Bauern und Tagelöhner die Mehrheit unter den Wahlmännern, die naturgemäß ganz im Sinne der Geistlichkeit wählten; der mäßigende Einfluß des Pelpliner Bischofs

<sup>Die poln. Liga, S. 23 P. 1849, bei Kamiński).
Berliner Zeitungshalle v. 26. 1. 49. Es handelt sich bei diesen</sup> Worten wohl um schlechte Wiedergaben von "narodowość" und "sprawa narodowa", letzten Endes also bereits um den Gegensatz zwischen den ethnischen und den historischen Grenzen Polens.

¹⁶⁾ Ludwig Wantrup (Stellvertreter des Graudenzer Abgeordneten in der Deutschen Nationalversammlung), Die oktroyierte Verfassung und ihre Gegner, S. 41 ff. (Berlin 1849, bei Decker).

17) Vgl. die Wahlberichte der Landräte: Rep. 77 tit. 496a adh. I

nr. 17, nr. 18 vol. 2.

konnte gegen die Liga Polska kaum noch wirken, die eine "fast feindselige Stellung beider Nationalitäten zuwege gebracht und den früher unter den Polen herrschenden Indifferentismus beseitigt" hatte.¹⁸) So wurden 7 polnische Abgeordnete in die zweite Kammer gewählt und nach der Neuwahl unter dem Dreiklassen-Wahlrecht, an der sich ja die Polen eifrig beteiligten, blieben es noch immer 3.19) Von den Verhandlungen über die staatsrechtliche Stellung Posens wurde Westpreußen nicht berührt — auch für die einst zum Herzogtum Warschau gehörigen Gebiete wurde von den Polen keine Sonderstellung verlangt. Daher legten auch die westpreußischen Polen ihre Mandate am 5. Februar 1850 nicht mit nieder.20) Im Winter 1849/50 war vielmehr der gesetzliche Abschluß und die endgültige Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse für Westpreußen, und besonders für die Zukunft der Polen und Kaschuben in diesem Lande, bedeutend wichtiger.

Die oberschlesische Entwicklung 1848-49 steht mit der posenschen nicht im Zusammenhang. Nur die wirtschaftlichen Forderungen der Landbevölkerung bewirkten in den agrarisch-sozialen Fragen eine gewisse Ähnlichkeit. Von einem nationalem Gegensatz oder gar Kampf zwischen Deutschen und Polen war in Oberschlesien 18 noch nicht die Rede. Vgl. A. Lattermann, Oberschlesien und die polnischen Aufstände im 19. Jhdt., Zeitschr. des Vereins für Geschichte Schlesiens, Bd. 64 S. 248-259 (1930).



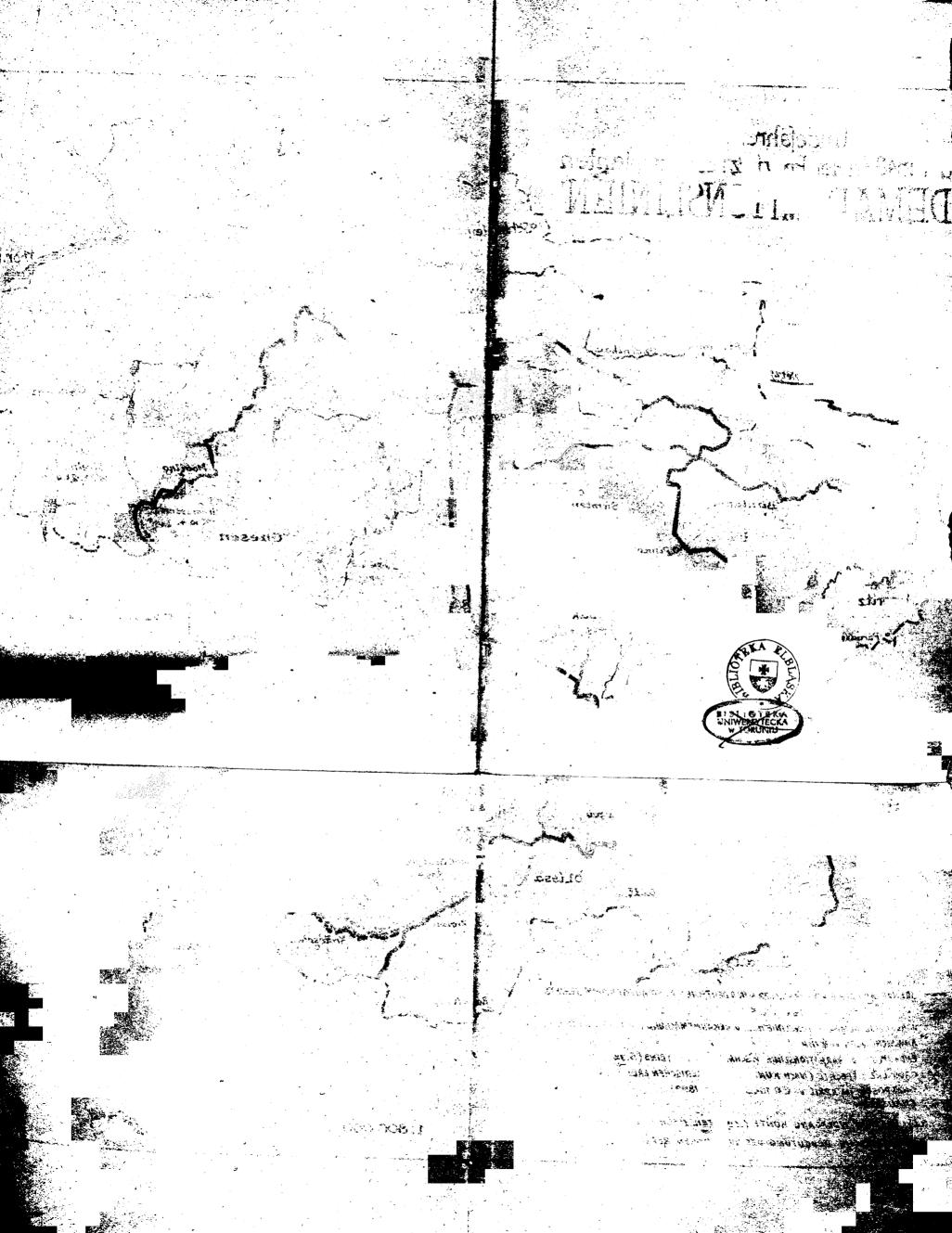
Verantwortlich als Herausgeber: Dr. Alfred Lattermann, Posen - Poznań, Waly Jagielły 2 Verlag der Historischen Gesellschaft für Posen, ul. Zwierzyniecka 1. - Druck der Drukarnia Concordia Sp. Akc., Poznań. - 1468131.

¹⁸⁾ Nach dem Wahlbericht des Schwetzer Landrats v. 24. 1., l. c. Ähnlich lauten die Berichte aus Strasburg, Löbau, Neustadt, Thorn, Kulm und Berent. Allein der Konitzer Landrat spricht von der "bischöflichen, gutgesinnten Partei".

19) Vgl. R. Komierowski, Koła Polskie w Berlinie, S. 5 (Posen 1910).

20) Komierowski a. a. O. S. 103.





Im Verlage der Historischen Gesellschaft erscheinen:

1. Deutsche Blätter in Polen

begründet von Dr. Hermann Rauschning; seit dem 4. Jahrg., Kalenderjahr 1927, herausgegeben von Dr. Paul Zöckler. Bezugsbedingungen: an vierteljährlich 4.80 zł, zuzüglich Porto. — Einzelheft 2,— zł (einschl. Porto). Im Deutschen Reich u. im übrigen Ausland: Viertelj. 3.80 RM., Wir verweisen besonders auf folgende Sonderhefte:

Grundlagen ostdeutscher Bildung I, 4 Vom Deutschtum in Kongreßpolen 1—3: (vergriffen) I, 5; II, 3; III, 5

Ständischer Aufbau II, 1

Volkstum und Bildungspflege II, 4

Die deutsche Landwirtschaft in Polen II, 6

Der Protestantismus in Polen II, 7/8

Die deutsche Schule im ehemals preußischen Teilgebiet Polens II, 10/11

Deutsche Volkshochschularbeit außerhalb Deutschlands Grenzen II, 12 (vergriffen)

Naturgeschichte der deutschen Sprachinsel. Von Walter Kuhn. III, 2. (vergriffen)

Vom Deutschtum in Ostschlesien III, 3

Die deutsche Frau III, 4

Heimatforschung und Bildung III, 7

Vom Posener Land III, 8/8

Vom Deutschtum in Wolhynien III, 11/12 (vergriffen)

Vom Deutschtum in Pommerellen und Posen IV, 5

Die Stellung des Deutschtums in Polen VI, 2 Vom deutschen Schulwesen im ehemaligen Kongresspolen IV, 10; VI, 3

Der deutsche Hochschüler in Polen VII,3; VIII,3. Altansässiges Deutschtum in Polen VII, 11. Schwetzkau. Von Karl Beißert (Sonderdruck).

2. Schriftenreihe Polen:

Ernst Meyer: Der Polnische Staat, seine Verwaltung und sein Recht. (1923) Preis 3,— zł.

Robert Styra: Das polnische Parteiwesen und seine Presse. (1926) Preis 6,— zł.

Albrecht Schubert: Die Entwicklung der Posener Landwirtschaft seit 1919 (1929) Preis 9,— zł., geb. 12,— zł.

3. Ostdeutsche Heimatbücher herausgegeben von Viktor Kauder: Walter Kuhn: Aus dem Ostschlesischen Zunftleben. Preis 7,— zł. Josef Strzygowski: Ostschlesische Holzkirchen. Preis 6.00 zł. Ab Band 3 bei: Verband deutsch. Volksbüchereien in Polen T. z. Kattowitz, ul. Mariacka 17, Ebenda: d 3. Karasek-Strzygowski: Sagen der Beskidendeutschen, 261 S., 8 Federzeichnungen, 1 Karte, 9 Mk. Ganzl.: in Vorbereitung für 1931: Band 4. Band 3. Handbuch des Deutschtums in Polnisch-Schlesien. Band 5. Karasek: Sagen der Vorkarpathendeutschen. Cstschlesische Heimathefte: Hrsg. v. V. Kauder. Heft 2 u. 3. Ostschlesiche Volkstänze, 2. Teil. Gesammelt von Josef Lanz für 2 Geigen und Bratsche, gesetzt von F. Scharlach, 1,50 bzw. 2.— Mark. Deutsche Gaue im Osten: 3. Bd. Heimatbuch des Deutschen Wolhyniens, herausg. v. K. Lück u. A. Karasek. "Schaffen und Schauen", Mitteilungsblatt für Kunst- und Bildungspflege. Erscheint monatlich. Folgende Werke sind durch die Geschäftsstelle der Historischen Gesellschaft Posen als Gelegenheitskäufe zu haben: Rheinische Schicksalsfragen, herausg. v. Prof. Dr. reichs Militarismus am Rhein im Lichte französischer Kritik Inf.-Regt. v. Grolman (1. Pos.) Nr. 18 15 -Landw.-Inf.-Regt. Nr. 19. 15,— Jahrbuch deutscher Lehrer in Polen. 2 Bde. 1923 und 1928 Dr. Stan. Karwowski. Historja Wielk. Księstwa A. Warschauer. Gesch. der Stadt Gnesen 12,- ,,

Franzisco Agramonte. Friedrich d. Gr. Die letzten

